

Georg Wiesinger, Sigrid Egartner, Oliver Tamme

Gute Konzepte am richtigen Ort?

Soziale Landwirtschaft und Sozialkapital
in ländlichen Regionen

Forschungsbericht 70

Bundesanstalt für
BERGBAUERNFRAGEN

Bundesanstalt für
AGRARWIRTSCHAFT

Marxergasse 2
1030 WIEN

GUTE KONZEPTE AM RICHTIGEN ORT?

Soziale Landwirtschaft und Sozialkapital in ländlichen Regionen

Georg Wiesinger
Sigrid Egartner
Oliver Tamme

Forschungsbericht Nr. 70

Wien, Jänner 2018

ISBN: 978-3-85311-116-1
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Bundesanstalt für Bergbauernfragen
A-1030 Wien, Marxergasse 2
<http://www.berggebiete.at>
Titelgrafik: BABF
Druck: BMLVS - Heeresdruckzentrum

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung.....	1
1.1	Hintergrund dieser Studie.....	1
1.2	Grundlegende Fragestellung.....	2
2.	Forschungsansatz und Forschungsstrategie.....	7
2.1	Sozialkapitalmessung.....	8
2.2	Grounded Theory Ansatz.....	10
2.3	Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT).....	12
3.	Fallstudien.....	15
3.1	Bäuerliche Altenbetreuung.....	15
3.1.1	Der Regionale Rahmen.....	15
3.1.2	Das Sozialkapital der Gemeinde.....	20
3.1.3	Betreutes Wohnen am Bauernhof.....	28
3.1.4	Übersetzungsprozess nach Callon - Altenbetreuungsprojekt.....	64
3.1.5	Die Grenzen des Projekts.....	70
3.2	Betreuungs- und Qualifizierungsprojekt für Langzeitarbeitslose Frauen.....	75
3.2.1	Der Regionale Rahmen.....	75
3.2.2	Das Sozialkapital der Gemeinde.....	84
3.2.3	Betreuungs- und Qualifizierungsprojekt für langzeitarbeitslose Frauen.....	91
3.2.4	Übersetzungsprozess nach Callon - Frauenbeschäftigungsprojekt.....	113
3.2.5	Chancen und Perspektiven des Projektes.....	118
3.3	Rehabilitation Drogen- und Suchtkranker Menschen am Bauernhof.....	121
3.3.1	Der Regionale Rahmen.....	121
3.3.2	Das Sozialkapital der Gemeinde.....	135
3.3.3	Projekt „Therapie statt Strafe“.....	141

Inhaltsverzeichnis

3.3.4	Zukunftsperspektive der Einrichtung in der Projektgemeinde.....	167
3.3.5	Übersetzungsprozess nach Callon – Rehabilitation Drogen- und Suchtkranker Menschen.....	162
4.	Synthese: Sozialkapital und Projektentwicklung	169
5.	Literatur	177

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abbildung 1: Sozialkapital und Regionalentwicklung.....	4
Abbildung 2: Interviewstrategie im Grounded Theory Ansatz.....	11
Abbildung 3: Phase der Problematisierung am Beispiel des Altenbetreuungsprojekts	66
Abbildung 4: Phase des Interéssement am Beispiel des Altenbetreuungsprojekts	67
Abbildung 5: Phase des Enrôlement am Beispiel des Altenbetreuungsprojekts	68
Abbildung 6: Phase der Mobilisierung am Beispiel des Altenbetreuungsprojekts.....	70
Abbildung 7: Phase der Problematisierung am Beispiel des Frauenbeschäftigungsprojekts	114
Abbildung 8: Phase des Interéssement am Beispiels des Frauenbeschäftigungsprojekts.....	115
Abbildung 9: Phase des Enrôlement am Beispiel des Frauenbeschäftigungsprojekts	117
Abbildung 10: Phase der Mobilisierung am Beispiel des Frauenbeschäftigungsprojekts	118
Abbildung 11: Phase der Problematisierung am Beispiel des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranke Menschen.....	163
Abbildung 12: Phase des Interéssement am Beispiel des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranke Menschen.....	164
Abbildung 13: Phase des Enrôlement am Beispiel des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranke Menschen.....	165
Abbildung 14: Phase der Mobilisierung am Beispiel des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranke Menschen.....	167
Tabelle 1: Stichprobenvergleich mit der Grundgesamtheit in der Projektgemeinde mit bäuerlicher Altenbetreuung	20
Tabelle 2: Ergebnisse der Korrelationsanalyse für die Projektgemeinde mit bäuerlicher Altenbetreuung	23
Tabelle 3: Stichprobenvergleich mit der Grundgesamtheit in der Projektgemeinde des Frauenbeschäftigungsprojekts	85
Tabelle 4: Ergebnisse der Korrelationsanalyse für die Projektgemeinde des Frauenbeschäftigungsprojekts	86
Tabelle 5: Stichprobenvergleich mit der Grundgesamtheit in der Projektgemeinde des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranker Menschen	136
Tabelle 6: Ergebnisse der Korrelationsanalyse für die Projektgemeinde des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranker Menschen.....	137

1. EINLEITUNG

1.1 Hintergrund dieser Studie

In den Jahren 2011 bis 2013 wurde von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Kooperation mit der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, der Europäischen Akademie in Bozen und dem Istituto Agrario di San Michele all'Adige eine Studie zur Sozialen Landwirtschaft in Österreich, Südtirol und Trentino durchgeführt (Wiesinger et al. 2013). Dabei handelte es sich um eine erste systematische Strukturanalyse zur Situation, Chancen und Potentiale dieser neuen Form einer Diversifizierung land- und forstwirtschaftlicher sowie gartenbaulicher Betriebe im Bereich sozialer Dienstleistungen. Untersucht wurden Soziale Landwirtschaftsbetriebe für die Bereiche Pflege (Alten- und Behindertenbetreuung), Pädagogik (Schule am Bauernhof, Lebens-, Gesundheits- und Sozialberatung, Kinderbetreuung etc.), soziale Integration (Personen mit psychischen Erkrankungen, sozialen Auffälligkeiten, Strafvollzug, Bewährungshilfe, Suchterkrankungen, Ess-, Angst- und Persönlichkeitsstörungen, Burnout, Autismus, Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Flüchtlinge etc.) sowie Projekte einer Tiergestützten Intervention (TGI).

Ziel des Forschungsprojekts war die Generierung grundlegender Strukturdaten und eine exakte begriffliche Definition der Sozialen Landwirtschaft unter Berücksichtigung des internationalen Forschungsstands sowie einer Analyse der agrarstrukturellen Bedeutung dieser neuen sozialen Dienstleistungen im Verhältnis zur gesamten Land- und Forstwirtschaft Österreichs auf einer Makroebene.

Unter dem Begriff „*Green Care*“ wurden entsprechend alle gesundheitsvorsorgenden oder gesundheitsfördernden Interventionen für Menschen mit Hilfe von Tieren, Pflanzen und Natur definiert. Das Ziel ist, das soziale, körperliche, geistige, und/oder pädagogische Wohlergehen eines Menschen zu unterstützen oder zu verbessern. Über den positiven bzw. heilenden Einfluss der Natur sollen die menschliche Gesundheit, das Wohlergehen und die Lebensqualität gefördert werden. Demgegenüber wurden unter „*Soziale Landwirtschaft*“ alle sozialen, pflegerischen und pädagogischen Maßnahmen subsumiert, die im Rahmen eines ökonomisch geführten, multifunktionalen land- und/oder forstwirtschaftlichen bzw. gartenbaulichen Betriebs auf Gemeindeebene stattfinden und Menschen in ihre tägliche Arbeit mit dem Ziel integrieren, deren Lebenssituation durch Therapie und Beschäftigung zu verbessern oder ihnen neue mögliche Lebensperspektiven aufzuzeigen (ebda S.5f).

Der nun vorliegende Bericht dokumentiert die Ergebnisse einer Folgestudie, die sich einer Betrachtung der Meso- und Mikroebene widmet. Untersucht wurde dabei, wie sich derartige Projekte auf den lokalen und regionalen Kontext auswirken. Wenig bekannt war bislang die Wahrnehmung der sozialen Umgebung bzw. die Reaktion der unmittelbaren Nachbarschaft. Führt die Errichtung entsprechender Sozialprojekte auch zum Entstehen neuer Netzwerke, sind diese überhaupt erwünscht oder gibt es dabei vielleicht auch Widerstände? Auf welche Weise lassen sich die Reaktionen einzelner Akteure erklären bzw. wie wirken sich diese auf die Praxis der Einrichtungen aus?

Dieser Bericht versteht sich nicht als eine konkrete Handlungsanleitung für Praktiker, wenn es darum geht, irgendwo eine Soziale Landwirtschaft zu errichten. Alleine schon die schier unendliche Vielfalt an Modellen würde dies sehr schwierig machen. Beinahe jeder Betrieb ist einmalig und mit einzigartigen Herausforderungen und Rahmenbedingungen konfrontiert. Die Aufgabe dieses Berichts ist daher vielmehr die Schaffung eines besseren Verständnisses über die zumeist sehr komplexen Wirkungen, Abläufe und Zusammenhänge. Der Erklärungsprozess wird dabei über einen Rückgriff auf sozialwissenschaftliche Theorien unterstützt. Insofern erhebt der Bericht durchaus auch den Anspruch der Schaffung einer substantiellen Theorie im Sinne des Forschungsansatzes einer „*Grounded Theory*“ (Glaser & Strauss 1999). Erst mittels eines klaren Einblicks auf die Handlungsfelder und Akteure werden die Grundlagen und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Planung und Umsetzung von Modellen im Bereich der Sozialen Landwirtschaft ermöglicht. Eine konkrete Umsetzung muss dann letztlich aber mit den gegebenen Akteuren von Fall zu Fall ausverhandelt werden.

1.2 Grundlegende Fragestellung

Soziale Einrichtungen werden häufig, und das gilt auch für den Bereich von Green Care und Sozialer Landwirtschaft, mit wenig Rücksichtnahme auf den lokalen, regionalen bzw. sozialen Kontext konzipiert. In der Praxis zeigt sich, dass sich die in der Theorie getroffenen Überlegungen nicht so einfach umsetzen lassen. Manche am Reißbrett entwickelten und vielfach bis ins letzte Detail durchstrukturierten Modelle scheitern aber nicht daran, weil sie an und für sich schlecht sind, sondern weil zentrale regionalpolitische und soziokulturelle Rahmenbedingungen unberücksichtigt blieben, andere Projekte wiederum sind nicht so erfolgreich, wie sie vielleicht sein könnten. Genau diese Rahmenbedingungen sind aber für eine erfolgreiche Implementierung wesentlich. Vielleicht hätte eine Projektidee in einer anderen Region oder zu einem anderen Zeitpunkt bessere Erfolgsaussichten gehabt.

Planer und Planerinnen neigen dazu, konkrete Vorstellungen über ihr Konzept (Input) als auch über den zu erreichenden Zustand bzw. das Ziel (Output) zu haben. Dem Bereich zwischen diesen beiden Polen, dem Anfangspunkt und dem Endpunkt, wird zumeist wenig Berücksichtigung geschenkt. Der Weg über den dieses Ziel erreicht werden kann, bleibt unklar. Die Bedeutung dieser im Dunkeln einer sogenannten „Blackbox“ liegenden Faktoren wird unterschätzt. Im Sinne eines heuristischen Erkenntnisgewinns geht es daher darum, diese Blackbox aufzubrechen bzw. das Feld des Unbekannten zu erhellen, d.h. die Mechanismen und Zusammenhänge zu erkennen, die sich zwischen der Planung einer Einrichtung und deren erfolgreichen Umsetzung schieben. *Michel Serres* beschreibt dies folgendermaßen: „*Öffnen wir dann schließlich die Blackbox, so sehen wir, dass sie wie ein Transformationsraum funktioniert. Systeme, Instanzen oder Substanzen gibt es nur aufgrund unserer Unwissenheit. Das System ist das Nichtwissen (Der Parasit 2014: 113).*“
Beziehungsweise: „*Eine Black-Box unterbricht mit Unwissen eine Folge von Erkenntnissen oder schlägt eine Lücke in einen hellen, klaren Raum. Wir verstehen etwas bis zu einer bestimmten Schwelle und dann wieder von einer bestimmten Grenze ab, aber was zwischen der Schwelle und der Grenze liegt, wissen wir nicht und begreifen wir nicht, die Veränderung, die zwischen der Schwelle und der Grenze erfolgt, bleibt für uns im Dunkeln (Die fünf Sinne 1998: 184).*“

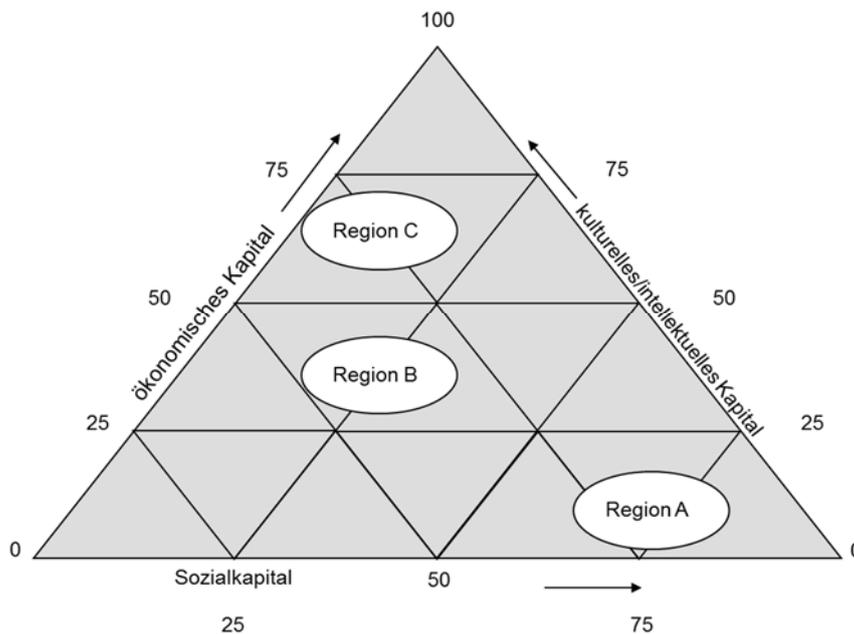
Es geht also darum herauszufinden, was sich in dieser Blackbox, in diesem unterbeleuchteten Transformationsraum verbirgt. Der Input wirkt einerseits stimulierend auf seine Umgebung, d.h. im konkreten Fall einer sozialen Einrichtung in der Landwirtschaft, die Wirkung auf die sozialen Netzwerke und ökonomischen Strukturen, andererseits verursacht der Output auch eine Antwort auf das Konzept. Es geht also genau darum, diese Input-Output-Beziehungen zu analysieren, um zu einem Erkenntnisgewinn zu gelangen.

Neben dieser systemtheoretischen Überlegung bieten sich **Sozialkapitaltheorien** zur Beantwortung der gegebenen Fragestellung als anschlussfähig an. Möglicherweise ist dies auch ein Schlüssel für die Erklärung einer erfolgreichen oder weniger erfolgreichen Umsetzung von Green Care oder Sozialer Landwirtschafts-Einrichtungen. Besonders hervorzuheben ist dabei ist das *Habitus-Konzept* von *Pierre Bourdieu (1986)*. Der Habitus gilt als ein Erzeugungsprinzip von Praxisformen und Verhaltensstrategien sozialer Akteure und Akteurinnen. Dabei spielen laut *Bourdieu* drei Kapitalformen als Strukturierungskategorien eine besondere Rolle: das ökonomische Kapital (Geld, Reichtum), das kulturelle Kapital (Bildung) und das soziale Kapital (Netzwerke gegenseitiger Unterstützung). Manchmal erwähnt er auch eine vierte Kapitalform, das symbolische Kapital (Ansehen, Status). Alle Kapitalformen sind miteinander austauschbar bzw. konvertierbar und definieren die Position eines Individuums in der Gesellschaft. Aber auch auf institutioneller Ebene und für den Handlungsspielraum der Akteure hat die Ausstattung und Zusammensetzung der Kapitalformen eine große Bedeutung. So untersuchte *Putnam (1993)* am Beispiel Italiens wie sich Institutionen aus dem Hintergrund ihrer sozialen Umgebung entwickeln und sich dieser anpassen. Er stellte sich die Frage, warum sich neue Institutionen in der Emilia Romagna in Norditalien im Gegensatz zu Apulien im Süden als erfolgreicher erwiesen. Er kam zum Schluss, dass Südtaliener nicht genuin mafïöser und BewohnerInnen der Poebene zielstrebig oder zivilisierter wären. Denn es zeigte sich, dass bei einem Umzug sich die BewohnerInnen in ihrem Verhalten innerhalb kürzester Zeit an ihre neue Umgebung anpassten. Vielmehr lag es an der Wechselwirkung zwischen den Institutionen mit ihrer sozialen Umgebung. Grundsätzlich erhalten Institutionen einen Input aus ihrer sozialen Umgebung und wirken mit einem Output auf diese zurück. Dies führte zu einem *Circulus vitiosus*, einem Teufelskreis. Eine negative soziale Umgebung produziert schlecht funktionierende Institutionen und diese wiederum tragen nichts zu einem Aufbau der Zivilgesellschaft bei. Andererseits kann hohes Sozialkapital, ausgedrückt in Vertrauen, Hilfsbereitschaft, gegenseitigem Respekt, Akzeptanz und Toleranz fördernd auf die Institutionen einwirken. Und das ist die gute Seite der Medaille. Bei einer Veränderung der Zusammensetzung der einzelnen Kapitalformen kann man also nicht voraussetzen, dass die Summe des Gesamtkapitals gleichbleibt. Negative Entwicklungen beim Sozialkapital können beispielsweise auch eine negative Entwicklung beim ökonomischen Kapital zur Folge haben. Eine Steigerung des Sozialkapitals könnte andererseits auch zu einer Erhöhung des kulturellen Kapitals führen, da bei Netzwerken gegenseitiger Unterstützung auch die Aneignung von Bildungstiteln erleichtert werden könnte.

Hohes Sozialkapital muss nicht unbedingt positiv wirken, es kann durchaus auch toxisch werden, v.a. wenn es die Kräfte des „*Bonding*“ oder „*Strong Ties*“ (Coleman 1988, Putnam 2000) verstärkt. Es ist keine Voraussetzung, dass soziale Netze demokratisch organisiert sein müssen. Diese können sich auch abschotten, Vorurteile verstärken und den Klientelismus fördern. Es kommt vor, dass sich Bevölkerung

zusammenschließt und den Eintritt neuer Personen und Ideen verhindert. Möglicherweise hat das kulturelle Kapital nach *Bourdieu* eine stärkere Hebelwirkung in Richtung Toleranz und Akzeptanz als das Soziale Kapital. Kulturelles Kapital im Sinne von Wissen und erworbenen Bildungstiteln ermöglicht einen weiteren Horizont und interkulturellen Austausch und schafft damit unmittelbar auch Sozialkapital, aber nicht in seiner toxischen Form. Sozialkapital ist an sich wertfrei, es kann hoch oder niedrig, fördernd oder hemmend auftreten. Entscheidend sind immer die konkreten Umstände und der jeweilige soziale und räumliche Kontext, indem es eingebettet ist. Für die Gesellschaft, aber für das Individuum von Bedeutung ist, was man mit dieser Information macht. So wie das ökonomische Kapital gut oder schlecht eingesetzt werden kann, ist das auch mit dem Sozialkapital der Fall. Netzwerke gegenseitigen Vertrauens und sozialer Unterstützung müssen nicht für alle in gleicher Weise positiv sein. Netzwerke können auch für Macht- und Herrschaftsinteressen missbraucht werden. Die Frage bleibt immer, wofür diese bestimmte Form an Kapital mobilisiert wird. Sozialkapital kann verwendet werden, um Macht auszuüben, als Rekurs auf eine Ungleichheitssoziologie (Bourdieu 1994) und um mittels strategischen Einsatzes eigene Interessen gegenüber den Interessen anderer durchzusetzen (Weber 2010). In der Diskussion um Sozialkapital kommt es zu einer permanenten Vermischung von normativen und analytischen Aspekten, d.h. einer Zuordnung von Wertigkeit und einer objektiven Darstellung der Dichte von Netzwerken.

Abbildung 1: Sozialkapital und Regionalentwicklung



Quelle: Wiesinger 2007

Wiesinger (2007) unternahm den Versuch, das Konzept von Sozialkapital mit der Regionalentwicklung in Zusammenhang zu bringen, d.h. Regionen aufgrund ihrer bestimmten Ausstattung an ökonomischem, kulturellem/symbolischem und sozialem Kapital zu klassifizieren, Typologien zu entwickeln und Schlussfolgerungen für regionalpolitische Maßnahmen abzuleiten.

Nach der unterschiedlichen Verteilung und Verfügbarkeit der einzelnen Kapitalformen lassen sich idealtypische Regionen ableiten. *Region A* im Modell symbolisiert eine mehr oder minder marginalisierte, entlegene ländliche Region mit geringem ökonomischem und kulturellem/intellektuellem Kapital (geringe Ausbildung, Brain-Drain durch Abwanderung, hohe Arbeitslosigkeit, Überalterung, Niedergang der Landwirtschaft), aber mit einem sehr stark ausgebildetem Sozialkapital (Vereinsleben, gegenseitiges Vertrauen, funktionierende Nachbarschaft, Einhaltung von Normen). *Region B* ist ein Beispiel für eine weniger entlegene und ökonomisch weniger marginalisierte Pendlerregion. Das ökonomische und kulturelle/intellektuelle Kapital sind hier stärker, das Sozialkapital jedoch geringer. Wegen der leichteren Erreichbarkeit im Vergleich zur Region A ist der Tagespendleranteil hoch. Die Pendler haben weniger Zeit, sich auf lokaler Ebene zivilgesellschaftlich zu engagieren, wodurch das Sozialkapital tendenziell abnimmt. *Region C* versinnbildlicht eine periurbane Region mit vielen Zuwanderern aus städtischen Regionen und Zweitwohnungsbesitzern, die alle ein relativ geringes Interesse an einer Teilnahme am Gemeindeleben haben. Das ökonomische und kulturelle/intellektuelle Kapital sind wesentlich höher als in Region A oder Region B, das Sozialkapital ist jedoch deutlich niedriger. Der Niedergang des Sozialkapitals ist nicht wie in Region B damit verbunden, dass die lokale Bevölkerung pendelt, sondern durch den hohen Anteil an zum Teil sehr gebildeten, d.h. mit hohem kulturellen Kapital ausgestatteten städtischen Zuwanderern, welche mit den traditionellen sozialen Netzen wenig anfangen können oder aber diese beeinflussen und verändern. Burnett (1998) beschreibt, dass Menschen, die in der lokalen Gemeinschaft aufwachsen und dort sozial verankert sind, eine viel stärkere regionale Verbundenheit aufweisen als jene, die in die Region gezogen sind.

2. FORSCHUNGSANSATZ UND FORSCHUNGSSTRATEGIE

Ausgehend von den theoretischen Annahmen wird versucht die Dynamiken und Wechselwirkungen zwischen den Einrichtungen einer Sozialen Landwirtschaft mit den für eine Region spezifischen regionalpolitischen Gegebenheiten (Peripherie, Stadtnähe, Topographie, Ökonomie usw.) und den soziokulturellen Voraussetzungen (Netzwerke gegenseitiger Unterstützung, Vertrauen, Akzeptanz, Toleranz usw.) zu beleuchten. Konkret heißt das, ob eine Region von solchen Einrichtungen in welcher Weise und auf welchen Ebenen profitiert, inwieweit diese Einrichtungen im sozialen Gefüge verankert oder überhaupt wahrgenommen werden, was dies letztlich für diese Einrichtungen selber bedeutet und welche Handlungsoptionen sich dabei eröffnen.

Dazu wurden drei strukturell sehr unterschiedliche Projektgemeinden ausgewählt, in denen bereits seit längerer Zeit unterschiedliche Modelle der Sozialen Landwirtschaft bestehen. Längere Zeit deswegen, da auf Erfahrungen der Einrichtungen, Stakeholder, Betreuten usw. zurückgegriffen werden soll. Eine Projektgemeinde liegt in Oberösterreich (Bereich Altenbetreuung), zwei liegen in Niederösterreich (Bereiche Langzeitarbeitslose Frauen sowie Sucht- und Drogenkranke).

In einer dichten Beschreibung werden zunächst die regionalpolitischen Rahmenbedingungen in den Projektgemeinden und die einzelnen Modelle Sozialer Landwirtschaft dargestellt. In einem weiteren Schritt wird der Kontext der jeweiligen Einrichtung mit der Gemeinde und der Regionalpolitik aufgezeigt, um schließlich den Einfluss der lokalen sozialen Netzwerke und des Sozialkapitals auf die Einrichtung zu analysieren. Diese einzelnen Teile werden vorerst gesondert bearbeitet und dann miteinander verstrickt, um aus der Synthese die zentralen Fragestellungen der Studie zu beantworten.

Außerdem soll die einrichtungsinhärente Perspektive beleuchtet werden, d.h. deren Struktur und Organisation, die historische Genese und Entwicklung sowie der ideologisch-theoretische Hintergrund. Weiters geht es darum, die Frage zu beantworten, ob die Implementierung dieser Einrichtung überhaupt eine rauminhärente Bedeutung hat bzw. wie diese in Erscheinung tritt und letztendlich, ob sich ein kausaler Zusammenhang zwischen der Einrichtung und dem lokalen Sozialkapital überhaupt manifestiert.

Die Gemeinden werden anonymisiert dargestellt, aber in einer bestimmten klar bezeichneten Region verortet. Die Erfahrungen aus den Gemeinden sind spezifisch und lassen sich zu einem bestimmten Grad generalisieren, insofern ist es wichtig, den Fokus nicht auf Einzelheiten zu richten, sondern auf ständig wiederkehrende und sich wiederholende Muster, um daraus eine *Theorie mittlerer Reichweite* - „*middle range theory*“ (Merton 1995) ableiten zu können. Im Gegensatz zu umfassenden und kohärenten Theoriegebäuden sind Theorien mittlerer Reichweite nicht allgemein gültig und nicht endlos weitreichend, sie hebt sich von allgemeinen Aussagen aber auch von der Mikroebene ab. Die spezifischen Verhältnisse in einer Projektgemeinde sind nur bis zu einem bestimmten Maß für die Theoriebildung erheblich, die konkreten Erfahrungen und auch die Gemeinden sind trotz ihrer Spezifität austauschbar. Die Muster würden sich auch in ähnlichen Gemeinden wiederholen.

Methodisch rekuriert die Studie auf drei unterschiedlichen Ansätzen, die miteinander verknüpft werden:

1. Quantitative Sozialkapitalhebung
2. Qualitativer Grounded Theorie Ansatz mit Theoretical Sampling
3. Akteur-Netzwerk-Theorie Ansatz

2.1 Sozialkapitalmessung

Seit der Jahrtausendwende wurden auf Initiative der 1996 gegründeten *Social Capital Initiative (SCI)* der Weltbank Instrumente zur Messung von Sozialkapital entwickelt (World Bank 2006). Diese fanden Anwendung in Studien zum soziokulturellen und politischen Wandel in ländlichen aber auch städtischen Regionen. Beispielhaft lassen sich hier Untersuchungen für die USA (Grootaert & van Bastelaer 2001), Australien (Onyx & Bullen 2000, Stone 2001), Indien (Mukherjee 2002) oder einzelnen Staaten Afrikas (Narayan 2001) anführen. Es wurden aber auch Sozialkapitalerhebungen in Zusammenhang mit Forschungsarbeiten im Gesundheitsbereich durchgeführt (Harpham et al. 2002). Initiativen zur Messung von Sozialkapital gab es auch von der OECD (OECD 2001, Siegler 2014).

Auch innerhalb der EU wuchs das Bewusstsein über die Bedeutung von Sozialkapital für den sozialen Zusammenhalt und für die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. Vor allem mit der EU-Osterweiterung 2004 wurde die Problematik einer raschen wirtschaftlichen und sozialen Integration relativ wenig entwickelter Gebiete besonders virulent. Den Netzwerken gegenseitiger Unterstützung und zivilgesellschaftlichem Engagement wurde nun größere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Generaldirektorat für Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission zeigte Interesse das Sozialkapital vorerst in den beiden Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien zu erheben. Dazu wurde ein Fragebogen für *Eurobarometer Social Capital* entwickelt. Die Befragung wurde schließlich in Form eines standardisierten Mikrozensus in den damaligen zehn neuen und 15 alten EU Ländern durchgeführt und die Ergebnisse von der EU Kommission im Bericht *Special Eurobarometer Social Capital (2005)* publiziert.

Der Fragebogen umfasst etwa 150 Items, größtenteils in Form einer geschlossenen *Likert Skala*, zu den Bereichen persönlicher Zufriedenheit, Vertrauen, Netzwerke gegenseitiger Unterstützung, politisches und zivilgesellschaftliches Engagement, Diskriminierungserfahrungen sowie der Pflege und Versorgung älterer Menschen.

Für die Soziale Landwirtschaft Studie wurde dieser standardisierte Eurobarometerfragebogen mit kleinen Änderungen bzw. Anpassungen auf Deutsch übertragen. Zwei neue Fragestellungen wurden im Bereich der persönlichen Zufriedenheit hinzugefügt: „Zufriedenheit mit der Demokratie in Österreich“ und „Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU“, um damit einen Referenzpunkt zu der ursprünglich vorhandenen Frage „Zufriedenheit mit der Demokratie in Ihrer Gemeinde“ herstellen zu können. Nicht ausgewertet wurden andererseits die Fragen zu den Pflegeleistungen und die Verwendung von Internet

und Handys. Erstere erwiesen sich als nur wenig aussagekräftig für den Forschungsgegenstand, letztere hatten sich in den letzten Jahren überholt, da die Telekommunikation sich mittlerweile derart verbreitete, dass differenzierende Aussagen nicht mehr möglich sind. Andererseits haben seit dieser EU Mikrozensushebung Soziale Medien (Facebook, Twitter, Instagram, LinkedIn, WhatsApp, Snapchat, Youtube usw.) gerade in der jüngeren Bevölkerung stark an Bedeutung gewonnen. Für eine neuerliche Sozialkapital Befragung müsste man diese Netzwerke wohl stärker einbeziehen. Die Wirkung dieser Sozialen Medien auf das Sozialkapital ist ambivalent zu betrachten. Einerseits werden Face-to-Face Kontakte unterbunden, die Beziehungen werden oberflächlicher, die Menschen werden abgehalten von einer Beteiligung an kollektiven Prozessen (vgl. Hodgkinson 2008). Andererseits können diese durch das Internet entstandenen vielen losen Kontakte aber unter bestimmten Umständen aber auch erst Ressourcen mobilisiert werden, indem die Menschen z.B. besser informiert sind und sich dadurch womöglich erst zivilgesellschaftlich engagieren (vgl. Bennett 2008).

Der Vorteil für die Anwendung dieses von der EU Kommission entwickelten Instruments liegt darin, dass es einerseits gut getestet ist und andererseits die Ergebnisse auf nationaler Ebene mit allen damaligen 25 EU Ländern verglichen werden können.

Adressiert waren die Fragebögen an alle Wahlberechtigten in der Gemeinde gemeldeten Personen, d.h. im Alter von 16 und mehr Lebensjahren. Die achtseitigen Fragebögen wurden den Gemeinden in Papierform zusammen mit weißen Kuverts vom Projekt zur Verfügung gestellt. Die Organisation der Verteilung und Wiedereinsammlung der anonym ausgefüllten Bögen oblag den Gemeinden. Dabei ergaben sich zwischen den Gemeinden durchaus Unterschiede. In zwei Gemeinden (Altenbetreuung, Sucht und Drogenkranke) wurden die Fragebögen von Freiwilligen in der Gemeinde an die Haushalte verteilt und nach einer Woche wieder eingesammelt. Zusätzlich gab es die Möglichkeit, die Fragebögen am Gemeindegemeindeamt abzugeben. In einer Gemeinde wurden die Fragebögen und Rückantwortkuverts zusammen mit der Gemeindezeitung auf dem Postweg verschickt. Die Rücklaufquote und die Organisation der Befragung waren in den drei Gemeinden sehr verschieden und selber schon ein erstes Indiz über das Ausmaß an vorhandenem Sozialen Kapital. Die ausgefüllten Fragebögen wurden von den Projektleitern über die Statistik- und Analyse-Software SPSS eingegeben und mittels einer *Korrelationsanalyse nach Pearson* ausgewertet.

Ein weiterer Bezugspunkt stellt der Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen-Engagements in Österreich (sgn. 2. Freiwilligenbericht) dar, der im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK) vom *Linzer Sozialforschungsinstitut Public Opinion (2015)* erstellt wurde. Dieser weist darauf hin, dass in Österreich nach wie vor eine hohe Bereitschaft zur ehrenamtlichen Tätigkeit, Freiwilligenarbeit bzw. Nachbarschaftshilfe und zivilgesellschaftlichen Engagement besteht. Die Grundlage der Ergebnisse lieferte eine vom *Institut für Empirische Sozialforschung (IFES 2012)* durchgeführte bundesweite Befragung im Anschluss an das Europäische Jahre der Freiwilligentätigkeit 2011 unter 4.000 Personen ab 15 Jahren und eine Online Befragung 2014 von Public Opinion unter österreichischen Freiwilligenorganisationen. Danach sind rund 46 % der österreichischen Bevölkerung freiwillig tätig, 28 % leisten formelle Freiwilligentätigkeiten in Vereinen, Institutionen bzw. Organisationen und 31 % informelle Freiwilligentätigkeiten bzw. Nachbarschaftshilfe. Damit hat sich

die Bereitschaft seit 2006 um 2 % erhöht. 2012 hatten sich somit 3,3 Mio. Menschen freiwillig engagiert, Frauen und Männer in etwa gleichermaßen. Männer betätigen sich allerdings mehr in formellen Organisationen als Frauen, die wiederum im informellen Bereich und in der Nachbarschaftshilfe verstärkt aktiv sind. Am stärksten beteiligt sich die Altersgruppe zwischen 50 und 70 Jahren (BMASK, S.18f). Hinsichtlich der Berufsgruppen weisen Landwirte und Landwirtinnen neben Selbstständigen und Beamten die höchste Beteiligungsquote auf (ebda, S. 22). 8 % aller BundesbürgerInnen engagieren sich freiwillig im Bereich von Sport und Bewegung, 6 % in Kunst, Kultur und Freizeit, sowie jeweils 5 % bei Katastrophenhilfe und Rettungsdienste, Kirche und Religion, bürgerschaftliche Aktivitäten und Gemeinwesen, 4% im Bereich von Sozialem und Gesundheit, 3 % in Umwelt, Natur- und Tierschutz, Politische Arbeit und Interessensvertretung sowie Bildung (ebda, S. 26). Immerhin 60 % der Menschen spendeten hin und wieder für gemeinnützige Zwecke (ebda, S.120)

Die quantitativen Interviews im Rahmen dieser Studie wurden in den Sommermonaten 2014 durchgeführt. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die 2015 abgeschlossenen qualitativen narrativen Interviews.

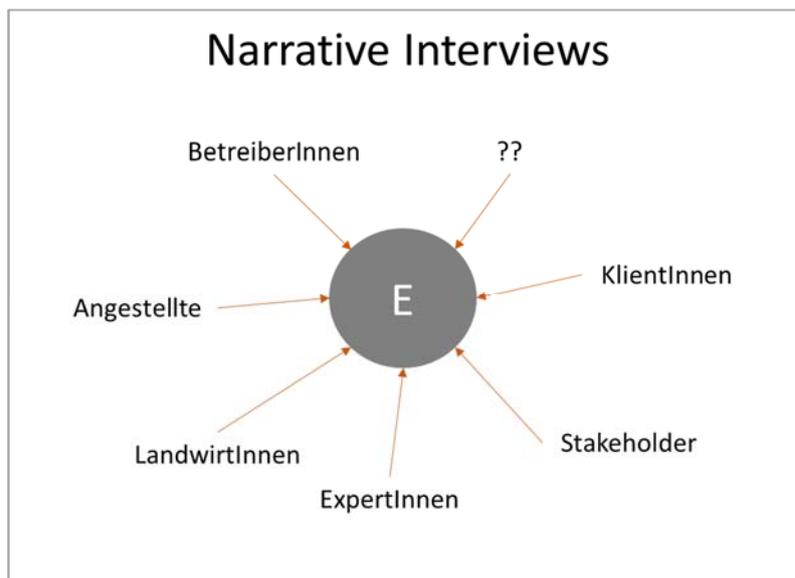
2.2 Grounded Theory Ansatz

Als qualitativer Ansatz wurde die *Grounded Theory* (Glaser & Strauss 1999) gewählt. Der Vorteil dieses Ansatzes liegt zum einen darin, dass er eine systematische Auswertung qualitativer Daten erlaubt, ohne dabei Hypothesen geleitet zu sein und des Weiteren am besonderen Erkenntnisgewinn. Der Prozess endet nämlich nicht bei der Überprüfung bzw. Verifizierung von Hypothesen oder Interpretation von formalen Fakten, sondern explizites Ziel ist die Generierung neuer substantieller Theorien. *“Both substantive and formal theories must be grounded in data. Substantive theory faithful to the empiric situation cannot, we believe, be formulated merely by applying a few ideas from an established formal theory to the substantive area. To be sure one goes out and studies an area with a particular sociological perspective, and with a focus, a general question, or a problem behind. But he can (and we believe he should) also study an area without any preconceived theory that dictates, prior to the research, ‘relevancies’ in concepts and hypotheses (Glaser & Strauss 1999: 33).”*

Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde die Strategie des *Theoretical Sampling* (Strauss & Corbin 1998) herangezogen. In einem zirkulären Prozess wurde das gesamte Feld nach und nach erschlossen. Im Fokus stand dabei die soziale Einrichtung – im konkreten Fall eine der Sozialen Landwirtschaft, worauf die einzelnen Personen (EinrichtungsbetreiberInnen, KlientInnen, MitarbeiterInnen am Betrieb, ExpertInnen aus dem Agrar- und Sozialbereich, Stakeholder aus der Gemeinde und Landwirte aus der Umgebung, die potentiell ebenfalls in das Modell einsteigen könnten usw.) ihre Positionen bezogen. Ausgangspunkt waren zunächst immer narrative Interviews mit den Klientinnen und EinrichtungsbetreiberInnen, da diese beiden Gruppen sich am unmittelbarsten um das Betreuungs- oder Pflegeverhältnis gruppieren. Diese autobiographisch-narrative Interviews nach Schütze (1983) waren erzählgenerierend angelegt und passend für die Lebenswelten der InterviewpartnerInnen. Es wurde keine Fragen gestellt, welche die Interviewpersonen nicht selber authentisch, d.h. aus ihrer eigenen unmittelbaren

Erfahrung heraus beantworten konnten. Auf diese Weise sollte die Reproduktion von Ideologien möglichst vermieden werden, d.h. die Wiedergabe dessen, was andere dazu meinen oder aus Medien usw. zu vernehmen ist. Es gab eine sehr allgemeine Einstiegsfrage, die sich im Wesentlichen auf zwei Aspekte zusammenfassen lässt: „*Welches sind die Vorzüge bzw. die Probleme und welche Motivation steht dahinter?*“ Es wurde also auf Leitfragen verzichtet. Die Technik bestand darin, die InterviewpartnerInnen möglichst dazu zu bewegen, über ihren persönlichen Zugang zum Feld zu berichten und ihren jeweiligen Standpunkt darzustellen. Als nächstes folgten, sofern vorhanden, Interviews mit MitarbeiterInnen und Angestellten (Betreuungspersonal, freiwillige HelferInnen usw.) und Stakeholdern aus der Gemeinde und den Regionalentwicklungsverbänden. Auch bei diesen Interviews gab es keine Leitfragen. Der thematische Fokus war wiederum der authentische Erfahrungshorizont der der InterviewpartnerInnen. Bürgermeister und Gemeindepolitiker wurden z.B. über die Situation und Perspektiven ihrer Gemeinde befragt, Regionalmanager über die Region und so fort. Die Soziale Landwirtschaft spielte dabei nur insoweit eine Rolle, soweit die Stakeholder eine eigene Erfahrung einbringen konnten. Die Information aus den vorherigen Interviews mit den KlientInnen und EinrichtungsbetreiberInnen wurde für Anschlussfragen genützt. Es konnte z.B. bereits auf bestimmte Ereignisse und Vorfälle direkt Bezug genommen werden. Als letztes wurden die ExpertInnen interviewt. In diesem Stadium hatten die InterviewerInnen bereits ein breites Wissen über das Feld. Somit konnte sich die Gespräche auf bestimmte Detailspekte und noch unklare Punkte reduzieren.

Abbildung 2: Interviewstrategie im Grounded Theory Ansatz



Quelle: Eigene Darstellung

Der Personenkreis der EinrichtungsbetreiberInnen und der KlientInnen stand von Anfang an fest. Es wurden sämtliche EinrichtungsbetreiberInnen befragt, die KlientInnen wurden nach ihrer Bereitschaft

bzw. körperlichen und kognitiven Fähigkeit ausgewählt. Einige hoch betagte und demente Personen (Bereich Altenpflege) waren zu einem Interview nicht in der Lage, während es in den Bereichen Sucht- und Drogenkranke sowie im Frauenprojekt mit Langzeitarbeitslosen welche gab, die sich freiwillig für ein Interview zur Verfügung stellten. Es gab auch welche, die das Interview verweigerten. Die Vorauswahl bei den Stakeholdern umfasste den Bereich der Gemeindepolitik (Bürgermeister, Vorsitzende der Oppositionsparteien, Gemeindegemeinschaften) und der Regionalentwicklung (LAG-Manager). Für die Gruppe der Landwirte, die potentiell in den Bereich der Sozialen Landwirtschaft einsteigen könnten, wurden solche innerhalb der Gemeinde gesucht, bei denen entweder der Bauer oder die Bäuerin über eine relevante Ausbildung oder Berufserfahrung verfügen (Sozialarbeit, Krankenpflege, Altenbetreuerin, Kindergartenpädagogik usw.) und die sich gleichzeitig in einer Umbruchsphase befinden (Hofübergabe, Neuausrichtung des Hofes). Der Kreis der ExpertInnen ergab sich aus dem jeweiligen Bezug zum Thema. Diese mussten nicht aus der Gemeinde oder Region sein, aber für den Klientenkreis der Sozialen Landwirtschaft zuständig oder mit dem Themenfeld beruflich involviert (z.B. Fachreferenten aus dem Agrar-, Sozial- und Gesundheitsbereich usw.). Die Anzahl der Interviewpersonen wurde von vorne herein nicht festgelegt. Personen, die im Zuge der Interviews erwähnt wurden und als InformationsträgerInnen relevant erschienen, wurden zusätzlich kontaktiert. Da es sich bei dieser Interviewstrategie um einen zirkulären Prozess handelt, wurde in einigen Fällen Personen später nochmals (meist telefonisch) befragt, nachdem in den weiteren Interviews neue Fragen aufgetaucht waren. Es wurden solange Interviews durchgeführt, bis sich das Feld als gesättigt erwies, d.h. keine grundlegenden neuen Aspekte mehr auftauchten. Dies war je nach Befragungsregion nach ca. 20 bis 25 Interviews der Fall. Alle Interviews wurden mit Tonband aufgezeichnet, vollständig transkribiert und computergestützt mit der Auswertungssoftware MaxQDA qualitativ ausgewertet.

2.3 Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT)

Nach reichlichen Überlegungen hat sich der *Akteur-Netzwerk Theorie (ANT)* Ansatz nach *Callon (2014)* als probatestes Mittel herauskristallisiert, die quantitativen Daten aus der Sozialkapitalbefragung mit den qualitativen Erkenntnissen aus den narrativen Interviews in einen schlüssigen Zusammenhang zu bringen, um damit die Frage zu beantworten, welchen Einfluss das vorhandene lokale Sozialkapital für eine erfolgreiche Implementierung von Einrichtungen der Sozialen Landwirtschaft hat.

In der seit den 1980er Jahren von *Bruno Latour, John Law, Michel Callon u.a.* entwickelten ANT wird im Gegensatz zur klassischen „*Wissenschaft vom Sozialen*“, die Produktion, Veränderung und Stabilisierung relationale Beziehungsgefüge von sozialen, technischen und natürlichen Elementen beleuchtet. Diese Elemente werden zu hybriden Netzwerken, Assoziationen oder Kollektiven verknüpft, die das eigentliche Gewebe des Gesellschaftlichen darstellen. Soziale Aggregate bestehen dabei nicht zwangsläufig aus menschlichen Bindungen. Die ANT erhebt den Anspruch, Ordnung sehr viel besser anschließend finden zu können, nachdem sie den Akteuren gestattet hat, das volle Spektrum der Kontroversen zu entfalten, in die sie verstrickt sind. Menschen und Dinge sind miteinander verschränkt. Die ANT zeigt eine Welt, die aus Verkettungen von Mittlern besteht, wo von jedem Punkt gesagt werden kann, dass er agiert. Sie zielt darauf ab, alle sozialen Zusammenhänge als ko-evolutionäres Resultat von Gesellschaft, Technik

und Natur zu analysieren. Somit kommt es zu einer theoretischen Reintegration materieller Dimensionen in den Gegenstandsbereich der Soziologie (Latour 2014).

Die Neudefinition der Identitäten und Rollen einzelner Elemente im relationalen Beziehungsgefüge des Netzwerks wird als „Übersetzung“ bezeichnet. Dieser „Übersetzungsprozess“ wird von Callon (1986) an einem praktischen Beispiel, den *Kammuscheln in der Bucht von St. Brieuc* in der Bretagne abgebildet. Dabei geht es um die Wiederansiedlung einer durch Überfischung und natürliche Ursachen vom Aussterben bedrohten Tierart. Französische Forscher lernen in Japan eine Technik kennen, Kammuscheln zu kultivieren. Mit dem Prozess der „Übersetzung“ wird diese Form der Kultivierung übertragen und es entsteht durch eine Re-Definition der Identität und der Interessen der beteiligten Akteure ein Netzwerk wechselseitiger Bindung zwischen ihnen. Dieser Prozess, der den Akteuren die Möglichkeit gibt, mit ihren Entscheidungen die Handlungsmöglichkeiten anderer Akteure zu limitieren, soll rekonstruiert werden. Er läuft nach Callon in vier Phasen ab: der „*Problematisierung*“, des „*Interessement*“, des „*Enrôlement*“ und der „*Mobilisation*“. In der ersten Stufe kommt es zu einer Problemdefinition durch den Hauptakteur und den übrigen eingebundenen Akteuren und Entitäten. In der zweiten Stufe werden im Hinblick auf ein Interesse mögliche Verbündete gewonnen und Handlungsprogramme entworfen. In der dritten Stufe finden multilaterale Verhandlungen statt, um die Zustimmungsbereitschaft zu den Rollen im Rahmen des neuen Handlungsprogramms zu erhöhen. In der letzten Phase stabilisiert sich dann das Netzwerk durch die Einbindung der Akteure bzw. Entitäten. Eine entscheidende Bedeutung im Übersetzungsprozess haben nach Callon 1986 dabei die sogenannten „*obligatory points of passages*“ (OPP), die obligatorischen Passagenpunkte. Damit sind bestimmte Praktiken oder Verfahren gemeint, die durchlaufen werden müssen, um Interessen zu befriedigen bzw. konkurrierende Ansprüche anzumelden. OPPs können sehr unterschiedliche Dinge, Praktiken, Technologien oder Personen sein. Man kann sich OPPs als gemeinsames Strategiekonzept der unter einander in Verbindung stehenden Akteure vorstellen. Indem alle Akteure dieses gemeinsame Strategiekonzept akzeptieren wird damit auch Identität gestiftet. Die Akteure handeln niemals einzeln, sondern als Verband von Akteuren.

Im abschließenden Kapitel der Studie wird versucht, mit Hilfe des Callon'sche Schemas ein Erklärungsmodell für die Rolle der Akteure in den vorhandenen sozialen Netzwerken und dem Ausmaß an Sozialkapital für die drei Projektregionen zu entwickeln.

3. FALLSTUDIEN

3.1 Bäuerliche Altenbetreuung

3.1.1 Der Regionale Rahmen

Die Gemeinde und ihre Ressourcen

Die Gemeinde ist eine der größten im Bezirk Perg, sie ist sehr hügelig und der Siedlungsraum sehr stark fragmentiert. Es gibt einige Erhebungen über 800 Meter, der tiefste Punkt der Gemeinde liegt bei etwa 350 Meter. Die Verkehrserschließung lässt einiges zu wünschen übrig. Viele Einzelgehöfte und Weiler sind sehr abgelegen und oft nur über steile schmale Güterwege erreichbar. Die Distanzen zu den Versorgungseinrichtungen sind ohne Auto und v.a. bei schlechter Witterung nur schwer zu bewältigen. Die Gemeinde liegt in einer Randzone. Die Pendeldistanz zu den nächstgelegenen wirtschaftlichen Zentren Linz, Steyr und Amstetten beträgt etwa eine Stunde mit dem PKW. Öffentlich ist die Erreichbarkeit noch viel ungünstiger. Relativ am besten erschlossen ist die Verbindung nach Amstetten, das allerdings schon in Niederösterreich liegt.

Etwa 60 % der Gemeindefläche werden landwirtschaftlich genutzt. Die Gemeinde liegt nach den EU-Richtlinien zur Gänze im klimatisch benachteiligten Berggebiet mit geringer bis mittlerer Erschwernis. Es überwiegt die Tierhaltung, da v.a. die Milchwirtschaft und die Rindermast. Etwa die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfällt auf Dauergrünland, die andere Hälfte auf Äcker, v.a. Feldfutter-, Silomais- und Getreidebau. Es gibt immer noch etwa 130 land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Neben wenigen professionell geführten Landwirtschaften handelt sich dabei allerdings v.a. um kleine bis sehr kleine Betriebe. Die Wachstumsmöglichkeiten sind selbst für die größeren Betriebe aufgrund der topografischen Verhältnisse und der kleinen und vielfach sehr fragmentierten Schläge begrenzt. Eine landwirtschaftliche Intensivierung ist kaum möglich. Die relativ großen Hangneigungen können mit Allradtraktoren, allerdings vielfach nur mit Zwillingsbereifung bewältigt werden. Für etwa 5-10 % der Flächen sind für die Bewirtschaftung Spezialmaschinen (Metrac, Mulis, Motorkarren usw.) notwendig. Sehr viele Betriebe werden im Nebenerwerb geführt. Dies hängt auch mit der ehemals florierenden lokalen Möbelindustrie zusammen. Viele Vollerwerbslandwirte hatten dort einen lukrativen Zuerwerb gefunden. Wenn man heute durch die Gegend fährt, so fällt auf, dass nicht nur viele bäuerliche Wohngebäude einen sehr stattlichen Eindruck hinterlassen. Ein jeder hat von den Betrieben gut gelebt. Die Gemeinde wirkt im Vergleich zur umliegenden Region noch immer recht wohlhabend.

„Es hat natürlich jeder Arbeit gehabt, weil am Schlag die ganzen Vollerwerbslandwirte ja alle Nebenerwerbslandwirte worden sind, weil ja jeder dort gearbeitet hat. Da hat es natürlich eine Zeit super funktioniert, wie sie da den Schichtbetrieb gefahren sind. Da ist der Alte, der Bauer selber, am Vormittag gegangen und der Bub ist am Nachmittag gegangen und eine Woche später hat sich das umgedreht, ja die haben die Arbeit daheim ganz leicht mitgemacht. Für die war es natürlich schön, wenn du hier herumfährst, es gibt nirgends schlechte Häuser, die Bauernhäuser sind alle pipifein beieinander (EBA017, 263).“

Die Verdienstmöglichkeiten vor Ort haben sich in letzter Zeit verschlechtert. Dennoch bleibt der Anteil an Nebenerwerbsbetrieben weiterhin hoch. Die Anzahl der Betriebe nimmt zwar kontinuierlich ab, der Strukturwandel geht aber weniger rasch vor sich als in den Gunstlagen des oberösterreichischen Zentralraums. Der Waldanteil liegt mit 40 % insgesamt relativ hoch, wobei allerdings größere zusammenhängende Wälder fehlen. Meist handelt es sich um bäuerliche Privatwälder auf Hügeln, Geländekuppen und steileren Flächen. Dennoch hat der Wald ökonomisch eine große Bedeutung. Das bezeugt nicht nur die lange Tradition von holzverarbeitender Industrie und Gewerbe, sondern auch das Vorhandensein einer Erzeugergemeinschaft für Brennholz und Hackschnitzel. Die Gemeinde wird heute flächendeckend mit Nahwärme versorgt.

Die Bevölkerungsentwicklung zeigt sich seit längerer Zeit leicht rückläufig. Die Bevölkerungsdichte ist mit etwa 40 Einwohnern pro km² nur etwa ein Drittel jener von Oberösterreich. Der Bevölkerungsrückgang hängt ursächlich v.a. mit den fehlenden Erwerbsmöglichkeiten im Ort, gerade für Personen mit höherer beruflicher Qualifikation, aber auch mit der Krise in der holzverarbeitenden Industrie zusammen. Die Gemeinde ist durchaus bemüht, durch die Errichtung von Wohnbauten als auch durch die Widmung von Baugründen die Leute im Ort zu halten. Die negative Wanderungsbilanz kann damit jedoch nicht verhindert werden. Es macht sich in der jüngeren Generation immer mehr ein Trend bemerkbar, dass wenn sie als Pendler über einige Zeit nach Linz oder Schwertberg in die Arbeit fahren, dann letztendlich gleich dorthin ziehen. In diesem Ausmaß war dies in der vorangegangenen Generation noch nicht der Fall.

Das lokale Angebot an Nahversorgung und Freizeitangebot ist eigentlich nicht so schlecht. Als zentraler Ort ist die Gemeinde mit Versorgungsinfrastrukturen und kleinen Gewerbebetrieben noch recht gut versorgt. Auf dem Gemeindegebiet gibt es neben Pfarrkirche, Volksschule, Neue Mittelschule, Schützenheim, Polizeidienststelle, Lagerhaus, Tankstelle, Altstoffsammelstelle, Pfarrbücherei, Bank mit Postpartner, mehrere Gasthäuser, einen Mostheurigen, Fleischhauer, Kaffeehaus, Kebab-Pizzeria, Kaufhaus, Friseur, Schuhmacher, Schmied, Baggerunternehmer, Maler, Elektriker, Spengler, Dachdecker, Sägewerk, KFZ-Werkstätte, Maschinen- und Einrichtungsfachhändler, Werbeagentur, einen Zahnarzt, einen praktischen Arzt sowie einen Tierarzt. Weiters gibt es eine Sportanlage mit Fußball- und Tennisplätzen, einen Eislaufplatz, Skater-, Eisstock- und Asphaltstockbahnen, Freibad, Beachvolleyballplatz, Fitnesscenter, Themenweg Holzwelten, Wanderwege, Urlaub am Bauernhof und drei Reitbauernhöfe. Die Gemeinde ist Teil des Reitwegenetzes der im Norden angrenzenden LEADER Region Mühlviertler Alm. Zudem gibt es einen sozialmedizinischen Stützpunkt mit Sozialberatungsstelle und Betreutes Wohnen. Der mit Abstand größte Arbeitgeber ist die verbliebene, alteingesessene Großtischlerei mit etwa 200 Mitarbeitern, welche sich auf Qualitäts- und Spezialanfertigungen konzentriert. Die touristischen Möglichkeiten sind beschränkt. Tagesausflügler, Wanderer und Kurgäste einer in der näheren Umgebung gelegenen Kuranstalt bringen nur wenige Einnahmen für die Gemeinde.

Über 100 Jahre florierte in der Gemeinde die Holz- und Möbelindustrie. Zeitweilig waren in dieser Branche mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigt. Somit war die Gemeinde über lange Zeit eine der wenigen prosperierenden Einpendlergemeinden des Bezirks. Viele Arbeiter ließen sich in der Gemeinde nieder,

was nicht nur die Sozialstruktur, sondern auch das Erscheinungsbild der Gemeinde mitprägte und veränderte. Es gibt einige für eine Mühlviertler Landgemeinde eher untypische Arbeitersiedlungen. Die Gründerväter der beiden Möbelfabriken hatten eine besondere Machtposition inne. Als de facto Monopolisten bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen hatten sie eine paternalistische Stellung. Sie konnten tief in das soziale Leben und in die Privatsphäre der Beschäftigten einwirken, deren Verhalten regulieren, Kontrolle ausüben und jedes Aufbegehren im Keim ersticken. Es kursieren Anekdoten, dass z.B. den Arbeitern am Sonntag das Fußballspielen verboten wurde, damit sie am Montag ausgeruht zur Arbeit erscheinen.

Seit der Wirtschaftskrise gegen Ende des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert leidet die örtliche Tischlerei- und Möbelindustrie unter einem starken Verdrängungswettbewerb. Eine der beiden großen Möbelhersteller ging im Juli 2013 in Konkurs. 180 Beschäftigte verloren plötzlich ihren Job, darunter etwa 35-40 % Frauen, welche hauptsächlich angelernte Kräfte und Teilzeitarbeiterinnen waren. Ein Drittel der Gekündigten war älter als 50. Eine Übernahme durch einen Büro-Möbelbauer aus Eferding scheiterte. Weil es auch danach lange so aussah, als ob es zu einer Gesamtlösung käme, hat auch das Arbeitmarktservice (AMS) stillgehalten, damit für eine Neuaufnahme auch Personal zur Verfügung gestanden wäre. Etwa 50 Mitarbeiter wurden über eine regionale Insolvenz-Stiftung umgeschult. Die Kosten für die StiftungsteilnehmerInnen teilten sich das Land Oberösterreich und das AMS. Im strukturschwachen Unteren Mühlviertel hätten die vielen kleinen Unternehmen in dieser Branche niemals so viele Fachkräfte übernehmen können. Die Möbelfabrik in der Gemeinde ging bereits 2006 in Konkurs. Der damalige Unternehmer ließ seine Belegschaft über eine Stiftung für ihre neuen Anlagen schulen, was sehr zum Unmut in der Branche geführt hat. Während mittlerweile sehr viele, v.a. männliche Fachkräfte wieder eine Arbeit gefunden haben, sind die angelernten Arbeiterinnen schwerer betroffen. Diese sind nur schwer vermittelbar und finden kaum einen neuen Arbeitsplatz. Oft können sie aufgrund von Haushalt und innerfamiliären Betreuungsaufgaben auch nicht längere Strecken pendeln. Die Gemeinde hat generell einen hohen Anteil an Pendlern. Diese sind immer noch vermehrt Männer, der Anteil der pendelnden Frauen nimmt aber stetig zu.

„Früher war jede Gemeinde besser aufgestellt. Und wir hatten natürlich gerade (...) lange das Glück, dass wir mehr Einpendler gehabt haben wie Auspendler. Das hat sich jetzt natürlich gedreht. Wir haben, ich sage immer, keinen einzigen Job (...), wo du eine Matura brauchst, außer was Lehrer sind (...). Es gibt keinen Betrieb, der was irgendwen anstellt, wo du eine Matura brauchst, weil das brauchst in der Tischlerei nicht. Vom Lohnniveau ist die Holzindustrie komplett unten, nicht einmal mit der Metallindustrie überhaupt nicht oder dem Metallgewerbe gar nicht zu vergleichen vom Lohnniveau her (EBA017, 261, 1-6).“

In Bezug auf den Besuch von weiterführenden, höheren Schulen ist die Gemeinde mittlerweile sehr gut aufgestellt. Die Versorgung mit höheren Schulen in erreichbaren Entfernungen und deren Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist annehmbar. Ein Problem im Bereich der handwerklichen Berufe und da speziell bei den Mädchen, ist der Drang hin zu einigen wenigen Lehrberufen. Durch Werbemaßnahmen konnte die verbliebene Tischlerei in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten auch immer wieder sehr erfolgreich Mädchen ausbilden. Trotzdem kommt es vor, dass in manchen Branchen in der Region Lehrstellen immer noch nicht besetzt werden können.

Zusammenfassend lässt sich die Marktgemeinde als ehemals sehr bedeutender zentraler Ort charakterisieren, der nicht nur agrarisch geprägt, sondern auch ein durch die Möbelindustrie wichtiger Arbeitgeber für die Region war. Tendenziell weist die Gemeinde sowohl wirtschaftlich als auch demografisch eine leicht rückläufige Entwicklung auf. Die Geburtenbilanz ist positiv, die Wanderungsbilanz aber stark negativ. Die aktuelle Krise in der Holz- und Möbelverarbeitenden Industrie hat die Symptome weiter verschärft. Die Erwerbsmöglichkeiten im Ort sind beschränkt. Die Anbindung an die überregionalen Zentren Linz und Amstetten ist nach wie vor schwierig, obwohl die öffentlichen Verkehrsverbindungen durch die Errichtung eines regionalen Verkehrsverbands verbessert werden konnten. Oft sind für die Aufrechterhaltung der Mobilität in einem Haushalt mehrere Autos notwendig, was eine große finanzielle Belastung darstellt. Das zivilgesellschaftliche Engagement nimmt ab, da viele Pendler nur wenig Zeit haben sich in der Gemeinde oder im Vereinsleben aktiv einzubringen. Das soziale und kulturelle Leben wird von einigen wenigen sehr engagierten Personen hochgehalten, die oftmals in vielen verschiedenen Organisationen gleichzeitig tätig sind.

Die Gemeinde ist bemüht, mit neuen Strategien ihre Situation zu verbessern. Angedacht wird die Errichtung eines Gründerzentrums in leerstehenden Fabrikhallen. Eine Firmenansiedlung dürfte aber nicht einfach sein, da benachbarte Gemeinden in günstigerer Lage ähnliche Pläne schmieden. Das Modell der Altenbetreuung in der Landwirtschaft findet in der Gemeindepolitik in den Überlegungen als wirtschaftlicher Faktor bzw. soziale Infrastruktur hingegen kaum einen Anklang.

Die LEADER Region und ihre Strategien

Die Projektgemeinde ist eine von 24 Mitgliedsgemeinden der LEADER-Region Strudengau, welche einerseits begünstigte und ebene Bereiche im südöstlichen Mühlviertel umschließt, andererseits aber auch weit in das klimatisch relativ raue Granit- und Gneishochland hinaufreicht.

Ein wesentliches Kriterium für die Programmerstellung in den LEADER-Regionen ist, dass unterschiedliche Zielgruppen berücksichtigt und in einem Bottom-Up-Ansatz direkt involviert werden sollen. Die Zielgruppen werden zu Fokusgruppensitzungen eingeladen, wo sie sich einbringen können. In der Realität ist der Bottom-Up Ansatz aber nur schwer durchzuführen (Fischer 2016). Einerseits sind die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, vor allem der sozial schwachen und tendenziell deprivierten Gruppen wenig bekannt, andererseits zeigen sich Tendenzen des Lobbyismus, indem immer wieder dieselben Akteure versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Die konkreten Macht- und Herrschaftsverhältnisse hinterlassen somit auch ihre Spuren in den lokalen regionalpolitischen Entwicklungsprogrammen. Diese bestimmen letztendlich, wo die Schwerpunkte gesetzt werden. Für das LAG-Management ist es trotz großem Bemühen schwierig, Jugendliche, Frauen, aber auch Personen mit Migrationshintergrund anzusprechen und zu motivieren, bei den Workshops zur Programmentwicklung mitzuwirken. Der LAG-Manager ist in der Projektgemeinde geboren und hat daher einen besonderen Bezug und auch Interesse dort sinnvolle Initiativen anzuregen. Dessen ungeachtet blieb die Bereitschaft, sich bei der Programmerstellung für das aktuelle Programm für die ländliche Entwicklung einzubringen, in der Bevölkerung der Projektgemeinde eher gering.

Neben der Landwirtschaft mit allen ihren Facetten, wie der Förderung innovativer Diversifizierung und Kooperation, sind die „Holzwelten“ Hauptschwerpunkt der LEADER-Region. Es gibt sehr viele holzverarbeitende Betriebe in der Region. Die Projektgemeinde ist an dem Projekt „Holzwelten“ mit Firmen beteiligt. Holz ist ein wichtiger Rohstoff in der walddreichen Region Strudengau. Überlegungen gehen in Richtung Brennholzbewirtschaftung, Hackschnitzelbereitung, Erzeugung von Biomasse, Alternativenergien, Kleinkraftwerke und Nahwärmeversorgung. Das Konzept einer Holzregion konnte sich aber nicht wirklich durchsetzen. Angedacht war auch Vernetzung mit dem Tourismus. Ein Baumkronenweg hätte in der Projektgemeinde anlässlich der Landesgartenschau 2009 entstehen sollen, was aber aus politischen Gründen und aufgrund von Streitigkeiten zwischen den Grundeigentümern scheiterte.

„Schwerpunkte Holzwelten wären schon richtig gewesen, es ist natürlich, aber die Nachhaltigkeit fehlt mir da, weil es ist ja so, die Holzwelten, das ist eigentlich das einzige größere touristisches Highlight, was wir haben. Wir haben das angefangen und es hat sich dann eigentlich, es ist nicht weiterverfolgt, bzw. das wären danach noch viele Zusatzprojekte gewesen und solche Sachen, die was man da, das könnte man noch machen und das täte man noch, was weiß ich, mit Baumkronenschöpfung und was weiß ich was alles. Aber es ist einfach ja zum Teil am Geld gescheitert und zum Teil auch an der Einstellung gescheitert. Weil ich gesagt habe, ja das könnte man sofort einmal probieren und sagt na das ist normalerweise, wenn man so Holzwelten macht, finde ich, sollte die ganze Gemeinde, alle zusammenhelfen. Aber es ist einfach zum Teil sabotiert worden von der politischen Seite (SH015, 11, 1-8).“

Die Bereiche Kulturelles und Soziales wurden in der letzten LEADER Periode nur sehr gering dotiert. Entsprechende Ansätze blieben daher spärlich. Einer war der Versuch ein „Jugendnetzwerk Strudengau“ zu installieren. Dieses Projekt wurde zwar initiiert und gestartet, aber mittendrin wieder abgebrochen. Die bürokratischen Hürden erwiesen sich letzten Endes als zu hoch.

„Die Betroffenen haben dann einfach gesagt: wir wollen jetzt unsere Zeit für die Jugendlichen aufwenden und nicht für dieses Erfüllen dieser Kriterien, also dieser Anforderungen die da, was halt da vom Land an uns gestellt werden. Also, ich habe es wirklich auch bestmöglich unterstützt und bin mit ihnen nach Linz gefahren und dies und das, weil das einfach jetzt für mich als Geschäftsführer einmal ziemlich was vom Blödesten ist, wenn so ein Projekt mitten drinnen abgebrochen wird aufgrund von bürokratischen Hürden oder von so hohem bürokratischen Aufwand. Und wir versuchen generell eh wirklich da im Büro den Projektträgern möglichst viel abzunehmen. Nur alles kann man ihnen natürlich nicht abnehmen und gerade eben bei der Abrechnung, da muss die Rechnung halt richtig ausgestellt werden usw. (SH011, 43).“

Bei der lokalen Entwicklungsstrategie für die LEADER Periode 2014-2020 stehen weiterhin die Stärkung der Land- und Forstwirtschaft, die Erhaltung der Biodiversität und des kulturellen Erbes, die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, der regionale Tourismus und der Ausbau erneuerbarer Energien im Vordergrund. Es fehlt weiterhin ein spezieller Fokus für Frauen, Jugendliche, Ältere, Migranten und die Sozialraumentwicklung als Teil einer intakten, regionalen Lebenswelt. Maßnahmen zur Förderung von Green Care und im Speziellen im Bereich der Altenbetreuung am Bauernhof fanden bislang auch in der Region wenig Beachtung und sind auch nicht explizites Thema in der neuen Programmperiode der LEADER Region Strudengau.

3.1.2 Das Sozialkapital der Gemeinde

Im August 2013 wurde in der Projektgemeinde das lokale Sozialkapital quantitativ erhoben. Trotz Urlaubszeit wurden insgesamt 472 auswertbare anonym ausgefüllte Fragebögen von Gemeindefunktionären eingesammelt oder am Gemeindeamt abgegeben. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 34,3 % bei einer Grundgesamtheit von 1.375 Wahlberechtigten, d.h. die in der Gemeinde hauptgemeldeten Personen im Alter von 16 Jahren und älter. Damit lag in dieser Projektregion die Beteiligung am höchsten, was auch einem besonders hohen Engagement und Interesse der Gemeinde zu verdanken ist. Der Bürgermeister veröffentlichte u.a. in der Gemeindezeitung vom 24. Juni 2013 einen Appell, sich an der Befragung zu beteiligen. Die Aktion wurde von allen Gemeindefraktionen mitgetragen. Mitte September 2013 wurde die von der Gemeinde selber organisierte Befragung abgeschlossen und die Fragebögen an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen mittels einer Korrelationsanalyse mit SPSS ausgewertet. Die Gemeindebevölkerung wurde schließlich über die Ergebnisse der Sozialkapitalbefragung am 30. Jänner 2014 vom Bürgermeister in der Gemeindezeitung informiert. Ursprünglich wurde angedacht, anhand der Ergebnisse moderierte Workshops oder Aktivitäten zur Förderung sozialer Netze in der Gemeinde zu initiieren, was sich letztlich aber aufgrund mangelndem Interesse der Beteiligten nicht umsetzen ließ.

Prüfung der Repräsentativität der Stichprobe

Die Stichprobe wurde anhand der Daten der Gemeindeinformationen-Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria (Stand 1.1.2013) verglichen. Berücksichtigt werden konnten nur jene Fragebögen, wo auch die entsprechenden Daten zur Person Strukturdaten angeführt wurden. Die Stichprobe bildet grundsätzlich die Grundgesamtheit sehr gut ab. Beim Alter ist die jüngste Kohorte etwas unterrepräsentiert. Die stärkste Abweichung zeigt sich im Bereich der Ausbildung beim hohen Anteil an AHS und BHS Absolventen und beim Erwerbsstatus an Pensionisten, während die Beteiligung der Pflichtschulabsolventen an der Befragung schwach war. Nach dem Geschlecht sind Frauen etwas überrepräsentiert.

Tabelle 1: Stichprobenvergleich mit der Grundgesamtheit in der Projektgemeinde mit bäuerlicher Altenbetreuung

Alter	Stichprobe	Grundgesamtheit	Abweichung %
16 bis 29	88	331	-4,34
30 bis 44	115	346	0,62
45 bis 60	118	363	0,06
älter als 60	125	335	3,66
Geschlecht (ab 16)			
Männer	211	711	-5,63
Frauen	257	691	5,63

Ausbildung			
Pflichtschule	130	534	-9,95
Lehre, Fachschule	191	683	-7,42
AHS, BHS	113	122	15,60
Universität, FHS	32	72	1,76
Beschäftigung			
Land- und Forstwirtschaft	63	197	0,21
Andere Wirtschaftsbereiche	194	752	-9,50
Haushalt	30	92	0,23
Ausbildung älter 15	25	62	1,21
Pension	134	314	7,78
Arbeitslos	5	15	0,06

Quelle: Eigene Darstellung

Korrelationsanalyse Sozialkapital

Anhand eines Chi-Quadrat Tests nach Pearson wurde untersucht, ob es zwischen zwei metrischen Variablen statistisch signifikante Unterschiede gibt, d.h. ob sich z.B. Männer von Frauen, Personen jüngeren Alters von Älteren, Berufstätige von Pensionisten, politisch und zivilgesellschaftlich Engagierte zu Inaktiven bei den einzelnen Rating-skalierten Antwortkategorien signifikant voneinander unterscheiden.

Da dieser Sozialkapital-Fragebogen EU-weit zur Anwendung kommt, lassen sich die Ergebnisse in den einzelnen Ländern auf nationalstaatlicher Ebene miteinander vergleichen. Die BewohnerInnen der Untersuchungsgemeinde waren mit ihrem Leben allgemein, ihrer Gesundheit, Umweltqualität, Familiensituation, persönlichen Sicherheit, Wohnsituation und Nachbarschaft deutlich zufriedener als Durchschnittsösterreicher. Dies dürfte vor allem auf generelle Unterschiede zwischen Stadt und Land zurückzuführen sein. Durch die größere Anonymität in städtischen Ballungsräumen sind die sozialen Netzwerke zumindest in den europäischen Industriestaaten loser. Andererseits sind öffentliche und sozialstaatliche Versorgungsangebote in urbanen Gegenden ausgeprägter und somit Menschen weniger auf private Netzwerke gegenseitiger Unterstützung angewiesen.

Die Projektgemeinde erscheint generell sehr gut integriert. Das Vertrauen in die Mitmenschen, die Bereitschaft für Freiwilligenarbeit und Teilnahme am Vereinsleben sind groß. Der Zugang und die Qualität des Bildungs- und Gesundheitssystems und der Kinderbetreuung wird sehr positiv beurteilt.

Dennoch lassen sich im Detail einige Problemfelder erkennen. So zeigen in den absoluten Zahlen etwa 18 % der Befragten keine besonders große Verbundenheit mit ihrer Gemeinde. Die Zufriedenheit mit der beruflichen Situation ist geringer als in Österreich. Allgemein als problematisch wird auch der Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln beurteilt. Obwohl etwa ein Drittel aller Befragten politisch sehr interessiert ist, können sich nur 13 % vorstellen, sich in der Gemeindepolitik zu engagieren.

Als besonders differenzierend erweist sich bei den einzelnen Antwortkategorien v.a. der formale Bildungsgrad. Personen mit höherem Schulabschluss unterscheiden sich in ihren Einschätzungen signifikant von jenen mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss. Formal höher Gebildete sind mit ihrem Leben zufriedener, schätzen aber das öffentliche Verkehrsangebot deutlich schlechter ein. Ihre Bereitschaft anderen zu helfen ist größer, sie treffen sich eher mit Freunden als mit Nachbarn. Sie diskutieren häufiger über Politik, fühlen sich aber gleichzeitig weniger mit politischen Parteien verbunden. Sie unterstützen auch öfter alternative Formen des politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements, wie Ausfüllen von Unterschriftenlisten, Volksbegehren oder den Kauf bzw. Boykott bestimmter Produkte. Ihre Sensibilität gegenüber Diskriminierung ist größer, obwohl das nicht unbedingt heißt, dass sie selber von Diskriminierung stärker betroffen wären.

Dass PensionistInnen mit ihrer Gesundheit signifikant weniger zufrieden sind als noch im Berufsleben eingebundene erscheint banal. Sie haben aber ein signifikant größeres Interesse an Freiwilligenarbeit, Politik und Religion. Freizeit ist dagegen weniger bedeutend. Dass sie anderen Leuten weniger helfen, könnte auch damit zusammenhängen, dass sie dazu vielleicht nicht mehr in der Lage sind. Auffallend ist aber, dass sie auch weniger leicht Unterstützung aus ihrer persönlichen Umgebung annehmen. Insbesondere fällt es Ihnen schwer, über persönliche Probleme zu reden. Sie reden häufiger über Politik und sind auch stärker mit politischen Parteien verbunden. Ihr Wertekodex ist sehr traditionell. Ganz oben steht die Pflicht an Wahlen teilzunehmen und die Steuern zu zahlen. Außerdem fühlen sich die PensionistInnen signifikant weniger häufig diskriminiert.

In Hinblick auf das Geschlecht zeigen Männer ein höheres Interesse an Politik und auch eine größere parteipolitische Verbundenheit als Frauen. Männer sind stärker in sportlichen, gewerkschaftlichen und beruflichen Interessensvereinigungen aktiv, tun sich aber schwer, mit jemanden über persönliche Probleme zu reden.

Jugendliche legen höheren Wert auf Freunde und Freizeit, während Politik und Religion bei ihnen einen signifikant geringeren Stellenwert aufweisen. Sie sind deutlich weniger in der Gemeindepolitik und im traditionellen Vereinsleben integriert, was jedoch nicht heißt, dass sie in der Gemeinde marginalisiert wären. Ganz im Gegenteil, obwohl sie sich in verschiedenen Bereichen diskriminiert fühlen, verfügen sie über sehr dichte Netzwerke gegenseitiger Unterstützung innerhalb ihrer Gruppe.

Menschen, die bereits in der Freiwilligenarbeit aktiv sind, haben einen positiveren Zugang zu ihrem Leben und auch mehr Vertrauen zu anderen Menschen, etwas das auch in den bereits anfangs angeführten Theorien zum Sozialkapital seinen Ausdruck findet. Für Berufstätige in der Landwirtschaft erweist sich v.a. ihr Umgang mit Freizeit und Sport (negativ) sowie Religion (positiv) als differenzierend.

Tabelle 2: Ergebnisse der Korrelationsanalyse für die Projektgemeinde mit bäuerlicher Altenbetreuung

Zufriedenheit	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Beruf	0,012	0,114	+++	0,199 ***	0,161	-0,121 *	0,047
Gesundheit	-0,012	0,203***	-0,274 ***	0,140 *	0,121	-0,081	-0,016
persönliche Sicherheit	0,032	0,094	-0,153 *	0,131 *	0,141 *	-0,076	0,062
Haus, Wohnung	-0,010	-0,044	-0,035	0,044	0,203 ***	-0,148 **	0,046
Beziehung ArbeitskollegInnen	0,015	-0,007	+++	0,211 *	0,138	-0,046	-0,031
Sozialleben	-0,011	0,093	0,041	0,125 *	0,132 **	-0,094	0,006
Familiensituation	0,087	-0,022	-0,068	0,146 *	0,165 **	-0,137 *	0,001
Leben ganz allgemein	0,011	0,040 *	0,001	0,165 **	0,051 *	-0,152 ~	-0,113 *
Nachbarschaft	0,048	-0,012	0,042	0,014	0,100	-0,035	0,086
Luftqualität	0,098	0,028	-0,083	0,057	0,128 *	-0,039	0,046
Finanzielle Situation	0,001	-0,067	0,049	0,152 *	0,144 **	-0,089	0,063
Demokratie in der Gemeinde	-0,060	0,039	0,021	0,010 *	0,055	-0,104	0,091
Demokratie in Österreich	-0,019	-0,031	0,058	0,047	0,114 *	-0,121	0,167 **
Demokratie in der EU	-0,095	0,097	-0,095	0,125 *	0,129 **	-0,021	0,120 *

Zufriedenheit	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Zugang öffentliche Verkehrsmittel	0,059	-0,040	0,049	-0,102 **	-0,038	0,118	0,129 *
Qualität öffentliche Verkehrsmittel	0,017	0,087	-0,045	0,065 *	-0,094	-0,034	0,075
Zugang Bildungssystem	-0,003	0,056	-0,023	0,053	0,069	0,021	0,084
Qualität Bildungssystem	0,015	0,022	-0,007	-0,070	0,048	0,016	0,040
Zugang Gesundheitssystem	0,041	0,082 *	0,052	0,000	0,073	-0,062	0,071
Qualität Gesundheitssystem	0,123 *	0,083	0,049	0,023	0,133 **	-0,084 *	0,120
Zugang Sozialwohnungen	-0,130	0,077	0,014	-0,002	0,077	0,033	0,035
Qualität Sozialwohnungen	-0,064	-0,026	0,146 *	0,000	0,084	0,077	0,098
Zugang Weiterbildungsangebote	0,091	-0,003 *	0,023	0,001	-0,001	-0,004	0,064
Qualität Weiterbildungsangebote	0,088	-0,042 *	0,023	0,022	0,032	-0,004	0,050
Zugang Kinderbetreuungseinrichtung	0,029	0,036	0,095	0,001	0,005	0,060	0,048
Qualität Kinderbetreuungseinrichtung	0,022	0,004	0,078	0,036	0,062	0,056	0,109

Fallstudien

Bedeutung	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Vertrauen und Sozialleben	0,091**	-0,043	0,178 **	-0,023	0,105 ***	-0,055	0,037
Familie	-0,067	0,054	-0,121 *	0,070	0,076	-0,092	0,016
Freunde	-0,088	0,220 ***	-0,046	0,087	0,071	-0,028	-0,015
Freizeit	0,012	0,248 ***	-0,130 **	0,148 *	0,024	-0,304 ***	0,101
Politik	0,034	-0,218 ***	0,245 ***	0,013	0,123	-0,016	0,301 ***
Religion	-0,085	-0,335 ***	0,313 ***	-0,131 *	0,196 ***	0,257 **	0,044 *
Beruf	0,114	-0,052	+++	0,049	0,144 **	-0,060	0,024
Freiwilligenarbeit	0,087	-0,072 ~	0,203 ***	0,081	0,261 ***	-0,049	0,080 *

Soziale Kontakte	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Treffen mit Freunden	0,096	0,299 ***	-0,007	0,176 *	0,162 **	-0,102	0,070
Treffen mit ArbeitskollegInnen	0,185 *	0,125 *	+++	-0,016	0,112	0,096	0,148 ~
Treffen mit Nachbarn	0,129	-0,061	0,066	-0,125 *	0,097	0,128	0,009
anderen Leuten helfen	0,161 **	0,173 ***	-0,287 ***	0,226 ***	0,284 ***	-0,176 *	0,090

Politik	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Diskussion über Politik	0,147 *	-0,115 ***	0,032 ***	0,195 **	0,198 ***	-0,113	0,310 ***
Verbundenheit mit Partei	0,220 ***	-0,214 ***	0,238 ***	-0,100 *	0,186 ***	0,057	0,276 ***
aktive Rolle	0,267 ***	-0,061	-0,058	0,057	0,290 ***	-0,024	+++

Diskriminierung	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Arbeitsplatz, Arbeitssuche	0,066	0,158 **	+++	0,191 ***	0,078	-0,336 ***	0,103
Behörden	0,060	0,162 **	-0,374 ***	0,183 ***	0,044	-0,291 ***	0,112 *
Wohnungssuche	0,047	0,174 ***	-0,378 ***	0,200 ***	0,065	-0,340 ***	0,112 *
Reisen, Einkaufen, Ausgehen	0,011 *	0,187 ***	-0,388 ***	0,182 ***	0,054	-0,304 ***	0,094 *
Schule, Hochschule	0,021	0,190 ***	-0,394 ***	0,203 ***	0,052	-0,308 ***	0,075

Unterstützung erhalten	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Haushalt, Garten, Einkaufen usw.	-0,040	0,040	-0,053	0,094 *	0,096 *	-0,078	0,022
Betreuung Haushaltsmitglied	-0,012	-0,061	0,116 *	-0,022	0,027	0,050	0,023
Waschen, Anziehen, Essen usw.	0,002	0,060	-0,006	-0,011	0,056	-0,036	0,008
Ausfüllen Förderungsantrag	-0,037	0,102 *	-0,019	-0,011	0,020	-0,007	-0,001
über pers. Probleme reden	-0,173 ***	0,242 ***	-0,204 ***	0,072	0,071	-0,127 *	0,036
Geld ausborgen können	0,057	0,310 ***	-0,185 ***	0,085	0,043	-0,109	0,013
wertvolle Gegenstände	0,100 *	0,151 **	-0,193 ***	0,105 *	0,097 *	-0,104	0,120 *
Hilfe bei Bedrohung, Belästigung	-0,029	0,284 ***	-0,122 **	0,112 *	0,084	-0,256 ***	0,093 *
in keiner dieser Situationen	0,042	-0,081	0,125 **	-0,045	-0,148 **	0,109	-0,132 **

Unterstützung gewähren	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Haushalt, Garten, Einkaufen usw.	-0,056	0,105 *	-0,144 **	0,074	0,119 *	-0,155 *	-0,044
Betreuung Haushaltsmitglied	-0,133 **	-0,070	0,051	0,007	0,081	0,040	-0,058
Waschen, Anziehen, Essen usw.	-0,115 *	0,110 *	-0,066	-0,028	-0,003	-0,015	-0,042
Ausfüllen Förderungsantrag	0,029	0,118 *	-0,225 ***	0,154 **	0,058	-0,090	0,097 *
über pers. Probleme reden	-0,208 ***	0,251 ***	-0,240 ***	0,076	0,128 **	-0,053	0,097 *
Geld verborgen können	-0,003	0,336 ***	-0,125 **	0,133 **	-0,002	-0,147 *	0,023
wertvolle Gegenstände	0,108 *	0,138 **	-0,223 ***	0,123 **	0,068	-0,194 **	0,142 **
Hilfe bei Bedrohung, Belästigung	0,069	0,235 ***	-0,156 **	0,176 ***	0,132 **	-0,230 ***	0,146 **
in keiner dieser Situationen	0,062	0,123 **	0,209 ***	-0,092 *	-0,153 **	0,158 *	-0,159 **

Fallstudien

Mitgliedschaft	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Sportverein	0,227 ***	-0,097 *	-0,045	0,106 *	0,306 ***	-0,202 **	0,130 **
Musik-, Kultur-, Kunst-, Bildungsverein	0,114 *	-0,112 *	0,095 *	0,035	0,352 ***	-0,032	0,214 ***
Kirche, Religionsgemeinschaft	-0,019	-0,159 **	0,073	0,020	0,361 ***	0,038	0,088
Gewerkschaft	0,193 ***	-0,049	-0,088 ~	0,006	0,097 *	-0,285 ***	0,099 *
karitative oder soziale Vereinigung	0,008	-0,007	0,079	0,061	0,147 **	-0,123 *	0,065
berufliche Interessensvertretung	0,159 **	-0,068	-0,060	0,089 ~	0,111 *	-0,020	0,125 **
Umwelt-, Tierschutzorganisation	0,043	-0,085	0,084	-0,004	0,079	-0,036	0,052
politische Partei	0,194 ***	-0,081	0,054	0,056	0,176 ***	-0,011	0,218 ***
Seniorenvereinigung	0,026	-0,205 ***	0,613 ***	-0,117 *	0,127 **	0,156 *	-0,048
Entwicklungshilfe, Menschenrechte	-0,052	-0,024	0,090 ~	0,086	0,095 *	-0,077	-0,071
Konsumentenschutz	0,011	-0,005	0,012	0,005	0,024	-0,069	0,039
Sonstige (Frauen, regionale Initiativen)	-0,191 ***	-0,056	0,021	0,050	0,183 ***	0,100	-0,031
Patienten- und Behindertenschutz	0,049	-0,005	0,096 *	0,059	0,100 *	-0,034	0,078
Schutz Rechte älterer Menschen	0,011	0,004	0,138 **	0,059	0,062	-0,034	0,001
keine der angeführten Organisationen	-0,090 ~	0,124 **	-0,063	0,004	-0,497 ***	0,027	-0,074

Geld Spenden	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Sportverein	0,049 *	-0,130 **	-0,012	0,020	0,107 *	-0,195 **	0,117 *
Musik-, Kultur-, Kunst-, Bildungsverein	0,098 *	-0,247 ***	0,038	-0,065	0,170 ***	0,052	0,107 *
Kirche, Religionsgemeinschaft	-0,018	-0,198 ***	0,111 *	-0,053	0,200 ***	0,093	0,125 **
Gewerkschaft	0,070	-0,044	-0,054	0,081	0,052	-0,130 *	0,085
karitative oder soziale Vereinigung	0,012	-0,156 **	0,162 ***	0,091 *	0,168 ***	-0,048	0,077
berufliche Interessensvertretung	0,042	-0,043	0,031	-0,026	0,059	0,038	0,066
Umwelt-, Tierschutzorganisation	-0,048	-0,079	0,094 *	0,046	0,031	-0,108	0,001
politische Partei	0,096 *	-0,071	0,086	0,103 *	0,116 *	0,030	0,166 ***
Seniorenvereinigung	0,021	-0,119 *	0,393 ***	-0,077	0,147 **	0,108	0,059
Entwicklungshilfe, Menschenrechte	-0,048	-0,083	0,094 *	0,097 *	0,063	-0,091	-0,030
Konsumentenschutz	-0,073	0,032	0,068	-0,028	0,017	-0,034	0,028
Sonstige (Frauen, regionale Initiativen)	-0,158 **	-0,036	0,019	0,065	0,133 **	-0,026	0,011
Patienten- und Behindertenschutz	-0,016	-0,085	0,006	0,064	0,030	0,064	0,025
Schutz Rechte älterer Menschen	-0,033	-0,027	0,118 *	-0,009	0,092 *	0,024	0,048
keine der angeführten Organisationen	-0,002	-0,362 ***	-0,166 ***	0,053	-0,203 ***	-0,073	-0,129 **

Freiwilligenarbeit	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Sportverein	0,205 ***	-0,051	-0,087 ~	0,066	0,402 ***	-0,225 ***	0,112 *
Musik-, Kultur-, Kunst-, Bildungsverein	0,048	0,012	-0,057	0,061	0,476 ***	0,045	0,255 ***
Kirche, Religionsgemeinschaft	-0,089	-0,096 *	0,042	-0,024	0,536 ***	0,106	0,098 *
Gewerkschaft	0,093 *	-0,048	-0,027	0,137 **	0,155 **	-0,115	0,103 *
karitative oder soziale Vereinigung	0,000	0,030	0,061	0,008	0,234 ***	0,018	0,080
berufliche Interessensvertretung	0,089 ~	0,002	-0,066	0,086	0,166 ***	0,107	0,097 *
Umwelt-, Tierschutzorganisation	0,035	-0,039	0,127 **	0,041	0,071	+++	0,082
politische Partei	0,159 **	-0,099 *	-0,063	0,121 **	0,226 ***	-0,013	0,253 ***
Seniorenvereinigung	0,015	-0,145 **	0,399 ***	-0,084	0,269 ***	0,156 *	0,018
Entwicklungshilfe, Menschenrechte	0,011	-0,005	0,138 **	0,059	0,100 *	+++	0,039
Konsumentenschutz	+++	+++	+++	+++	+++	+++	+++
Sonstige (Frauen, regionale Initiativen)	-0,107 *	0,026	-0,077	0,071	0,200 ***	-0,003	0,022
Patienten- und Behindertenschutz	0,051	-0,022	0,073	-0,019	0,041	+++	0,047
Schutz Rechte älterer Menschen	0,051	-0,022	0,073	-0,019	0,041	+++	0,047
keine der angeführten Organisationen	-0,095 *	0,048	0,021	-0,058	+++	0,002	-0,273 ***

Zivilengagement	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
an politischen Wahlen teilgenommen	0,124 **	0,029	-0,106 *	-0,007	0,206 ***	-0,065	0,151 **
Unterschriftenliste, Volksbegehren	0,084	-0,126 **	0,071	0,198 ***	0,111 *	-0,087	0,092 ~
bestimmte Produkte boykottiert	0,064	-0,037	0,002	0,264 ***	0,071	-0,044	0,053
absichtl. bestimmte Produkte gekauft	-0,023	-0,001	-0,129 **	0,232 ***	0,111 *	-0,018	0,098 *
Politiker, Mandatar aufgesucht	0,169 ***	-0,019	-0,082	0,067	0,155 **	-0,121 *	0,103 *
Demonstration teilgenommen	-0,002	0,014	0,015	0,072	0,030	-0,025	0,016
Bürgerinitiative, soziale Organisation	0,074	0,045	0,005	0,072	0,100 *	0,004	0,061
Streiks teilgenommen	-0,052	0,139 **	-0,065	0,041	-0,034	-0,069	-0,021
Pickelr, Abzeichen getragen	0,074	0,124 **	-0,060	0,062	0,011	-0,077	0,091 ~
in politischer Partei mitgearbeitet	0,181 ***	-0,072	-0,034	0,050	0,199 ***	0,034	0,229 ***
illegale Protestaktion	-0,019	0,103 *	-0,050	-0,019	-0,037	-0,048	-0,027
nichts dergleichen	-0,115 *	0,021	0,098 *	-0,128 **	-0,248 ***	0,098	-0,160 **

Wichtige Eigenschaften	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
immer bereit sein zu helfen	-0,035	0,079	-0,069	0,020	0,018	0,032	0,058
immer Gesetze, Regeln einhalten	0,016	-0,106 *	-0,088 ~	0,094 *	0,152 **	-0,048	-0,053
immer bei Wahlen teilnehmen	0,046	-0,100 *	0,135 **	-0,032	0,074	-0,038	0,122 **
immer Steuern zahlen	0,104 *	-0,146 **	0,164 ***	0,034	0,063	0,038	0,035
sich nie bestechen lassen	-0,017	0,029	-0,079	0,002	-0,055	-0,150 *	-0,071
nie öffentl. Mittel unrecht annehmen	0,026	0,047	-0,077	0,004	0,000	0,131 *	0,003
nie gestohlenen Dinge kaufen	0,075	0,161 **	-0,054	0,000	-0,081	0,056	-0,007
nie Schwarzarbeit akzeptieren	0,054	-0,064	0,105 *	-0,018	0,010	0,006	0,036

Pearson-R², Chi-Quadrat nach Pearson, Legende der nach sozialwissenschaftlichen Konventionen festgelegten Signifikanzniveaus *** p<0,001, ** p<0,010, * p<0,050
~ p<0,060 (marginal signifikant), +++ keine oder zu geringe Fallzahl

3.1.3 Betreutes Wohnen am Bauernhof

Paradigmatisch könnte man beim Projekt „Betreutes Wohnen am Bauernhof“ von einer allgemeinen Win-Win-Situation ausgehen, da in der Altenbetreuung lokale Arbeitsplätze geschaffen oder zumindest gesichert werden, weiters das Einkommen der landwirtschaftlichen Betrieben gestärkt und natürlich auch die Gemeindebürger, wenn sie einmal eine Betreuung brauchen, nicht in fremde Orte ziehen müssen, sondern im eigenen Ort betreut werden können. Soweit die Annahme, in der Realität hat sich das leider als Trugschluss erwiesen. Dies wird dann in weiterer Folge die Analyse belegen.

Es gibt die Annahme, dass der Anteil älterer Personen in den nächsten Jahren erheblich ansteigen wird. Nach einer Prognose der Statistik Austria werden im Jahr 2035 nach einer mittleren Variante 32,5 % aller Österreicher und Österreicherinnen älter als 60 sein (Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2011). Dadurch steigt auch der Bedarf an Betreuungsleistungen und Betreuungseinrichtungen. Gerade in den strukturschwachen, peripheren Regionen wird es zu einer überproportionalen demografischen Alterung kommen, insbesondere durch Abwanderung. Zusätzlich erodieren die traditionellen innerfamiliären Pflegestrukturen in Mehrgenerationenhaushalten immer mehr durch die Änderung von Lebensstil, Werthaltungen, höherem Frauenbeschäftigungsgrad, aber auch durch Änderung der Netzwerke gegenseitiger Unterstützung in der Nachbarschaft. Was sich hingegen nur langsam ändert ist die genderspezifische Struktur in der Altenbetreuung. Töchter und Schwiegertöchter übernehmen nach wie vor die Hauptlast der Betreuung und Pflegearbeit zu Hause und es sind fast nur Frauen, die eine Altenbetreuerausbildung machen.

Die Idee, dass Menschen auf landwirtschaftlichen Betrieben in selbstbestimmter Weise ihren dritten Lebensabschnitt verbringen und dabei im Vergleich zu anderen Angeboten der Senioren- und Altenbetreuung vielfachen Nutzen haben können, klingt auf dem ersten Blick überzeugend. Einerseits ergeben sich Vorteile aus der *Perspektive der älteren Menschen*. So könnten SeniorInnen, dort wo eine traditionelle Betreuung in ihren Familien nicht mehr möglich ist, in ihrer näheren Umgebung, vielleicht sogar nur ein paar Häuser weiter, auf einem landwirtschaftlichen Betrieb einen Betreuungsplatz finden. Durch

dieses gemeindenahes Angebot würden die SeniorInnen nicht aus ihren, über lange Zeit gewachsenen, sozialen Netzwerken gerissen, d.h. sie könnten ihre sozialen Beziehungen leichter aufrechterhalten, als wenn sie möglicherweise in ein Wohn- bzw. Pflegeheim in weiterer Entfernung müssten. Zapotoczky (2015) weist darauf hin, dass in allen gesundheitsrelevanten Bereichen eine dynamische und menschenfreundliche Lebensgestaltung immer wichtiger wird. Die nach wie vor wichtige Grundversorgung genügt nicht mehr. Weitere Aufgaben stellen sich und müssen in geeigneter Weise wahrgenommen werden, damit der Übergang von der Versorgungsorientierung zur Entfaltungsorientierung gelingt. Im Mittelpunkt habe die Würde des Menschen - und das gilt auch für das Alter - zu stehen. Nach einem von Schöpfer und Stessel (2000) am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Graz durchgeführten und vom Land Steiermark anlässlich des „Internationalen Jahrs der älteren Menschen“ für den Steirischen Seniorenreport in Auftrag gegebenem interdisziplinären Forschungsprojekt präferieren ältere Menschen alternative, selbstbestimmte Betreuungsangebote gegenüber dem Heim. Im Ergebnis zeigt sich, dass 38 % keinesfalls in ein Heim wollen, 33 % nur bei schwerer Pflegebedürftigkeit und nur 14 % keine wesentlichen Einwände gegenüber einer Heimunterbringung haben.

Das Leben am Bauernhof bedeutet für manche eine höhere *Lebensqualität* im Alter, ein sozialer Anschluss an den Familienverband bzw. eine soziale Integration im Dorfverband. Menschen aus der Stadt suchen vielleicht die Ruhe und das Landleben. Sie könnten die Vorteile der Natur, der Landschaft und der gesunden Umgebung genießen, vielleicht auch noch die Möglichkeit, Haustiere zu halten, Gemüsebeete anzulegen oder im Betrieb etwas Sinnvolles machen zu können. Menschen, die selber aus einer Landwirtschaft stammten, fühlen sich auf einem Bauernhof meistens wohler als in einem Senioren-Wohnheim. Immer mehr ältere Menschen suchen nach alternativen, selbstbestimmten Angeboten jenseits von Pflegeheimen. Den Überlegungen zu Grunde lag das Konzept eines mehr oder minder autonomen Wohnens. Rüstige Senioren, die den Großteil der Alltagsaufgaben noch selbständig bewältigen, hätten die Möglichkeit in bestimmten Bereichen bei der Bewältigung ihres Alltags Unterstützung in Anspruch zu nehmen, wie z.B. beim Kochen, bei der Wäsche, beim Putzen. Diese vertraglich geregelten Leistungen sollten von der bäuerlichen Familie (in erster Linie von Bäuerinnen mit angenommenen freien Arbeitskapazitäten) erbracht werden.

Andererseits könnten sich auch Perspektiven für die zusehends unter Druck geratenen *land- und forstwirtschaftlichen Betriebe* ergeben. Unter dem Schlagwort der Diversifizierung könnten betriebseigene Ressourcen, d.h. Pflanzen, Tiere, Natur aber auch ungenutzte Räumlichkeiten für das Betreute Wohnen bzw. für bestimmte therapeutische Angebote zur Verfügung gestellt werden. Das daraus generierte Einkommen könnte die ökonomische Situation der Betriebe verbessern. Soziale Dienstleistungen werden v.a. bei wenig wachstumsfähigen Betrieben als zusätzliches Standbein diskutiert (KTBL 1994, Wiesinger et al. 2013). Über zusätzliche Angebote wie die Direktvermarktung eigener Produkte könnte der wirtschaftliche Nutzen über Umwegrentabilitäten weiter erhöht werden. Auch für die bäuerliche Hofnachfolge eröffneten sich bei einer entsprechenden Ausbildung neue Perspektiven über Dienstleistungen in der Altenbetreuung. Weiters böten sich für die BetreuerInnen die Vorteile eines Arbeitsplatzes am Hof. Noch rüstige Personen könnten ihrerseits als Stützen für die bäuerlichen Familien erhalten, z.B. bei der Kinderbetreuung. Durch die Unterbringung älterer Personen in bäuerlichen Familien würde ein

neues soziales Unterstützungsnetzwerk in Form eines Mehrgenerationenhaushaltes geschaffen, dessen gesamtgesellschaftliche Erosion ja oft der Auslöser dafür ist, dass die SeniorInnen in ihren ursprünglichen Familien nicht mehr entsprechend betreut und versorgt werden konnten. Natürlich sind alle diese Annahmen unter Einhaltung aller rechtlichen Qualitätsstandards bei der Betreuung und in der Ausbildung zu verstehen und selbstverständlich ist auch, dass das Betreute Wohnen am Bauernhof nur ein komplementäres Angebot unter vielen sein kann. Es gibt ja ein von den Sozialhilfeverbänden organisiertes breites Altenbetreuungsangebot an stationären, betreuten, teilbetreuten und mobilen Dienstleistungen. Welches für wen am geeignetsten erscheint, richtet sich dabei stark an den individuellen Voraussetzungen und Bedürfnissen.

Ein weiteres Moment liegt im Nutzen für das *Gesundheitswesen* insgesamt. Eine Diversifizierung in der Altenbetreuung schafft nicht nur ein zielgruppenspezifisches Angebot mit einem zu erwartenden größeren therapeutischen Erfolg, sondern unter Umständen auch eine mögliche Kostenersparnis. Wobei betont werden muss, dass die Altenbetreuung qualitativ hochwertig garantiert sein muss, also kein qualitativ minderwertiges Dumpingangebot darstellen darf.

Um *Qualitätsstandards* zu garantieren wurde eine Reihe an sozialrechtlichen Regelungen geschaffen. In diesem Zusammenhang interessant erscheint die Tatsache, dass in den letzten Jahrzehnten immer häufiger ältere und pflegebedürftige Menschen durch nicht in der Sozialversicherung angemeldete und sozialrechtlich daher nicht abgesicherte Pflegepersonen betreut worden sind. Viele dieser v.a. weiblichen Pflegerinnen kamen aus den östlichen Nachbarstaaten. Dieser Trend einer informellen Pflege verstärkte sich mit der politischen Wende seit Anfang der 1990er Jahre. Um dem Einhalt zu gebieten, wurde beschlossen, diese Betreuungsverhältnisse zu legalisieren und gleichzeitig ein ausreichendes Angebot an leistbarer, qualitätsgesicherter 24-Stunden-Betreuung zu ermöglichen. Seit 1.7.2007 können sich gemäß den Bestimmungen des Hausbetreuungsgesetzes bzw. der Gewerbeordnung bislang unangemeldete Betreuungspersonen registrieren lassen. Die Pflege kann dabei entweder selbstständig in Form eines Werkvertrages mit einem Gewerbeschein oder unselbstständig in einem Angestelltenverhältnis erfolgen. Dazu wird entweder ein „Personenbetreuungsvertrag“ bei selbstständiger Tätigkeit zwischen der Betreuungsperson und der pflegebedürftigen Personen bzw. deren Angehörige oder bei einer unselbstständigen Betreuung ein "Arbeitsvertrag" abgeschlossen. Seit 1.1.2009 müssen die Betreuungskräfte entweder eine theoretische Ausbildung im Umfang einer Heimhilfe nachweisen, seit mindestens sechs Monaten eine Betreuung sachgerecht durchgeführt haben oder es muss eine fachspezifische Ermächtigung der Betreuungskraft zu pflegerischen Tätigkeiten vorliegen. Voraussetzung für das Betreuungsverhältnis ist der Bezug von Pflegegeld mindestens der Pflegestufe 3. Durch diese Regelung sind die BetreuerInnen voll sozialversichert, was auch einen späteren Anspruch auf eine Alterspension bewirkt. Die Höhe der Entgeltleistung für die Pflege ist bei einer selbstständigen Tätigkeit nicht geregelt.

Ein weiteres positives Moment sind Effekte hinsichtlich der *beruflichen Qualifizierung der bäuerlichen Familienmitglieder*. Eine fachliche Ausbildung im Sozialbereich als vollwertiger Beruf könnte ein Mosaikstein für eine Bildungsoffensive sein. Kinder aus bäuerlichen Familien könnten unter Umständen ihre beruflichen Interessen besser mit ihrem Betrieb bzw. dem Betrieb ihrer Eltern bzw. Schwiegereltern

verbinden. Eine vollwertige berufliche Ausbildung trägt neben den unmittelbaren Einkommensperspektiven auch zu mehr Selbstwertgefühl, Zufriedenheit und Sozialprestige bei. Auf diese Weise könnte einer weiteren Abwanderung und Betriebsaufgabe begegnet werden. Die fachliche Qualifikation kann nicht nur sinnvoll am eigenen landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt werden, sondern es gibt auch die Möglichkeit diesen Beruf eventuell auch einmal außerhalb des Betriebes nachzugehen. Durch die mit der Ausbildung bedingten besseren Chancen am allgemeinen Arbeitsmarkt werden auch die Perspektiven für die eigene Zukunft erhöht, auch wenn dies nicht unbedingt im Interesse eines Weiterbestandes des landwirtschaftlichen Betriebes liegen mag.

Aber auch für die *Gemeinde und die Region* könnten sich Aussichten eröffnen. Die Zahl der Betreuungsbedürftigen steigt aufgrund der demografischen Entwicklung. Gerade in strukturschwachen, peripheren Regionen wird die Überalterung zunehmend ein Thema. Durch Ausbildung und Arbeitsplätze im Bereich der Altenbetreuung kann Beschäftigung vor Ort geschaffen werden, was die Berufschancen der Jugend erhöht, die Abwanderung vermindert, sowie die regionale Wirtschaft stärkt und die Kaufkraft erhöht. Innovative Sozialprojekte sind weiters geeignet das Prestige der Region zu verbessern.

Handlungsfeld der Altenbetreuung

Um die bäuerliche Altenbetreuung richtig zu verstehen, muss man diese im Zusammenhang mit dem allgemeinen System der Pflege betrachten. Die Pflegevorsorge wurde in Österreich seit 1.7.1993 bundeseinheitlich neu geregelt. Diese Regelung besteht aus einer Vereinbarung des Bundes und den neun Bundesländern nach Artikel 15a des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) in einem *Bundespflegegeldgesetz* und neun gleichlautenden Landespflegegesetzen. Diese 15a-Vereinbarung regelt die Versorgung von Pflegebedürftigen sowohl im finanziellen Bereich als auch im Sachleistungsangebot landesweit nach den gleichen Grundsätzen und enthält auch den Auftrag eines Aufbaus einer flächendeckenden Versorgung mit stationären, teilstationären und mobilen Diensten, sowie der Verpflichtung zur regelmäßigen Berichterstattung, v.a. durch die Erstellung von *Bedarfs- und Entwicklungsplänen (BEP)*.

Da die Projektregion im politischen Bezirk Perg liegt, soll auf die spezielle Situation in Oberösterreich näher eingegangen werden. Der Oberösterreichische BEP sieht vor, ältere Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung zu belassen, was den Ausbau einer dezentralen, gemeindenahen Infrastruktur für Altenpflege und Betreuung voraussetzt. Die Sozialabteilung des Landes Oberösterreich erarbeitete dazu neue Modelle der Altenbetreuung wie u.a. Betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften, betreute Wohngruppen für Menschen mit demenziellen Veränderungen. Nach den Bestimmungen des Oberösterreichischen Sozialhilfegesetzes ist in allen Bezirken außer in den Statutarstädten Linz, Wels und Steyr jeweils ein *Sozialhilfverband (SHV)* bzw. Sozialsprengel eingerichtet. Der SHV ist ein Gemeindeverband, dessen Gremien aus Vertretern der Gemeinden gebildet werden. Obmann bzw. Obfrau des Sozialhilfverbandes ist der Bezirkshauptmann bzw. die Bezirkshauptfrau. Zu den Aufgaben zählen persönliche Hilfe durch Betreuung, Unterstützung und Beratung Hilfebedürftiger durch Soziale Dienste (Mobile Altenhilfe, Hauskrankenpflege, Familienhilfe, Sozialberatung und Sozialplanung usw.), Hilfe in stationären Einrichtungen (Alten- und Pflegeheime), Geld- und Sachleistungen an Hilfebedürftige, Hilfe zur Arbeit und bei der Erziehung (Jugendwohlfahrt), Beiträge zur Behindertenhilfe und zum Pflegegeld.

Die Mitgliedsgemeinden leisten zu diesem Budget einen jährlichen Beitrag. Im Auftrag des SHV Perg bieten das Österreichische Rote Kreuz, die Volkshilfe und die Caritas soziale Dienstleistungen an. Diese drei Anbieter teilen sich den Bezirk regional auf. Das Rote Kreuz ist für den östlichen Teil des Bezirks zuständig, wo auch unsere Projektgemeinde liegt. Der Bezirk Perg hatte bei der Einführung der Sozialsprengel eine Vorreiterrolle, was eine gemeindenahere Versorgungsstrategie und die Koordination der Sozialen Diensten begünstigte. Anders als im übrigen Oberösterreich gab es wenig Schwierigkeiten bei der Einführung von Grundpflegediensten und der Multiprofessionalisierung.

Im Bezirk Perg bestehen neben sechs *Seniorenwohn- und Pflegeheimen* sechs *Sozialmedizinische Zentren (SMZ)*, die sich auf regionaler Ebene nicht nur um das Wohlergehen älterer Menschen, sondern um alle oben angeführten sozialen Belange der Bevölkerung kümmern. Die SMZ sind für mehrere Gemeinden zuständig und unterstützen private Haushalte durch mobile Pflege und Betreuung (Heimhilfe, Hauskrankenpflege usw.), 24-Stunden Betreuung, diverse Dienstleistungsangebote (Essen auf Rädern, Fahrtendienste, Notrufdienste usw.) von außen. Daneben gibt es Angebote halbinstitutionalisierter Wohnformen wie das Betreute Wohnen, Privates Wohnen mit Dienstleistern oder mobilen Betreuungsangeboten. Die Wohneinheiten werden von Privaten oder öffentlichen Einrichtungen errichtet, z.B. als Wohnhausanlagen in Verbindung mit einem Pflegeheim, Tagesstätte oder Gemeindezentrum, d.h. privaten, halböffentlichen und öffentlichen Freiräumen.

Die Errichtung von Betreuten Wohnungen wird in Oberösterreich für Gemeinden, gemeinnützige Bauvereinigungen und gemeinnützige soziale Vereine gefördert (Land OÖ 2011). Die Vergabe der Betreuten Wohnungen muss in Absprache mit den SHV erfolgen. In vielen Gemeinden entstanden Seniorenwohn- und Pflegeheime mit *Betreutem Wohnen*, so auch in der Projektgemeinde, wo unmittelbar neben dem dort bestehenden SMZ ein Zeilenbau mit zehn Wohneinheiten für Betreutes Wohnen realisiert wurde. Die Gemeinden sind daran interessiert eigene Wohnbauprojekte bzw. Wohnbauprojekte von Genossenschaften umzusetzen, denn durch diese finanziell geförderten Wohnanlagen ergeben sich für die Gemeinden einige Vorteile wie Umwegrentabilitäten durch den Bau und die Errichtung aber auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, z.B. für Altenfachbetreuerinnen. Die direkte Vergabe der Wohnplätze erfolgt meist über die zuständigen Gemeinden. Durch die starke Involvierung bei der Errichtung und Finanzierung haben die Gemeinden selbstredend ein besonderes Interesse daran, in erster Linie ihre Seniorenwohnanlagen zu bewerben und damit auszulasten.

„Jede Gemeinde sagt, ich möchte das machen und ich möchte das machen. Und was macht man am gescheitesten, ein Wohnhaus bauen. Eine Gemeinde braucht einen Bauträger, weil selber kann sie es nicht bauen. Der Bauträger sagt, für mich muss es ein Geschäft sein, weil sonst mache ich es nicht. Ein Wohnhaus irgendwo in X. zu errichten, sagt der Bauträger, da ist zu wenig Bedarf da, das mache ich nicht, aber die Leute sind da, Betreutes Wohnen das machen wir im Zusammenarbeit mit der Gemeinde (SH015, 31, 2-6).“

Sollte die Auslastung nicht gelingen, so haftet die Gemeinde für leerstehende Wohneinheiten in Form einer Ausfallsmiete an den Bauträger. Ein Stakeholder aus der Gemeinde meint dazu folgendermaßen:

„Wir haben da die Wohnungen gebaut, dann haben wir da, was weiß ich, wie viele Tausend Euro Ausfallsmiete gezahlt, weil ja die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft (GSG) hat es gebaut und die haben gesagt, ja wir haben das gebaut und haben natürlich mit diesen Voraussetzungen gerechnet und eigentlich hat man sich die Gemeinde zu wenig angeschaut und hinten nach haben wir gesehen, ja wann die Wohnungen nicht vergeben sind, dann muss die Gemeinde die Miete zahlen. Und genauso war es ein paar Jahre lang. Was weiß ich wie viele Tausend Euro hat es da Mietzahlungen gegeben und das war dann ganz schwierig, dass man das überhaupt vollkriegt (SH015, 29).“

Aber auch der SHV hat kaum Interesse, Plätze für Betreutes Wohnen am Bauernhof zu bewerben, da ja das SMZ mit dem Betreuten Wohnen in ihrem Verantwortungsbereich liegt. Dadurch wurde es für die bäuerlichen Betriebe immer schwieriger ihre Betreuungsplätze auszulasten. Dies ist eine der Hauptursachen für die Stagnation des Betreuten Wohnens am Bauernhof. In den 1990er-Jahren, zu Zeiten als das Betreute Wohnen am Bauernhof konzipiert wurde, gab es noch keine SMZ. Die Pflegedienstleitung der Mobilen Betreuung lag z.B. damals noch in Linz beim Roten Kreuz. Entscheidend ist, dass in Oberösterreich vor einigen Jahren eine Neuorganisation des Gesundheits- und Sozialbereichs erfolgte. Neu geschaffene Formen des Betreuten und Autonomen Wohnens standen plötzlich in einem Konkurrenzverhältnis zur Altenbetreuung am Bauernhof.

Von Bedeutung ist auch eine Abschätzung des benötigten Aufwandes. Im Jahr 2007 wurde über den BEP in Oberösterreich der Versorgungsbedarf an Seniorenwohn- und Pflegeheimplätzen, betreuten Wohnungen, die Anzahl der MitarbeiterInnen, mobile Dienste usw. auf verschiedenen räumlichen Ebenen prognostiziert. Das Betreute Wohnen am Bauernhof scheint bezeichnenderweise in der Strategie des Landes Oberösterreich gar nicht auf. Allerdings wird im *Sozialplan* des Bezirks Perg das Betreute Wohnen am Bauernhof als Teil der insgesamt 182 Betreuten Wohnungen in Perg angeführt (SHV 2008). Sie leisten daher sehr wohl einen Beitrag zur errechneten und geforderten Zahl an Versorgungsmöglichkeiten laut Bedarfsplan im Bezirk, obwohl sie nicht mehr offensiv beworben werden.

Die Anfangsphase des Betreuten Wohnens am Bauernhof

Die Idee einer Altenbetreuung am Bauernhof hat ihre Wurzeln Ende des vorigen Jahrtausends. Bereits 1996 gab es erste Impulse für ein solches Projekt von Seiten der Bezirksbauernkammer Perg (BBK). Zu einer ersten Informationsveranstaltung kamen etwa 40 interessierte Bauern und Bäuerinnen. Es gab sehr unterschiedliche Auffassungen und Vorstellungen, wie ein solches Projekt umgesetzt werden könnte. Letztendlich erarbeitete die BBK Perg gemeinsam mit dem Sozialhilfverband (SHV) und den Bauern/Bäuerinnen ein Konzept mit Richtlinien und Rahmenbedingungen (Sanglhuber 2012, 10). Ende 1998 wurde dann der Verein "Betreutes Wohnen am Bauernhof für Senioren" gegründet. Die Mitglieder schlossen zuerst untereinander einen Kooperationsvertrag ab. Die BBK Perg unterstützte die Gruppe fachlich und organisatorisch.

Tatsächlich realisiert wurde das Projekt dann auf zehn bäuerlichen Familienbetrieben in sechs Gemeinden des Bezirks Perg, einer Gemeinde im Bezirk Freistadt und einer im Bezirk Grieskirchen. Unterstüt-

zung holten sich die BetreiberInnen über Exkursionen zu Höfen, die bereits in Eigeninitiative Betreuungsformen am Hof anboten (v.a. in der Steiermark).

Die Rolle des Promotors

Eine Schlüsselposition als Projektinitiator nahm ein damaliger Baureferent der BBK Perg ein.

„Es war gerade in der Zeit, wo das begonnen hat, bei uns in der Landwirtschaftskammer so Usus, dass wir versucht haben, jährlich so Projekte anzugehen. Da schaut man halt natürlich, was es sein könnte und das war vielleicht die bäuerliche Direktvermarktung, das war die Obstverwertung bei uns in der Region, aber auch so diese Verhandlungen über Flächen am Hof, die nicht genutzten Bausubstanzen. Und natürlich hat man schon gesehen oder habe ich das aus meiner Erfahrung, aus meiner Arbeit immer wieder gemerkt draußen auf dem Hof, dass die bäuerlichen Familien mit mehreren Generationen, die am Hof gelebt haben natürlich auch immer wieder mit alten oder älteren Menschen zu tun gehabt haben. D.h. diese Stärke auch mit älteren Menschen umzugehen, ist in der Bauernschaft natürlich sehr stark drinnen. (...) Und da ist einmal diese Idee entstanden, wo ich mir gedacht habe, es wäre einmal ganz gut, einmal da näher drauf zu schauen. Was wäre, wenn wir aus diesen bäuerlichen Familien einen Kreis finden könnte, Leute finden könnten, die das erstens einmal interessiert, die gut mit älteren Menschen umgehen können oder auch das wollen. Und da haben wir einmal angefragt und da haben sich dann einige Familien im Bezirk gemeldet (EX013, 5, 1-20).“

Im Vordergrund stand demnach der innovative Anspruch der BBK regelmäßig neue Projekte zu entwickeln. Bei einer Weiterbildungsveranstaltung der Bezirksbauernkammer zum Thema "Nutzung leerstehender Gebäude" wurde gemeinsam versucht, neue Ideen für einen möglichen Zuerwerb zu entwickeln. Der Bezirk Perg hat viele große Vierkanthöfe mit freien Gebäudekapazitäten. Andererseits spielten auch direkte individuelle Erfahrungen und die hohe persönliche Motivation der maßgeblich handelnden Personen eine entscheidende Rolle. Der Baureferent stammt selber aus der Südoststeiermark und hatte aus seiner früheren Heimat persönliche Erfahrungen mit Familien, die auf ihren Höfen fremde Personen gepflegt und betreut hatten. Es handelte sich dabei aber nicht um ein Projekt der Altenbetreuung, sondern um die sogenannte „Psychiatrische Familienpflege“ der Landesnervenklinik Sigmund Freud in Graz, bei der Menschen mit besonderen Bedürfnissen in bäuerlichen aber auch nicht-bäuerlichen Haushalten und Familienverbänden seit vielen Jahrzehnten langzeitbetreut werden (vgl. Wiesinger et al. 2013, 23).

„Ich bin in die Steiermark gefahren, in meine engere Heimat, (...) dort habe ich einige Familien gekannt, die das so auf dieser Basis gemacht haben. D.h. die haben einfach auch fremde Leute genommen auf den Hof und haben die dort gepflegt und haben sie dort betreut. Das waren nicht alles Pflegefälle, sondern wir haben einfach gesagt, naja da können die Leute mitarbeiten, dort haben sie eine Betätigung, sind sie nicht so wie in die anderen Altersheime oft nur betreut und haben überhaupt keine Ansprache mehr und werden nicht mehr gebraucht mit einem Wort, das ist auf einem Bauernhof sicherlich nicht so. Das war also auch ein Teil dieses Konzeptes, das hat dort unten auch ganz gut funktioniert (EX013, 5, 21-28).“

Maßgeblich für den anfänglichen Erfolg des Pilotprojekts im Bezirk Perg war also zum einen das Vorhandensein einer hochmotivierten Person, die sich aus einer grundlegenden Überzeugung heraus der

Sache annahm und die aufgrund ihrer beruflichen Stellung, d.h. ihrer Verankerung in der Bezirksbauernkammer, auch die entsprechende Institution hinter sich hatte, um die Dinge voranzutreiben. Ohne diese institutionelle Unterstützung hätten sich die BetreiberInnen wohl nur sehr schwer zusammengefunden.

„Wenn du keine Gruppe hast, wenn du nicht irgendjemanden hast, der das Ganze sozusagen auch so bisschen in der Öffentlichkeit mitträgt und unterstützt, dann bist du als Einzelhof oder als Einzelperson oder so als Familie komplett verloren (EX013, 25, 6-8).“

Gleichzeitig führte diese allgemeine Euphorie auch dazu, dass einzelne Umsetzungsschritte zu rasch und teilweise auch etwas unüberlegt erfolgten und gewisse Gegebenheiten und Voraussetzungen zu wenig in Betracht gezogen wurden. Es gab einfach noch keine ausgereifte Zielvorstellung. Umso mehr musste man im Nachhinein auf Problemsituationen reagieren und Entwicklungen gegebenenfalls korrigieren.

„Das war immer alles eine Überraschung für die Bezirksbauernkammer, weil die haben das Projekt gestartet und selber nicht gewusst, wie sich das entwickelt (EB015, 13).“

„Aber, wenn man wieder so etwas angeht, also wir haben gelernt, dass das nicht so leicht ist (EX014, 38).“

Die haben das auch nicht so gewusst, das hat sich ja gemeinsam entwickelt und dann sind erst die Vorschriften auch entwickelt worden (EB012, 156).“

Gerade, weil das Projekt ein Pilotprojekt war, konnten die Regeln in der Folge relativ leicht verändert werden. So wurden, als zeitlich etwas später das Betreute Wohnen entstand, neue Richtlinien entwickelt, die dann auch für das Betreute Wohnen am Bauernhof Verbindlichkeit erlangten.

Finanzielle Unterstützung aus der Ziel 5b Förderung

Einen wesentlichen Erfolgsfaktor für das Projekt stellten die finanziellen Förderungsmöglichkeiten im Rahmen der EU-Regionalförderung dar. In der Programmperiode 1995-1999 wurden unter Ziel 5b ländliche Gebiete mit einem niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand gefördert, die mindestens zwei der drei folgenden Kriterien erfüllen mussten: ein hoher Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, ein niedriges Agrareinkommen, eine geringe Bevölkerungsdichte und/oder eine starke Tendenz zur Abwanderung. Die Projektregion Strudengau, in der die betroffenen Gemeinden des Bezirks Perg liegen, erfüllte diese Kriterien. Das Projekt wurde daher als Gemeinschaftsprojekt im Rahmen der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes (Ziel 5b) bei der EU Förderstelle eingereicht und auch bewilligt.

Finanziell gefördert wurden letzten Endes Maßnahmen für den Umbau und die Ausbildung, d.h. Investitionen am Hof als Baukostenzuschuss in der Höhe von 50 %, sowie die Altenbetreuerausbildung zu 90 % der Kosten. Die Ausbezahlung des letzten Förderanteils war mit dem Abschluss eines Betreuungsvertrages, d.h. den Einzug der Personen in die barrierefreien Wohneinheiten verbunden. Eine weitere Voraussetzung für die Förderungsmittel war eine mindestens 10-jährige zweckgebundene Nutzung der adaptierten Wohnungen. Diese Verpflichtung lief für die meisten Betriebe 2009 aus, was in manchen

Fällen zu Umnutzungen führte.

Das Projekt blieb trotz allem Bemühen mehr oder minder auf den Bezirk Perg beschränkt. Ein nicht unbeträchtlicher Grund dafür, dass nach der Anfangsphase keine weiteren Projekte in der bäuerlichen Altenbetreuung mehr zustande kamen, war das Auslaufen dieser Ziel 5b Förderung. Für die zu spät Gekommenen standen diese großzügigen Fördermittel nicht mehr zur Verfügung.

„Die anderen waren zu spät, da war die Ziel 5b Förderung weg. Wir waren gut gefördert, was die Ausbildung betroffen hat und auch die Herstellung von diesen Wohneinheiten. Es war gut gefördert, es hat es in der Form nicht mehr gegeben, d.h. die müssten dann das selber zahlen (EX013, 25, 1-3).“

Ein weiterer begünstigender Faktor war, dass zumindest in der Anfangsphase, sowohl die politischen Verantwortlichen als auch die Verwaltung, insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich auf regionaler und überregionaler Ebene, dieser Initiative sehr positiv gegenüberstanden. Durch eine enge Zusammenarbeit mit dem Sozialhilfeverband und dem Roten Kreuz konnten somit relativ friktionsfrei die grundlegenden Voraussetzungen und Standards (Betreuungsvertrag, Ruffhilfe usw.) definiert werden. Für die Sicherstellung eines professionellen Pflegeverhältnisses und einer entsprechenden qualitativen Versorgung wurde eine enge Zusammenarbeit mit dem SHV vereinbart.

„Unsere Stärke war und das braucht es in dem Zusammenhang immer, da gibt es ja die verschiedensten Bürgermeister in den einzelnen Ortschaften und die verschiedensten politischen Orientierungen auch in den ganzen Sozialhilfeverbänden, wer halt dann dahintersteht (EX013, 25, 3-6).“

Mit der Zeit ging diese anfängliche enge Kooperationsbereitschaft verloren als neue Konzepte der Altenbetreuung auftauchten und sich dadurch die Interessenslage der einzelnen Akteure änderte. Letztendlich hat dies gewissermaßen zu einem Scheitern oder zumindest Stagnation des Betreuten Wohnens am Bauernhof geführt. Gegenwärtig sind nur noch an drei der vormals zehn Betriebe ältere Personen untergebracht.

Vereinsgründung

Im Dezember 1998 wurde der Verein "Betreutes Wohnen am Bauernhof für Senioren" gegründet, um das Projekt auch rechtlich abzusichern. Die Mitglieder schlossen zuerst untereinander einen Kooperationsvertrag ab. Beabsichtigt wurde auch eine regelmäßige Weiterbildung und Erfahrungsaustausch der BetreiberInnen und eine gemeinsame Werbung. Die BBK Perg unterstützte die Gruppe dabei fachlich und organisatorisch. Dadurch wurde eine wichtige Organisationsstruktur geschaffen. Der Verein bietet den Mitgliedern Schutz z.B. über eine gemeinsame Rechtschutz- bzw. Haftpflichtversicherung, erfordert aber auch einen nicht unbedeutenden administrativen Aufwand und ehrenamtliches Engagement.

„Wir wären ja schon drei Leute gewesen auch, also ich hätte wie gesagt noch ein paar Leute. Wir haben schon studiert, ob wir nicht einen Verein gründen über das. Und da haben sie mich auch sofort abgeschmettert, ich habe mich ein wenig erkundigt. Einen Verein gründen geht leicht, das geht schnell auf der BH, ist kein Problem. Wir schreiben die Vereinsstatuten und wir nennen sich den Verein und das geht hinaus und ist

genehmigt. So, dann haben wir das nächste. Beim Sozialen schaut es ein wenig anders aus, über Sozialprojekte, da muss das von der Sozialabteilung abgesegnet werden (EBA016, 202, 3-6).“

Mit der Gründung des Vereins ist keine größere Dynamik entstanden. Es ist kaum jemand Neuer beigetreten. Ganz im Gegenteil, es sind einige Mitglieder bald wieder weggebrochen. Die Aktivitäten des Vereins haben sich im Laufe der Zeit auf das tägliche Geschäft und obligate Handlungen wie der Jahreshauptversammlung beschränkt. Anfangs stand der Erfahrungsaustausch noch im Vordergrund. Man organisierte gemeinsame Exkursionen, die gemeinsamen Aktivitäten waren häufiger und die soziale Vernetzung enger. Dennoch steht der engere Kreis an Vereinsmitgliedern nach wie vor zusammen.

„Ich habe so den Eindruck, dass man geschaut hat, dass die Plätze die da sind, so weit wie möglich halt ausgelastet sind, dass sie jemanden finden, aber es könnte natürlich wesentlich mehr Dynamik sein, das stimmt schon. Die Leute sind halt, das werden Sie Ihnen erklärt haben, in irgendeiner Weise auch müde geworden (EX013, 59, 3-6).“

Bewerbung

Eine der ersten Initiativen des Vereins war die gezielte Bewerbung der Seniorenwohnungen. Dabei wurde sehr professionell vorgegangen. Negative Begriffe wie "Pensionisten" und "Alte" wurden vermieden. Man wollte kein "Alten-Ghetto" suggerieren. Die Werbung wurde mit positiven Begriffen konnotiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich die Seniorengeneration verändert hat. Sie sei gesünder, wohlhabender, mobiler, gebildeter, hedonistischer und aktiver. Daraus ergäben sich neue Ansprüche in Hinblick auf Konsumverhalten, Qualitätsansprüche, Werte und Lebensanschauung. Freude, Selbstverwirklichung und Unterhaltung, jedoch nicht Animation waren wesentliche Kerninhalte. Die Werbungsfolder waren gut gegliedert, leicht lesbar, einfach und verständlich. Als Blickfang wurden Bilder von grünen Landschaften verwendet, die auf Natur und Ursprünglichkeit hinweisen. Der Slogan lautete: "Jedem Senior so viel Freiraum wie möglich". Betont wurden „Selbstständig-Bleiben-Können“, Individualität und Autonomie auf einem Bauernhof mitten im Grünen.

Dazu wurde eine eigene Wortbildmarke geschaffen: Tradition (Bauernhaus) verbindet dabei Natur (Baum) mit einem Regenbogen (bietet Sicherheit, Schutz und Pflege), wo darunter zwei ältere Menschen sich unterhalten. Verbreitet wurden die Botschaften einerseits mit einem 8-seitigen Projektheft mit heraustrennbarer Antwortkarte und einem A4 Info-Folder.

Weiters wurde in der Anfangsphase im öffentlichen Rundfunk in Reportagen über das neue Projekt berichtet. Fernsehberichte in den ORF-Sendungen "Land und Leute" und "Seniorenclub" stellten praktisch eine Gratiswerbung dar.

Grundlegende Rahmenbedingungen

Die grundlegende Voraussetzung für das Betreute Wohnen am Bauernhof war die Einhaltung aller rechtlichen Vorschriften für den Pflegebereich, darüber hinaus, dass alle beteiligten Organisationen, d.h. die Landwirtschaftskammer, der SHV und das Rote Kreuz als sozialer Dienstleister gemeinsame und einheitliche Standards für die Betreuungs- und Wohnverhältnisse festlegten.

Zunächst ging es einmal darum, die *Zielgruppe* zu definieren. Das „Betreute Wohnen am Bauernhof für Senioren“ wurde als ein neuer Weg in der Altenbetreuung gesehen, als eine Brücke für noch rüstige SeniorInnen auf dem Weg zwischen eigener Wohnung und Seniorenheim. Unter den Auspizien eines selbstbestimmten Lebens sollten die älteren Personen über das Ausmaß an Betreuung selber entscheiden können. Im Bedarfsfall sollten die SeniorInnen aber auch Unterstützung bei bestimmten Alltagsaufgaben wie Kochen, Wäschewaschen, Putzen usw. einfordern können. Die Betreuung von Pflegefällen wurde hingegen nicht als Teil des Konzepts betrachtet. Grundsätzlich wurde angedacht, dass das Projekt auf Personen bis zur Pflegestufe 3 (Pflegeaufwand zwischen 120 und 160 Stunden monatlich nach dem Bundespflegegeldgesetz BPGG 1993) beschränkt bleiben sollte, d.h. auf Personen, die noch einigermaßen selbstständig und mobil sind. Denn durch die Exkursionen in die Steiermark wurde allen sehr bald klar, dass beim Betreuten Wohnen am Bauernhof die Anforderungen einer 24-Stunden-Pflege für die bäuerlichen Betreuungspersonen zu groß wären.

Problematik der Pflegebedürftigkeit und die gesetzlichen Rahmenbedingungen

In der Praxis wurde aber dieses Prinzip der „Noch-Nicht-Pflegebedürftigkeit“ öfters durchbrochen. Im Lauf der Zeit wurden die KlientInnen immer unterstützungsbedürftiger, wodurch die Betreuung am Bauernhof in Frage gestellt wurde. Einerseits hätten die Personen ab der Pflegestufe 3 in eine Pflegeeinrichtung ziehen müssen, was sie andererseits wieder aus dem sozialen Familien- und Haushaltsverband gerissen hätte, etwas das bei gut integrierten Lebensverhältnissen als nicht sehr sinnvoll erschien. So gab es dann durchaus Fälle, wo Personen bis zur höchsten Pflegestufe bzw. bis zu ihrem Ableben am Bauernhof unter entsprechend intensiver Betreuung von außen bleiben durften. In diesen Einzelfällen traf der SHV die Entscheidung, ob diese Personen am bäuerlichen Betrieb bis zu ihrem Lebensende bleiben durften und welche pflegerischen Unterstützungsmaßnahmen von außen gesetzt werden mussten.

„Aber sobald eine Pflege notwendig ist, die ich mir mit der Ausbildung nicht mehr leisten kann so als Bauer, dann wird das beendet bzw. dann sollen die im Sozialhilfeverband dann entscheiden, das geht noch oder das geht nicht mehr. Eigentlich ist das eine fachliche Geschichte, die der Sozialhilfeverband zu klären hat, ob das noch geht oder nicht. Das haben wir jetzt nicht festgesetzt. Das kommt auch nicht von uns, aber von uns war einfach so die Anregung, dass man sagt, den Teil was noch zu gut sind für das Heim sozusagen, da wollen wir nicht die Betten besetzen, sondern da wollen wir die Leute so lange wie möglich selbständig halten und alles was nicht mehr geht oder wo man es auch nicht mehr darf, darum ist ja auch der Betreuungsvertrag, wo dann eben der Sozialhilfeverband oder halt das Rote Kreuz in unserem Fall entscheidet, die können bleiben, die können nicht bleiben. Wenn sie das abdecken können mit einer externen Pflege, dann ist das Sache vom Sozialhilfeverband. (...) Geplant ist es so gewesen, dass man halt sagt, alles was die Familie leisten darf, wird sie leisten solange sie es darf und dann entscheidet der Sozialhilfeverband, ob man jetzt die Frau in einem Heim betreuen muss, weil das nicht mehr möglich ist. Genauso, wie wenn sie daheim sind und daheim nicht mehr wohnen können, weil sie halt rund um die Uhr Pflege brauchen und dann in ein Heim müssen. Genau so wären wir da vorgegangen, das wäre der Plan gewesen (EX014, 44, 3-11 bzw. 56).“

Als besonders von Bedeutung erwies sich, dass beim Einzug in das Betreute Wohnen am Bauernhof die Seniorinnen bereits wussten, was im Fall einer Pflegebedürftigkeit zu geschehen habe, v.a. dass man

bereits beim Einzug in ein Betreutes Wohnen am Bauernhof einen Platz in einem bestimmten Pflegeheim in Aussicht habe. Unter Umständen sollten dabei auch die Angehörigen miteinbezogen werden. In der Praxis erleichterte eine solche Vorausplanung allen verantwortlichen Entscheidungsträgern die Arbeit.

„Das haben sich viele nicht vorstellen können, dann erklärt man es ihnen halt, wie das abläuft und wie ist es dann, wenn sie einmal Pflege brauchen. Das ist immer dann das Erste. Und dann muss ich ganz ehrlich sagen, das weiß ich selber nicht, das ergibt sich dann, was möglich ist zu machen und wenn es einmal nicht mehr ginge, dann hat man das eh vorher vereinbart, dass es dann einen Platz gibt. (...) Und dann setzen sich eh die Kinder zusammen, alle werden sich dann zusammensetzen und dann sucht man nach einer Organisation oder nach einem Plan, wie man vorgeht. Und ich denke mir, es bringt nichts, wenn ich mir da vorher schon mir den Kopf zerbreche, weil es lässt sich dann eh lösen, wenn es soweit ist (EB015, 171, 2-5 bzw. 179, 3-5).“

Anders als bei der Betreuung von Familienangehörigen sind mit der Betreuung haushaltsfremder Personen strenge gesetzliche Vorschriften verbunden. Insbesondere gilt für die Betreuung haushaltsfremder Menschen, dass mindestens eine der Betreuungspersonen über eine spezielle Altenbetreuungsausbildung verfügen muss.

Bei der Unterbringung in Wohn- und Pflegeheimen greift das *Heimaufenthaltsgesetz (BGBL 11 / 2004)* mit den entsprechenden Ausführungsgesetzen der Länder. Dieses regelt die Voraussetzungen und die Überprüfung von Freiheitsbeschränkungen in Alten- und Pflegeheimen, Behindertenheimen sowie in anderen Einrichtungen, in denen wenigstens drei psychisch kranke oder geistig behinderte Menschen ständig betreut oder gepflegt werden können. In Krankenanstalten ist dieses Bundesgesetz nur auf Personen anzuwenden, die dort wegen ihrer psychischen Krankheit oder geistigen Behinderung der ständigen Pflege oder Betreuung bedürfen.

Aus diesen Gründen wurde im Konzept Vorsorge getroffen, damit die bäuerliche Altenbetreuung nicht als Pflegeeinrichtung unter das Heimaufenthaltsgesetz fällt. Die SeniorInnen mussten zum einen beim Bezug einer Wohnung am Bauernhof diese als ihren Hauptwohnsitz deklarieren, andererseits wurde ein *Mietvertrag* mit den bäuerlichen Vermietern und ein *Betreuungsvertrag* mit dem SHV abgeschlossen. Die Unterbringung wurde also vertraglich als ein normales Mietverhältnis definiert. Die SeniorInnen führen demnach ihren Haushalt soweit wie möglich selbstständig. Zusätzlich werden verschiedene Hilfe- und Pflegeleistungen, wie Wäsche, Reinigung der Wohnung oder tägliche Verpflegung im Rahmen der häuslichen Nebenbeschäftigung gesondert vereinbart. Diese sind von der Gewerbeordnung (gemäß § 2 Abs. 1 Z 9 GewO) ausgenommen, sofern die Beschäftigung im eigenen Haus ausgeübt wird und es sich um Räume handelt, die dem Wohnbedürfnis des Vermieters oder dessen Hausgenossen dienen oder gedient haben. Die erbrachten Leistungen werden stundenweise extra abgegolten und nach einer Preisliste verrechnet. Die Bauern/Bäuerinnen müssen dafür genügend Zeit aufbringen können. Dies ist gerade bei betrieblichen Arbeitsspitzen oft schwierig. Die Landwirte erbringen die Basisleistungen selbstständig bzw. als Dienstnehmer von einer Organisation.

Der Betreuungsvertrag mit dem SHV garantiert die Betreuung, auch wenn Bauer/Bäuerin einmal krank werden oder auf Urlaub fahren und beinhaltet als Grundleistung eine *Rufhilfe* (d.h. Hilfe auf Knopfdruck) sowie eine *regelmäßige Beratung* der SeniorInnen (Beratung in sozialen Problemlagen, Erkennen von Krisensituationen und Herbeiholen der erforderlichen Hilfe, Zusammenarbeit und Koordination von Hilfen, Unterstützung von Ansuchen, Behördengängen, Begleitung zum Arzt und Besorgungen, psychologische Unterstützung und Sterbebegleitung). Die Beratung soll verhindern, dass sich die Betroffenen sozial zurückziehen oder notwendige Hilfen nicht in Anspruch nehmen. Alle diese Hilfen erfolgen im Rahmen der Altenbetreuung und benötigen eine Ausbildung.

Bei Bedarf können weitere *Besondere Betreuungsleistungen* wie Hilfe bei der Nahrungsaufnahme, Körperreinigung, Körperhygiene, Hilfe beim An- und Auskleiden, Erste Hilfe, Beobachtung des Allgemeinzustandes usw. in Anspruch genommen werden. Die Besonderen Betreuungsleistungen werden im Rahmen einer Altenbetreuung erbracht und benötigen eine entsprechende fachliche Qualifikation. Koordiniert wird diese Betreuung über das SMZ durch die Stützpunktleitung der sozialen Dienste, d.h. im konkreten Fall der Projektgemeinde des Roten Kreuzes (ansonsten auch Caritas, Hilfswerk).

Der Betreuungsvertrag garantiert die ständige Betreuung. In der Regel besteht zunächst nur ein Mietvertrag und erst bei Eintritt einer Pflegebedürftigkeit, d.h. mit dem Bezug eines Pflegegelds ein Betreuungsvertrag. In der Praxis werden die Besonderen Betreuungsleistungen, da die Bäuerinnen meist nicht angestellt sind, von außenstehenden, professionellen Altenbetreuerinnen durchgeführt, im konkreten Fall von einer mobilen Pflegeperson vom Roten Kreuz. Zusätzlich eingebunden ist eine Krankenpflegerin, die mehrmals im Monat erscheint und die die Pflegeplanung organisiert.

Neben diesen, die Wohn- und Pflegesituation betreffenden Regelungen, besteht eine Reihe weiterer Rechtsvorschriften, die für das Betreute Wohnen am Bauernhof von Relevanz sind. Gegenstand bei der Errichtung und Vermietung von Wohnraum sind u.a. Raumordnung, Baurecht, Natur- und Denkmalschutz, Ortsbildschutz, Mietrecht, Grundverkehrsrecht, Gewerberecht (Privatzimmervermietung), Wasserrecht und Lebensmittelrecht. Im Bereich der Erbringung von Dienstleistungen von Bedeutung sind u.a. Gewerberecht, Veranstaltungsrecht, Sozialversicherungsrecht und Steuerrecht. Für die Ausübung der Altenbetreuung bedeutsam sind u.a. Sozialrecht und Bundespflegegeldgesetz. Wesentlich ist v.a., dass sich die Rechtsgrundlage für die Altenbetreuung in den letzten zwanzig Jahren mehrmals geändert hat, was in den Pflegeberufen zu geänderten Anforderungen und dadurch mitunter zu Friktionen führte.

Ausbildungserfordernisse für Pflege und Betreuung

Eine zentrale Rolle bei der beruflichen Qualifizierung nimmt das *Bundespflegegeldgesetz 1993 (BGBl. Nr. 110/1993)* ein. Mit diesem ergab sich die Forderung, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Betreuungs-, Pflege- und Therapiepersonal, sowie für das Personal zur Weiterführung des Haushalts so zu gestalten, dass eine Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Helfer- und Helferinnengruppen in den einzelnen Bundesländern gewährleistet ist.

Der *Heimhilfe* zugrunde liegt eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe. Es wurden aber nur in Oberösterreich (Altenfachbetreuungs- und Heimhilfegesetz 2002), Niederösterreich (Gesetz über die Ausbildung für Berufe in der Altenfachbetreuung, Familien- und Heimhilfe 2004), Steiermark (Steiermärkisches Alten-, Familien- und Heimhilfegesetz 1996) und in Wien (Wiener Heimhilfegesetz 1997) auf Landesebene gesetzliche Regelungen in der Altenbetreuung bzw. in der Heimhilfe erlassen. Die Bundesländer verpflichten sich darin, die Heimhilfe in den wesentlichen Grundzügen einheitlich zu regeln, damit sichergestellt wird, dass das Berufsbild und die Aus- und Weiterbildung für Betreuungs-, Pflege- und Therapiepersonal sowie für das Personal zur Weiterführung des Haushalts bundesweit einheitlich gestaltet wird. Die wesentlichen Aufgabenbereiche der Heimhilfe sind neben hauswirtschaftlicher Tätigkeiten und der Zubereitung bzw. Unterstützung bei der Einnahme von Mahlzeiten, die Unterstützung von Pflegepersonen bei der Körperpflege und die Förderung von Kontakten im sozialen Umfeld.

Bereits 1992 wurde in Oberösterreich ein eigenes *Altenbetreuungs-Ausbildungsgesetz* erlassen, welches als bundesweites Vorbild für ähnliche Regelungen diente. Dieses regelte Berufsbild, Befugnisse und Ausbildung im Rahmen der Altenbetreuung und der Altenfachbetreuung. Im Jahr 1997 erließ der Bund in Fortentwicklung der oberösterreichischen Situation ein Organisationsstatut einschließlich eines Lehrplans für die Fachschulen für Altendienste und Pflegehilfe und führte die Berufsbezeichnung "AltenfachbetreuerIn" ein. 2002 folgte das *Oberösterreichische Altenfachbetreuungs- und Heimhilfegesetz (AFBHG, LGBl Nr. 54/2002)*, welches das Berufsbild der Altenfachbetreuung und der Heimhilfe regelte.

Im Jahr 2008 trat das *Oberösterreichische Sozialberufegesetz (SBG, LGBl. Nr. 63/2008)* für ein eigenständiges Berufsrecht für Angehörige der Sozialberufe in Kraft. Darin geregelt werden Berufsbild, Tätigkeitsbereiche, Berufsausbildung sowie Gleichstellung, Anerkennung und Anrechnung von Ausbildungen von Sozialbetreuungsberufen neben der Familien- und Behindertenarbeit u.a. auch in den Bereich der Heimhilfe, der Fach-Sozialbetreuung mit dem Ausbildungsschwerpunkt Altenarbeit und der Diplom-Sozialbetreuung mit dem Ausbildungsschwerpunkt Altenarbeit. Die Berufsausübung in der Heimhilfe kann, soweit keine Berechtigung zur selbständigen Ausübung des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege vorliegt, darin nur unselbständig erfolgen. Das Berufsbild der *Heimhilfe* umfasst die Unterstützung betreuungsbedürftiger Menschen bei der Haushaltsführung und den Aktivitäten des täglichen Lebens im Sinn der Unterstützung von Eigenaktivitäten und der Hilfe zur Selbsthilfe, die eigenverantwortliche Durchführung hauswirtschaftlicher Tätigkeiten sowie die Unterstützung bei der Basisversorgung. Die Ausbildung in der Heimhilfe erfolgt ausschließlich in Ausbildungsgängen und besteht aus zumindest 200 Unterrichtseinheiten Theorie, sowie 200 Stunden Praxis.

Die *Fach-Sozialbetreuung mit dem Ausbildungsschwerpunkt Altenarbeit "A"* umfasst die ganzheitliche und auf die individuellen Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmte soziale Betreuung und die Pflegehilfe im Sinne des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes (GuKG 1997). Der eigenverantwortliche Tätigkeitsbereich enthält die soziale Betreuung älterer Menschen, die Setzung präventiver, unterstützender, aktivierender, reaktivierender, beratender, organisatorischer und administrativer Maßnahmen zur täglichen Lebensbewältigung, das Eingehen auf körperliche, seelische, soziale und geistige Bedürfnisse und Ressourcen, die Hilfe zur Wiederherstellung, Erhaltung und Förderung von Fähigkeiten und Fertigkeiten

für ein möglichst selbständiges und eigenverantwortliches Leben im Alter, die individuelle Begleitung bei der Sinnfindung und Neuorientierung in der Lebensphase Alter, die Unterstützung bei der psychosozialen Bewältigung von Krisensituationen, die Entlastung, Begleitung und Anleitung von Angehörigen und Laienhelfern und Laienhelferinnen sowie die Begleitung von Sterbenden und deren Angehörigen. Die Ausbildung integriert die Ausbildung in der Pflegehilfe nach den gesundheits- und krankpflege-rechtlichen Bestimmungen des Bundes und ergänzt diese um zumindest 365 Unterrichtseinheiten Theorie sowie 400 Stunden Praxis. Die Ausbildung ist auf zumindest zwei Ausbildungsjahre aufzuteilen. Fach-Sozialbetreuer und Fach-Sozialbetreuerinnen "A" (FSBA) sind verpflichtet, alle zwei Jahre Fortbildungen im Ausmaß von zumindest 32 Stunden zu absolvieren.

Das Berufsbild der *Diplom-Sozialbetreuung mit dem Ausbildungsschwerpunkt Altenarbeit „A“* entspricht dem Berufsbild der Fach-Sozialbetreuung "A". Darüber hinaus umfasst es die ganzheitliche und auf die individuellen Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmte soziale Betreuung und konzeptive und planerische Aufgaben betreffend die Gestaltung der sozialen Betreuungsarbeit. Diplom-Sozialbetreuer oder Diplom-Sozialbetreuerinnen "A" verfügen weiters über Kompetenzen der Koordination und der fachlichen Anleitung von MitarbeiterInnen auf Fach- sowie Helfer-Niveau in Fragen der Altenarbeit. Der eigenverantwortliche Tätigkeitsbereich beinhaltet die umfassende soziale Betreuung älterer Menschen, die Entwicklung, Durchführung und Evaluierung von Konzepten und Projekten auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Qualitätsentwicklung sowie zur Weiterentwicklung des sozialen Betreuungsangebots der eigenen Organisation oder Einrichtung und die fachliche Anleitung in Fragen der Altenarbeit. Die Ausbildung in der Diplom-Sozialbetreuung "A" besteht aus zumindest 600 Unterrichtseinheiten Theorie sowie 600 Stunden Praxis. Der Ausbildungsgang in der Diplom-Sozialbetreuung "A" hat sich für AbsolventInnen der Fach-Sozialbetreuung "A" zumindest auf ein Ausbildungsjahr zu erstrecken. Diplom-Sozialbetreuer und Diplom-Sozialbetreuerinnen "A" sind ebenfalls verpflichtet, alle zwei Jahre Fortbildungen im Ausmaß von zumindest 32 Stunden zu absolvieren. Während etwa diplomierte Gesunden- und KrankenpflegerInnen mit einem gewerblichen Freiberuf einer 24-Stunden Personenbetreuung selbständig tätig werden dürfen, ist dies für Fachsozialbetreuer nicht möglich. Als diese darf man sich nicht selbstständig machen.

Unter den Bäuerinnen (sowie einem Bauern) verfügte niemand zu Beginn des Projekts des Betreuten Wohnens am Bauernhof über eine Ausbildung im Gesundheits- und Sozialbereich, einige hatten aber Erfahrung mit der Pflege älterer Menschen. Um für das Projekt den rechtlichen Anforderungen nach qualifizierten Betreuung zu genügen, wurde über die Bezirks-Landwirtschaftskammer ein eigener 8-Wochen Kurs initiiert, der am Berufsförderungsinstitut (BFI) in Perg 1997 abhalten wurde. Vorher fanden Auswahlgespräche mit geschulten Psychologen statt, um die spezielle körperliche und psychische Eignung festzustellen. Die Ausbildung war geblockt und nahm auf die landwirtschaftlichen Arbeitsspitzen Rücksicht. Der Kurs berechtigte allerdings nur zur Ausübung zur Tätigkeit einer *Heimhilfe*. Die AnbieterInnen durften außer der Hotelkomponente, d.h. der Unterkunft, Verpflegung und Grundbetreuung keine weiteren Leistungen erbringen. HeimhelferInnen unterstützen betreuungsbedürftige Menschen bei der Haushaltsführung und den Aktivitäten des täglichen Lebens im Sinne der Unterstützung von Eigenaktivitäten und der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie arbeiten im Team mit der Hauskrankenpflege

und den Angehörigen der mobilen Betreuungsdienste. Diese Ausbildung wurde wie bereits weiter oben erwähnt im Rahmen des Ziel 5b Projekts zu 90 % finanziell gefördert. Um das Angebot auf eine breitere Basis zu stellen, entschlossen sich praktisch alle bäuerlichen AnbieterInnen, eine Altenfachbetreuerausbildung zu absolvieren. Diese erfolgte ein Jahr später über eine „Aufschulung“ zur *AltenfachbetreuerIn* heute *Fachsozialbetreuer für Altenarbeit (FSB "A")*. Diese Ausbildung zur Altenfachbetreuung gliederte sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil, umfasste insgesamt 1.000 Stunden und schloss mit einer staatlichen Prüfung ab. Mittlerweile dauert diese Ausbildung zwei Jahre mit 1.200 Stunden Programm.

Diese Ausbildung absolvierten insgesamt 13 Personen (zwölf Bäuerinnen und ein Bauer). Der Praxisteil wurde in einem Altenpflegeheim und/oder in der mobilen Pflege abgelegt. Vor der Ausbildung mussten die Bäuerinnen versichern, dass sie nicht auf den regionalen Arbeitsmarkt wechseln würden, um bestehende Arbeitsverhältnisse nicht zu gefährden. Zwecks sozialer Absicherung und späterer Pensionsansprüche war eine Anstellung über soziale Dienste, die Pflegeleistungen anbieten (Rotes Kreuz, Caritas, Hilfswerk usw.) vorgesehen. Da der Betreuungsaufwand am bäuerlichen Betrieb jedoch für ein Vollbeschäftigungsverhältnis in der Regel nicht ausreichend war, wurden sie verpflichtet im Rahmen ihres Arbeitsvertrages mobile Pflegeleistungen auch außerhalb des Hofes zu erbringen. Die Bäuerinnen mussten mindestens 8 Stunden in der Woche eine Beschäftigung am Hof nachweisen. Konnten sie diese am Hof nicht erfüllen, weil die Klienten beispielsweise noch zu rüstig waren, mussten sie im Zuge einer mobilen Betreuung eine gewisse Stundenanzahl außerhalb des Hofes arbeiten, um eine Anstellung zu erwirken. Diese Regelung wurde erst im Nachhinein mit der Begründung vereinbart, dass die BetreuerInnen am eigenen Hof keinen vollen Betreuungsaufwand erbrächten, um einer sozialversicherungspflichtigen Anstellung gerecht zu werden.

Die Altenbetreuerinnen sind in der Projektregion Angestellte des Roten Kreuzes, meist in dem Stundenmaß, welches für die Betreuung ihrer Klienten notwendig ist. Nach intensiven Verhandlungen mit dem Sozialhilfeverband wurde festgelegt, dass die Hälfte der Arbeitszeit auswärts geleistet werden muss. Dies wird über genaue Aufzeichnungen überprüft. Die meisten Bäuerinnen konnten oder wollten diese zusätzliche Arbeitsbelastung nicht auf sich nehmen. Zum Zeitpunkt der Erhebung gab es in der Region nur noch eine Bäuerin, die 16 Stunden in der Woche in einer mobilen Betreuung tätig war.

„Was dann der Kompromiss war, war der, dass die Bäuerinnen zu 50 % ihre Leistungen auch auswärts verrichten haben müssen. Das war so eine Vorgabe. Sie sind beim Roten Kreuz angestellt worden, weil ja wir in dem Sprengel sozusagen tätig sind mit den mobilen Diensten und sie sind bei uns angestellt worden und hätten 50 % der Leistung sozusagen im Rahmen der mobilen Dienste auswärts erbringen müssen und nur die anderen 50 % zu Hause (EX011, 35, 4-7).“

Viele waren durch diese von vorne herein nicht absehbare zusätzliche Belastung überfordert, da sich diese mobilen Arbeitseinsätze oft nur schwer mit der Arbeit am Bauernhof und mit der Familie vereinbaren ließen (Sanglhuber, 109). Für viele war dies einfach auf Dauer nicht durchführbar, weil es daheim am Betrieb einfach zu viel Arbeit gab. Außerdem widersprach es der ursprünglichen Projektidee, dass die Anbieter ihren Arbeitsplatz am Hof haben sollten.

Das Anstellungsverhältnis wurde daher von vielen nicht nur sehr kritisch beurteilt, in der Praxis war das auch einer der Hauptgründe, warum viele bald wieder aufgaben.

„Das war eigentlich nicht unser Grundgedanke und daher waren die Bäuerinnen dann ein bisschen perplex natürlich. Jetzt müssen sie auf einmal berufstätig sein, obwohl sie sich ihren Arbeitsplatz zu Hause schaffen hätten wollen und das war eigentlich dann der Punkt, wo manche dann, vereinzelt sind sie dann auch abgesprungen, andere haben es wieder gemacht, die sind dann eben in die Berufstätigkeit gegangen nebenbei, was natürlich ein zusätzlicher Stress war, weil so war es ja nicht gedacht. Und ich, in dem ich ja einen Beruf gelernt habe, bin wieder in den alten Beruf zurückgegangen (EB015, 7, 16-21).“

„Ein paar haben es eh nicht gleich angenommen, ein paar haben es gemacht und von denen, die es gemacht haben, haben ein paar dann entweder daheim aufgehört oder die anderen haben nach ein paar Jahre auch das Fortfahren wieder aufgehört. Weil das einfach gemeinsam das hat nicht zusammengepasst (EB012, 291).“

„Ich habe auswärts auch noch fahren müssen und das habe ich dann auch nicht mehr geschafft. Ich meine, man muss dann auch irgendwo einmal Abstriche machen, dass man sagt, dass musst du erst, darf man auch nicht, weil ich meine nur pflegen das ist dann halt auch, weil ich denke mir, da hast du dann wirklich zum Wochenende auch (EB014, 86, 1-3).“

Maßgeblich waren auch Unsicherheiten und falsche Vorstellungen. Das Konzept war offenkundig nicht ausreichend durchdacht, die Arbeitsbelastung und die Anforderungen im Bereich der fachlichen Qualifikation wurden unterschätzt.

„Das Problem bei der Altenbetreuung am Anfang war, dass die Leute geglaubt haben, sie können das jetzt alles machen, aber die Kompetenz einer Diplomkrankenschwester haben sie ja nicht, sondern nur eine einfache Altenbetreuung- oder eigentlich eine Heimhilfeausbildung (PE012, 36, 4-7).“

„Es war alles unsicher, weil ursprünglich hat es geheißen 7-Wochenkurs und dann kann man sein Haus, seine Wohnungen vermieten und die Betreuung eben. Auf Pflege war ich persönlich eh nie ausgerichtet. Also für mich ist schon so Pflege zu Hause, das wäre ja, da müsste ich schon eine Krankenschwester sein oder Ausbildung dementsprechend haben (EB015, 23).“

„Das war immer alles eine Überraschung für die BBK, weil die haben das Projekt gestartet und selber nicht gewusst, wie sich das entwickelt (EB015, 13).“

Rückblickend gingen die bäuerlichen BetreiberInnen vielfach von der unrealistischen Erwartung aus, dass mit mehr oder weniger Engagement, sozialer Empathie und praktischer Erfahrung alle Herausforderungen bewältigt und dabei zusätzliches betriebliches Einkommen lukriert werden könnten.

Bedarfserhebung

Zu Beginn des Projekts der bäuerlichen Altenbetreuung kam es zu einer Einschätzung des Bedarfs an Betreuungsplätzen. Das Projekt wurde etwa zeitgleich mit der Erstellung des ersten *Bedarfs- und Entwicklungsplans des Landes Oberösterreich (BEP)* konzipiert. Dieser erste BEP wurde 1996 veröffentlicht. 2006 wurde dieser Bedarfs- und Entwicklungsplan revidiert und Ende 2007 von der Oberösterreichischen Landesregierung beschlossen. Darin wird festgelegt, dass 2020 in Oberösterreich 17,0 % der pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen stationär, 22,2 % durch Mobile Betreuung und Hilfe (MBH) und 14,0 % durch Hauskrankenpflege (HKP) versorgt werden sollen. MBH und HKP können sich überschneiden, da jemand auch beide Dienste gleichzeitig in Anspruch nehmen kann. Der offene Rest sollte zu Hause von privaten Betreuungsorganisationen oder von Angehörigen, Freunden etc. betreut werden (Amt der OÖ Landesregierung 2010, 5).

Im ersten BEP für den Bezirk Perg wurde das Betreute Wohnen am Bauernhof als Teil der insgesamt 182 Betreubaren Wohnungen in Perg angeführt. Insgesamt wurden im Rahmen einer Bedarfserhebung 15 Plätze Betreuten Wohnens am Bauernhof genehmigt, das sind etwa 8 % aller projektierten Betreuungsplätze. Im Bereich der bäuerlichen Altenbetreuung waren aber fast alle dieser geplanten Plätze schon vorhanden, d.h. diese wurden lediglich in die Gesamtzahl eingerechnet. Hinter diesen Zahlen an geplanten Plätzen standen keine besonders differenzierten fachlichen Überlegungen, politisches Kalkül dürfte dabei eine größere Rolle gespielt haben.

„Diese ganzen Platzzuweisungen und Aufteilungen diese Schlüssel, so was ich jetzt weiß, das war dort alles in den Kinderschuhen. Also das ist erst dort losgegangen. Wir haben nur gewusst, wir haben so und so viele Familien in dem Projekt gehabt, die waren verteilt auf einige Gemeinden und die waren halt dann da die Plätze und die hat man dann halt versucht, in das ganze Netzwerk hineinzurechnen. Aber anders ist es nicht gelaufen. (...) Wir waren die ersten, dann sind die anderen halt draufgekommen, haben sie halt den politischen Kuchen, die Einflussbereiche halt je nach politischer Orientierung der Gemeinden aufgeteilt. (...) Die waren da, das hat mit dem zu tun gehabt, dass einfach die Höfe dann diese Plätze bekannt geben haben, der eine drei, der andere vier, der andere zwei, mal der Anzahl der Betriebe, die wir dann gehabt haben. Damit sind diese Plätze festgestanden und die sind irgendwie in dieses Netzwerk dann hineingerechnet worden (EX013, 27-29).“

Die bäuerliche Altenbetreuung war offensichtlich interessant, wenn es darum ging, die geforderte Anzahl an Betreuungsplätzen zu erreichen. Durch die Konkurrenz von sukzessiv neu entstehenden stationären Angeboten in der Region, v.a. des Betreuten Wohnens, wurde die Unterstützung von öffentlicher Seite mit der Zeit geringer. Die zuständigen Entscheidungsträger waren primär daran interessiert, ihre eigenen stationären und teilbetreuten Einrichtungen zu füllen und hatten somit an einer Bewerbung der bäuerlichen Betreuungseinrichtungen wenig Interesse. Gerade die Gemeinden mussten danach trachten, ihre Wohnanlagen im Bereich des Betreuten Wohnens auszulasten, da für leerstehende Wohnungen eine Mietausfallhaftung an den Bauträger schlagend wurde. Andererseits erhofften sich jede Gemeinde durch das vom Land geförderte Betreute Wohnen regional- und beschäftigungswirksame Impulse. Dies führte nicht selten dazu, dass die Bedarfserhebungen nicht unbedingt der Realität entsprachen. Dabei kursieren

einige Anekdoten über das offensichtliche Interesse der Gemeinden, damit eine geförderte Wohnanlage bei ihnen errichtet wird und andererseits die Schwierigkeiten, die sich im Nachhinein ergaben.

„Damit das Projekt überhaupt so quasi einmal einen Zuspruch findet, braucht man jede Menge Leute. Da ist wahrscheinlich jemand herumgegangen und hat gesagt „geh unterschreibe mir da, brauchst eh nicht mittun, aber Hauptsache, dass wir eine Unterschrift haben“. (...) So, dann hat man das gebaut, hat eh lange gedauert, weil die Standorte dort und da nicht gepasst haben. Schließlich und endlich hat man sich dann doch auf etwas geeinigt. Und dann auf einmal, puh Bedarf, brauchen wir keinen, jetzt haben wir keinen. (PE011, 139).“

„Es sind ein paar leer gestanden, sowieso, (...) ihr seid deppert, jetzt baut ihr da einen Haufen Wohnungen für die alten Leute und dann könnt ihr sie nicht anfüllen, hättet ihr euch das vorher überlegt. Und dann hat man eben geschaut, dass man das trotzdem befüllt, weil natürlich, das sind Kosten für die Gemeinde (PE011, 143).“

„Eine Gemeinde braucht einen Bauträger, weil selber sie es nicht bauen kann. Der Bauträger sagt, für mich muss es ein Geschäft sein, weil sonst ich es nicht mache. (...) Wir haben da die Wohnungen gebaut, dann haben wir da, was weiß ich, wie viele Tausend Euro Ausfallsmiete gezahlt, weil ja die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft hat es gebaut und die haben gesagt, ja wir haben das gebaut und haben natürlich mit diesen Voraussetzungen gerechnet und eigentlich hat man sich die Gemeinde zu wenig angeschaut und hinten nach haben wir gesehen, ja wenn die Wohnungen nicht vergeben sind, dann muss die Gemeinde die Miete zahlen. Und genauso war es ein paar Jahre lang. Was weiß ich wie viele Tausend Euro hat es da Mietzahlungen gegeben und das war dann ganz schwierig, dass man das überhaupt vollkriegt. (SH015, 29 und 31, 2-6).“

Es zeigte sich, dass die Nachfrage nach Betreutem Wohnen zunächst geringer war als in der Bedarfsanalyse erwartet. Einzelne Wohneinheiten standen deswegen längere Zeit leer, was die Gemeinde wegen den Mietausfallzahlungen an den Bauträger finanziell belastete. Bei der Einschätzung des Bedarfs wurde auch unterschätzt, dass sich in ländlichen Gemeinden die traditionellen familien- und haushaltsbezogenen Betreuungsverhältnisse als noch relativ persistent erwiesen. Trotzdem geht aufgrund des Rückgangs der Mehrgenerationenfamilie und des geänderten Rollenverständnisses der Frauen der Trend in eine eindeutige Richtung. Insofern wird in Zukunft der Bedarf an Betreuungseinrichtungen aller Art steigen.

„Das ist also noch sehr stark ausgeprägt bei uns, dass im Prinzip im ländlichen Raum noch sehr viele Kinder im Prinzip die Eltern pflegen, das ist noch ganz, ganz klar. Da gibt es nichts anderes, aber das wird sich natürlich vielleicht jetzt ändern irgendwann einmal. Deswegen kann ich mir durchaus vorstellen, dass wir in Zukunft da mehr Bedarf hat, weil eben dann die Kinder eben das nicht mehr übernehmen, dass die Eltern quasi dann, die Eltern dann betreuen (PE011, 155).“

Ob das Betreute Wohnen auch den Bedürfnissen der Menschen entspricht, bleibt umstritten. Die jeweiligen Befürworter der Bäuerlichen Altenbetreuung und des Betreuten Wohnens werfen unterschiedliche Argumente in die Waagschale.

„In der Zwischenzeit sind in allen Gemeinden, wo es notwendig war, Häuser gebaut worden, wo Betreutes Wohnen angeboten wird. Es ist ja sehr viel Geld investiert worden und man hat natürlich jetzt dieses Netzwerk auch so angelegt, dass wohl noch Plätze dazu kommen können ja, weil die alten Menschen auch immer mehr werden, aber momentan hat man mal diesen Kuchen, diesen Bedarf, glaube ich, soweit abgedeckt und hat auch die Häuser gebaut. Jetzt muss man natürlich fragen, ist es jetzt notwendig, dass man die Landwirtschaft dazu braucht oder braucht man weitere Wohneinheiten und könnten die von der Landwirtschaft in Zukunft übernommen werden und abgedeckt werden (EX013, 51).“

Interessen

Welche Motive und Triebkräfte waren für das Entstehen dieses Projektes für die unterschiedlichen Gruppen an Akteuren und Akteurinnen in welcher Form entscheidend? Wie waren die Erwartungshaltungen gelagert und welche Optionen standen zur Disposition? Entsprachen diese Erwartungen auch den tatsächlichen Ergebnissen? Wo gab es Erfolge und wo Hindernisse? Welche Handlungsstrategien wurden von den Akteuren und Akteurinnen ergriffen, um den Folgeerscheinungen zu begegnen? Diese und noch weitere Fragen gilt es zu untersuchen, wenn man sich das Geflecht an Interessen, Macht- und Handlungsspielräumen vor Augen führt.

Positive Aspekte aus Sicht der KlientInnen

Die grundsätzliche Frage lautet, ob neue Alternativen zum bereits bestehenden, breiten und vielfältigen Angebot an Pflege und Betreuung (Pflegeanstalten, Betreutes und Teilbetreutes Wohnens, Mobile Dienste usw.) überhaupt notwendig sind, vor allem ob Betreuungsplätze auf landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt entsprechend große Vorteile bringen, um eine öffentliche Unterstützung außerhalb der bestehenden Möglichkeiten zu rechtfertigen. Oder anders formuliert: worin liegt der gesellschaftliche Mehrwert im Betreuten Wohnen in der Landwirtschaft und welches sind die Besonderheiten, die andere Konzepte nicht erbringen können? Das wesentlichste Pro-Argument, welche bei der bäuerlichen Altenbetreuung immer wieder angeführt wird, ist das einer höheren *Lebensqualität* aufgrund der Nähe zur Natur, der Möglichkeiten einer *Mitarbeit am Hof* und des Anschlusses an einen *Familienverband*. Dazu kommt eine höhere *Autonomie*, d.h. eines im Rahmen der Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens. Die organisatorischen Abläufe erscheinen weniger reglementiert als in einem Seniorenheim und auf individuelle Bedürfnisse kann besser eingegangen werden. Beispielsweise können auch eigene Möbel mitgebracht oder Haustiere gehalten werden. Auf den individuellen Rhythmus bei den Essenszeiten und der Körperpflege kann leichter Rücksicht genommen werden als bei den häufig relativ starren organisatorischen Abläufen in Pflegeanstalten. Durch das Zusammenwirken von Mobiler Betreuung und Betreutem Wohnen am Bauernhof könnten positive Synergieeffekte entstehen.

„Das Psychische Wohlbefinden ist einfach bei so Leuten schon sehr wichtig und wenn es einem gefällt auf dem Bauernhof, um das geht es ja auch. Es sind ja oft Leute die wollen nur ein bisschen alleine eine Wohnung haben und die wollen ein bisschen Natur genießen und es gefällt ihnen am Bauernhof und das wird im Zusammenarbeit mit der Mobilen ein bisschen gemacht, denke ich mir. Ist das eine ganz schöne Variante für alte Leute (EB014, 104, 4-8).“

„Wir haben da unten eine Kapelle und da gehen wir hin. Das ist gern unser Weg, weiter ging es eh nicht. Das passt gerade bis zur Kapelle und dort haben wir eine Bank, da sitzen wir uns wenig nieder, ein wenig rasten und dann gehen wir wieder zurück (KLO13, 88-89).“

„Der Mensch ist einfach im Mittelpunkt und man soll genug Zeit haben und man soll einfach dort wirklich den Vorteil haben, den man in den Altersheimen nicht hat. Dort ist man nur mehr eine Nummer, dort ist alles ganz genau standardisiert und die Betreuung vorgegeben, wie sie sein soll, aber kein Anspruch des Menschen mehr da (EX013, 21, 8-11).“

„Meiner Meinung nach haben es die alten Leute bei den Bauern draußen, also bei den landwirtschaftlichen Anwesen, mit Sicherheit schöner, weil sie haben dort einen Familienanschluss, den was sie von daheim gewohnt sind und es kommt mit Sicherheit auch nicht teurer (SH015, 27, 7-9).“

In der Landwirtschaft und im Hausgarten fallen regelmäßig sinnvolle Tätigkeiten und Aufgaben an, die auch von älteren oder gebrechlichen Personen noch durchgeführt werden können. Die SeniorInnen können bei der Betreuung von Tieren mithelfen, Marmelade einkochen, Erbsen und Bohnen auslesen, Gemüse schneiden, Beeren abrebeln usw. Viele dieser Aufgaben ändern sich im Jahresverlauf. Durch diese Abwechslung werden zusätzlich viele positive Anreize für Aktivierung geschaffen.

„Da können die Leute mitarbeiten, dort haben sie eine Betätigung, sind sie nicht so wie in die anderen Altersheime oft nur betreut und haben überhaupt keine Ansprache mehr (EX013, 5, 24-25).“

Organisatorische Abläufe müssen am Bauernhof nicht so streng gehandhabt werden als z.B. in einem Betreuten Wohnheim. Individuelle Freiräume können leichter geschaffen und auf individuelle Bedürfnisse besser eingegangen werden.

„Die eigene Wohnung haben und möglichst selbstständig sein können, aber auch der Unterschied, ich habe jeder Zeit wen, ist wer erreichbar. Im Unterschied zum Betreubaren Wohnen wie es im Ort ist, die, da ist vielleicht einmal eine Stunde wer da der was ihnen waschen hilft und putzen und dann ist ganzen Tag niemand da, im ganzen Haus nicht (EB012, 80).“

Eine Altenbetreuerin, die auf ihrem Hof zwei ältere Männer betreut, spricht die Flexibilität der Abläufe und die Frage der Autonomie explizit an. Das Eingehen auf individuelle Bedürfnisse schafft Lebensqualität, ist für die Betreuungsperson gleichzeitig aber auch extrem fordernd. Nicht ganz von der Hand zu weisen ist auch die Gefahr, dass zu große Nähe neue Abhängigkeiten schafft.

„Die sind ja noch mobil, die können ja hinausgehen oder die gehen ja selber Essen hinunter, aber wenn ich das heute ein bisschen zu meinen zwei sage, jetzt so im Kleinen, aber das kann man mit einem bisschen mehr auch machen, sage ich bis 8, 10 Leute. Ich kann ja die Leute fragen, was sie zum Essen wollen. Ich frage meine zwei Männer immer, was soll ich euch denn kochen, was essen wir denn heute, was mögt ihr denn? Dann sage ich wieder zum H.: H. magst du wo hinfahren, tun wir irgendetwas? Ja, am Sonntag können wir wieder Essen fahren. Kein Problem. Jetzt fahren wir wieder ins Theater, dann einmal. Das sind einfach so Teilnahme am sozialen Leben. Wir sind viel gewesen, mit die Oldtimer sind wir unterwegs gewesen, weil ich

bin ja nebenbei noch die Obfrau von einem Oldtimerverein mit 140 Mitgliedern so nebenbei noch, aber nicht mehr lange, das möchte ich aufhören. Und ja, also wir sind relativ viel unterwegs oder dann haben sie wieder ein Hoffest oder sonst was. Ich bin da und nebenbei muss er dann wieder zu einem Arzt fahren, weil wie er hergekommen ist, haben wir schon ein wenig Probleme gehabt, Gangrän am Fuß, dann hat er mit dem Stuhl ein wenig Probleme gehabt, dann hat er ja einfach, das ist bei ihm eher psychisch bedingt gewesen, weil er drei Jahre alleine daheim war, aber ich muss sagen, das haben wir super im Griff, ganz toll. Also bei ihm Bluthochdruck weg, ihm geht es gut jetzt und das passt (EBA016, 161, 8-20).“

Das Leben im bäuerlichen Familienverband kann das Potential der Selbstständigkeit zu fördern. Es gibt vielerlei einfache Aufgaben des Tagesgeschehens, die ältere Personen noch übernehmen können und wodurch sie auch geistig angeregt werden. Außerdem bringt es gegenüber dem Betreuten Wohnen und mobilen Hilfsdiensten den Vorteil, dass den ganzen Tag über jemand anwesend ist.

„Derweil man noch mobil ist ein bisschen, kann man sich ja selber noch so manche Tätigkeiten machen, was ja für die Leute wirklich gut ist. Sie bleiben geistig fit, (...) ich denke mir, im Heim da wird den Leuten alles abgenommen (EB014, 44, 1-5).“

„Ich bin direkt am Land, ich bin auf einem Bauernhof, da ist ein Bauernhofleben da, da sitzen die Katzen im Hof oder es ist der Gemüsegarten, wo ich den Schnittlauch holen kann oder es kommt dazu, ich habe eigentlich nicht nur eine Wohnung, sondern es ist da, ich habe wieder eine Garage, ich kann, also es ist mehr Platz. Ich kann meine eigenen Möbel mitnehmen, ich bin nicht in einer Wohnung, die mir ganz fremd ist, sondern genau meine vertrauten Sachen nehme ich mir wieder mit, nehme mir mein Haustier mit, meine Kinder können über Nacht bleiben bei mir, stelle ein Notbett auf oder es ist immer irgendein Platz. Ja eigentlich ist es wie Urlaub am Bauernhof, nur das ein ganzes Jahr. (...) Schön ist, wenn man in den eigenen vier Wände alt werden kann und zurechtkommt, viel selber vielleicht noch machen kann. Im Altersheim kriegen sie halt das fertige Essen hingestellt, aber sie täten vielleicht auch noch gerne Äpfel schälen oder vielleicht selber noch einen Teig machen, weil sie ihn immer können haben. Und ich glaube die Praxis, das ist schon, tätig bleiben ist das um und auf im Alter (EB015, 137 und 161).“

Man wohnt in der Pension in mehr und weniger großer Nähe zur bäuerlichen Familie. Die sozialen Kontakte laufen oft über mehrere Generationen. Auch die soziale Nähe zur Familie kann frei definiert, gegebenenfalls Netzwerke gegenseitiger Unterstützung genutzt werden. Beim klassischen Modell des Betreuten Wohnens finden hingegen in der Regel soziale Kontakte vor allem unter Gleichaltrigen oder Gleichbetroffenen statt.

Seit geraumer Zeit gibt es aber auch hier Überlegungen diese Situation mittels Mehrgenerationen-Wohnmodellen oder organisierten Veranstaltungen aufzubrechen. Beim Betreuten Wohnen auf landwirtschaftlichen Betrieben erscheint es jedenfalls für beide Seiten, d.h. sowohl für die Seniorinnen als auch für die bäuerlichen Vermieter, als besonders attraktiv, dass durch die Anwesenheit von mehr Menschen das Leben am Hof und der soziale Austausch intensiviert werden kann. Denn seit dem Ende des Gesindewesens, der Mehrgenerationenhaushalte und der geringer werdenden Kinderzahl auch in der bäuerlichen Bevölkerung sind viele Anwesen sozial sehr vereinsamt.

„Das Haus gut vermietet zu haben, nette Leute drinnen haben, das ist ein Schlüsselerlebnis an und für sich, weil wir haben ein Hofleben jetzt entstehen lassen, was vorher nicht war. Wir sagen immer in der Mitte ist der Marktplatz. Also es ist einfach und im Sommer auch nett, weil es spielt sich im Sommer viel draußen ab und man, es gesellt sich gleich jemand zusammen. Im Winter ist oft so, dass man sich oft eine ganze Woche auch nicht sieht. Wenn der Wind pfeift um das Haus, aber spätestens beim Schneeräumen kommt man zusammen. Das sind so Schlüsselerlebnisse, dass es einfach nett ist (EB015, 103).“

Die sozialen Netzwerke verlaufen aber nicht nur zwischen den bäuerlichen Familien und den SeniorInnen. Entsprechend rüstigen und mobilen Personen fällt es mitunter leichter Anschluss in die Dorfgemeinschaft zu finden.

„Der Herr X. ist eigentlich noch sehr rüstig und hat jetzt erst den Siebziger gefeiert, ist total integriert im Ort. Er hat die Heimatstube übernommen, da ist er ein Archivar, also er tut das ganze betreuen da und ist beim Tischtennisverein dabei und beim Seniorentanzen und das ist wieder in einem Alter, wo es noch möglich ist, dass man sich Vereinen anschließen kann (EB015, 55, 6-10).“

Für diese *soziale Teilhabe* ist aber neben einem entsprechenden körperlichen Zustand eine gewisse individuelle Mobilität notwendig. Ist letztere nicht gegeben, dann bringt das Betreute Wohnen im Zentrallort vielerlei Vorteile gegenüber der Bäuerlichen Altenbetreuung.

Auf bäuerlichen Betrieben steht häufig ein größeres *Raumangebot* zur Verfügung. Nicht nur, dass die Wohnungen von der Größe her fast immer großzügiger sind (die meisten Wohnungen verfügen zwischen 60 und 65 m² für zwei Personen), gibt es in der Regel auch mehr Platz für Abstellflächen und Lagerräume als in einer durchschnittlichen Betreuten Wohnanlage und Seniorenheim.

„Flächen am Hof und nichtgenutzte Bausubstanzen sind ein großes Potenzial, ein großes Kapital, das die Landwirtschaft einmal hat. Den Trend sollte man natürlich nutzen (SH012, 66).“

Das Modell ist grundsätzlich für alle Menschen offen. Es gibt Beispiele von Stadtbewohnern und Stadtbewohnerinnen, die an ihrem Lebensabend aufs Land ziehen, teilweise sogar auf einen Bauernhof leben möchten. Personen mit *bäuerlichem Hintergrund*, die ihr Leben lang auf einem Bauernhof mit bäuerlicher Arbeit verbracht haben, fühlen sich aber aufgrund ihres speziellen Habitus in diesem Kontext besonders wohl. Wohnen in einem Pflegeheim oder im Rahmen eines Betreuten Wohnens verursacht für diese Personengruppe oft schmerzliche Brüche und Entfremdungsprozesse. Bäuerliche Altenbetreuung dürfte daher besonders prädestiniert sein für SeniorInnen, die selber aus der Landwirtschaft kommen, kulturell in der bäuerlichen Lebens- und Arbeitswelt mit den entsprechenden Normen und Wertevorstellungen verankert sind.

„Die (eine ältere Frau) hätte nirgends so gut unterbracht werden können wie da, weil sie da einfach in ihrer Welt leben hat können, wo sie aufgewachsen ist. Da hat sie sich am ehesten daheim gefühlt als wie wenn sie wo in einem Heim unter viele gewesen wäre, hätte sie das sicher nicht so lang so gut geschafft (EB012, 309, 3-6).“

Problemfelder für die KlientInnen

Auch aus Perspektive der KlientInnen lassen sich Problembereiche beschreiben, die in weiterer Folge kurz dargestellt werden sollen.

Periphere Lage und Abhängigkeiten

Sehr oft wird eine *periphere Lage* als Problembereich angeführt. Betreute Wohnanlagen liegen meistens im oder in relativer Nähe eines Ortszentrums, während die bäuerlichen Seniorenbetreuungsplätze oftmals sehr abgelegen sind. Die *Versorgung* mit notwendigen Infrastrukturangeboten wird dementsprechend schwierig und aufwändig.

„Es ist kann an dem scheitern, wenn jemand in der Stadt gelebt hat und es gewohnt war, dass ich alles hat in einem Ort und nur die Tür aufmachen braucht und er ist schon beim Friseur und überall. Das ist halt am Land nicht so (EX013, 21, 1-3).“

Aus diesem Grund werden insbesondere von den politischen Entscheidungsträgern die Vorteile des Betreuten Wohnens herausgestrichen. Durch die Lage im Ortszentrum werden viele kulturelle Angebote und Versorgungsleistungen einfacher und unmittelbarer zugänglich. Auch der soziale Austausch mit anderen Gemeindebürgern ist im Zentralort leichter möglich. Dem Betreuten Wohnen wird durch seine zentrale Lage auch eine wichtige regionalpolitische Funktion zuteil. Es hat das Potential den Ortskern über zusätzliche Nachfrage zu beleben, wodurch auch die lokalen Unternehmen profitieren. Durch Bündelung des Angebots werden die lokalen Zentren gestärkt und die infrastrukturellen Erschließungskosten reduziert. Während wichtige Versorgungsinfrastrukturen in der unmittelbaren Umgebung der Höfe praktisch völlig fehlen, ist im Hauptort der Projektgemeinde noch ein gewisses Angebot an Basisversorgung gegeben, unter anderem zwei Fleischer, ein Café, zwei Gasthäuser, ein Geschäft, ein Friseur, ein Bäcker, ein Tierarzt und tageweise sogar ein Zahnarzt.

„Was aber andererseits, muss ich auch wieder sagen, für die Nahversorgung und also gegen den Trend des Aussterbens des Ortskernes eh wieder gut ist, weil auf der anderen Seite eh wieder besser ist es ist das Geschäft da im Ortskern als wie 500 Meter außerhalb. Und so ist, ich meine, das ist eine glückliche Fügung natürlich einerseits, andererseits war das sehr, sehr schwere Geburt, dass da das z.B. Betreubare Wohnen jetzt an dem Standort ist wo es ist, wo es jetzt ist (SH013, 119, 2-6).“

„Wenn ich das dezentralisiere, sprich weg vom Ort bringe, wo man erst einerseits erwähnt haben, dass der Ortskern eh eher ausstirbt, eh eher schlecht zu bevölkern ist und ich bringe gewisse Sachen jetzt weg vom Ortszentrum, dann habe ich die zusätzlichen Wege und wo man immer wieder Werbung macht, auch speziell die Landwirtschaft von CO₂ Neutralität, dass wir da die Lebensmittel und dergleichen nicht so herumführen soll, jetzt führen wir halt dann die Leute vom Zentrum in die Peripherie hinaus. (...) Natürlich haben die eh alle möglichen Sachen von denen gekriegt, aber sie sind trotzdem ein bisschen dezentral untergebracht gewesen und sie haben sich das eh alle freiwillig ausgesucht und haben das wahrscheinlich eh alle gerne gemacht, aber das zu einer Standardeinrichtung zu machen, würde ich eher problematisch sehen, da ist mir die zentrale Einrichtung eigentlich persönlich lieber (SH014, 76, 6-14).“

Die sehr hügelige Projektgemeinde ist durch viele, weitverstreute Weiler geprägt, was im Winter die Erreichbarkeit oft zusätzlich erschwert. Die Höfe mit bäuerlicher Altenbetreuung sind alle relativ entlegen. Wegen des unzureichenden öffentlichen Verkehrsangebots kommt der individuellen Mobilität für die soziale Teilhabe eine große Bedeutung bei. Menschen, die über diese individuelle Mobilität nicht oder nicht mehr verfügen sind auf die Unterstützung anderer angewiesen. Das schafft den Umstand einer gewissen *Angewiesenheit* oder auch *Abhängigkeit von der Bauernfamilie*.

„Jemand der selbständig ist oder doch so lange wie möglich, es hätte ja auch den Sinn gehabt, dass die Bewohner oder die Bewohner, potentiellen Bewohner so lange wie möglich selbständig bleiben können, aber wenn ich 4 km, 5 km in einen Ort wohin habe und das ist nicht eben, sondern hügelig, wie es halt bei uns in der Region ist, dann bin ich nicht selbständig. Ich bin immer angewiesen auf die Bauersleute, dass die mir einkaufen, dass die mich wohin mitnehmen, Kirchgang, alle diese Dinge, wenn ich kein Fahrzeug habe (EX011, 149, 1-5).“

Als Reaktion auf die schlechte Versorgungslage entstanden aber auch Gegenstrategien. In der gesamten Region gingen viele lokale Kleinunternehmer dazu über, ihre Kunden mobil zu versorgen. Damit sollte der Konkurrenz der Supermärkte in den regionalen Zentren begegnet und das Angebot für die lokale Bevölkerung attraktiver gestaltet werden. Diese Entwicklung stellt auch für die Autonomie der SeniorInnen in der bäuerlichen Altenbetreuung einen großen Gewinn dar.

„Wenn man eine dementsprechend durchdachte Einkaufsliste macht, wird einem was mitgebracht. Und dann haben wir einen Riesenvorteil, wir haben also einen brauchbaren Bäcker und Nah und Frisch Kaufmann da im Ort, der mit dem Auto zu den Leuten fährt. (...) Da brauche ich nur in der Früh anrufen und die Einkaufsliste durchgeben an den Tagen an denen er kommt. (KL011, 128 und 130).“

Darüber hinaus gibt es in der Gemeinde mit „Essen auf Rädern“ und der Heimhilfe weitere professionelle mobile Versorgungsangebote, die sich speziell an die Bedürfnisse älterer und teilweise pflegebedürftiger Personen richten und vom SMZ koordiniert werden. Dieses hat die Aufgabe, sich um alle sozialen Randgruppen zu kümmern, nicht nur um ältere Menschen.

Diese räumliche Abgeschiedenheit wird von den KlientInnen aber nicht immer nur als negativ erlebt, viele schätzen diese geradezu als einen besonderen Vorteil, indem sie auf die landschaftliche Schönheit und speziellen Vorzüge eines Lebens auf dem Bauernhof hinweisen.

„Es gibt Bewohner, die sind gerne einsam und alleine, also abgeschieden sozusagen, die schätzen das und mögen das, aber Großteils, das war einfach zu sehr abgelegen (EX011, 149, 5-6).“

Wenig geeignete Klientel

Abgesehen von Grundvoraussetzungen wie eine maximale Pflegebedürftigkeit gibt es Fälle, bei denen sich die KlientInnen als ungeeignet für ein Betreutes Wohnen am Bauernhof erwiesen. Die Hauptgründe sind falsche Erwartungen oder konfliktträchtige Konstellationen zwischen der bäuerlichen Familie und den Betreuten. Teilweise wurden die Personen auch aus anderen Pflegeverhältnissen vermittelt, in denen sie nicht glücklich waren bzw. auch umgekehrt wurde versucht, Menschen mit einer schwierigen

Persönlichkeitsstruktur auf Bauernhöfe quasi „abzuschieben“. Häufig sind das Personen, die für eine intensive Betreuung in einem Pflegeheim noch zu rüstig sind, aber dennoch einen gewissen Pflegeaufwand erfordern. Denn eine Altenbetreuung am Bauernhof ist günstiger als ein Platz in einem Pflegeheim. Man darf sich nicht wundern, dass die meisten bäuerlichen Familien mit dieser Situation einfach überfordert sind.

„Sie wollen schnuppern kommen, da einziehen. Da haben mittlerweile alle Bauernfamilien wirklich verbrannte Finger. Das tun sie nicht mehr, weil solche Sachen haben sie zur Genüge erlebt, auch sozusagen aus Einrichtungen, wo sie für diese einen Platz suchen. Sie sind eh nett, es gibt eh nichts, ein bisschen Probewohnen. Da drei Tage funktioniert es recht gut und dann ist das Probewohnen vorbei und dann sind die Probleme da (EX011, 252, 1-4).“

„Es kommen immer solche Anfragen, ja was weiß ich, der hat eine Wegweisung von daheim. Aber es ist eh ein rechter ein Netter, aber warum hat er dann eine Wegweisung (EX011, 250)?“

„Man hat Bewohner gehabt, die halt wirklich aus konfliktreichen Familien gekommen sind, wo man wirklich dezidiert fast eine Abschiebemöglichkeit gesucht hat (EX011, 216).“

Neben Personen, die aufgrund einer problematischen Psychostruktur für ein Betreuungsverhältnis am Bauernhof ungeeignet erscheinen, gibt es auch welche, die mit dem Leben am Land bzw. in der Landwirtschaft nichts anzufangen wissen, da ihnen das Erfahrungswissen fehlt. Menschen, die aus der Landwirtschaft stammen oder auf dem Lande sozialisiert wurden, finden wahrscheinlich eher einen Zugang, aber auch das muss nicht immer zutreffen.

„Nur eine Woche, es war so eine Schnupperwoche. Aber sie waren kaum aus den Wohnungen rauszubringen, obwohl das Wetter schön war und die Katze herausen war. Aber sie waren auch so windempfindlich und es war, sie waren einfach das nicht mehr gewöhnt und es wäre auch nicht möglich gewesen (EB015, 167).“

Letzten Endes gibt es auch Menschen, für die aufgrund von bestimmten Erkrankungen oder Allergien (Heustaub, Tierhaare usw.) ein Leben auf einem bäuerlichen Betrieb nicht in Frage kommt. Die Entscheidungsfreiheit muss in jedem Fall den KlientInnen obliegen. Sie müssen darüber entscheiden dürfen, ob dieses Modell für sie in Frage kommt und nicht ein aufoktrozierendes Sozialmanagement.

Mit zunehmendem Grad der Pflegebedürftigkeit werden die KlientInnen immer ungeeigneter für ein betreutes Wohnen am Bauernhof. Das Modell wurde nur bis zur Pflegestufe 3 angelegt. In der Praxis wurde dieses Prinzip mit Zustimmung des Sozialhilfeverbands aber immer wieder durchbrochen, einfach um zu verhindern, dass die pflegebedürftigen Personen abermals aus ihrer vertrauten Umgebung gerissen werden. Der Mehraufwand an Betreuung konnte nicht in vollem Maße durch mobile Pflege von außen kompensiert werden, was dann letztlich zu Lasten meistens der pflegenden Bäuerin geht. Dabei gibt es auch Konflikte über das gerechte Entgelt des zusätzlichen Pflegeaufwandes. Bäuerinnen fühlen sich dabei manchmal übervorteilt, da sie das Gefühl haben, nicht entsprechend entlohnt zu werden, d.h. dass die mobilen Hilfsdienste im Verhältnis zu ihrer Leistung zu viel erhalten.

„M. braucht relativ viel Pflege. (...) Er ist beweglich, alles, aber er braucht sehr viel Unterstützung in der Körperpflege und überall, weil da geht es drunter und drüber. (...) Das Pflegegeld hat die Einrichtung XY einbehalten. Ich habe gestritten auf Mord und Brand, denn ich habe immer gesagt und es stimmt auch wenn ich das sage, glaube ich, das Pflegegeld steht eigentlich demjenigen zu, der pflegt. Von XY ist einmal im Monat jemand eine Stunde gekommen, hat eine dreiviertel Stunde mit mir geredet, zehn Minuten mit dem M. geredet, das war es (EBA016, 38, 2-8).“

Eine besondere Herausforderung auf bäuerlichen Betrieben ist der Umgang mit *dementen und psychisch kranken Personen*. Oft entwickeln oder verschärfen sich diese Krankheitsbilder im Laufe der Zeit und damit auch die Belastung für die unmittelbare soziale Umgebung. Für die Betreuungspersonen, gerade für Bäuerinnen, die ohnedies häufig bereits unter einer Mehrfachbelastung leiden, wird die Situation noch mühsamer und anstrengender.

„Einige sind weggezogen in ein Seniorenheim, weil einfach die Pflege so aufwendig worden ist, wo es mit mobilen Diensten dann nicht mehr gegangen ist. (...) Ja, es sind auch einige Bewohner gekommen, die sozusagen von einer psychischen Einrichtung gekommen sind, die dann wirklich nicht das Klientel gewesen sind (EX011, 220).“

Ungeeignet für das Projekt sind auch Personen, die sich selber oder andere gefährden. Rein rechtlich gesehen sind Unfallschutzmaßnahmen eine Grundvoraussetzung für die Unterbringung von KlientInnen. Dafür kann über die Sozialversicherungsanstalt der Bauern im Rahmen der Aktion „Sicherer Bauernhof“ Sorge getragen werden. Aber ältere, demente Leute können trotz Sicherheitsstandards nicht nur sich selbst, sondern auch andere am landwirtschaftlichen Betrieb gefährden.

„Es gibt einfach schwierige ältere Menschen auch. Eine hat dann wirklich die Feuerwehr im Haus gehabt. Die Frau hat was brennen lassen und die Wohnung ist ausgebrannt. Haben wir auch gehabt einen Fall. Was waren noch für Fälle? Ja, Bettlägerigkeit dann, wie weit geht man, wie weit schafft man das zu Hause mit Mobiler Pflege und Hausarzt und ja (EB015, 151, 1-4)“

Positive Aspekte aus Sicht der AnbieterInnen

Es gibt eine Reihe von Gründen, welche das Modell der Bäuerlichen Altenbetreuung in Form einer Erwerbskombination, eines Nebenerwerbs oder Zuverdiensts attraktiv machen könnten. Für land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit wenigen Wachstumschancen könnte sich in strukturschwachen Gebieten mit einer angespannten Arbeitsmarktsituation dadurch eine neue ökonomische Perspektive eröffnen.

Voraussetzung ist natürlich neben einer entsprechenden fachlichen Qualifizierung auch die Existenz der räumlichen und arbeitsmäßigen Kapazitäten.

„Unser Betrieb ist nicht so groß, dass da was weiß ich, dass das irgendwo rennert, drum war das sicher eine gute Sache (EB011, 320, 6-7).“

Viele landwirtschaftliche Betriebe verfügen seit dem Ende der Gesindewirtschaft und wegen der schrumpfenden Haushaltsgröße (Abwanderung aus der Landwirtschaft, geringere Kinderanzahl, Abnahme der Mehrgenerationenfamilien) über ungenutzten Wohnraum, welcher durch das Projekt der Bäuerlichen Altenbetreuung verwendet werden könnte. Gerade im Bezirk Perg gibt es viele große leerstehende Vierkanthöfe, deren Bausubstanz für neue sinnvolle Projektideen zur Verfügung steht.

Es geht dabei aber nicht nur um die Summe der vorhandenen Arbeitsressourcen, sondern auch um deren Verteilung innerhalb der Landwirtschaft. Gerade die Milchwirtschaft ist sehr arbeitsintensiv. Durch den Wegfall der Milchkontingente und den aktuellen Milchpreisverfall wird die Frage noch akuter, ob es nicht sinnvoller wäre, auf Leistungsangebote im Sozialbereich auszuweichen.

„Ja jetzt mehr oder weniger wir alleine sind, wir zwei und so lange wir rundherum Milchwirtschaft weiter betreiben müssen, ja haben wir eh da Hacken genug bzw. wäre es natürlich so, wenn wirklich eine Person die relativ rüstig ist, halt auf einem Bauernhof leben möchte, dann wäre halt das natürlich leichter vorstellbar, aber direkt ein Pflegefall ist einfach nicht möglich (EB011, 274).“

Aufgrund der hohen Qualitäts- und Ausbildungsvoraussetzungen im Pflegebereich kommen für bäuerliche Familienbetriebe niederschwellige Angebote wie z.B. in Form einer *Tagesstruktur* eher in Betracht, bei denen die Personen tagsüber ein zeitlich limitiertes Programm absolvieren, aber weder übernachten, noch 24 Stunden betreut werden müssen. Eine weitere Möglichkeit ist die *Vermietung von Wohnräumen* oder Wohnungen am Bauernhof an weitgehend noch selbstständige Klienten, die in ihrer Pension das Landleben genießen und allenfalls die eine oder andere Unterstützung von der bäuerlichen Familie in Anspruch nehmen wollen. Bei einer intensiveren Betreuung erscheinen durchschnittliche bäuerliche Familienbetriebe überfordert. Die Dauervermietung von Wohnungen bzw. Wohnräumen wird von vielen durchaus kritisch gesehen, da dies ihrer Meinung nach am ursprünglichen Konzept des Betreuten Wohnens am Bauernhof vorbeiziele.

„Das ist ja kein Betreutes Wohnen aus meiner Sicht, das ist eine Dauervermietung eines Gebäudes, die sie ja eben zwar für den Zweck errichtet haben für Betreutes Wohnen, aber das ist an sich eine Dauervermietung, sonst gar nichts (...), weil da hat ja die Betriebsleiterin und der Betriebsleiter ja nicht wirklich eine Arbeitsleistung in dem Sinn was Betreuung angeht. (SH012, 36, 2-4 und 100).“

Außerdem wurden ja für die Errichtung der Wohneinheiten für das Betreute Wohnen am Bauernhof regionale Fördermittel in Anspruch genommen. Nach Ablauf einer gewissen Frist durften dann diese Räumlichkeiten anderwärtig genutzt werden, was in der Gemeinde durchaus zu Kritik führte. So wird unterstellt, dass damit über öffentliche Fördergelder langfristig Wohnraum für private Zwecke oder für weitere „normale“ Vermietungen an Personen geschaffen wurde, die nichts mit dem Konzept des Betreuten Wohnens am Bauernhof zu tun haben.

„Es war, glaube ich, auch die Vorgabe, dass sie über einen gewissen Zeitraum 10 Jahre diese Einrichtung betreiben müssen und da auch das dahingehend vermieten müssen. Wie die Sache jetzt aussieht, wie gut das noch jetzt genutzt wird oder ob der jetzt ein relativ gut geführtes Ausnehmerhäuschen hat, das weiß ich nicht (SH014, 72).“

Arbeitsplatz vor Ort

Sofern es genügend freie Arbeitskapazitäten für zusätzliche Pflege- und Betreuungsleistungen gibt und alle sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind (Qualifikation, Infrastruktur, rechtliche Auflagen), dann ist es eine reizvolle Sache den Arbeitsplatz direkt vor Ort zu haben. Gerade in strukturschwachen Gebieten könnten ausgebildete Altenbetreuerinnen mit einem landwirtschaftlichen Betrieb zuhause einer beruflichen Tätigkeit nachgehen und dabei weitgehend selbstbestimmt und bei flexibler Zeiteinteilung den Arbeitsplatz gestalten und dies noch mit Aufgaben in der Familie und im Betrieb kombinieren.

Besonders verlockend ist diese Perspektive für Frauen in einem Pflegeberuf, die nach einer Mutterschaftskarenz dadurch den beruflichen Wiedereinstieg leichter schaffen und gleichzeitig ihre Kleinkinder daheim betreuen können.

„Weil das Projekt sozial ist, geklungen hat, dass man eben ja man kann den Arbeitsplatz zu Hause machen. Es ist, man vermietet Wohnungen und bietet seine Dienste an, die man eigentlich eh als Frau immer macht, Wäsche, bei der Wäsche hilfsbereit sein, beim Föhnen, vielleicht beim Haare waschen hilfsbereit sein, Anziehen helfen, wenn es notwendig ist, Bügeln. Also so Sachen die eigentlich als Nachbarschaft da mitgeht und man hat den Arbeitsplatz zu Hause und ja das war eigentlich der Gedanke, bei den Kindern bleiben (EB015, 31).“

Selbstverständlich sind für diese Art der Tätigkeit auch bestimmte persönliche Voraussetzungen erforderlich. Man muss die psychische Belastung durch teilweise sehr nervige und anstrengende ältere Personen aushalten können und insgesamt sehr kontaktfreudig und kommunikativ sein. Es ist auch nicht immer einfach sich abzugrenzen und entsprechende Freiräume zu schaffen, gerade wenn die KlientInnen in einem Nahbereich zur eigenen Familie leben.

„Ja, im Prinzip der Zuerwerb und den Umgang mit den alten Leuten, das muss wer mögen, weil wenn das wer gar nicht mag, dann wird das sowieso nicht funktionieren. Also und dass halt ein Zuerwerb ist (EB011, 364).“

Grundvoraussetzung ist jedenfalls eine gewisse *soziale Motivation* und eine positive Einstellung gegenüber älteren Menschen. Die setzt natürlich eine gewisse Empathie voraus, d.h. die Bereitschaft mit anderen mitfühlen zu können.

„Sie hat praktisch alles gehabt, alles bekommen zum Essen bekommen, zum Essen ist sie auch herunter gegangen zu uns da und wenn nicht, hat sie es hinaufgebracht. Sie hat mehr oder weniger einen Familienanschluss gehabt (EB011, 125).“

„Der H., der hat ein Zimmer bei uns und der hat praktisch bei uns den Familienanschluss (EBA016, 27,1).“

„Man ist so zusammengewachsen auch mit der Frau, dass man sagt, das hat man dann nicht zusammengebracht, dass man sie wieder weggibt (EB013, 99).“

Für Menschen mit geringem Einfühlungsvermögen, ohne Geduld oder mit Berührungsängsten erscheint

dieses Modell eher ungeeignet, denn soziale Motivation lässt sich in Kursen nur schwer erlernen.

Soziale Kontakte

Engagement im Sozialbereich fördert Kommunikation und den sozialen Austausch und wirkt somit gegen Vereinsamung. Die Soziale Landwirtschaft kann diese Funktion gut erfüllen. Pädagogische Modelle wie „Schule am Bauernhof“ sind dafür geradezu prädestiniert aber auch durch die Altenbetreuung werden landwirtschaftliche Haushalte und Betriebe mit Leben, wenn auch nicht mit ganz so jungem, erfüllt. Nicht immer kommen Freunde und Angehörige der Klientinnen regelmäßig zu Besuch, jedenfalls kommen aber eine Reihe medizinischer und pflegerischer Fachkräfte z.B. in Form mobiler Dienste oder routinemäßiger Kontrollen. Alleine dies schafft schon soziale Vernetzung und kommunikativen Austausch, etwas das der zunehmenden Einsamkeit auf landwirtschaftlichen Betrieben, von der sehr häufig die Bäuerinnen betroffen sind, entgegenwirkt.

„Es ist für den Hof allgemein eine Bereicherung, man geht raus und sagt zu jemandem guten Morgen. Sonst ist das Landleben eher auf dem Hof konzentriert. Ja, es ist belebend (EB015, 35).“

Naturverbundenheit

Die Nähe zur Natur, das Leben in einer meist landschaftlich schönen Umgebung stellt nicht nur einen Anreiz für die Gruppe der Klienten, sondern auch für die Anbieter dieser Leistungen dar. Man erlebt im Gegensatz zu Pflege- oder Seniorenheimen die Veränderungen im Kreislauf der Jahreszeiten aktiver, bzw. das „Wachsen und Vergehen“ unmittelbarer. Dies wirkt sich nicht nur positiv auf das Gemüt aus, sondern strukturiert auch die alltäglichen Abläufe. Das Leben ist somit weniger geregelt und monoton als in herkömmlichen Pflege- und Betreuungsstrukturen. Auf einem landwirtschaftlichen Betrieb zeigen sich im Laufe eines Jahres feststellbare Veränderungen. Außerdem fällt eine Reihe von kleineren Arbeiten z.B. bei der Ernte und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten an, die für ältere, demente Personen durchaus einen therapeutischen Sinn machen.

Problemfelder aus Perspektive der Anbietenden

Neben positiven Aspekten gibt es auch zahlreiche Problembereiche, die sich auf der Seite der bäuerlichen Anbietenden als große Herausforderung erweisen. Die erforderlichen Auflagen und baulichen Maßnahmen waren gerade hinsichtlich der Barrierefreiheit nicht unerheblich, die Umbaumaßnahmen wurden aber großzügig mit Ziel 5b Regionalförderungsmitteln unterstützt.

Problem der Vernetzung

Bäuerliche Altenbetreuung ist bislang nur als lokaler Cluster funktionsfähig. Denn in der Praxis stellte sich heraus, dass sich Betreuungsstellen außerhalb des Bezirks bis auf einzelne Ausnahmen nicht etablieren können. Die Koordination und Vernetzung der Betreuungsstellen durch den Verein erwies sich als schwierig. Nur eine sehr engagierte lokale Kerngruppe war imstande, das Projekt überhaupt ins Rollen zu bringen und über längere Zeit gemeinsam zu tragen. Der Zusammenhalt der Gruppe wurde durch gemeinsame Veranstaltungen gestärkt und regelmäßig erneuert. Teilweise wurden dabei auch die Kli-

entInnen mit einbezogen. Jedenfalls erfordert dies auf Seiten der bäuerlichen Anbieter einen hohen persönlichen Einsatz.

„Ja, ich habe das ein bisschen anders gemeint, aber das stimmt so schon auch die Bewohner waren ein oder zweimal dabei. Also Weihnachtsfeier haben wir gemacht und zwar nicht jedes Jahr, aber ab und zu einen Ausflug mit den Bewohnern. Was ich gemeint habe, wo zwei oder dreimal im Jahr, wo auch die Männer dabei waren, wo die ganze Gruppe praktisch irgendeinen Austausch gehabt hat (EB012, 198-200).“

Der Verein bildet eine wichtige Organisationsstruktur. Er bietet gewissen Schutz z.B. über eine gemeinsame Rechtschutz- bzw. Haftpflichtversicherung, erfordert aber auch einen nicht unbedeutenden administrativen Aufwand und ehrenamtliches Engagement. Im Laufe der Zeit wurde diese Herausforderung manchen zu viel. Einige sind ausgestiegen, während kaum jemand Neuer dazu gestoßen ist.

„Angeschlossen haben sich eigentlich gar keine, es sind eher einige weggekommen. (...) Die noch dabei sind, die stehen nach wie vor dahinter (EB011, 220 und 315).“

Die Gruppe verengte sich immer mehr. Es gab sehr viel Bonding, aber nur wenig Bridging von Sozialkapital im Sinne von Robert D. Putnam (2000, 22). Die interne Gruppensolidarität wurde gestärkt, externe Ressourcen konnten aber nur wenige erschlossen werden.

Arbeitsmäßige und psychische Überlastung

Der Arbeitsaufwand wurde generell unterschätzt. Vor allem längerfristig wurde es für die bäuerlichen Altenbetreuerinnen schwierig, das Ganze im Spannungsfeld mit ihren alltäglichen Aufgaben am Betrieb und Haushalt durchzuhalten. Es müssen genügend zeitliche Kapazitäten für die Betreuung vorhanden sein, ein Faktum, dem meistens zu wenig Beachtung geschenkt wird. Arbeitsüberlastung und Stress sind dann häufig Auslöser für weitere Konflikte.

„Das haben einige Damen auch eine Zeitlang durchgehalten sozusagen, aber es hat war nicht machbar auf langfristig (EX011, 35, 7-8).“

Bei einer ständigen Anwesenheit betreuungsbedürftiger älterer Menschen im landwirtschaftlichen Haushalt ist bei einer Alleinzuständigkeit und ohne Entlastung durch andere Personen eine Überforderung praktisch unausweichlich, da dann in der Regel die Bäuerin immerwährend verfügbar sein muss.

„Man soll die Frauen da nicht in eine Situation bringen, wo sie dann fast, sage ich einmal, rund um die Uhr für die zu betreuenden Personen verfügbar sein müssen (SH012, 26).“

„Gerade die Bäuerinnen darf man nicht überfordern aus meiner Sicht. Also hier mit Konzepten und mit Modellen, die sich sehr gut anhören, aber man muss dann schon immer ganz genau dazu sagen, was bedeutet das an Arbeit, an Verfügbarkeit, sage ich jetzt einmal insbesondere der Bäuerin (SH012, 32, 1-3).“

Manche vertreten die Meinung, dass die geforderten Ausbildungserfordernisse alleine bereits genügen, um in die bäuerliche Altenbetreuung einsteigen zu können. In der Praxis wurden diese aber dann sehr

bald eines Besseren belehrt, als sie dann vor den konkreten Herausforderungen standen. Sehr bald wurden die Probleme aufgrund mangelnder eigener Professionalität oder professioneller Unterstützung von außen einfach zu viel.

„Wenn ich dann nicht die Ausbildung danach habe und nicht weiß wie ich, wie gehe ich damit um. Es ist sicher schwierig, dass man dann gleich einmal sagt, ma bitte Finger weg und das wird mir zu steil alles (PE012, 50).“

Bei der Überforderung muss auch der *Genderaspekt* berücksichtigt werden. Nach wie vor übernehmen im bäuerlichen Bereich Frauen, d.h. Bäuerinnen, deren Töchter und Schwiegertöchter die Hauptlast der Betreuung und Pflegearbeit zu Hause. Dies gilt auch für die Betreuung familienfremder Personen im Rahmen des Betreuten Wohnens am Bauernhof. Einerseits ist das eine Chance für ein zusätzliches Einkommen, andererseits aber auch ein Grund für die steigende arbeitsmäßige und psychische Überforderung von Frauen im landwirtschaftlichen Bereich. Neben der Arbeit am landwirtschaftlichen Betrieb und zum Teil auch außerhalb tragen sie die Hauptlast bei den Haushalts-, Erziehungs- und Pflegeaufgaben in ihren Familien. Männer im Pflegebereich stellen nach wie vor eine seltene Ausnahme dar. Das Projekt ist zu sehr auf Frauen fokussiert, die sowieso schon eine hohe Belastung haben.

„Es war ein Mann in der Ausbildung dabei, das muss ich klar dazu sagen, dass das natürlich, der hätte gerne bei uns gearbeitet und wir haben damals bei uns in der Zentrale, war also nicht auf Bezirksebene, sondern auf höherer Ebene, war eben die Ansicht, dass man einen Mann nicht in die mobile Betreuung schicken kann, weil einfach diese Hemmschwelle in der Betreuung da ist. Das war einfach Ende der 1990er-Jahre, da war die Ansicht so (EX011, 192).“

Schwierigkeiten einer Kurzzeitentlastung

Durch die Verpflichtung einer kontinuierlichen Betreuung pflegebedürftiger Personen ergibt sich die Notwendigkeit, Vorkehrungen für eine kurzzeitige Entlastung der bäuerlichen Familien zu treffen. Wichtig sind die Abgrenzung und der Schutz persönlicher Freiräume. Die Klienten müssen nicht unbedingt unter paranoiden und sozial auffälligen Persönlichkeitsstörungen bzw. Suchtverhalten leiden, selbst relativ unkomplizierte ältere Menschen sind oft anstrengend. Maschinen- und Betriebshilferinge, die im landwirtschaftlichen Bereich normalerweise bei Urlaub und vorübergehender Abwesenheit anstehende Arbeiten übernehmen, dürfen für Betreuungsaufgaben nicht herangezogen werden. Eine Option wäre eine qualifizierte 24-Stunden-Betreuung, die es erst zu organisieren gilt, oder eine vorübergehende Unterbringung in einem Pflegeheim oder einer teilbetreuten Einrichtung. Der Ortwechsel ist für die älteren Personen aber auch mit Stress verbunden. In Oberösterreich gibt es dafür zwar einige private Pflegeheime, die Wartezeiten sind aber gerade in der Urlaubssaison sehr lange. Von den zusätzlichen Kosten ist dabei noch gar nicht die Rede.

„(...) wenn ich ihn da (einer Einrichtung) anmelde, da habe ich den ungefähr ein dreiviertel Jahr vorher anmelden müssen, dass er also für Kurzzeitpflege einen Platz hat (EBA016, 213, 8-12).“

Finanzielle Aspekte

Die Frage der Wirtschaftlichkeit hat einen zentralen Stellenwert und war von Anfang an für potentielle Anbieter entscheidend. Es mussten eine Reihe von *Investitionsmaßnahmen* getätigt werden, um die vielen *bauliche Auflagen* in Hinblick auf Pflegestandards und Barrierefreiheit zu erfüllen. Die Wohneinheiten mussten seniorengerecht, barrierefrei und rollstuhlgerecht nach ÖNORM B1600 und B1601 sein, sowie ebenerdig, sofern kein Lift eingebaut werden konnte. Weiters musste der Bauernhof die Standards als "unfallsicherer Bauernhof" nach dem Unfallverhütungsdienst der Sozialversicherungsanstalt der Bauern erfüllen. Außerdem mussten die Wohneinheiten vom SHV als "betreubare Wohnungen" anerkannt werden. Dafür gab es aber die bereits erörterten Förderungsmöglichkeiten im Rahmen der Ziel 5b Regionalförderung, ohne die das Projekt die schwierige Anfangsphase wohl nicht bewältigen hätte können. Die Investitionen am Hof wurden zu 50 % mitfinanziert. Die Ausbezahlung des letzten Förderanteils war mit dem Abschluss eines Betreuungsvertrages, d.h. den Einzug der Personen in die barrierefreien Wohneinheiten verbunden. Für die Wirtschaftlichkeit der Umstellung benötigten jedenfalls alle Betriebe eine solide Finanzplanung. Es stellten sich Fragen nach der Liquidität, Eigen- und Fremdmitteln, der Laufzeit der Kredite, Höhe der Zinsen und dem Ausmaß des Risikos. Die Verpflichtung Betreutes Wohnen am Hof für mindestens 10 Jahre anzubieten lief für die meisten Höfe 2009 aus.

„Da hat es dann Zusammenarbeit mit dem Sozialhilfeverband gegeben, die haben dann die Richtlinien gesagt, wie eine betreute Wohnung ausschauen muss, barrierefrei und was sonst noch notwendig ist eben, Ruffhilfe verpflichtend und dergleichen und so hat man dann eben über ein Jahr das ganze Bauliche dann verändert, die Ausbildung gemacht (EB015, 7, 7-10).“

Die bäuerlichen Anbieter fühlen sich gegenüber anderen Sozialeinrichtungen dennoch finanziell benachteiligt. Gerade der Sozialhilfeverband wird dabei immer wieder aufs Korn genommen, da er mit ihnen in eine unmittelbare Konkurrenzsituation getreten ist.

„Am Anfang die Schwierigkeit gehabt, dass wir vom Sozialhilfeverband oder allgemein finanziell nicht unterstützt worden sind, weil wenn das im Heim das x-fache gekostet hat, das ist halt einfach gezahlt worden und bei uns, wir haben einfach da komplett nichts bekommen. Und das war meines Erachtens absolut nicht gerecht (EB011, 320, 8-11).“

„Wenn du heute so ein Projekt machst, (...) wir haben die ganzen Vorschriften, weil dann bringt es nichts, wenn ich heute so ein Haus habe, wenn ich das nicht über einen Verein führe. So das erste ist Nasszellen, das zweite ist der Aufzug muss so groß sein, dass ein Bettenlift hineingeht, also dass du ein Pflegebett hineinbringst (EB016, 211, 4-8).“

„Da hat es eben auch zu der Zeit noch Plätze in den Heimen gegeben und die haben immer geschaut, dass sie die erst voll haben. Und dann hat es sehr viele Fälle gegeben, die was bei uns einziehen wollten, also jetzt nicht bei uns, aber in dem Projekt, sich das aber nicht leisten haben können, hätten können. Bei uns ist vom Sozialhilfeverband nichts dazu gezahlt worden, im Heim schon (EB012, 69).“

Ob die vorgebrachten Anklagen alle stichhaltig sind, bleibt dahingestellt. Tatsächliche Probleme ergeben sich aber dadurch, dass viele KlientInnen nicht in die Bäuerliche Altenbetreuung aufgenommen werden können, da ihre Pension so niedrig ist, dass eine Betreuung ohne eine zusätzliche finanzielle Unterstützung nicht möglich erscheint. Die folgende Aussage gibt die Erfahrungen einer Altenbetreuerin wieder, die bei sich zuhause pflegebedürftige Personen betreut.

„Ich weiß noch gut, bei uns da sind 33 möglichen Bewerbungen gewesen und da hat man eine Information gemacht und auf das hinauf hat man das gebaut. Und dann hat man es gebaut und dann sind zwei eingezogen von den 33, weil es eben dann teurer geworden ist. Zuerst hat man gesagt 380 Euro kostet es und dann hat es 470 Euro oder so etwas gekostet mit der Ruffhilfe usw. und dann hat natürlich so ein Mindestpensionist, der was 700 oder 800 Euro Pension hat, der muss 500 Euro fast nehmen für das Betreute Wohnen, dann schluckt auch ein jeder gleich ein wenig (SH015, 31, 7-12).“

Konkurrenzsituation und damit Probleme bei der Bewerbung

Wie bereits einige Male erwähnt, entstanden durch die Neustrukturierung der Altenbetreuung in Oberösterreich durch neue Wohn- und Pflegeheime, Betreutes Wohnen usw. seit Anfang der Jahrtausendwende zusätzliche Betreuungsangebote, die mit der bereits früher entstandenen Bäuerlichen Altenbetreuung in Konkurrenz traten.

„Das Ganze ist ja nach außen hin schöngeredet worden, aber in Wirklichkeit nachher, wie man dann gesehen hat, wie es um die Plätze gegangen ist und um die Aufteilung, ja da ist dann das Hemd näher wie der Rock (EX013, 49, 7-9).“

„Es sind ja erst dann die Betreubaren Wohnungen gekommen wie wir angefangen haben. (...) Das war der Auslöser, dass überhaupt bei Betreubaren Wohnungen da noch gegeben hat. Das hat das Land Oberösterreich dann als erstes eingeführt, wie sie gesehen haben, wir haben betreutes Wohnen am Bauernhof. Und dann ist das gekommen, der Gedanke, das können wir auch machen von der öffentlichen Hand her. (EB014, 70 und EB013, 71).“

Vor allem durch das Betreute Wohnen wurde das lokale Angebot an Altenbetreuung maßgeblich erweitert, was die Konkurrenzsituation zum bereits bestehenden Betreuten Wohnen am Bauernhof verschärfte. Die Projektgemeinde war, wie bereits früher angemerkt, aufgrund einer drohenden Mietausfallhaftung daran interessiert, ihre Betreutes-Wohnen-Anlage so rasch wie möglich voll zu bekommen. Sie hatte daher auch wenig Interesse, das bäuerliche Dienstleistungsangebot zu bewerben.

„Die Gemeinden wollten dann über die Bauträger Betreutes Wohnen errichten, das ist natürlich auf Kosten von den landwirtschaftlichen Anwesen gegangen (SH015, 27, 5-7).“

Verschärfend wirkt sich die angespannte finanzielle Situation der meisten Gemeinden im Bezirk Perg aus.

„In Oberösterreich ist es so, dass das alles im Prinzip zum Großteil vom Land finanziert wird und natürlich zuerst einmal von der Gemeinde finanziert werden muss so quasi und geschaut werden muss, dass die Gemeinde

dann eben Einnahmen lukriert, weil sonst wird das teuer, das kostet der Gemeinde Geld. In Gemeinden, wo eben wie es da bei uns ist im Bezirk Perg, da gibt es nur mehr zwei oder drei Gemeinden, die keine Abgangsgemeinden sind, alle anderen sind im Prinzip Abgangsgemeinden und sind sowieso auf die Gelder vom Land angewiesen. Ob das jetzt eine Konkurrenz ist oder nicht oder, das kann ich jetzt nicht sagen, aber natürlich trachtet zuerst einmal die Gemeinde, dass sie quasi dieses Haus füllen kann (PE011, 60).“

Teilweise wurde das Modell des Betreuten Wohnens am Bauernhof von den Gemeinde-Verantwortlichen prinzipiell in Frage gestellt. Der Bedarf wäre nicht mehr gegeben, da das Seniorenwohnheim in der Gemeinde ohnehin ein ausreichendes Angebot darstelle. Auf die besondere Qualität einer Betreuung auf Bauernhöfen im Sinne einer Green Care Leistung wurde argumentativ überhaupt nicht mehr eingegangen.

„Momentan hat man mal diesen Kuchen, diesen Bedarf, glaube ich, soweit abgedeckt und hat auch die Häuser gebaut. Jetzt muss man natürlich fragen, ist es jetzt notwendig, dass man die Landwirtschaft dazu braucht oder braucht man weitere Wohneinheiten und könnten die von der Landwirtschaft in Zukunft übernommen werden und abgedeckt werden (EX013, 51, 5-8).“

Klientenvermittlung

Diese geschwundene Unterstützung aus dem Gesundheits- und Sozialbereich sowie der Gemeindeverwaltung führt zwangsläufig zu Problemen bei der Vermittlung von KlientInnen auf Bauernhöfe. Das Hauptproblem liegt im offenen Konkurrenzverhältnis zwischen den unterschiedlichen Anbietern, die sich am marktwirtschaftlichen Kalkül orientieren müssen.

Diese Kommodifizierung der Pflegeleistung an einem immer breiteren und vielfältigeren Pflegemarkt führt dazu, dass die Anbieter nicht gemeinsam im Sinne einer optimalen Betreuung handeln, sondern primär in ihrem eigenen ökonomischen Interesse. Es geht in erster Linie darum, die eigenen Betreuungseinrichtungen auszulasten bzw. den optimalen Gewinn zu erzielen, als auf die spezifischen Bedürfnisse der älteren Personen Rücksicht zu nehmen. Insofern wird über konkurrierende Einrichtungen auch nicht informiert. In dieses Problemfeld wurden auch die Gemeinden hineingezogen, die eine Mietausfallhaftung an die Bauträger riskieren, sollten sie die Wohneinheiten des Betreuten Wohnens nicht auslasten können.

„Man muss halt schauen, dass man die Leute in die Häuser bekommt, aber was ich halt irgendwo vermisst habe, ist das, dass wenn halt jetzt irgendwelche Dinge angestanden sind z.B. wenn die Anfrage vom Sozialhilfeverband, und so läuft es ja normalerweise, gekommen ist, ich brauche ein Zimmer, Bett, ich brauche einen Platz für Betreutes Wohnen, dann sind nur mehr die Häuser genannt worden, die es gegeben hat, aber die landwirtschaftlichen Häuser nicht. Das kannst du tun, was du willst. Also, was unsere Leute gemacht haben, das was Sie gesagt haben, glaube ich, immer wieder inseriert, immer wieder geschaut, in die Werbung gegangen. Unsere größten Werbeträger waren eigentlich diese Auszeichnungen am Anfang. Wir haben sehr viele Anrufe gehabt von anderen Bezirken, die das gerne gemacht hätten. Bis heute ist da nichts passiert (EX013, 23, 3-10).“

Am Anfang war das mediale Interesse noch groß. Wohnen und Betreuung am Bauernhof wurde u.a. in ORF Fernsehsendung „Seniorenclub“ präsentiert und auch mit verschiedenen Preisen prämiert (Agrarinnovationspreis des Landes Oberösterreich 1998: 1. Preis; Seniorenclubpreis 1998: 1. Preis, Sieger im Wettbewerb Ländlicher Raum Sparte Innovation, St. Wolfgang 1999). Dies führte zu einem hohen Bekanntheitsgrad über die Landesgrenzen von Oberösterreich hinaus. Diese Unterstützung durch die Medien war in der Anfangsphase für das Projekt sehr wichtig. Mit der Zeit ließ das Interesse in der Öffentlichkeit aber nach. Für die bäuerlichen Anbieter wurde es immer schwieriger KlientInnen zu finden. In letzter Zeit beschränkte sich die Bewerbung auf einige wenige Ausnahmen, wie der Landwirtschaftskammer oder dem Kalender des Österreichischen Seniorenbunds 2014, wo die Stellen im Bezirk Perg noch präsentiert werden. Aufgrund des geringen Interesses seitens der Verwaltung und der Sozialträger an dem Modell des Betreuten Wohnens am Bauernhof mussten nun die bäuerlichen Betreiber selber ihre Klientel suchen. Dies erfolgte entweder über selber finanzierte Annoncen in Zeitungen, dem Internet oder über Mundpropaganda, großteils mit mäßigem Erfolg.

„Annoncen in die Zeitung gesetzt habe ich, habe in Oberösterreich eine hineingesetzt in die Kronenzeitung, in Niederösterreich. Also Oberösterreich und Niederösterreich und die von Niederösterreich haben gesagt, wenn ich da Annoncen hineinsetze, komme ich automatisch in Wien und Burgenland auch hinein. Ich habe von Wien irrsinnig viele Anfragen gekriegt. So Leute, also die was nicht so viel Geld haben, die was ein Rollwagerl haben oder ein wenig hinauswollen, sagen wir, die was von der Wohnung nicht mehr so hinauskommen, alleine sind, die was ein bisschen was wollen also in der Gemeinschaft, ein bisschen so in der Gemeinschaft. Ich habe so viele Anfragen bekommen, aber die sagen, nein wir gehen natürlich nicht auf das Land ins Mühlviertel hinaus, die sind da unten daheim (EBA016, 272, 1-8).“

„Und wenn es geht, möchte ich mir noch zwei Personen nehmen, aber es ist so schwer. Wir haben, wie gesagt, da ich bin gerannt die letzten paar Jahre im Privatbereich (EBA016, 27, 1-3).“

Letztendlich fühlten sich die Anbieter des Betreuten Wohnen am Bauernhof von allen Seiten immer mehr alleine gelassen.

Fehlinformation und Unklarheiten

Gerade um die notwendigen Qualifikationserfordernisse gab es große Diskussionen. Es scheint, als ob den Beteiligten die Rahmenbedingungen nicht klar gewesen sind bzw. kein verständlicher und vor allem verbindlicher Konsens gefunden werden konnte. Durch die Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen wurde später eine Ausbildungsreform notwendig, die zu erheblich höheren Anforderungen an die bäuerlichen Anbieter führte.

„Es war alles unsicher, weil ursprünglich hat es geheißten 7-Wochenkurs und dann kann man sein Haus, seine Wohnungen vermieten und die Betreuung eben. Auf Pflege war ich persönlich eh nie ausgerichtet. Also für mich ist schon so Pflege zu Hause, das wäre ja, da müsste ich schon eine Krankenschwester sein oder Ausbildung dementsprechend haben (EBO15, 23).“

Die Informationen wurden oder konnten von den verantwortlichen Stellen nicht entsprechend an die bäuerlichen Einrichtungsbetreiberinnen weitergegeben werden. Außerdem verliefen die Informationsströme teilweise auch ungleichzeitig. Partikulärer Wissensvorsprung führte zu Gruppenbildungen und Unstimmigkeiten, mangelnde Information bzw. auch Fehlinformationen zu falschen Erwartungen, v.a. auf Seiten der Bauern und Bäuerinnen.

3.1.4 Übersetzungsprozess nach Callon - Altenbetreuungsprojekt

Anhand der Ergebnisse aus den narrativen Interviews soll nun die Frage beantwortet werden, ob bzw. in welcher Form es einen schlüssigen Zusammenhang zwischen lokal vorhandenem Sozialkapital und einer erfolgreichen Implementierung von Einrichtungen der Sozialen Landwirtschaft gibt. Dazu soll die Akteur-Netzwerk Theorie von Callon herangezogen werden.

Mit dem Prozess der „Übersetzung“ entsteht nach Callon durch eine Re-Definition der Identität und der Interessen der beteiligten Akteure zwischen ihnen ein Netzwerk wechselseitiger Bindung. Dieser Prozess, der den Akteuren die Möglichkeit gibt, mit ihren Entscheidungen die Handlungsmöglichkeiten anderer Akteure zu limitieren, soll nun anhand unseres konkreten Beispiels des Betreuten Wohnens am Bauernhof rekonstruiert werden. Callon beschreibt vier Phasen:

1. **Problematisierung:** Problemdefinition durch den Hauptakteur und den übrigen eingebundenen Akteuren und Entitäten
2. **Intérèssement:** im Hinblick auf ein Interesse werden mögliche Verbündete gewonnen und Handlungsprogramme entworfen
3. **Enrôlement:** es finden multilaterale Verhandlungen statt, um die Zustimmungsbereitschaft zu den Rollen im Rahmen des neuen Handlungsprogramms zu erhöhen
4. **Mobilisation:** das Netzwerk stabilisiert sich durch die Einbindung der Akteure bzw. Entitäten.

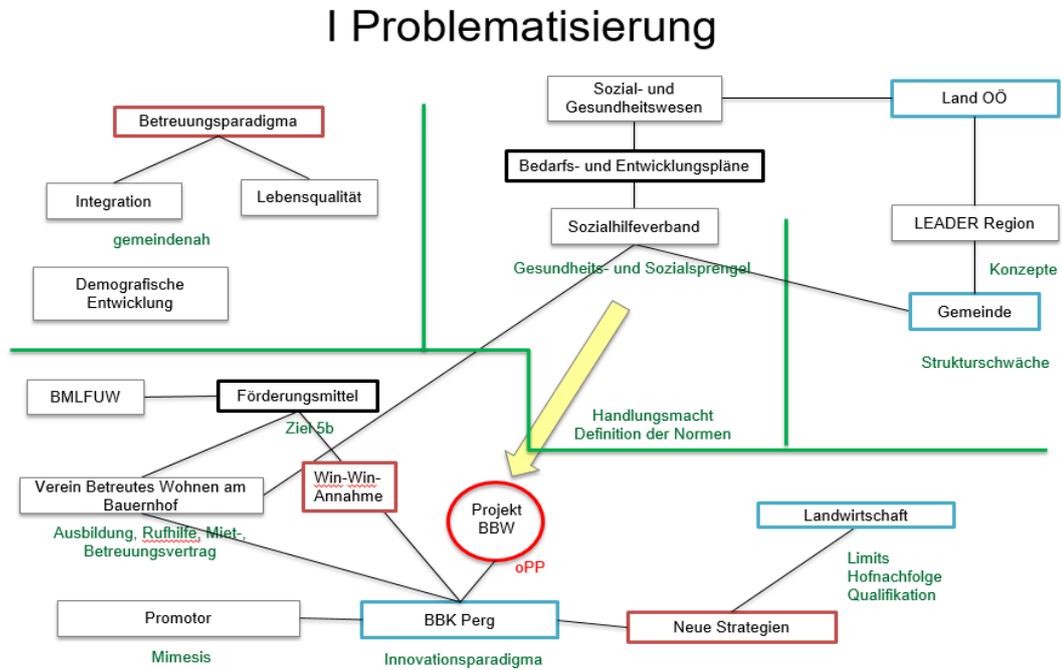
Eine entscheidende Bedeutung im Übersetzungsprozess haben nach *Callon 1986* dabei die sogenannten „obligatory points of passages“ (OPP), die obligatorischen Passagenpunkte. Damit sind bestimmte Praktiken oder Verfahren gemeint, die durchlaufen werden müssen, um Interessen zu befriedigen bzw. konkurrierende Ansprüche anzumelden. OPPs können sehr unterschiedliche Dinge, Praktiken, Technologien oder Personen sein.

Bei der ersten Folie der **Problematisierung** zeigt sich zunächst ein von allen Seiten mitgetragenes Betreuungsparadigma. Sämtliche Akteure (Gemeinde, Sozial- und Gesundheitswesen, aber auch die landwirtschaftliche Interessensvertretung usw.) sind sich einig, dass die Betreuung älterer Menschen möglichst gemeindenah, d.h. vor Ort, organisiert werden soll, um diesen einerseits eine höhere Lebensqualität zu ermöglichen, andererseits aber auch die ein Leben lang aufgebauten sozialen Kontakte zu erhalten. Gleichzeitig sollte damit auch einer negativen demografischen Entwicklung entgegengewirkt werden.

Der unmittelbare Impetus für das Projekt einer Bäuerlichen Altenbetreuung kam vom Vorsatz der Bezirksbauernkammer Perg, jedes Jahr eine neue Strategie zu entwickeln (Innovationsparadigma), um damit einer zusehends unter Druck geratenen Landwirtschaft neue Perspektiven zu eröffnen. Die Landwirtschaft in der Projektregion sieht sich mit vielerlei Problemen konfrontiert. Aufgrund der räumlichen und geografischen Lage ist sie wenig entwicklungsfähig. Bei vielen Betrieben ist die Hofnachfolge nicht mehr garantiert, die Landwirtschaft leidet unter einem Imageproblem, viele bäuerliche Jugendliche präferieren eine außerlandwirtschaftliche Berufsausbildung.

Die Projektidee lieferte ein Referent der Bezirksbauernkammer, der das Modell der „Sozialpsychiatrischen Familienpflege des Landeskrankenhauses Graz Süd-West“, aus seiner ursprünglichen Heimat, der Südoststeiermark, kannte. Dabei werden in einer langen Tradition KlientInnen extramural auf bäuerlichen Betrieben aber auch in Privathaushalten versorgt. Diese Übertragung erfolgte durch Nachahmung als „Mimesis“ im Sinne von *Derrida 2013* bzw. *Tarde 2009*. Bei *Derrida* spielt die Mimesis eine entscheidende Rolle bei der Entstehung von Kultur. Durch Nachahmung entstehen Supplemente, die sich vom imitierten Original unterscheiden, d.h. letzten Endes etwas völlig Verschiedenes. In denen von *Tarde* postulierten logischen Gesetzen der Nachahmung werden soziale Wesen grundsätzlich von Nachahmung bestimmt. Es werde viel mehr nachgeahmt als Neuerungen entstehen. Erfindungen und Nachahmungen sind für *Tarde* elementare Formen sozialer Handlungen, wobei bestimmte Erfindungen und Entdeckungen dem Nachahmungsbedürfnis vorausgehen. Die Bezirksbauernkammer nahm jedenfalls die Idee auf und entwickelte daraus das Projekt Betreutes Wohnen am Bauernhof. In Zusammenarbeit mit interessierten Bauern und Bäuerinnen wurde ein Verein gegründet und in Zusammenarbeit mit den Sozial- und Gesundheitsbehörden die Rahmenbedingungen (Ausbildung, Miet- und Betreuungsvertrag, Ruffhilfe usw.) definiert. Die Handlungsmacht lag dabei klar beim Sozial- und Gesundheitswesen des Landes Oberösterreich, welches über die Einrichtung von Sozialhilfverbänden, Gesundheits- und Sozialsprengeln die rechtlichen Normen für die Projektimplementierung definierte. Die Gemeinde erhoffte sich Entwicklungsstrategien gegen ihre Strukturschwäche, wurde dabei als Akteur selber wenig aktiv, genauso wenig wie das regionale LAG-Management. Allgemein stand man dem Konzept sehr positiv gegenüber. Das Projekt erhielt zahlreiche Preise (u.a. Agrarinnovationspreis des Landes Oberösterreich 1998, Seniorenclubpreis der gleichnamigen ORF Fernsehsendung 1998, Ländlicher Innovationspreis 1999). Als Katalysator für die Umsetzung des Projektes wirkten die vom Land- und Forstwirtschaftsministerium administrierte und EU mitfinanzierten Regionalfördermittel (Ziel 5b Mittel) für Investitionen und Ausbildung.

Abbildung 3: Phase der Problematisierung am Beispiel des Altenbetreuungsprojekts



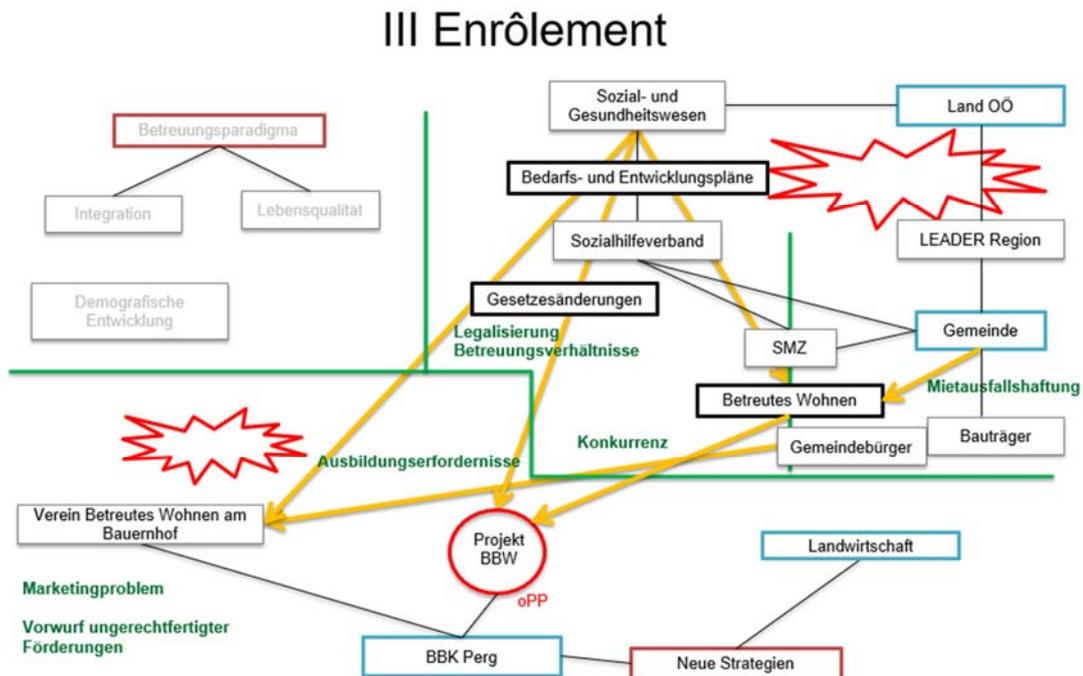
Quelle: Eigene Darstellung

Wesentlich erscheint eine von allen Akteuren akzeptierte Grundannahme einer Win-Win-Situation. Alle Beteiligten gingen von der Überlegung aus, vom Projekt in gleichem Maße zu profitieren.

Damit wären wir bei der zweiten Folie, dem *Interessement* angelangt. Die Landwirtschaft erhoffte sich zusätzliches Einkommen aus sozialen Dienstleistungen unter dem Titel der Diversifizierung und Multifunktionalität, die KlientInnen eine höhere Lebensqualität, die Gemeinde Wertschöpfung und lokale Beschäftigung und schließlich auch das Sozial- und Gesundheitswesen des Landes Oberösterreich, welches die bereits bestehenden bäuerlichen Betreuungsplätze direkt in die neuen Bedarfs- und Entwicklungspläne einrechnen konnte. Das Projekt nimmt in dieser Phase als obligatorischer Passagenpunkt eine zentrale Position ein und zielt allumfassend auf das allseits anerkannte Betreuungsparadigma. Auffallend ist, dass der Promotor, d.h. der Ideengeber für das Projekt, in der Phase des Interessements bereits nicht mehr in Erscheinung tritt.

arbeitsmäßig voll ausgelastet waren – nicht wenige hatten zusätzlich Veredelung und Ab-Hof-Vermarktung – wurde damit die Kapazitätsgrenze der physischen und psychischen Beanspruchung überschritten.

Abbildung 5: Phase des Enrôlement am Beispiel des Altenbetreuungsprojekts



Quelle: Eigene Darstellung

Ein weiteres konfliktträchtiges Potential entstand mit der Gründung des Sozialmedizinischen Zentrums und dem Betreuten Wohnen. Beide gab es zu Beginn des Projekts „Betreutes Wohnens am Bauernhof“ noch nicht. Die Pflegedienstleitung der Mobilen Betreuung lag damals in Linz beim Roten Kreuz. Insbesondere der Bau einer Anlage für das „Betreute Wohnen“ hatte direkte Auswirkungen für die bäuerliche Initiative. Das lokale Angebot an Altenbetreuung wurde dadurch maßgeblich erweitert, die Konkurrenzsituation zum bereits bestehendem Betreuten Wohnen am Bauernhof verschärft. Die Gemeinde war an den Bauträger gebunden, an den sie für nicht ausgelastete Wohneinheiten eine Mietausfallshaftung zu zahlen hätte. Folglich hatte sie auch wenig Interesse das bäuerliche Dienstleistungsangebot zu bewerben. Im Gegenteil, es wurden allerlei vorgeschobene und tatsächliche Argumente ins Treffen geführt, die die Vorteile des Betreuten Wohnens gegenüber einer Betreuung am Bauernhof unterstützen sollten. Die bäuerlichen Anbieter hatten nicht nur eine immer geringere Unterstützung in der medialen Öffentlichkeit, sondern auch ein zunehmendes Problem bei der Bewerbung ihres Projekts.

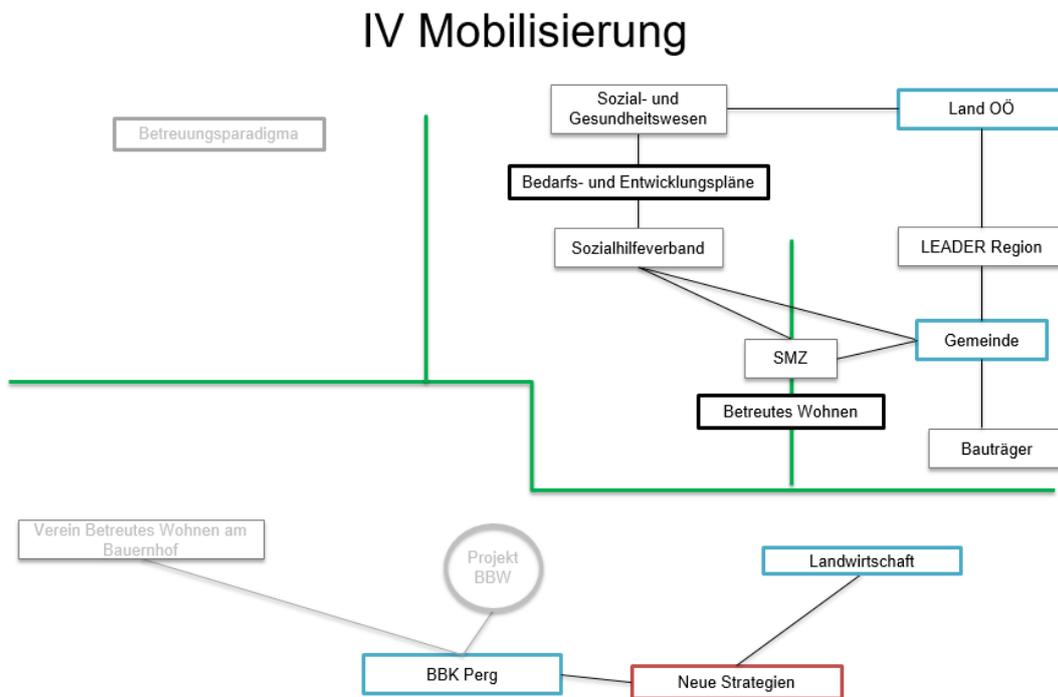
Interessant erscheint auch, dass das Projekt nicht nur durch den Wegfall der Förderungsmittel zu stagnieren begann – es kommt dadurch zu keiner Diffusion der Projektidee auf andere Regionen – sondern dass sich auch immer mehr Misstöne im öffentlichen Diskurs einmischten. Die Verpflichtung, die mit der Inanspruchnahme der Förderungen verbunden waren, das Betreute Wohnen am Bauernhof für mindestens zehn Jahre anzubieten, lief für die meisten Höfe 2009 aus. Ab diesem Zeitpunkt wurden einzelne leerstehende Wohneinheiten oftmals anderwärtig genutzt, z.B. indem Familienangehörige diese Räumlichkeiten nutzen. Dies verursachte bei manchen den Eindruck, dass sich die Landwirte private Wohnräume offenkundlich durch die öffentliche Hand fördern ließen, was zwar grundsätzlich auf mangelnde Information zurückzuführen, aber für das Projekt selber nicht gerade förderlich war.

Das Betreuungsparadigma mit der Forderung der Schaffung einer besseren Lebensqualität für die Gemeindebürger vor Ort beginnt nun langsam zu verblassen. Wesentlicher im Diskurs sind nunmehr Kosten-Nutzen-Kalkulationen und Konkurrenzverhältnisse.

In der Phase der *Mobilisierung* hat sich das Netzwerk durch die Einbindung der Akteure und Entitäten stabilisiert. Der Bereich Altenbetreuung hat sich auf das Feld des Oberösterreichischen Sozial- und Gesundheitswesens mit den Sozialhilfeverbänden und dem Betreuten Wohnen reduziert. Die Landwirtschaft verfolgt zwar weiterhin ihre Strategie, Innovationen einzuführen. Diese finden aber nicht mehr im Bereich eines Betreuten Wohnens am Bauernhof statt.

Der Konnex zum Sozialsystem scheint abgerissen. Das Projekt wird nur noch von einzelnen wenigen Betrieben weiterverfolgt. Es ist abzusehen, dass trotz einer ursprünglichen allseitigen Win-Win-Überlegung, das Modell seinem Ende entgegensteuert. Das Betreuungsparadigma tritt nicht mehr zum Vorschein. Ein Relaunch erscheint nur noch über neue Konzepte sinnvoll, z.B. Pflegeheim mit Bauernhof analog dem Beispiel Adelwöhrerhof in St. Oswald-Möderbrugg in der Steiermark oder Tagesstrukturen anstatt einer 24-Stunden-Betreuung, welche gerade in der den LEADER Regionen Eisenstraße Niederösterreich und Pongau zur Debatte stehen.

Abbildung 6: Phase der Mobilisierung am Beispiel des Altenbetreuungsprojekts



Quelle: Eigene Darstellung

3.1.5 Die Grenzen des Projekts

Als Folge des landwirtschaftlichen Strukturwandels ist die Umnutzung von Gebäuden und Betriebsanlagen längst im Gange. Neben der Verwendung von Hofflächen, Scheunen und Ställen als Abstellflächen für PKWs, Lastfahrzeuge, Maschinen, Wohnwägen und Boote usw. gibt es auch bereits einzelne Wohnprojekte auf ehemals bäuerlichen Betrieben, wenn auch nicht im Bereich der Pflege, sondern als ganz normale Wohnanlagen über Miete, Eigentum oder Genossenschaften. Es gab aber bislang kaum Erfahrungswerte für die Unterbringung von älteren, teilweise pflegebedürftigen SeniorInnen auf Bauernhöfen, auf die man zurückgreifen hätte können. Insofern handelte es sich bei der bäuerlichen Altenbetreuung um ein Pilotprojekt. Im Konzept wurden ungenützte Räumlichkeiten und angeblich verfügbare Arbeitskapazitäten als Ressourcen erkannt. Zudem wurde den Bäuerinnen – es handelte sich praktisch nur um Frauen – eine traditionell begründete, geschlechtsspezifische hohe Kompetenz bei der Pflege und Betreuung älterer Menschen bescheinigt.

Als ein wesentliches Problem des Modells zeigten sich relativ unklare Vorstellungen über das Wohn- und Betreuungsverhältnis. Die älteren Menschen sollten über das Ausmaß an Unterstützung selber entscheiden können. Mit zunehmender Pflegebedürftigkeit war aber nicht klar, was dann geschehen sollte, ob die Menschen weiterhin am Bauernhof leben oder in einem Pflegeheim untergebracht werden sollten. Das Konzept eines Pflegeheims am Bauernhof stand dabei nie zur Disposition. Andererseits wollte man sich die Option einer Betreuung von schwerer Pflegebedürftigen nicht ganz verbauen.

„Nein ursprünglich war das nicht so gedacht. Aber wir haben schon gesagt, wenn jemand möchte und wenn man das kann, es ist ja nicht so, dass man ein Pflegebett in einen Raum hineinstellen kann, also wenn sich Menschen gut verstehen untereinander und jemand wünscht das, dann wäre das auch, das ist halt wieder die andere Extremform, möglich gewesen. Aber wir haben auch gesagt, wenn die Grenzen da sind, wenn eine bäuerliche Familie sich das nicht mehr leisten kann, weil aufgrund der anderen Arbeit auf dem Hof eine Rundum-Betreuung, 24-Stunden-Betreuung nicht möglich ist oder selber die Familie in so arge Bedrängnis oder Probleme bringt, dass sie das nicht schafft, dann kann man das nicht verlangen. Da sind die Grenzen einfach gegeben (EX013, 79).“

Das Projekt wurde anfangs mit sehr viel Enthusiasmus und Engagement getragen, wesentliche Rahmenbedingungen und Grundvoraussetzungen dabei aber übersehen. Es gab eine frappierende Idee, die man versuchte umzusetzen ohne dabei das komplette Feld (d.h. den regionalen und sozialen Rahmen) zu beachten. Dass es rundherum Akteure gibt, die kontroversielle Vorstellungen und Interessen haben könnten, wurde mehr oder weniger negiert. Es erscheint natürlich, dass sobald sich jemand in ein bestehendes Feld hineindrängt, es zu Widerstand und Abwehrreaktionen kommen kann. Das Konzept war allgemein zu wenig ausgereift, die Informationen unzureichend und es mangelte letztlich auch an entsprechender Unterstützung von den zuständigen Organisationen und Behörden. Einige Erwartungshaltungen waren auch überzogen und vielfach waren auch die Ansprüche zu hoch. Dies führte im Laufe der Zeit zu wachsenden Spannungen, Verunsicherungen und Frustrationen, was letzten Endes die Mehrzahl der Betreiber zur Projektaufgabe bewog.

Zur Vermeidung falscher Erwartungshaltungen und Reibungsverluste ist ein System einer effektiven Beratung notwendig, welche alle beteiligten Institutionen, Organisationen und Einrichtungen umfasst (Sozialhilfverband, Senioren-, Angehörigen- und bäuerliche Interessensvertretungen, Verwaltung, Gebietskörperschaften etc.), Wissen und Information bündelt und entsprechend weitergibt, sowie Informationsveranstaltungen und Erfahrungsaustausch organisiert (z.B. über Best-Practice Beispiele und auch grenzüberschreitende Exkursionen).

Ein zentrales Hindernis lag auch bei den Ausbildungserfordernissen, die sich durch Gesetzesänderungen verschärften und die Latte für die meisten Bauern/Bäuerinnen im Modell äußerst hochlegten.

„Es war alles unsicher, weil ursprünglich hat es geheißen 7-Wochenkurs und dann kann man sein Haus, seine Wohnungen vermieten und die Betreuung eben. Auf Pflege war ich persönlich eh nie ausgerichtet. Also für mich ist schon so Pflege zu Hause, das wäre ja, da müsste ich schon eine Krankenschwester sein oder Ausbildung dementsprechend haben (EB015, 23).“

Man machte sich auch zu wenige Gedanken bezüglich einer Kurzzeit- oder Langzeitbetreuung. Die Vorteile des Langzeitwohnens und bzw. der Langzeitpflege als Strategie im Gegensatz zur Kurzzeitbetreuung liegen einerseits in einer ständigen Auslastung der Wohneinheiten, aber auch in der Routine und einer gewissen Vertrautheit. Es ergeben sich leichter soziale Anknüpfungspunkte über die Beziehung zur bäuerlichen Familie und zur Nachbarschaft. Kurzzeitwohnen bietet wiederum den Vorteil einer besseren Abgrenzung der eigenen Privatsphäre. Der Bedarf an Kurzzeitwohnmöglichkeiten aber auch an Tagesstrukturen für ältere Menschen auf Bauernhöfen scheint durchaus gegeben. Insofern verwundert es, dass diese niederschweligen, leichter zu bewerkstellenden Betreuungsmöglichkeiten bei der Planung des Konzepts nicht in Betracht gezogen wurden.

Grundsätzlich war das Projekt nur bis zur Pflegestufe 3 angedacht. Diese Stringenz wurde aber in der Praxis auch mit Zustimmung des Sozialhilfeverbandes immer wieder durchbrochen. Dadurch wurde zwar vermieden, dass die KlientInnen aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen werden, es bedeutete aber auch einen größeren Aufwand und eine höhere Belastung für die bäuerlichen Familien, vor allem für ihre meist weiblichen, pflegenden Angehörigen.

Verschärfend dazu kam, dass sich am Bauernhof die Pflege aufgrund der sehr unterschiedlichen betrieblichen und familiären Rahmenbedingungen kaum standardisieren und kontrollieren lassen. Jeder Betrieb ist anders, die Abläufe können nicht in ein einheitliches Schema gepresst werden. Das ist ein entscheidender Nachteil und Angriffspunkt. Für die Bürokratie bedeutet dies ein schwerwiegendes Problem, welches auch Bedenken und Ängste hervorruft. Jeder, der diese Form der Betreuung anbieten will, muss sich im Klaren sein, dass er dies nicht schnell wieder aufgeben kann, daher müssen sie sich im Vorfeld mit den möglichen Auswirkungen auseinandersetzen.

Wichtig ist das Einverständnis der ganzen Familie über die Auswirkungen und Umstellungen am Hof. Zu bedenken ist auch die Weiterführung im Zuge einer Hofnachfolge, bei einer Scheidung, Tod oder bei einer Änderung der Besitzverhältnisse. Anders als bei Pflege- und Betreuungseinrichtungen, die von rechtlich gut abgesicherten Sozialhilfeorganisationen geführt werden, hängt der im Privateigentum geführte bäuerliche Betrieb sehr stark von der betrieblichen und familiären Situation ab. Ändern sich diese, kann das auch sehr rasch zum Leidwesen der Betroffenen das Ende des Betreuungs- bzw. Pflegeplatzes bedeuten. Es stellt sich die Frage, wie man das Projekt am besten rechtlich auf eine Basis stellen könnte, damit die Nachhaltigkeit gesichert und die Interessen aller Beteiligten gewahrt werden. Es gibt dazu unterschiedliche Überlegungen. Einerseits könnte man einen Verein gründen oder einer Kooperation mit einer öffentlichen Sozialbetreuungseinrichtung, z.B. in Form eines langfristigen Übereinkommens oder Pachtvertrags andenken. Trägerorganisation könnten dabei eine wichtige Rolle spielen (z.B. Pro Mente, Rotes Kreuz, Lebenshilfe, Soziales Hilfswerk, Caritas, Diakonie). Als Blaupause könnte auch das Modell „Schule am Bauernhof“ dienen, welches als Plattform bereits vorbildlich organisiert ist.

Nicht unterschätzt werden darf auch die Voraussetzung einer bestimmten Persönlichkeitsstruktur. Die im Projekt engagierten Personen müssen Freude am Umgang mit älteren Menschen, psychische Belastbarkeit, Toleranz, Geduld, soziales Engagement, Kommunikations- und Kontaktfreudigkeit, Flexibilität, Verlässlichkeit, Offenheit und Bereitschaft zum Lernen mitbringen.

Viele Leute, gerade im Mühlviertel, verfügen über eine medizinische, sozialpädagogische oder pflegerische Ausbildung. Es sind dies diplomierter Gesundheits- und KrankenpflegerInnen, Altenbetreuerinnen, SozialarbeiterInnen, Bewährungshelfer usw., die aus einem bäuerlichen Betrieb stammen und praktisch vor Ort, am eigenen Hof, ihre beruflichen Kompetenzen umsetzen könnten. Zudem gibt es auch Frauen (in geringerer Zahl auch Männer), die in einen bäuerlichen Betrieb einheiraten und eine entsprechende Ausbildung bzw. Berufserfahrung vorweisen können. Die Option von Seniorenbetreuung am Bauernhof ist für diese Gruppe verlockend. Die klassische Landwirtschaft hat ihre Grenzen, eine Kombination des bäuerlichen Berufes mit einem Pflege- oder Sozialberuf böte neue Perspektiven, sofern die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Mit einer Ausbildung z.B. in der Altenbetreuung könnte die Hofnachfolge attraktiver und wahrscheinlich eher gesichert werden, als über Aktionen wie „Bauer sucht Frau“, ohne diese jetzt abwerten zu wollen.

Das konkrete Modell einer bäuerlichen Seniorenbetreuung am Bauernhof erscheint dennoch limitiert. Es gibt zu viele hemmende Faktoren, welche die Umsetzung erschweren. Vielversprechender sind zwei konträre Wege, zum einen eine Intensivierung in Richtung eines professionellen Pflegeheims mit angeschlossenem Bauernhof analog zum Adelwöhlerhof in der Steiermark, oder in Richtung eines niederschweligen Angebots in Form einer Tagesstruktur, wie sie zurzeit von Green Care Österreich gemeinsam mit der LEADER Region Eisenstraße in Niederösterreich angedacht wird. Dabei sollen älteren Menschen an einem Bauernhof mehrere Tage in der Woche untermals ein sinnvolles Beschäftigungsprogramm geboten werden, wobei Tätigkeiten am Bauernhof mit Pflanzen, Tieren und sonstigen natürlichen Elementen in das Programm einbezogen werden. Nicht vergessen werden darf auch, dass ein Leben auf landwirtschaftlichen Betrieben nicht jedermanns Sache ist. Diese Angebote können letztendlich nur sehr spezialisierte Nischenprodukte für bestimmte Gruppen darstellen, innerhalb des großen Feldes an Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen.

3.2 Betreuungs- und Qualifizierungsprojekt für Langzeitarbeitslose Frauen

3.2.1 Der Regionale Rahmen

Zur räumlichen Verortung des untersuchten Betreuungs- und Qualifizierungsprojektes für langzeitarbeitslose Frauen werden die Gemeinde und die LEADER-Region, in der sich das Projekt befindet, im Folgenden näher beschrieben.

Die Gemeinde und ihre Ressourcen

Charakterisierung

Die untersuchte Gemeinde liegt im Bezirk St. Pölten-Land in Niederösterreich. Betrachtet man die Veränderung der Bevölkerung, so zeigt sich seit 2001 eine Bevölkerungszunahme um knapp 7 %, seit 1971 hat die Bevölkerung um 40 % zugenommen (Einwohnerstand 1971: rund 1.100 Einwohner). Die Anzahl der Wohngebäude zeigt seit 2001 eine Zunahme um mehr als 20 % (Statistik Austria 2016). Seitens der Gemeinde besteht das Bestreben, eine Bevölkerungszunahme auch in der Zukunft voranzutreiben, wobei aber auch das (politische) Bewusstsein vorhanden ist, dass Zuzug nur in dem Maß erstrebenswert ist, in dem auch eine Erhaltung der Lebensqualität für die ansässigen Bewohner gewährleistet werden kann.

„Wichtig ist im Endeffekt, man muss immer schauen, dass man die Gemeinde weiterentwickelt. Weiterentwicklung heißt im Endeffekt ein Zuzug und wenn man Zuzug haben will, dann geht es auch darum, dass man die Infrastruktur dementsprechend schafft, das was mit dementsprechenden finanziellen Mitteln zu bewältigen ist. Und das ist eines der größten Probleme, weil eben Schule, Kindergarten neu geschaffen werden muss und was den Zuzug angeht, bei uns in der Gemeinde ist an und für sich kein Problem, das macht die Stadtnähe, aber Zuzug will man in dem Sinn in Grenzen halten, dass eben die Lebensqualität in N. erhalten bleibt (SH025, 5, 1-6).“

„Eines der Probleme ist sicher das, dass sich die Gemeinde sehr stark in die Richtung entwickelt hat, ob das jetzt ein Problem im negativen Sinn unbedingt ist, das muss man dann abwägen, dass es einen sehr starken Zuzug geben hat. Die Bevölkerungsentwicklung, also die Gemeinde hat sich sehr stark entwickelt in die Richtung, dass sehr viele Auswärtige ihren Wohnsitz in N. gegründet haben, einerseits ein bisschen bedingt durch sozialen Wohnbau, der ein bisschen etabliert wurde (SH021, 6, 1-5).“

Die Nähe zu St. Pölten macht die Gemeinde zu einem beliebten Ort für Neuzuzügler. Unter anderem ist es von Vorteil, dass St. Pölten eine Schulstadt ist und eine gute medizinische Versorgung bietet. Für das soziale Leben/Sozialkapital ergeben sich dadurch aber einige Probleme, da sich die Gemeinde immer mehr zu einer Wohn- und Schlafgemeinde entwickelt.

„Natürlich ist St. Pölten eine Stadt mit vielen Arbeitsplätzen und natürlich die Leute sich die positiven Eigenschaften einer ländlichen Gemeinde zunutze machen und gern bei uns den Wohnsitz gründen (SH021, 55, 4-5).“

„Und die Gemeinde entwickelt sich eigentlich durch die Landeshauptstadt eigentlich immer mehr zur Wohn- und Schlafgemeinde. D.h. es gibt verschiedene wohlhabendere Personen, die halt in Siedlungen Häuser bauen und die eigentlich mit der Gemeinde dann nicht wirklich mehr, also mit dem aktiven Vereinsleben oder dem Gemeindeleben nicht wirklich was zu tun haben wollen. Die wollen, die fahren von der Arbeit heim oder von Wien aus oder von St. Pölten, fahren von der Arbeit heim, gehen in ihr Haus, sind da praktisch, verbringen den Feierabend und das Wochenende und am Montag sperren sie die Tür zu oder am Abend und fahren wieder, d.h. die haben eigentlich mit der Bevölkerung Null Kontakt (SH022, 23, 1-8).“

Betrachtet man die Zunahme der Wohngebäude nach ihrer baulichen Struktur bzw. die Bevölkerung nach ihrem ökonomischen Hintergrund, so lassen sich zwei Gruppen beobachten: einerseits gibt es die Wohnanlagen, in denen eher ökonomisch benachteiligte Personen leben, andererseits gibt es Einfamilienhäuser, deren Bewohner meist finanziell bessergestellt sind.

„Das ist sicher ein Unterschied. Wenn ich mir die Leute anschau, die was dort und da leben [Anm.: in den Wohnanlagen bzw. den Einfamilienhäusern], kann das nur bestätigen, dass die einen eher zum oberen Durchschnitt vom Verdienst gehören und die anderen, ich möchte nicht sagen zum unteren Durchschnitt, aber ja eben nicht so überdrüber finanziell ausgestattet sind (PE025, 39, 2-5).“

Seitens der Interviewten werden die Integrationsbereitschaft und das Engagement der Neuzuzügler eher gering eingeschätzt.

„Einer der was heute in N. ein Haus baut, der will sich integrieren, aber der großvolumige Wohnbau führt dahin, das sind nur mehr reine Schlafstätten. Der kommt am Abend, in der Früh fährt er fort, zum Wochenende oder wenn das Wetter dementsprechend ist, ist der nicht da (SH025, 69, 2-4).“

„Die sind vielleicht eine Wohnung gewohnt wie in St. Pölten oder wo sie vorher waren oder in Wien. Und sie wollen nur im Grünen sein, die Vorteile haben, aber beitragen, dass das noch gescheiter wird oder noch besser wird, das wollen sie nicht (PE021, PE022, 120).“ und „Schon, ich sage aber nur teilweise sehr aktiv, sagen wir so. Das ist dann so, dass eher, die wollen also Großteils schon städtisches Leben und einfach nur die Landluft haben. Das muss man schon leider sagen. Die integrieren sich eher weniger, manche schon, aber nicht alle (PE021, PE022, 270).“

An dieser Stelle ist aber anzumerken, dass die Ergebnisse der Sozialkapitalbefragung (siehe weiter unten) anderes andeuten. Es könnte durchaus sein, dass es tatsächlich mehr an Interesse und Integrationsbereitschaft seitens der Neuzuzügler in der Gemeinde gibt. Am besten funktioniert die Integration von Familien mit Kindern über den Kindergarten und die Schule.

„Am schnellsten werden sie integriert, wenn sie kleine Kinder haben durch die Kindergärten und die Schule. Da kommen (sie) mit anderen Eltern zusammen, die Kinder kommen zusammen, da reden die Eltern miteinander. Da lernen sie noch relativ schnell Leute kennen aus der Bevölkerung und da ergibt sich dann was, entwickelt sich dann was, dass irgendwen dazu bewegt, dass er dort oder da mithilft oder etwas macht (PE023, PE024, 167).“

Im Hinblick auf die Veränderung der Bevölkerung in der Gemeinde, lässt sich ein „doppelter Bruch“ feststellen. Einerseits ziehen viele neue Menschen zu, die nicht sehr gut integriert sind. Andererseits gehen aber auch die jungen Leute weg, um eine Ausbildung zu machen und kommen dann oft nicht mehr zurück. Eine Interviewte beschreibt das Zusammentreffen der beiden Gruppen (Neuzuzügler und Alteingesessene) folgendermaßen:

„Also, das ist irgendwie, das ist keine gewachsene Struktur, sondern das ist irgendwo wie so eine Art Fremdkörper in der Ortschaft und das ist noch nicht zusammengewachsen. Also, d.h. die können miteinander nicht (SH022, 61, 9-11).“

Im Hinblick auf eine gelungene Integration ist wohl sowohl von einer Verantwortung seitens der Gemeinde als auch von einer Verantwortung der Neuzugezogenen auszugehen.

„Es hängt von beiden Seiten ab. Wenn der nicht integriert werden will oder wenn der sich nicht mit Leuten in Verbindung setzt, dann entstehen keine Kontakte (PE023, PE024, 172).“

Soziales Leben

Die Lebendigkeit einer Gemeinde hängt wesentlich mit dem Vereinsleben und der Bereitschaft der Bewohner zusammen, sich ehrenamtlich zu engagieren. In der Vergangenheit war die untersuchte Gemeinde stark agrarisch geprägt und seitens der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung war die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement groß. Heute gibt es in einigen Vereinen und politischen Parteien Probleme, ehrenamtliche Mitarbeiter zu finden.

„Na, es wäre sehr viel da und es wäre auch im Gemeinderat Platz. Man muss davon ausgehen, der Gemeinderat hat 19 Leute und da sind von manchen Familien zwei oder drei drinnen, weil sonst niemand hineingeht, Mann und Frau sogar im Gemeinderat, weil sie sonst niemanden zusammenbringen (PE021, PE022, 233).“

„Man will ja eine lebendige Gemeinde haben. Und eine lebendige Gemeinde hat man nur mit den Vereinen. (...) eben die Gemeinde wird immer größer, wächst im Endeffekt (...) es geht heute durch unsere große Lebensqualität, was wir haben, hat keiner mehr ein Interesse, dass er irgendwo einen Beitrag dazu leistet, außer eben bei den Senioren, aber da ist auch nur so, dass im Endeffekt eh die was eigentlich die Einheimischen schon immer gewesen sind, dass sich die da beteiligen. Die anderen, was eben da der Zuzug ist und die auch dementsprechend auf einem höheren Niveau sind, ist das so, dass man eigentlich da nur mehr Schlafstätten hat (SH025, 67, 1-2).“

Entgegen der Einschätzung der interviewten ortsansässigen Personen, deuten die Ergebnisse der Sozialkapitalbefragung darauf hin, dass die Neuzuzügler durchaus bereit wären sich zu engagieren, wenn sie

ein entsprechendes Angebot vorfinden. Die vorhandenen Angebote richten sich eher an „normal gebildete Personen“ (SH022, 83, 4-5), wobei unter normal gebildet von einer Befragten „Grundschulbildung und Beruf“ definiert wurde (SH022, 85). Da unter den Neuzuzüglern auch viele überdurchschnittlich Gebildete befinden, stellt sich die Frage, ob sich diese Personengruppe mehr einbringen würde, wenn es (für sie) passendere Möglichkeiten gäbe (siehe dazu auch die Ergebnisse der Sozialkapital-Befragung in der Gemeinde).

[Was könnte gemacht werden, um die Leute, die integrationswillig wären zu integrieren in das Gemeindeleben?]

„Das ist schwierig jetzt. Ich finde, es gibt ein paar wenige Angebote von den klassischen Sachen, von Musikverein über Feuerwehr bis Sportverein, wo man, wenn man Interesse hat, aus meiner Sicht wahrscheinlich nicht abgewiesen wird, wenn man da mitmachen möchte. Es sind halt vielleicht zu konservative oder zu alttraditionelle Sachen, die ich jetzt angesprochen habe, die vielleicht für den einen oder anderen nicht wirklich so attraktiv sind. Aber, wie gesagt, die Stadtnähe und prinzipiell die Lage – man ist ja in relativ kurzer Zeit in Wien – ist da halt vielleicht auch ein Grund (PE 025, 42, 1-6).“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es derzeit noch viele Vereine und aktive Organisationen in der Gemeinde gibt. Diese reichen von Freiwilliger Feuerwehr, Kameradschaftsbund, politische Seniorenorganisationen, Katholischer Jugend bis zum Roten Kreuz usw. und neben ihren inhaltlichen Schwerpunkten organisieren sie auch verschiedene Aktivitäten mit den und für die BewohnerInnen (Feuerwehrfest, Jungschar Familienfest und Sommerlager, Ferienspaß für Kinder etc.). Bei manchen Vereinen zeichnen sich aber Nachwuchsprobleme ab (z.B. Rotes Kreuz). In den Interviews werden dafür vielfältige Gründe genannt. Diese umfassen beispielsweise die Veränderungen in der Berufswelt, eine generell geringere Bereitschaft zu formellem freiwilligen Engagement, das fehlende Bewusstsein für den Wert von Freiwilligenarbeit bei Jugendlichen, weil es ihnen in den Familien nicht mehr vermittelt wird etc.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Wirtschaftlich ist die Gemeinde sehr gut aufgestellt. Es gibt einen sehr großen Betrieb (die Firma beschäftigt sich u.a. mit Fahrzeugbau) und mehrere kleine Betriebe (Baustoffe, Agrarhandel etc.), das heißt das Kommunalsteueraufkommen ist hoch.

„Also, aus der Sicht des Gemeindebudgets weiß ich genau, die Kommunalabgabe ist unabdingbare Notwendigkeit der Einnahmen. Das ist eine der größten Einnahmequellen, die die Gemeinde hat, alleine von dem Betrieb R. (...) Und für eine Gemeinde ist jeder Betrieb, der halt gute Einnahmen bringt, alleine vom Budget her herzlich willkommen, das ist überhaupt keine Frage. Weil das braucht man (SH022, 141, 1-6).“

„(...) muss man halt auch sagen, dass die derzeitigen Entscheidungsträger, die halt wirklich die Entscheidungen treffen, doch sehr darauf bedacht sind, da finanziell nicht einen Weg zu gehen, der uns nachhaltig dann belasten wird (SH021, 53, 7-9).“

„Interessant ist, dass aus der Gemeinde selber dort [Anm.: im größten Betrieb] die wenigsten Personen beschäftigt sind. Es gibt schon einige, ein paar, aber die meisten fahren her (SH022, 177, 1-2).“

Durch die Nähe zu St. Pölten und die vorhandenen Betriebe vor Ort sind genügend Arbeitsplätze vorhanden, das heißt dass das Thema Arbeitslosigkeit im Leben der Menschen in der untersuchten Gemeinde nicht sehr präsent ist.

„Was ich so mitkriege ist fast Vollbeschäftigung [Anm.: bei Jugendlichen außerhalb der Landwirtschaft]. Also, durch das, dass St. Pölten überhaupt nicht weit ist und dass es eben diese Firma R. da jetzt ziemlich in der Nähe gibt (PE021, PE022, 165).“

Von einem Befragten wird festgestellt, dass man allgemein nicht mehr von Auspendler- oder Einpendler-Gemeinden reden kann. Im Falle der untersuchten Gemeinde ist es so, dass einerseits viele Menschen auspendeln um zu arbeiten, gleichzeitig gibt es aber auch viele Auswärtige, die ihren Arbeitsplatz hier haben und einpendeln.

Landwirtschaft

Im Hinblick auf die Veränderung der landwirtschaftlichen Strukturen zeigt sich eine ähnliche Tendenz wie in Gesamtösterreich. Die landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinde haben sich seit 1999 um mehr als 30 % verringert. Im gleichen Zeitraum nahm die durchschnittliche Betriebsgröße um mehr als 25 % zu. (Statistik Austria 2016)

Diese Veränderungen in der Landwirtschaft und ihre Auswirkungen wurden in den Interviews oft thematisiert. Im Hinblick auf die Art der Betriebe (Vollerwerb bzw. Nebenerwerb) wurde von den InterviewpartnerInnen im Gespräch ein Betrieb meist dann als Nebenerwerb beschrieben, wenn ein Ehepartner ein außerlandwirtschaftliches Einkommen hat. Im Rahmen der Agrarstrukturerhebung wird für die Gliederung der Betriebe nach Erwerbsart ein Betrieb dann als Nebenerwerbsbetrieb eingestuft, wenn der/die BetriebsinhaberIn weniger als 50 % der gesamten Arbeitszeit im landwirtschaftlichen Betrieb tätig war (Statistik Austria 2010).

„Naja generell, meine Sicht ist, dass generell die Landwirtschaft in N. sehr stark von Nebenerwerbstendenz geprägt ist. In der Gemeinde N. gibt es aus meiner Sicht, ich kann mich da jetzt täuschen auch, aber maximal nur mehr zwei Familien, die was mehr oder weniger hundertprozentig richtige Haupteinverberbslandwirte sind. Bei allen anderen Landwirtschaften hat irgendein Ehepartner ein außerlandwirtschaftliches Einkommen. (...) Und das zweite ist halt, dass einfach der Trend weg von der Viehhaltung auch extrem da ist. Es gibt nur mehr drei, vier, also mehr fallen mir nicht wirklich ein, die was wirklich für produktive Zwecke eben Viehhaltung betreiben. So ist es halt. Der Grund wird wahrscheinlich sein, dass einfach die nahe Stadt das einfach sehr schmackhaft macht und leicht möglich macht, dass man ein außerlandwirtschaftliches Einkommen hat (PE 025, 19, 1-11).“

„Ja, die Strukturen da in N. waren nicht so, dass einer recht viel gehabt hat. Also, es waren lauter Kleinmilcherzeuger (PE021, PE022, 18, 1-2).“

„Ja, da kann man schon sagen, dass mindestens 50 % [Anm.: in den letzten 30, 40 Jahren] oder noch mehr der Betriebe entweder ganz aufgehört haben oder verpachtet haben oder, also es gibt sehr, sehr wenige Landwirte, die was voll daheim sind, also beide Ehepartner (PE021, PE022, 12, 1-2).“

[Was ist der Grund für die Betriebsaufgaben?]

„(Es liegt) am Einkommen und an der Größenordnung der Betriebe. Also, wir haben lauter so 15 bis 25 ha Betriebe und das trägt sich einfach nicht, wenn man nicht einen größeren Tierbestand hat, dass beide daheimbleiben (PE021, PE022, 20).“

„Ja, ich meine Agrargemeinde sind wir in dem Sinn schon noch, weil eben die landwirtschaftlichen Flächen noch da sind, nur das Einkommen oder der, von der Gemeinde, von den Betrieben her, von den landwirtschaftlichen Betrieben ist eigentlich immer, ist eigentlich kleiner geworden (SH025, 39, 1-3).“

Aufgrund der Kleinstrukturiertheit der Landwirtschaft ist es meist nicht mehr möglich die landwirtschaftlichen Betriebe im Vollerwerb zu führen. Eine Möglichkeit, die Betriebe zu „vergrößern“ wäre das Zupachten von Flächen. Aufgrund des Bodenhunglers sind die Pachtpreise aber sehr hoch. Großbetriebe von angrenzenden Gemeinden bewirtschaften teilweise 200, 300 Hektar. Diese Betriebe sind maschinemäßig so ausgelegt, dass sie problemlos 20, 30, 40 Hektar zusätzlich mitbewirtschaften können und sie überbieten die kleinen Betriebe bei den Pachtzahlungen, sodass es für Letztere unwirtschaftlich wird.

[Mögliche Strategie, wenn es sich mit dem Einkommen nicht ausgeht?]

„Ja, das wäre nur vergrößern, also dazu pachten (PE021, PE022, 22).“

„Die Möglichkeit [Anm.: zu pachten] gibt es, aber leider ist da im Westen ein Bauerngebiet, da ist der Pachtpreis so hoch, dass es sich nicht rechnet (PE021, PE022, 24).“

„Genau, es gibt sehr viele, die was verpachten und die was so einen hohen Pachtzins kriegen, dass sie eigentlich mehr haben, als wie wenn sie noch wirtschaften täten (PE021, PE022, 26).“

„Ich habe gerade gestern wieder mit einem Bauern, also vorgestern, aus unserem Ort gesprochen, weil wieder einer aufgrund von Frühpension oder sonstigen Sachen halt, so 15 bis 20 ha verpachtet hat und da sind anscheinend Marktpreise von bis zu 900 Euro pro ha werden bezahlt. Was aus meiner Sicht ein Wahnsinn ist (PO25, 21, 1-4).“

„Und wenn ich heute die Landwirtschaft verpachte, habe ich alle Jahre mein Geld, habe ich im Endeffekt nichts mehr zum Investieren, bleibt unterm Strich mindestens dasselbe, wenn nicht mehr, also gehe ich diesen Weg (SH 25, 55, 11-13).“

Der Weg zur Betriebsaufgabe geschieht oft mit dem Generationenwechsel auf den Betrieben. Wenn der Hof mit 60-65 Jahren übergeben wird, wird oft vom Nachfolger zunächst die Viehhaltung aufgegeben und der Betrieb hobbymäßig geführt. Dann wird begonnen, Flächen zu verpachten weil sich die Investitionen (Traktor etc.) nicht mehr lohnen.

„(...) und dadurch auch, dass jeder landwirtschaftliche Betrieb heutzutage genauso wachsen muss als wie jeder andere Betrieb und heute jedem wichtig ist, dass die Kinder eine dementsprechende Schulbildung haben und wenn die Kinder heute dementsprechende Schulbildung haben und der Betrieb irgendwie, der landwirtschaftliche Betrieb dann ein bisschen veraltet ist oder irgendeine Spezialsparte gesucht wird auf dem Betrieb, um überleben zu können dadurch und die Stadtnähe noch dazu, wo es bei uns eher eigentlich das Wesentliche ausmacht und daher mit den landwirtschaftlichen Betrieben eigentlich der totale Rückgang (SH 25, 15, 2-8).“

Für die Zukunft ist wohl damit zu rechnen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe weiter abnehmen werden. Ein Landwirt meint zum Stand der Landwirtschaft in N. in 50 Jahren:

„Da wird es wahrscheinlich bei Größenordnungen so zwischen 70 und 100 Hektar, wird es vielleicht sechs, sieben Bauern geben und den Rest wird es nicht mehr geben (PE021, PE022, 114).“

Im Falle einer Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes werden die Wohngebäude von den Eigentümern weiter genutzt (meist handelt es sich um Vierkanthöfe), die Flächen werden verpachtet und (freistehende) Wirtschaftsgebäude werden teilweise als Einstellmöglichkeiten für PKW, Wohnmobile, Boote, Reparaturhallen etc. vermietet. Leerstehende (Wohn-)Gebäude werden manchmal auch deshalb nicht vermietet, weil seitens der Eigentümer Ängste bestehen, dass man „unpassende“ Mieter nicht mehr hinausbringt.

(Nutzungs-)Konflikte zwischen Landwirtschaft und Neuzuzüglern

Die Einschätzung bezüglich bestehender Konflikte zwischen der Landwirtschaft und den Neuzuzüglern ist bei den Interviewten unterschiedlich. Grundsätzlich scheint es keine großen Probleme zu geben, dennoch wurden einige Konfliktpunkte angesprochen. Diese sind zumeist auf unterschiedliche Lebensrhythmen und -vorstellungen bzw. unterschiedlichen Erwartungshaltungen zurückzuführen und betreffen beispielsweise das Rasenmähen am Sonntagvormittag, das Ausführen von Hunden, das Ausbringen von Gülle seitens der Landwirtschaft oder Feldarbeiten (z.B. Dreschen) bei schönem Wetter, die zu Staubentwicklung führen. Insgesamt handelt es sich wohl um einen Grundkonflikt zwischen ländlichem und städtischem Lebensstil, der sich im Randbereich von großen Siedlungen oft ergibt. Die Menschen, die dort hinziehen, um im Grünen zu leben, wollen dennoch den urbanen Lebensstil weiterführen und treffen vor Ort auf bestehende landwirtschaftliche Strukturen.

Entwicklungsstrategien

Es gibt in der Gemeinde N. kein formuliertes Leitbild für die Zukunft. Implizites Ziel ist, dass ein weiteres Bevölkerungswachstum angestrebt wird. Daraus ergeben sich auch die Prioritäten und die Zukunftsthemen der Gemeinde, die vor allem die Schaffung und Bereitstellung von Infrastruktur betreffen: Kindergarten, schulische Versorgung, Straßenbau, Kanal, Wasser und ähnliches. Im Hinblick auf das Thema Zuzug wurde in den Interviews öfter darauf verwiesen, dass dieser nur in dem Ausmaß sinnvoll ist, in dem eine Erhaltung der Lebensqualität in N. gewährleistet ist.

„Zuzug hat immer einen positiven und negativen Aspekt. Der positive Aspekt ist einerseits der natürlich, je mehr Leute da sind, desto besser bin ich finanziell aufgestellt unter Anführungszeichen „besser aufgestellt“, weil durch die finanzielle Struktur in Österreich ist es halt so, Leute bedeuten, dass ich Steuereinnahmen kriege, dass ich Geld kriege aus dem Finanzausgleich. Auf der anderen Seite muss ich eine Infrastruktur schaffen, die natürlich viel Geld kostet (SH021, 123, 6-10).“

„Also, ich meine, Wachstum alleine ist nicht wirklich ein Ziel. Also, für mich wäre das bessere Ziel eine größtmögliche Lebensqualität (SH022, 65, 1-2).“

„Also so zu sagen, wir haben z.B. da schließen wir auf, da schließen wir auf, da schließen wir auf, aber ich muss nicht unbedingt mit Gewalt dort und da was aufschließen, wenn der Kindergarten zu klein ist oder wenn sonst irgendetwas ist, sondern es muss einfach passen. Es muss langsam gehen, es muss kontinuierlich sein und man sollte die, die schon da sind, halt mehr versuchen, noch mehr einzubinden. Also, das wäre auch für mich optimal (SH022, 65, 9-14).“

„(...) und was den Zuzug anbelangt, bei uns in der Gemeinde ist an und für sich kein Problem, das macht die Stadtnähe, aber Zuzug will man in dem Sinn in Grenzen halten, dass eben die Lebensqualität in N. erhalten bleibt (SH025, 5, 6-7).“

„Für ein Leitbild geht es ihnen in N. zu gut. Leitbilder und Visionen entstehen eher aus einer Notwendigkeit (P025, 101).“

Die LEADER Region und ihre Strategien

Die LEADER-Region Wachau-Dunkelsteinerwald mit insgesamt 17 Gemeinden umfasst einerseits die Wachau und andererseits die Kleinregion ARGE Dunkelsteinerwald. Die beiden Teilregionen haben dabei jenes Maß an Eigenständigkeit in der regionalen Entwicklung, das zur Verfolgung der unterschiedlichen Zielsetzungen beider Regionen erforderlich ist (LEADER 2016).

„(...) für die jetzige LEADER-Periode war dann die Entscheidung zu sagen, okay, die zwei Regionen gemeinsam, im Wissen, dass es vielleicht ein paar Themen gibt, die man gemeinsam überarbeiten kann und dass es viele Themen gibt, die man relativ spezifisch bearbeiten wird müssen (SH023, SH024, 55, 2-4).“

„Also, es war immer der Plan, die Identitäten der Regionen Wachau und Dunkelsteinerwald weiter zu stärken und dort, wo es einen Sinn macht, gemeinsam zu arbeiten (SH023, SH024, 62, 1-2).“

Die Region Dunkelsteinerwald umfasst etwas mehr als eine Handvoll Gemeinden und liegt im Dreieck zwischen St. Pölten, Melk und Krems. Die Nordwestgrenze bilden die Wachau bzw. das Donautal, im Osten und Süden ist der Übergang ins Alpenvorland. Die Lage im Städtedreieck bringt der Region einerseits wirtschaftliche und funktionelle Vorteile (z.B. Anbindung an die Autobahnen). Andererseits hat die Lage zwischen drei städtischen Agglomerationen und in drei unterschiedlichen politischen Bezirken auch Nachteile für die Region, wie beispielsweise das Fehlen einer Regionsidentität, Kaufkraft-, Wirtschafts- und Arbeitskräfteabfluss (ARGE Dunkelsteinerwald 2016).

Die Kleinregion ARGE Dunkelsteinerwald wurde Ende der 1990er-Jahre gegründet und ist seit 2007 Teil der LEADER-Region Wachau-Dunkelsteinerwald. In Niederösterreich wird die interkommunale Zusammenarbeit in Form von Kleinregionen gelebt (Amt der NÖ Landesregierung 2016). Im 2011 erarbeiteten Kleinregionalen Entwicklungskonzept wurden mehrere Schwerpunktthemen festgelegt: Regionale Identität (Maßnahmen zur Bindung der lokalen Bevölkerung an den Lebensraum Dunkelsteinerwald sowie entsprechende Information über die Positionierung der Region als Wildrosen-Region), Gesundheit und Soziales (insbesondere das Thema der hausnahen Pflege von pflegebedürftigen MitbürgerInnen), Freizeit und Naherholung (Ausbau des Wanderwegenetzes der Region), sowie Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Etablierung eines Betriebsnetzwerks der gewerblichen Betriebe der Region sowie Organisation einer Dunkelsteinerwald-Wirtschaftsmesse) (LEADER 2016).

In der Gemeinde N. wird die Teilnahme an der LEADER-Region eher kritisch gesehen, die Interviewten haben nicht den Eindruck, dass die Gemeinde unmittelbar einen Nutzen davon hat.

„Wobei man sagen muss, die sind sehr stark auf die Wachau ausgerichtet. Wir sind da so ein bisschen ein Anhängsel, das da mitarbeitet, arbeitet will ich gar nicht sagen. Da gibt es unterschiedliche regionale Konzepte (SH021, 10, 1-3).“

„Also meiner Meinung nach ist das so, dass die LEADER Region nicht wirklich den Kern der Gemeinde N. trifft (SH022, 13, 1-2).“

„(...) und da gibt es arge Bedenken, warum wir als Gemeinde unser Geld, das sind immerhin Euro 5.000 Euro pro Jahr, in die Wachau zahlen, schon jahrelang zahlen und eigentlich nichts dafür zurückkriegen. Und es gibt keine offiziellen oder es gibt keine wirklich konkreten Projekte, wo man sagen kann, die Gemeinde N. bringt sich da ein und holt sich da ein Geld zurück (SH022, 13, 4-8).“

[Warum ist N. dabei von der LEADER-Region abzuspringen?]

„Ich glaube einerseits fehlen die Ideen, andererseits glauben sie den Nutzen einer LEADER Region bzw. Kleinregion auf eine Gemeinde herunterbrechen zu müssen. Und es soll aber eine Regionsentwicklung sein und kein Gemeindeentwicklungsprogramm. Und vielfach wird dann gefordert, genauer für meine Gemeinde zu liefern, was hat es gebracht, welchen finanziellen Nutzen, weniger die Wirkungen, sondern oft wird es wirklich reduziert auf wieviel Geld habe ich hingegeben und was habe ich zurückbekommen (SH023, SH024, 157).“

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es in der untersuchten Gemeinde kaum eine Identifikation mit der sie umgebenden LEADER-Region gibt. Dies liegt zum einen wohl daran, dass die Schwerpunkte der LEADER-Region für sie wenig anschlussfähig sind, zum anderen gibt es aber auch in der Gemeinde kein wirkliches eigenes Entwicklungsziel außer der Ausrichtung auf ein „Wachstumsparadigma“.

3.2.2 Das Sozialkapital der Gemeinde

Die quantitative Sozialkapitalbefragung fand in der Projektgemeinde im Zeitraum zwischen Anfang Oktober und Anfang November 2013 statt. Die Gemeinde sandte die Fragebögen gemeinsam mit der Gemeindezeitung aus. Eine direkte, persönliche Verteilung über Gemeindefunktionäre war nicht möglich, was als erstes Indiz gewertet wird, dass aufgrund der vielen neu zugezogenen BürgerInnen die sozialen Netzwerke loser sind als in den beiden anderen Projektgemeinden. Letztlich lag die Rücklaufquote auswertbarer Fragebögen auch entsprechend niedrig bei nur 15,9 % der Grundgesamtheit von 1.499 Wahlberechtigten, d.h. in der Gemeinde hauptgemeldeten Personen im Alter von 16 Jahren und älter.

Es gab auch Probleme bei der Kommunikation der Befragung. Von der Projektleitung wurde leider verabsäumt, die beiden damals im Gemeinderat vertretenen Fraktionen gleichzeitig zu informieren. Dies führte dazu, dass die Oppositionsliste anfangs der Meinung war, dass dies eine PR-Aktion des Bürgermeisters wäre. Die Wogen konnten zwar gerade noch geglättet werden, für die Beteiligung an der Befragung war dies aber sicher nicht förderlich. Nach der Auswertung wurde die Gemeindebevölkerung im Juni 2014 über die Gemeindezeitung informiert. Auch hier ließen sich keine moderierten Workshops oder Aktivitäten zur Förderung sozialer Netze in der Gemeinde aufgrund mangelndem Interesse aller Beteiligten umsetzen.

Prüfung der Repräsentativität der Stichprobe

In dieser Projektgemeinde wurde die Stichprobe anhand der Daten der Gemeindeinformationen Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria (Stand 1.1.2013) verglichen. Berücksichtigt wurden nur jene Fragebögen, wo die Strukturdaten angeführt waren. Die Stichprobe bildet die Grundgesamtheit unter allen drei Projektregionen am besten ab. Die Abweichungen zwischen Stichprobe und Grundgesamtheit liegen bei kaum mehr als 5%. Trotz einer sehr niedrigen Rücklaufquote ist daher die Aussagekraft relativ hoch.

Tabelle 3: Stichprobenvergleich mit der Grundgesamtheit in der Projektgemeinde des Frauenbeschäftigungsprojekts

Alter	Stichprobe	Grundgesamtheit	Abweichung %
16 bis 29	33	248	-1,18
30 bis 44	38	319	-3,99
45 bis 60	60	376	3,75
älter als 60	49	328	1,42
Geschlecht (ab 16)			
Männer	97	624	2,23
Frauen	92	647	-2,23
Ausbildung			
Pflichtschule	28	276	-4,85
Lehre, Fachschule	56	449	-1,59
AHS, BHS	58	409	2,76
Universität, FHS	24	137	3,68
Beschäftigung			
Land- und Forstwirtschaft	7	48	-0,03
Andere Wirtschaftsbereiche	101	715	-2,24
Haushalt	3	88	-5,32
Ausbildung älter 15	12	72	0,75
Pension	61	328	6,81
Arbeitslos	3	20	0,03

Quelle: Eigene Darstellung

Korrelationsanalyse Sozialkapital

Anhand der absoluten Werte in den Häufigkeitstabellen zeigt sich, dass die Mehrzahl der Gemeindebevölkerung mit ihrem Leben, Gesundheit, Umweltqualität, Familiensituation, Wohnsituation und Nachbarschaft relativ zufrieden ist. Das Vertrauen in die Mitmenschen und die Bereitschaft für Freiwilligenarbeit sind groß. Auch der Zugang und die Qualität des Bildungs- und Gesundheitssystems und der Kinderbetreuung werden in Summe positiv gesehen, allerdings wird die Qualität der öffentlichen Verkehrsmittel etwas schlechter beurteilt.

Beim Chi-Quadrat Test nach Pearson lassen sich allerdings einige signifikante Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen erkennen. Pensionisten zeigen im Vergleich zu jüngeren Personen eine signifikant geringere Zufriedenheit mit ihrer Lebenssituation, insbesondere mit ihrer persönlichen Sicherheit. Dieses Ergebnis könnte man dahingehend interpretieren, dass sich die Gemeinde in den letzten Jahrzehnten als Stadtrandgemeinde sehr dynamisch entwickelt hat. Die Bevölkerungszahl hat stark zugenommen, die Umwelt hat sich verändert und die sozialen Netze zu den neu Zugewanderten sind nicht sehr engmaschig. Dies führt bei älteren Menschen zu Verunsicherung, während Jüngere sich darauf bes-

ser einstellen können. Landwirte sind mit ihrer Gesundheit und auch mit der Beziehung zu ihren Berufskollegen weniger zufrieden als die übrigen Erwerbstätigen. Andererseits beurteilen diese im Vergleich dazu den Zugang zum öffentlichen Verkehr und Sozialwohnungen signifikant besser. Möglicherweise sind sie selber davon auch weniger betroffen und dadurch weniger kritisch eingestellt. Sehr kritisch zum öffentlichen Verkehr äußern sich Personen mit einem höheren Bildungsniveau. Der Anteil der Personengruppe mit zumindest Matura liegt in dieser Gemeinde mit 38 % mehr als doppelt so hoch wie in den beiden anderen Projektregionen. Einerseits hängt dies mit der Nähe zu St. Pölten und Wien, andererseits mit dem Zuzug relativ gut gebildeter Personen zusammen. Diese Personen sind relativ schlecht im Gemeindeleben integriert. Möglicherweise entspricht das Angebot an örtlichen sozialen und kulturellen Organisationen und Vereinen nicht immer deren Wünschen. Jedenfalls liegt hier ein großes Potential an Sozialkapital für die Gemeinde, welches noch erschlossen werden könnte.

Ältere Menschen zeigen ein signifikant höheres Interesse an Politik und Religion, für Frauen und Mädchen haben Freunde eine größere Bedeutung als für Männer und Burschen. Landwirte in der Gemeinde legen weniger Wert auf Freizeit, sind aber stärker in politischen Parteien und Interessensvertretungen verankert. Diskriminierung wird von jüngeren und gebildeteren Personen stärker thematisiert. Die Bereitschaft eine Nachbarschaftshilfe zu erhalten und zu leisten ist bei den Jüngeren größer. Nach dem Geschlecht differenziert dabei nur die Möglichkeit „über persönliche Probleme zu reden“, welche bei Männern signifikant schwächer ausgeprägt ist. Ältere Menschen zeigen traditionellere Formen zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Beteiligung. Für sie ist in dieser Hinsicht vor allem wichtig, an Wahlen teilzunehmen und die Steuern zu bezahlen. Höher Gebildete haben auch andere politische Ausdrucksformen, wie Unterschriftenlisten, Volksbegehren oder Bürgerinitiativen.

Tabelle 4: Ergebnisse der Korrelationsanalyse für die Projektgemeinde des Frauenbeschäftigungsprojekts

Zufriedenheit	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Beruf	-0,117 ~	-0,054	+++	0,037	0,020	-0,070	0,058
Gesundheit	-0,164 ~	0,179	-0,275 **	0,005	-0,007	-0,198 **	-0,008
persönliche Sicherheit	0,002	0,246 *	-0,285 **	0,111	0,027	0,026	0,054
Haus, Wohnung	-0,007	-0,058	-0,030	0,021	0,094	-0,073	0,102
Beziehung ArbeitskollegInnen	-0,186	0,083	+++	-0,005	0,114	-0,179 **	0,128
Sozialleben	-0,046	0,043	-0,203 *	0,114	0,095	0,098	0,116
Familiensituation	0,033	0,035	-0,053	0,063	-0,080	0,076	-0,109 *
Leben ganz allgemein	-0,024	0,143	-0,184 *	0,166	-0,028	-0,098	-0,037
Nachbarschaft	-0,053	-0,046	-0,152 *	0,032	0,095	0,148	-0,013
Luftqualität	0,094	0,186	-0,129	0,087	0,125	0,048	0,060
Finanzielle Situation	-0,027	0,099	-0,156	0,150	0,030	0,078	0,057 *
Demokratie in der Gemeinde	-0,059	0,128	-0,005	0,071	0,042	0,201	-0,002
Demokratie in Österreich	-0,022	0,140	-0,070	0,111	0,082	0,072	-0,030
Demokratie in der EU	-0,065	0,116 *	-0,124	0,188	0,050	0,022	-0,049

Zufriedenheit	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Zugang öffentliche Verkehrsmittel	0,090	-0,150	0,071	-0,216 **	-0,019 *	0,389 ***	0,018
Qualität öffentliche Verkehrsmittel	0,044	-0,081	0,107	-0,187 ~	-0,014	0,338 ***	0,086
Zugang Bildungssystem	-0,004	0,057	-0,145	0,141	0,102	0,191	0,019
Qualität Bildungssystem	-0,084 ~	-0,018	-0,009	0,110 *	0,097	0,053	-0,068 ~
Zugang Gesundheitssystem	0,020	0,042	0,008	0,126	0,134	0,137	-0,020
Qualität Gesundheitssystem	0,052	0,068	0,084	0,078	0,222 *	0,149	0,087
Zugang Sozialwohnungen	0,037	0,006	0,044	0,076	0,079	0,352 ***	0,129
Qualität Sozialwohnungen	0,060	-0,047	0,066	-0,034	-0,003	0,338 ***	0,138 ~
Zugang Weiterbildungsangebote	-0,035	-0,027	-0,012	0,109	0,144	0,169	0,034
Qualität Weiterbildungsangebote	-0,092	0,000	0,040	0,091	0,136	0,143	0,036
Zugang Kinderbetreuungseinrichtung	-0,034	0,059	-0,086	0,073	0,007	0,176	-0,055 *
Qualität Kinderbetreuungseinrichtung	-0,104	0,100	-0,071	0,079	-0,014	0,188	-0,022

Bedeutung	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Vertrauen und Sozialleben	-0,027	0,024	-0,029	0,050	-0,011	0,115	-0,190 *
Familie	-0,128	-0,102 **	0,090	0,050	-0,023	0,208	0,064
Freunde	-0,255 **	0,180 ~	-0,071 *	0,107	0,090	-0,061	0,057
Freizeit	-0,182	0,156	-0,054	-0,011	-0,032 **	-0,294 **	0,017
Politik	-0,018	0,025	0,163 **	-0,105	-0,003	0,075	0,286 **
Religion	-0,222 *	-0,238 **	0,298 ***	-0,143 ~	0,192 ~	0,088	-0,009
Beruf	0,073	0,124	+++	-0,133	0,000	0,072	-0,001
Freiwilligenarbeit	0,121	0,023	0,232 *	-0,116	0,155	0,127	0,147

Soziale Kontakte	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Treffen mit Freunden	-0,169	0,283 **	-0,039	0,086	-0,042	-0,011	0,188
Treffen mit ArbeitskollegInnen	0,133	0,242 *	+++	-0,026	0,101	0,035	0,182
Treffen mit Nachbarn	-0,045	-0,185 *	0,222 *	-0,154	0,188 ~	0,115	-0,034
anderen Leuten helfen	0,080	0,267 **	-0,341 ***	0,101	0,243 **	0,051	0,093

Fallstudien

Politik	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Diskussion über Politik	0,118	-0,037	-0,029	0,048	0,045	0,024	0,289 **
Verbundenheit mit Partei	0,152 *	-0,041	0,253 **	-0,200 **	0,191 **	0,298 **	0,238 **
aktive Rolle	0,235 **	0,100	0,019	0,059	0,275 **	0,066 **	+++

Diskriminierung	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Arbeitsplatz, Arbeitssuche	-0,008	0,208 *	-0,637 ***	0,271 ***	-0,091	-0,093	-0,081
Behörden	-0,023	0,143	-0,360 ***	0,181 *	-0,112	0,095	0,032
Wohnungssuche	-0,001	0,223 **	-0,450 ***	0,168 ~	-0,121	-0,113	-0,036
Reisen, Einkaufen, Ausgehen	0,016	0,141	-0,408 ***	0,194 *	-0,073	-0,065	0,029
Schule, Hochschule	-0,017	0,237 **	-0,470 ***	0,207 *	-0,115	-0,103	-0,036 **

Unterstützung erhalten	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Haushalt, Garten, Einkaufen usw.	-0,078	0,117	-0,049	0,167 *	0,089	-0,032	-0,002
Betreuung Haushaltsmitglied	-0,119	-0,057	0,013	0,059	0,203 **	-0,061	0,138 ~
Waschen, Anziehen, Essen usw.	-0,026	0,163 *	0,060	-0,048	0,075	-0,027	0,127
Ausfüllen Förderungsantrag	-0,031	0,158 *	-0,033	0,071	0,092	-0,124	0,061
über pers. Probleme reden	-0,209 **	0,207 **	-0,247 **	0,221 **	0,054	-0,173	0,052
Geld ausborgen können	0,021	0,405 ***	-0,143 *	0,065	0,110	-0,160	0,031
wertvolle Gegenstände	-0,050	0,140 ~	-0,278 ***	0,141 ~	0,143 *	-0,042	0,150 *
Hilfe bei Bedrohung, Belästigung	-0,109	0,075	-0,212 **	0,180 *	0,085	-0,143	0,171 *
in keiner dieser Situationen	0,112	-0,149 *	0,146 *	-0,124	-0,071	0,160	0,001

Unterstützung gewähren	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Haushalt, Garten, Einkaufen usw.	0,036	0,127	-0,226 **	0,217 **	0,074	-0,098	0,066
Betreuung Haushaltsmitglied	-0,137 ~	-0,086	0,001	0,075	0,188 **	0,016	0,085
Waschen, Anziehen, Essen usw.	-0,074	0,163 *	-0,014	-0,016	0,139 ~	0,134	0,146 *
Ausfüllen Förderungsantrag	0,092	0,134	-0,308 ***	0,293 ***	0,232 **	-0,094	0,095
über pers. Probleme reden	-0,152 *	0,194 **	-0,314 ***	0,250 **	0,058	-0,139	0,083
Geld verborgen können	-0,015	0,341 ***	-0,193 **	0,147 *	0,042	-0,070	0,094
wertvolle Gegenstände	-0,114	0,098	-0,270 ***	0,127	0,137 ~	0,027	0,108
Hilfe bei Bedrohung, Belästigung	-0,026	0,174 *	-0,259 ***	0,214 **	0,135 ~	-0,164	0,212 **
in keiner dieser Situationen	0,033	-0,085	0,221 **	-0,094	-0,134	0,036	-0,065

Mitgliedschaft	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Sportverein	0,066	0,014	-0,053	0,117	-0,060	-0,045	0,187 *
Musik-, Kultur-, Kunst-, Bildungsverein	-0,053	0,035	0,086	0,059	0,287 ***	-0,034	0,027
Kirche, Religionsgemeinschaft	-0,049	-0,041	0,060	0,049	0,192 **	0,023	-0,066
Gewerkschaft	0,033	-0,002	-0,052	0,033	0,119	-0,016	-0,005
karitative oder soziale Vereinigung	0,049	0,042	-0,087	0,150 *	0,184 *	-0,122	0,016
berufliche Interessensvertretung	0,129	0,118	-0,199 **	0,202 **	0,186 **	0,093	-0,007
Umwelt-, Tierschutzorganisation	0,100	0,104	0,091	0,079	0,215 **	-0,058	0,121
politische Partei	0,075	-0,172 *	0,004	0,133	0,177 *	0,346 ***	0,215 **
Seniorenvereinigung	-0,048	-0,138	0,386 ***	-0,317 ***	0,047	0,367 ***	0,001
Entwicklungshilfe, Menschenrechte	0,037	0,059	0,011	0,100	0,299 ***	-0,058	0,215 **
Konsumentenschutz	0,118	-0,102	0,010	0,149 *	0,105	-0,052	-0,039
Sonstige (Frauen, regionale Initiativen)	0,088	0,010	-0,021	0,067	0,161 *	0,100	0,271 ***
Patienten- und Behindertenschutz	0,047	-0,033	0,139 ~	0,005	0,119	-0,036	0,182 *
Schutz Rechte älterer Menschen	0,029	-0,080	0,240 **	-0,091	0,180 *	+++	0,110
keine der angeführten Organisationen	-0,040	-0,057	0,005	-0,164 *	-0,159 *	-0,011	-0,031

Fallstudien

Geld spenden	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Sportverein	0,054	-0,057	-0,129	0,122	-0,082	-0,075	0,095
Musik-, Kultur-, Kunst-, Bildungsverein	0,087	-0,177 **	0,042	0,009	0,170 *	0,011	0,018
Kirche, Religionsgemeinschaft	0,022	-0,167 *	-0,003	-0,023	0,245 **	0,088	-0,031
Gewerkschaft	0,007	-0,062	-0,056	0,014	0,186 **	0,018	-0,034
karitative oder soziale Vereinigung	0,076	-0,118	-0,025	0,329 ***	0,048	-0,222 *	-0,057
berufliche Interessensvertretung	0,161 *	-0,080	-0,039	0,146 *	0,065	-0,052	0,202 **
Umwelt-, Tierschutzorganisation	0,078	-0,069	0,041	0,154 *	-0,067	-0,129	-0,025
politische Partei	0,064	-0,110	-0,062	0,056	0,153 *	-0,097	0,121
Seniorenvereinigung	-0,074	-0,121	0,171 *	-0,233 **	0,082	0,184 ~	-0,058
Entwicklungshilfe, Menschenrechte	-0,121	-0,057	0,040	0,160 *	0,036	-0,034	0,196 **
Konsumentenschutz	0,095	-0,080	0,170 *	0,057	0,065	+++	0,110
Sonstige (Frauen, regionale Initiativen)	-0,111	-0,033	-0,140 ~	0,134	0,028	0,069	-0,039
Patienten- und Behindertenschutz	-0,225 **	-0,158 *	0,027	-0,002	0,195 **	0,160	0,229 **
Schutz Rechte älterer Menschen	0,101	-0,050	0,151 *	0,065	0,149 *	+++	0,146 *
keine der angeführten Organisationen	0,040	0,158 *	-0,178 *	0,018	-0,112	0,040	0,080

Freiwilligenarbeit	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Sportverein	0,122	0,061	-0,100	0,077	0,005	0,003	0,147 *
Musik-, Kultur-, Kunst-, Bildungsverein	-0,105	-0,009	0,013	-0,005	0,383 ***	-0,045	0,034
Kirche, Religionsgemeinschaft	-0,105	-0,160 *	0,041	-0,020	0,518 ***	0,221 *	0,047
Gewerkschaft	0,039	-0,062	-0,084	0,113	0,257 ***	-0,089	0,034
karitative oder soziale Vereinigung	0,033	0,090	-0,145 *	0,251 **	0,337 ***	-0,145 *	0,011
berufliche Interessensvertretung	0,070	0,029	-0,109	0,080	0,180 *	0,300 **	0,083
Umwelt-, Tierschutzorganisation	-0,005	-0,008	-0,056	0,161 *	0,050	-0,052	-0,015
politische Partei	0,051	-0,127	0,000	-0,014	0,504 ***	0,284 **	0,147 *
Seniorenvereinigung	-0,004	-0,062	0,136 ~	-0,057	0,340 ***	-0,025	0,110
Entwicklungshilfe, Menschenrechte	0,029	0,007	0,100	-0,017	0,295 ***	-0,025	0,165 *
Konsumentenschutz	+++	+++	+++	+++	+++	+++	+++
Sonstige (Frauen, regionale Initiativen)	0,039	0,050	-0,020	0,057	0,212 **	0,184 ~	0,110
Patienten- und Behindertenschutz	-0,004	0,026	-0,020	0,113	0,212 **	-0,036	0,202 **
Schutz Rechte älterer Menschen	-0,003	-0,050	0,151 *	-0,082	0,329 ***	+++	0,206 **
keine der angeführten Organisationen	0,058	-0,064	0,104	-0,184 *	-0,317 ***	-0,160	-0,118

Zivilengagement	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
an politischen Wahlen teilgenommen	-0,109	0,083	-0,074	0,075	0,053	-0,146	0,122
Unterschriftenliste, Volksbegehren	0,027	0,106	-0,244 **	0,245 **	0,059	0,060	0,034
bestimmte Produkte boykottiert	-0,004	-0,063	-0,074	0,123	0,023	0,089	0,181 *
absichtl. bestimmte Produkte gekauft	-0,041	0,029	-0,097	0,181 *	0,027	-0,036	0,030
Politiker, Mandatar aufgesucht	0,106	-0,001	-0,081	0,175 *	0,148 *	0,356 ***	0,327 ***
Demonstration teilgenommen	0,124	0,050	-0,084	-0,057	-0,039	0,243 *	0,078
Bürgerinitiative, soziale Organisation	0,136	0,010	-0,157 *	0,162 *	0,258 ***	-0,079	0,001
Streiks teilgenommen	0,071	-0,035	-0,048	-0,082	-0,022	-0,025	-0,036
Pickelr, Abzeichen getragen	0,100	0,232 **	0,028	-0,024	0,119	-0,044	0,092
in politischer Partei mitgearbeitet	0,106	-0,121	-0,035	0,039	0,223 **	0,465 ***	0,271 ***
illegale Protestaktion	+++	+++	+++	+++	+++	+++	+++
nichts dergleichen	0,033	0,138	0,096	-0,172 *	-0,089	0,213 *	-0,135

Wichtige Eigenschaften	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
immer bereit sein zu helfen	0,020	0,112	0,044	-0,068	0,042	-0,021	0,074
immer Gesetze, Regeln einhalten	0,156 *	0,080	0,012	0,007	-0,070	-0,160	0,013
immer bei Wahlen teilnehmen	0,018	0,012	0,218 **	-0,002	-0,140 ~	0,182 ~	0,050
immer Steuern zahlen	0,090	-0,011	0,207 **	-0,109	0,005	-0,055	-0,027
sich nie bestechen lassen	-0,035	-0,208 **	0,115	-0,021	-0,064	-0,214 *	0,018
nie öffentl. Mittel unrecht annehmen	-0,006	-0,096	-0,083	0,134	0,034	0,279 **	0,042
nie gestohlenen Dinge kaufen	0,010	-0,113	-0,036	-0,016	0,085	-0,075	-0,066
nie Schwarzarbeit akzeptieren	0,014	-0,077	0,174 *	-0,117	0,063	-0,044	0,074

Pearson-R², Chi-Quadrat nach Pearson, Legende der nach sozialwissenschaftlichen Konventionen festgelegten Signifikanzniveaus *** p<0,001, ** p<0,010, * p<0,050
~ p<0,060 (marginal signifikant), +++ keine oder zu geringe Fallzahl

3.2.3 Betreuungs- und Qualifizierungsprojekt für langzeitarbeitslose Frauen

Beim untersuchten Betreuungs- und Qualifizierungsprojekt für langzeitarbeitslose Frauen handelt es sich um einen sozialökonomischen Betrieb, der auf einer Landwirtschaft angesiedelt ist. Nach Wiesinger werden als Soziale Landwirtschaft soziale, pflegerische, therapeutische und pädagogische Maßnahmen und Leistungen definiert, die auf land- und forstwirtschaftlichen Betrieben professionell, in geplanter Weise systematisch und mit den gegebenen betrieblichen Ressourcen angeboten werden (Wiesinger et al. 2013: 130). Die Aktivitäten des untersuchten Projektes werden in der beschriebenen Form auf einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb durchgeführt und fallen deshalb in die Kategorie einer Sozialen Landwirtschaft. Im Folgenden werden zunächst die Rahmenbedingungen dargestellt, die für das Projekt relevant sind. Diese umfassen neben dem Wesen und den Aufgaben sozialökonomischer Betriebe auch relevante Themen rund um den Arbeitsmarkt. Anschließend werden verschiedene Aspekte des untersuchten Projektes beschrieben (beispielsweise Entstehung, finanzielle Aspekte, Klientinnen, Bezug zur Gemeinde, Erfolge und Herausforderungen etc.).

Rahmenbedingungen des Projekts

Sozialökonomische Betriebe

Sozialökonomische Betriebe (SÖBs) sind unter anderem vom Arbeitsmarktservice (AMS) geförderte Sozialökonomische Integrationsunternehmen (siehe Exkurs). Sie stellen zeitlich befristete Arbeitsplätze, sogenannte Transitarbeitsplätze (siehe Exkurs) für Menschen zur Verfügung, die schon lange arbeitslos sind und sollen ihnen helfen, wieder eine Beschäftigung am Regelarbeitsmarkt zu finden. Die Arbeitsbedingungen kommen jenen in profitorientierten Unternehmen sehr nahe, bieten aber auch ausreichend Schutz, um die TransitmitarbeiterInnen beim Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt (siehe Exkurs) zu unterstützen. Eine Besonderheit der SÖBs ist die Verbindung von wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsmarktpolitischen Zielen. So müssen sie einen Teil der Kosten selber erwirtschaften, indem sie Produkte oder Dienstleistungen zu am Markt üblichen Preisen anbieten (arbeit plus 2016).

Die *Aufgaben Sozialökonomischer Betriebe (SÖB)* umfassen u.a. die Bereitstellung befristeter Arbeitsplätze für arbeitsmarktferne Personen, die Organisation von Betreuungs- und Trainingsmöglichkeiten im Rahmen der wirtschaftlichen Aktivitäten des Betriebes, die umfassende Beratung und Betreuung der TransitmitarbeiterInnen durch SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen und die gezielte Qualifizierung der TeilnehmerInnen, um deren Chancen auf einen Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die SÖBs erfüllen ihre Aufgaben als Dienstleistung für das Arbeitsmarktservice (AMS). Aus diesem Grund werden die Kosten für die Beschäftigung der Transitarbeitskräfte, deren Qualifizierung und sozialpädagogische Betreuung, die Unterstützung bei der Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt sowie die Beschäftigung von Schlüsselarbeitskräften gefördert. In einer Fördervereinbarung zwischen dem AMS und dem SÖB werden die geförderten Kosten jedes Jahr festgelegt (arbeit plus 2016).

Betrachtet man die *Organisationsstruktur der gemeinnützigen, arbeitsmarktpolitischen Unternehmen* in Österreich, so sind diese seit mehr als 30 Jahren in einem Netzwerk mit dem (neuen) Namen „arbeit plus“ (vormals: Bundesdachverband für Soziale Unternehmen, bdv austria) verbunden. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk von neun Landesorganisationen mit insgesamt 200 Mitgliedsunternehmen. Die niederösterreichische Landesorganisation „NÖ Dachverband für Bildung, Beratung und Beschäftigung (nöb)“ besteht seit 1997 und vernetzt knapp 50 gemeinnützige Mitgliedsunternehmen in den Bereichen Beschäftigung, Beratung und Qualifizierung. Das im Rahmen dieser Studie untersuchte Projekt ist eines der niederösterreichischen Mitgliedsunternehmen (arbeit plus 2016, noeb 2016).

EXKURS:**DEFINITIONEN WICHTIGER BEGRIFFE RUND UM SOZIALWIRTSCHAFT UND ARBEITSMARKTPOLITIK IN ÖSTERREICH****Arbeitsmarktferne Personen**

Diese Zielgruppen-Definition wurde 2012 vom AMS eingeführt und umfasst jene Menschen, die im vergangenen Jahr keine oder nur instabile Beschäftigungsverhältnisse vorweisen können. (<http://www.arbeitplus.at/lexikon/arbeitsmarktferne-personen/>)

Dritter Arbeitsmarkt

Der „Dritte Arbeitsmarkt“ oder „Ersatzarbeitsmarkt“ bietet mit Hilfe staatlicher Förderungen dauerhaft geförderte Arbeitsplätze an. Es ist somit ein geschützter Bereich für jene Menschen, die am regulären Arbeitsmarkt keine Chance auf Beschäftigung haben. Ein Beispiel dafür sind die geschützten Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. (<http://www.arbeitplus.at/lexikon/#dritter-arbeitsmarkt>)

Erster Arbeitsmarkt

Als „ersten Arbeitsmarkt“ oder „regulären“ Arbeitsmarkt bezeichnet man jenen Bereich, in dem sich auf Grundlage der Marktwirtschaft ArbeitnehmerInnen und Wirtschaftsunternehmen (oder öffentliche Einrichtungen) als VertragspartnerInnen gegenüberstehen. (<http://www.arbeitplus.at/lexikon/#erster-arbeitsmarkt>)

Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte (GBP)

„Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte“ haben die gleiche Aufgabe wie Sozialökonomische Betriebe (zur Verfügungstellung von zeitlich befristeten und relativ geschützten Arbeitsplätzen für arbeitsmarktferne Personen). Im Gegensatz zu den SÖBs müssen sie aber nicht am freien Markt tätig sein und stehen auch nicht in Konkurrenz zu profitorientierten Unternehmen. Sie müssen aber Produkte herstellen und Dienstleistungen anbieten, „an denen ein öffentliches oder gemeinnütziges Interesse besteht“. (<http://arbeitplus.at/lexikon/gemeinnuetzige-beschaeftigungsprojekte/>)

SchlüsselmitarbeiterInnen

Als „SchlüsselmitarbeiterInnen“ werden die qualifizierten Führungs- und Fachkräfte in Sozialen Unternehmen bezeichnet. Ihre Zuständigkeit umfasst die Ausbildung und Anleitung der TransitmitarbeiterInnen sowie deren Betreuung in sozialarbeiterischer Hinsicht. Die SchlüsselmitarbeiterInnen unterstützen die TransitmitarbeiterInnen dabei ihre beruflichen Fähigkeiten zu erweitern, um wieder eine langfristige Arbeit finden zu können. (<http://www.arbeitplus.at/lexikon/#schluesselmitarbeiterinnen>)

Soziale Integrationsunternehmen (SIU)

Mit dem Überbegriff „Soziale Integrationsunternehmen“ (SIU) werden gemeinnützige Unternehmen bezeichnet, die arbeitsmarktferne Menschen beschäftigen, qualifizieren und umfassend betreuen um sie auf diese Weise beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Der Begriff umfasst sozialökonomische Betriebe (SÖB), gemeinnützige Beschäftigungsprojekte (GBP) und Beschäftigungsgesellschaften (BG). (<http://www.arbeitplus.at/lexikon/#soziale-integrationsunternehmen>)

TransitmitarbeiterInnen

„TransitmitarbeiterInnen“ sind arbeitsmarktferne Personen, die aus unterschiedlichen Gründen schon lange keine Arbeit mehr haben. Durch befristete Arbeitsplätze in Sozialen Integrationsunternehmen – sogenannte „Transitarbeitsplätze“ – sollen sie die Chance erhalten, wieder eine ungeforderte Beschäftigung zu finden. In der Regel werden Transitmitarbeiterinnen zwischen sechs Monaten und einem Jahr beschäftigt (Unterschiede je nach Bundesland; Sonderregelungen für Menschen, die kurz vor der Pensionierung sind). Betreffend die Arbeitsbedingungen sollen Transitarbeitsplätze jenen in profitorientierten Betrieben ähnlich sein, jedoch gleichzeitig ausreichend geschützt, damit die Betroffenen Schritt für Schritt wieder am ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können. (<http://www.arbeitplus.at/lexikon/transitmitarbeiterinnen/>)

Zweiter Arbeitsmarkt

Der „zweite Arbeitsmarkt“ besteht aus Arbeitsplätzen, die mit Hilfe von staatlichen Förderungen aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik geschaffen werden. Dabei handelt es sich um zeitlich befristete Arbeitsplätze, die arbeitsmarktferne Menschen beschäftigen sowie schrittweise auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt vorbereiten sollen. In der Regel werden Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt von gemeinnützigen ArbeitgeberInnen wie Vereinen oder gemeindenahen Einrichtungen zur Verfügung gestellt, ein Beispiel dafür sind die Transitarbeitsplätze in Sozialen Integrationsunternehmen. (<http://www.arbeitplus.at/lexikon/zweiter-arbeitsmarkt/>)

Territorialer Beschäftigungspakt

Das untersuchte Frauenbeschäftigungsprojekt ist auch eines jener Projekte, die im Rahmen des Niederösterreichischen Beschäftigungspaktes unterstützt und finanziert werden.

Beim Niederösterreichischen Beschäftigungspakt handelt es sich um eine Partnerschaft des Landes Niederösterreich mit AMS NÖ, Sozialministerium Service NÖ, Gemeindevertreterverbände, Industriellenvereinigung NÖ, Arbeiterkammer NÖ, Landesschulrat NÖ und der Wirtschaftskammer NÖ mit dem Ziel zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage in Niederösterreich beizutragen. Als Zielgruppen werden Frauen, Ältere, Jugendliche, Langzeitarbeits- bzw. -beschäftigungslose Menschen mit besonderen Bedürfnissen, gering Qualifizierte und bMS-BezieherInnen definiert. Die Projektbereiche umfassen beispielsweise Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte, Sozialökonomische Betriebe, Pilotprojekte im Zweiten Arbeitsmarkt u.v.m. (Noetep 2016).

Definition Territoriale Beschäftigungspakte

„Territoriale Beschäftigungspakte (TEP) sind vertraglich vereinbarte regionale Partnerschaften zur Verknüpfung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit anderen Politikbereichen, um zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den Regionen beizutragen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit soll die Wirksamkeit und Effizienz des Mitteleinsatzes erhöhen, die Betreuung bestimmter Zielgruppen verbessern, Arbeitsplätze sichern und schaffen, Fördermittel für die Region gewährleisten und den Lebensraum nachhaltig sichern.“ (BKA, 2014)

https://www.bka.gv.at/site/Cob_29649/6100/DesktopDefault.aspx

*Arbeitsmarktsituation**Prognosen zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Österreich*

Eine vom AMS beauftragte Studie kommt im Hinblick auf die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Österreich bis 2019 zu folgenden Ergebnissen: Betreffend die Wirtschaftsentwicklung ist von einem mittlerem BIP-Wachstum von 0,9 % auszugehen, was einer weitgehenden wirtschaftlichen Stagnation entspricht. Es werden rund 212.400 zusätzliche Personen ihre Arbeitskraft am österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen, der Großteil davon Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft. Das Beschäftigungswachstum beschleunigt sich nur unwesentlich und wird in etwa 26.500 Stellen pro Jahr betragen (insgesamt rund 132.400 neue Stellen), Großteils in der Dienstleistungsbranche und die Mehrheit davon in Teilzeitbeschäftigung. Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen und die Arbeitslosenquote wird ausgehend von 8,4 % im Jahr 2014 auf 9,9 % im Jahr 2019 zunehmen. (Altenecker & Frick 2015)

Betreffend die konkrete Arbeitsmarktsituation im Umland von St. Pölten weist eine Interviewpartnerin darauf hin, dass hier städtische Arbeitslosigkeitsphänomene zu finden sind. Dies bedeutet beispielsweise eine relativ große Gruppe mit geringem Qualifizierungsniveau, Obdachlosenproblematik, Überschuldung, teilweise auch Drogen. Aus diesem Grund finden sich in dieser Region relativ viele Beschäftigungsprojekte.

Langzeitarbeitslosigkeit

Nach AMS-Definition werden als langzeitarbeitslos jene Personen bezeichnet, die über ein Jahr durchgehend als arbeitslos vorgemerkt sind. Kurze Unterbrechungen bis 28 Tage (z.B. durch kurze Schulungen, Krankenstand oder kurze Beschäftigungsepisoden) werden dabei nicht berücksichtigt (AMS, 2016). Da sich auch durch eine Unterbrechung der Arbeitslosigkeit (zum Beispiel für eine Qualifizierung) an der Beschäftigungssituation der betroffenen Person zunächst einmal nichts ändert, wurde vom AMS alternativ dazu das weiter gefasste *Konzept der Langzeitbeschäftigungslosigkeit (LZBL)* entwickelt um langanhaltende Arbeitslosigkeit zu messen. Eine Person gilt dann als langzeitbeschäftigungslos wenn sie zum Stichtag mehr als eine Geschäftsfalldauer von mehr als 365 Tage hatte, die Unterbrechungen werden dabei nicht mitgerechnet. Die Langzeitbeschäftigungslosigkeit lag im November 2015 bei einem Anteil von 31,6 % aller beschäftigungslosen Personen (AMS 2015). In den vergangenen Jahren ist im Trend ein Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit zu beobachten: während sie im November 2007 noch bei 2,7 %

lag, so waren es mit leichten Schwankungen im November 2015 bereits 13,3 %. Als Gründe dafür werden die angespannte Arbeitsmarktlage, die Schwerpunktverschiebung hin zu Beschäftigungsförderung, sowie die Tendenz des AMS längere (aber dafür weniger) Schulungen zu fördern, angeführt. Diese Zunahme wird als Hinweis auf eine Verfestigung von Arbeitslosigkeit angesehen. Menschen mit integrationshemmenden Merkmalen wie höherem Erwerbsalter, gesundheitlichen Einschränkungen und niedrigem Ausbildungsniveau weisen dabei ein höheres Risiko einer dauerhaften Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt auf (AMS 2015).

Arbeitslose Personen, bei denen eine geringe Aussicht auf direkte Wiedereingliederung in den regulären (ersten) Arbeitsmarkt (siehe Exkurs) besteht, erhalten in sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten einen Transitarbeitsplatz und dazu oftmals Qualifizierung und sozialpädagogische Betreuung mit dem Ziel, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern (AMS 2015).

Änderungen der Invaliditätspension

Durch das *Sozialrechtsänderungsgesetz 2012 (SRÄG 2012, BGBl. Nr. 3/2013)* wurde ab 1.1.2014 das Recht bei Invalidität (für ArbeiterInnen) und bei Berufsunfähigkeit (für Angestellte) für die Gruppe der „unter 50jährigen“ in der gesetzlichen Pensionsversicherung (PV) geändert. Ziel dieser Änderungen ist die verstärkte Arbeitsmarktintegration von gesundheitlich beeinträchtigten Menschen. Ein Pensionsanspruch besteht nur mehr dann, wenn Versicherte nicht medizinisch oder beruflich rehabilitiert werden können. Im Zuge dieser Novelle wurde die befristete Pension abgeschafft und die Zuständigkeiten in der beruflichen Rehabilitation neu geordnet. Als Ersatz für befristete Pensionen wird in der beruflichen Rehabilitation aus der Arbeitslosenversicherung ein Umschulungsgeld gewährt, in der Krankenversicherung gibt es ein Rehabilitationsgeld (AK, 2014).

Beschreibung des Projektes

Entstehung und Arbeitsschwerpunkte

Das untersuchte Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt für langzeitarbeitslose Frauen ist auf einem landwirtschaftlichen Betrieb angesiedelt. Ziel des Projektes ist es, die Teilnehmerinnen beim Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu unterstützen. Es wurde im Jahr 1996 vom Arbeitsmarktservice (AMS) St. Pölten in Zusammenarbeit mit dem AMS Niederösterreich initiiert. Der Grund dafür war die hohe Frauenerbeitslosigkeit und das geringe Stellenangebot für Frauen im Bezirk, zudem gab es zu dieser Zeit eine große Nachfrage nach Arbeitskräften im gärtnerischen Bereich (Projekthomepage).

„Die Initiative ist mehr oder weniger von der RGS [Anm.: Regionale Geschäftsstelle], also vom AMS [Anm.: Arbeitsmarktservice] ausgegangen. Und Grund war damals die Arbeitslosigkeit speziell von den Frauen und da wiederum eben speziell im gärtnerischen Bereich. Wir wollten ursprünglich etwas Anderes machen, in einem anderen Bereich. Und dann haben wir gesagt, nein, wir sollen im gärtnerischen Bereich etwas machen (EBO21, 9, 1-3).“

Heute werden im Rahmen des untersuchten Projektes verschiedene Arbeits- und Tätigkeitsbereiche angeboten. Im *eigenen Kräutergarten* werden eine Vielzahl von Kräutern und Gewürzen biologisch angebaut

und zu einer breiten Produktpalette verarbeitet, die auf Märkten und in ausgewählten Geschäften verkauft werden. Die Produkte umfassen beispielsweise spezielle Kräutertees, Gewürzmischungen, Kräuter- und Blütensalze, Blütenessig, Chutneys, Suppenwürze, Badesalz etc. Es wird ein *Catering* („*Gesunde Jause*“) betrieben, in dem kalte Speisen für Firmenveranstaltungen, Geburtstage, Arbeitspausen etc. hergestellt werden. Dafür werden unter anderem die eigenen Produkte aus dem Kräutergarten verarbeitet. Abgerundet wird das Dienstleistungsangebot durch eine *Grünflächenpflege*. Es werden Pflegeaufträge von Firmen, Gemeinden und Privatkunden übernommen. Die angebotenen Dienstleistungen umfassen dabei u.a. Rasenmähen, Strauchschnitt, Unkrautregulierung und Laubrechen (Projekthomepage). Ziel des Projektes ist es aber nicht, die teilnehmenden Frauen im gärtnerischen Bereich auszubilden, sondern ihnen Begleitung und Unterstützung zu bieten und ihre Vermittlungschancen auf- und auszubauen.

„Im Vordergrund ist nicht so die Ausbildung im gärtnerischen Bereich. Immer im Vordergrund ist bei uns immer die Frau zu unterstützen beim Aufbau von Vermittlungschancen. Alles was es dazu braucht. Und ich denke mir halt, dass im gärtnerischen Bereich das einfach eine gute Möglichkeit und eine gute Chance auch ist und dass man es ja ausprobieren kann und v.a. man ist draußen in der Natur (EB021, 21, 8-11).“

Stufenmodell der Integration (STUMO)

Aufbauend auf dem langjährigen Wissen verschiedener Vorläuferprojekte wurde von einigen Mitgliedern des *Niederösterreichischen Dachverbands für Bildung, Beratung und Beschäftigung (nöb)* ein Stufenmodell zur Integration arbeitsmarktferner Menschen in den Arbeitsmarkt entwickelt, das auch im untersuchten Projekt umgesetzt wird (nöb, 2016).

Das „**Stufenmodell der Integration**“ (STUMO) ist ein innovatives Integrationsmodell (Pilot), das seit 2014 im Rahmen von Beschäftigungsprojekten in Niederösterreich durchgeführt wird. Es handelt sich dabei um ein prozessorientiertes Modell für KundInnen des Arbeitsmarktservice Niederösterreich mit multifaktoriellen Vermittlungshemmnissen. Der Fokus liegt auf einem niederschweligen Zugang zum Transitarbeitsplatz und in weiterer Folge in den 1. Arbeitsmarkt. Das Stufenmodell beinhaltet folgende Neuerungen: Einzelmaßnahmen, wie Beratungseinrichtung, Beschäftigungsprojekt und Arbeitstraining sind als Förderkette aneinandergereiht, die mögliche Verweildauer im Projekt wurde verlängert und es ist damit die Möglichkeit geschaffen, arbeitsmarktferne und gesundheitlich eingeschränkte KundInnen des Arbeitsmarktservice Niederösterreich bei ihrer Entwicklung bis hin zur Integration in Beschäftigung zu unterstützen (AMS NÖ 2016).

Das Stufenmodell für Integration zielt darauf ab, folgende Zielgruppen in Sozialökonomische Betriebe (SÖBs) und Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte (GBPs) zu integrieren: erwerbslose Personen mit langer Vormerkdauer; Personen mit gesundheitlichen Problemen, die sehr eingeschränkt arbeitsfähig sind und keine Aussicht auf Invaliditätspension haben; arbeitsmarktferne und arbeitsentwöhnte Personen mit starken psychischen und physischen Einschränkungen; Bildungsferne Menschen ohne am 1. Arbeitsmarkt verwertbare Kenntnisse bzw. ohne abgeschlossene Berufsausbildung; Personen, die bisher nicht in SÖBs bzw. GBP bzw. das Arbeitstraining aufgenommen werden konnten, weil sie die Mindestanforderungen nicht erfüllen (nöb 2016).

Im Fall des untersuchten Frauenbeschäftigungsprojektes umfasst das Stufenmodell der Integration fünf Stufen (Projekthomepage):

- *Clearing – Stufe 1:* Diese Stufe beginnt mit dem Infotag und einer Abklärungsphase, die dazu dient Ängste abzubauen, Vertrauen zu schaffen und die Teilnehmerinnen zu motivieren sich auf Neues einzulassen. Mittels bedürfnisorientierter Beratung bereitet man die Teilnehmerinnen auf die Anforderungen am Arbeitsplatz, auf weitere Stufen im Rahmen des Projektes oder auf einen Wechsel in andere Einrichtungen vor.
- *Stundenweise Betreuung – Stufe 2:* Auf dieser Stufe wird in unterschiedlichen Bereichen eine Arbeitserprobung im Ausmaß von fünf Stunden pro Woche angeboten. Zusätzlich steht den Teilnehmerinnen eine Sozialarbeiterin für ebenfalls fünf Stunden pro Woche zur Verfügung.
- *Arbeitstraining – Stufe 3:* Hier erfolgt eine Kombination aus Arbeitstraining und sozialer Begleitung um Fertigkeiten und Fähigkeiten zu erweitern und zu fördern. Die Teilnehmerinnen werden 25 Stunden pro Woche von einer Arbeitsanleiterin und einer Sozialarbeiterin begleitet und für einen verbindlichen Arbeitseinsatz trainiert.
- *Transitarbeitsplatz – Stufe 4:* Im Rahmen des Transitarbeitsplatzes wird den Teilnehmerinnen ein Dienstverhältnis für maximal ein halbes Jahr in den Bereichen Landschaftspflege, Kräuterproduktion und Gesunde Jause angeboten. In dieser Zeit erfolgt eine weiterführende Begleitung durch Arbeitsanleiterinnen und Sozialarbeiterinnen. Parallel dazu wird im Bereich Outplacement durch Bewerbungsinitiativen die Integration in den ersten Arbeitsmarkt angestrebt.
- *Nachbetreuung – Stufe 5:* Wenn Teilnehmerinnen einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt gefunden haben, können sie während der Einarbeitungsphase in der neuen Firma eine maximal dreimonatige Unterstützung in Anspruch nehmen, um diesen auch zu behalten. Im Fall, dass Teilnehmerinnen ihre Tätigkeit im untersuchten Projekt ohne einen neuen Arbeitsplatz beenden, bleiben sie weiterhin in der Nachbetreuungsphase und werden maximal weitere sechs Monate bei der Arbeitssuche unterstützt.

Die Vorteile des neuen Stufenmodells liegen unter anderem darin, dass auch Frauen genommen werden können, die (anfangs) sehr wenig belastbar sind. Bei den stundenweise Betreuten gibt es oft Frauen, die nicht fähig sind, eine halbe Stunde zu sitzen. Dieses neue Arbeitsmodell gibt ihnen die Möglichkeit, „sich auszuprobieren“, zu testen wie belastbar sie sind. Das langsame Heranführen an die Gruppe gibt den Frauen zudem die Möglichkeit „aufzutauen“, andere Frauen und die ganze Gruppe langsam kennenzulernen. In den Stufen 1 und 2 gibt es für die Betreiberinnen auch noch keinen Vermittlungsdruck. Erst ab der Stufe 3 gibt es seitens des Auftraggebers (AMS) die Vorgabe 25 % der TeilnehmerInnen in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu überführen, in der Stufe 4 sollten es dann 40 % der Frauen sein.

Finanzielle Aspekte

Die Finanzierung des Projektes erfolgt aus Mitteln des Arbeitsmarktservice NÖ und dem Land Niederösterreich, als sozialökonomischer Betrieb muss im Rahmen des Projektes zudem ein Teil der Kosten

selbst erwirtschaftet werden. Zum Zeitpunkt der Interviews war das Projekt mit maximal 67 % der Gesamtkosten vom AMS gefördert, 33 % stammten vom Land NÖ und aus Eigenerwirtschaftung, wobei letztere ein Ausmaß von 10 % der jährlichen Kosten zu umfassen hatte. In der Vergangenheit gab es auch Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) (u.a. für ein Projekt namens *CAPA Clearing – Arbeits – Potenzial – Analyse*. Das in diesem Projekt erworbene Wissen ist – neben anderen Vorläuferprojekten – in die Entwicklung des Stufenmodells für Integration (STUMO) eingeflossen). Der Ausbau der Räumlichkeiten am Beginn des Projektes wurde ebenfalls von AMS und Land Niederösterreich finanziert. Die Gemeinde hat den Umbau mit 5.000 Euro unterstützt (Projekthomepage).

Seitens der Projektbetreiberinnen ist zum Erreichen der notwendigen Eigenfinanzierung ein gutes Ausbalancieren der verschiedenen Arbeitsbereiche nötig. Der Kräutergarten ist wirtschaftlich nicht wirklich attraktiv, hat aber einen wichtigen therapeutischen Effekt und wird deshalb als Standbein erhalten. Bei der Gesunden Jause gibt es wiederum die Einschränkung, dass die Ausbaumöglichkeiten eingeschränkt sind, weil man darauf achten muss, nicht in Konkurrenz mit anderen Anbietern zu geraten. Am meisten Einnahmen bringen die in der Gartenpflege durchgeführten Aufträge.

Neben der Finanzierung des Projekts gibt es auch einige finanzielle Aspekte, die die Klientinnen betreffen. Die KlientInnen des Arbeitsmarktservice sind verpflichtet, eine durch das AMS oder einen vom AMS beauftragten Dienstleister vermittelte zumutbare Beschäftigung anzunehmen. Wenn die Aufnahme einer solchen Beschäftigung verweigert wird oder am vom Klienten/von der Klientin gesetzten Verhalten scheitert, hat dies eine Sperre des Arbeitslosengeldanspruchs für eine gesetzlich festgelegte Dauer zur Folge. Zu ähnlichen Konsequenzen kann dies bei BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung führen (AMS Wien 2016).

Für die Klientinnen kann die Teilnahme am untersuchten Projekt zudem zu einer Schlechterstellung im Hinblick auf die Höhe des anschließenden Arbeitslosengeldanspruchs führen. Auch müssen die Klientinnen einen Teil der Fahrtkosten zum Arbeitsort im Projekt selber bezahlen.

Schwierigkeiten in der Umsetzung

Naturgemäß waren die Projektbetreiberinnen sowohl in der Anfangsphase als auch im laufenden Projektbetrieb mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert. Diese betrafen unter anderem die Suche nach einem Betriebsstandort, Vorbehalte in der Bevölkerung und das anfangs fehlende fachliche Knowhow.

Die Suche nach einem geeigneten Betriebsstandort gestaltete sich am Beginn des Projektes (Mitte der 1990er-Jahre) als sehr schwierig. Seitens der Initiatorinnen sollte die gesuchte Liegenschaft zwei Grundvoraussetzungen erfüllen: die Nähe zur nächstgelegenen Stadt bzw. die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln und die Möglichkeit einer biologischen Bewirtschaftung.

„Vor allem war die Suche nach einem geeigneten Objekt, das war das, was schwierig war, dass wir in Stadtnähe was kriegen. Das Um und Auf war, wir haben gesagt, wenn wir etwas machen, dann machen wir es biologisch. Und dass das zusammenpasst, eben das Biologische, die Stadtnähe, das war schwierig. Das war am Anfang sehr, sehr schwierig, dass wir da was gefunden haben (EBO21, 9, 6-10).“

Das Kriterium der Erreichbarkeit spielt insofern eine Rolle, als die meisten der Klientinnen selber nicht mobil sind, d.h. viele haben keinen Führerschein bzw. kein eigenes Auto. Da die meisten der Frauen keinen Führerschein haben bzw. es sich nicht leisten können, ihn zu machen, ist das ein wichtiges Thema, wenn es um zusätzliche Ausbildungen geht. Bei einigen Klientinnen kann im Zuge der Teilnahme im Projekt die Finanzierung des Führerscheins teilweise übernommen werden. Beim letztlich gefundenen Objekt war eine biologische Bewirtschaftung möglich, die öffentliche Erreichbarkeit war aber nicht gegeben. Deshalb wurden die Klientinnen von den Projektbetreiberinnen zunächst vom Bahnhof abgeholt, später wurde dann ein Shuttlebus eingerichtet.

Als schwierig gestaltet sich bei der Ortssuche auch die finanzielle Komponente. Es gab Angebote, die aber einen großen Umbau bedurft hätten und bei denen die Pachtzeit dann darüber hinaus auch noch befristet gewesen wäre.

„Denen geht es nicht um die Sache, was da unterstützt oder so gehört, sondern ein jeder will selber Geld verdienen (EBO21, 200, 1-2).“

„Also, das Geld spielt immer eine Rolle. Das ist das, was mir nicht so gefällt, weil ich mir denke, bitte wir sind eine soziale Einrichtung (EBO21, 209, 5-6).“

Das vermietete Objekt in N. war ursprünglich ein Schweinestall, für den eine sinnvolle Nachnutzung gesucht wurde. Bei der Suche nach Mietern waren die Vermieter völlig offen, es hätte auch ein Wirtschaftsbetrieb sein können. Auf ein Inserat in einer Zeitung hin hat sich das AMS gemeldet, da für das Projekt Räumlichkeiten mit Garten gesucht wurden. Auf diese Weise kam der Vertrag zustande, der mittlerweile unbefristet ist.

Ähnlich schwierig gestaltete sich die Ortssuche bei der Erweiterung des Projektes im Zuge des Umstiegs auf das Stufenmodell. Wieder war die Bedingung, einen Betrieb zu finden, der nicht zu ablegen und bereits kontrolliert biologisch wirtschaftend war. Da kein geeigneter Betrieb gefunden werden konnte, wurde der alte, erste Standort in N. beibehalten und ein zweiter Standort in St. Pölten eingerichtet.

Neben der Ortssuche gab es in der Anfangsphase auch einige andere Schwierigkeiten zu überwinden. Im Vorfeld gab es einige Vorbehalte gegenüber dem Projekt, beispielsweise kursierten Gerüchte, dass Haft-

entlassene betreut würden. Es dauerte längere Zeit und brauchte einige Bemühungen (wie z.B. das Veranstellen von Festen, Einladungen an die Nachbarn) bis es akzeptiert war. Rückschläge gab es, als verstärkt Frauen mit Migrationshintergrund bzw. mit Kopftuch im Projekt beschäftigt waren und beispielsweise zu den Vorstellungsgesprächen von ihrer ganzen Familie begleitet wurden. Besonders die älteren Ortsbewohner reagierten darauf mit Ängsten. Mittlerweile funktioniert die Nachbarschaft aber gut und es gibt keine Schwierigkeiten.

Eine weitere Herausforderung am Projektbeginn war, dass das Betreuerinnenteam anfangs auf keinerlei fachlichen Erfahrungen aufbauen konnte, sondern sich das ganze Wissen um Kräuteranbau etc. erst aneignen musste.

[Anm.: Seitens des AMS bzw. der Projektbetreuerinnen gab es am Beginn kein Vorwissen zum Gartenbau]

„(...) und wir haben uns dann eben Gärtnerinnen und damals war eine Drogistin, die sich mit Kräutern spezialisiert gehabt hat, die haben wir uns so nach und nach ins Boot geholt und mit dem haben wir dann das Ganze angelegt und die ganzen Informationen und alles was so war, wie gesagt, Stück für Stück dazu geholt (EB021, 11).“

Klientinnen und Aufgaben

Die Klientinnen werden zumeist vom AMS an das untersuchte Projekt vermittelt. Die einzelnen regionalen Geschäftsstellen des AMS verfügen über ein bestimmtes Kontingent an Plätzen, das sie vergeben können. Dieses Kontingent ist von den Geschäftsstellen jährlich zu bestellen und es muss dafür ein entsprechender Anteil vom eigenen Budget abgegeben werden. Manchmal geht die Initiative zur Teilnahme auch von den Frauen selber aus. Es kommt beispielsweise vor, dass Frauen, die bereits einmal im Projekt teilgenommen haben, ein weiteres Mal kommen möchten oder dass zum Beispiel die Tochter einer ehemaligen Teilnehmerin dann selber auch teilnimmt. Manchmal werden die Klientinnen auch von anderen Stellen, z.B. dem Sozialamt, zugewiesen.

„Ich bin hergekommen weil meine AMS-Beraterin meinte, dass ich jetzt neue Erfahrung sammeln sollte mit meinem Alter, (...) und dass ich mir das mal anschau, ob es mir gefällt oder nicht. Und ja, seit dem bin ich jetzt da und das gefällt mir (KLO21, 5, 1-4).“

Die Gruppe der Klientinnen ist sehr heterogen und reicht von Sonderschulabgängerinnen über Frauen, die bereits einen (anderen) Lehrabschluss haben, bis zu Frauen mit Migrationshintergrund, die teilweise auch den Maturaabschluss haben.

Die Aufgabe des Projektes liegt nicht in einer Qualifizierung der Frauen, sondern es geht in erster Linie darum, die Frauen beim Aufbau von Vermittlungschancen zu unterstützen, ihnen Orientierung und Stabilität zu geben. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die sozialpädagogische Betreuung. Wenn eine Klientin anschließend eine Ausbildung im gärtnerischen Bereich oder eine entsprechende Lehrabschlussprüfung machen will, wird die absolvierte Zeit aber angerechnet.

„Es ist ja nicht so, dass die Frauen dann in der Gartenpflege arbeiten. Das ist ja nicht das Ziel. Also, es ist schon so, dass manche wechseln durch das, dass sie das da kennenlernen und wechseln in den Bereich. Das haben wir schon (EB021, 79, 1-3).“

„Aber es ist nicht so, dass sie hauptsächlich zurückgehen von uns in oder von uns weggehen in den gärtnerischen Bereich. Erstens gibt es die Plätze auch nicht so viele, nein, das tun sie nicht (EB021, 79, 9-11)“.

„Unser Programm ist eigentlich Stabilisierung und auch so eine Orientierung. Viel Orientierung brauchen viele, weil die Frauen die Wiedereinsteigerinnen sind, die sind nicht so die Hauptgruppe bei uns. Aber das Orientierungsprogramm, die Zielfindung und die Unterstützung und das alles, das ist das Um und Auf jetzt (EB021, 81, 1-4).“

Auch wenn es bei den Klientinnen manchmal anfangs Widerstände dagegen gibt, hat sich insbesondere die Arbeit in der Natur als sehr heilsam erwiesen (dies gilt insbesondere auch für Frauen mit Gewalterfahrungen). Zu den positiven Nebeneffekten gehören beispielsweise die Förderung des Muskelaufbaus, Gewichtsreduktion, Umdenken bei der Ernährung und der Verarbeitung von Lebensmitteln und die psychische Stabilisierung. Der Kräutergarten ist zwar wirtschaftlich nicht attraktiv, hat aber einen Status als „Therapiegarten“ erworben und ist mittlerweile das Herzstück des Projektes.

„Und dann haben wir so nach und nach ausgebaut. Und der Kräutergarten ist immer noch unser Herzstück. Und der wird eben seit 15 Jahren jetzt kontrolliert biologisch bearbeitet. Und ich denke mir, wie gesagt, das ist ein Herzstück. Wir machen die Gartenpflege dazu und das rundherum so. Aber das ist das Herzstück (EB021, 9, 11-13).“

„Und ich denke mir, das ist auch für uns wichtig gewesen, weil sich das sehr bald herauskristallisiert hat, dass das einfach die Arbeit in und mit der Natur, das ist was, wenn es auch für die Frauen nicht sofort offensichtlich ist oder so, dass es guttut, Arbeiten in der Natur und dass nicht nur die körperliche Arbeit im Vordergrund steht, aber trotzdem, es ist eine Oase da draußen (EB021, 9, 13-16).“

„Wenn man durchgeht oder wenn man ein bisschen runterkommen will wieder von dem ganzen Stress und von dem halt, da gehe ich eine Runde durch den Kräutergarten und das holt mich wieder ein bisschen runter. Und das ist einfach, ja darum haben wir ihn auch noch. Er ist wirtschaftlich nicht attraktiv, sage ich jetzt einmal, das ist er nicht (EB021, 9, 16-22).“

Integration in die Gemeinde

Der Bezug des Projekts zur Gemeinde wird von den Befragten als ein „korrektes, nachbarschaftliches Verhältnis“ (SH022, 121) beschrieben. Die alltäglichen Berührungspunkte sind gering, da es weder unter den Klientinnen noch unter den Mitarbeiterinnen Gemeindegewohnerinnen gibt. Als es eine Zeitlang eine Bürokräftin aus N. gab war der Kontakt zur Gemeinde intensiver. Den einzigen konstanten Kontakt gibt es über die Vermieterin, die eine Gemeindeangestellte ist.

Seitens der Gemeinde wird das Projekt wohlwollend geduldet bzw. auch im kleinen Rahmen unterstützt (beispielsweise Bezug von Weihnachtspresents, Versand von Einladungen zu den Märkten etc.), es gibt

aber kein besonderes Engagement dafür. Von den Betreiberinnen des Projektes werden keine Ansuchen und Forderungen an die Gemeinde gestellt, die Gemeinde hat von dem Projekt aber auch keinen unmittelbaren Nutzen.

„Also, ich habe auch als Gemeindepolitikerin noch nie, bin noch nie mit dem konfrontiert worden, dass sie von der Gemeinde etwas wollen hätten. Also, d.h. die haben nie ein Ansuchen gestellt, die haben nie eine Forderung gestellt, die haben nie irgendwelche Sachen beansprucht oder Leistungen beansprucht, in keinsten Weise, überhaupt nicht (SH022, 111).“

„Nein, eigentlich nichts. Die konsumieren da nichts. Weil dort in dem Ort gibt es kein Wirtshaus. Also, die konsumieren da nichts, die kaufen da auch nicht irgendetwas ein, weil es nichts zum Einkaufen gibt. Die schlafen auch nicht da, die fahren von der Stadt heraus. Zweimal oder dreimal in der Früh kommt so ein größeres Sammeltaxi, bringt die Frauen hinaus und am Abend bringt es sie wieder hinein. Also, die Gemeinde hat da nichts davon (SH022, 189, 1-5).“

In der Bevölkerung ist das Projekt bekannt und wird akzeptiert, aber auch nicht besonders wahrgenommen.

„Also ich glaube, dass die Bevölkerung das einfach zur Kenntnis nimmt, dass die dort sind und das war es (SH022, 113).“

„Also, die [Leute, die den Verein führen] kennt man jetzt nicht, nimmt man nicht wahr, aber jeder kennt das Projekt (...). Und sie haben auch einen Verkaufsladen dort einen schönen, wo du jederzeit etwas kaufen kannst und einen kleinen lieben Weihnachtsmarkt haben sie, den wir jedes Jahr besuchen, wo du halt immer eine Kleinigkeit kaufst, das schon, aber (PE023, PE024, 77, 1-4).“

„Die Produkte sind super und lieb, ja, aber sonst nimmst du sie jetzt nicht wahr in der Bevölkerung (PE023, PE024, 79).“

Seitens des Projektes wird der Kontakt nach außen bewusst, d.h. (nur) zu bestimmten Anlässen gesucht, da aufgrund der speziellen Klientinnengruppe (z.B. Frauen mit Gewalterfahrungen) zu viel Öffentlichkeit oft auch nicht förderlich ist. Die öffentlichen Aktivitäten, die seitens der Projektbetreiberinnen gezielt gesetzt werden, werden in der Bevölkerung aber gut angenommen.

„D.h. also die sind nicht wirklich bemüht, dass sie sehr in der Öffentlichkeit stehen, im Gegenteil, die wollen eigentlich in Ruhe wieder Fuß fassen und ihre eigene Lebenssituation ordnen die Frauen, die das betrifft. Also, die sind nicht wirklich interessiert, dass da ein großer Massenauflauf ist (SH022, 119).“

„Ich glaube schon gut, weil wir haben Frühlingmarkt gemacht. Wir haben Weihnachtsmarkt und Frühlingmarkt und solche Sachen. Das ist immer ein sehr reger Zulauf. Da ist wahnsinnig viel zu tun da, weil die Leute kommen und es spricht sich auch herum (KLO23, 26, 1-2).“

Zu den Neuzuzüglern in der Gemeinde gibt es bisher keinen Kontakt, wobei seitens des untersuchten Projektes durchaus Interesse an ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen gibt (der Vorstand arbeitet ehrenamtlich), die fachlichen Kompetenzen (z.B. Rechtsberatung) in den Verein einbringen könnten. Im „überörtlichen“ Bereich ist das Projekt vor allem bei jenen Menschen bekannt, die sich mit den betreffenden Themen ein bisschen auseinandersetzen.

„Ja, also, das ist auch bei uns ein bisschen die Beobachtung so, in örtlich nicht aktiven Kreisen, also die mit dem Ort dort nichts zu tun haben, wenn man so redet, ist es eher bekannt, weil sie es wo gehört haben, dass es das dort gibt und weil sie es gut finden, dass es ein Sozialprojekt dort und da gibt, d.h. ah ja (...) habe ich schon gehört oder da möchte ich eh schon lange einmal hinfahren und so. Also, das ist eher auch so ein bisschen eine Szenegeschichte. In einer gewissen Bevölkerungsschicht, die sich halt mit solchen Themen prinzipiell befasst, weiß man von solchen Projekten und wenn die Personen dann irgendwo eine Entscheidung treffen können, dass sie ein Fest ausstatten oder irgendein Geschenk einmal überreichen, dann fährt man extra dorthin und so. Also, das ist von außen gesehen (EX024, 49).“

Öffentlichkeitsarbeit und weitere Vernetzung

Seitens des AMS gibt es keine eigene Öffentlichkeitsarbeit für das untersuchte Projekt, wohl werden aber Veranstaltungen (Jubiläumsfeiern etc.) organisiert. Innerhalb des AMS gibt es Listen aller AMS-Projekte, die allen BeraterInnen zugänglich sind – diese spielen allerdings nur eine untergeordnete Rolle, weil die Projektplätze nur von den jeweiligen regionalen Geschäftsstellen vergeben werden können, die Plätze bestellt haben.

Das Projekt ist mit anderen Sozialökonomischen Betrieben im Raum St. Pölten (wie beispielsweise GESA – Gemeinnützige Sanierungs- und Beschäftigungs-GmbH, Emmaus City Farm etc.) sehr gut vernetzt und es gibt zwischen ihnen Zusammenarbeit und Kooperationen. Die Öffentlichkeitsarbeit für die Sozialökonomischen Betriebe wird von arbeit plus (vormals: Bundesdachverband für Soziale Unternehmen, bdv austria) durchgeführt.

Einen sehr regen Austausch gibt es auch mit den Weltläden. Mindestens einmal jährlich kommen Vertreterinnen und stellen ihre Projekte vor. Immer wieder gibt es im untersuchten Projekt auch Besucherinnen aus Partnerländern (z.B. Burkina Faso, Äthiopien, Vietnam, Brasilien, etc.). Diese Zusammenarbeit hat auf die Klientinnen eine sehr bereichernde und bestärkende Wirkung, sie haben die Möglichkeit, Frauenprojekte in anderen Ländern kennenzulernen und erkennen durch den Austausch oftmals, dass auch andere Frauen mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die internationale Vernetzung des untersuchten Projektes wird auch seitens des AMS sehr wohlwollend und als sehr positiv wahrgenommen.

Es gibt auch eine geschäftliche Kooperation mit den Weltläden, da einige der im untersuchten Projekt hergestellten Produkte dort zum Verkauf angeboten werden. Ebenso gibt es die Produkte beispielsweise in der Greisslerei 2.0 in St. Pölten. Auch beim Bezug von Rohstoffen wird im Projekt Wert auf Regionalität und regionale Vernetzung gelegt. Gezielt wird durch Mitarbeiterinnen des Projektes auch der Kontakt zu anderen Betrieben in der Region gesucht und wo es möglich ist, werden die Rohstoffe regional zugekauft (beispielsweise Öl, Essig etc.)

„(Sie) haben irgendwie mitgekriegt, glaube ich, dass wir Öl haben bzw. wie ist denn das gegangen? Am Anfang haben sie ein bisschen Getreide von uns auch noch mitverkauft oder so was. (...) Das Öl haben sie bei Weihnachtsmärkten, glaube ich, haben sie unsere Ölfaschen verkauft. Und haben sie nachher in weiterer Folge dann selbst auch verwendet (P025, 82, 1-2).“

Das untersuchte Projekt ist auch Kooperationspartner der Aktion „Natur im Garten (NiG)“. Der Kräutergarten des Projektes ist einer der beworbenen Schaugärten und trägt die NiG-Auszeichnung eines 100 % ökologisch gepflegten Gartens (NiG 2016).

Betreffend die Aktivitäten der LEADER-Region Wachau-Dunkelsteinerwald, haben sich die Vertreterinnen des untersuchten Projektes anfangs in die Entwicklung der Schlüsselstrategie eingebracht. Die Mitarbeit wurde dann aber nicht fortgesetzt.

Einschätzung des Projektes seitens der Klientinnen und der Betreiberinnen

Im Folgenden werden einige Aspekte des untersuchten Projektes dargestellt, die seitens der Klientinnen bzw. der Betreiberinnen als positiv bzw. als problematisch wahrgenommen werden. Es handelt sich dabei um eine demonstrative Aufzählung.

Positive Aspekte aus Sicht der Klientinnen

Von den befragten Klientinnen wird die Teilnahme am untersuchten Projekt überwiegend als eine positive Erfahrung beschrieben. Die Unterstützung, die sie dort erfahren bezieht sich auf verschiedene Ebenen: auf den Beistand und die Bestärkung beim Lösen privater Probleme, den Erwerb sozialer und fachlicher Fähigkeiten, die Unterstützung bei Weiterbildungen und tatsächliche Vermittlungserfolge in eine Berufstätigkeit am ersten Arbeitsmarkt.

Rückhalt und persönliche Bestärkung

Die „Sozialarbeit“ stellt neben der Qualifizierung und der Vermittlung auf den Arbeitsmarkt einen wesentlichen Teil der Arbeit im untersuchten Projekt dar. Sehr oft kämpfen die Klientinnen mit familiären Problemen.

„Ja, ich habe aber momentan keinen Kontakt zu meinen Eltern, weil es halt immer sehr schwierig zwischen uns war (KL022, 37, 1-2). [Anm.: Um die Ausbildung machen zu können, musste die Klientin, die Kinder in Pflege unterbringen.] Nein, das ist dann alles relativ schwierig geworden. D.h. meine Eltern natürlich, die Unterstützung hab ich nicht gekriegt, natürlich. Also habe ich mich für das entschlossen, dass ich meine Kinder vorübergehend wo unterbringe (KL022, 57, 1-3). In Pflege habe ich sie dann derweil [Anm.: die Kinder]. D.h. jetzt habe ich meine Ausbildung gemacht mit Lehrabschluss, habe aber wiederum Probleme mit dem Jugendamt (KL022, 59).“ „Das kann ich, glaube selber noch gar nicht sagen. Weil, ich weiß nicht, ich habe es eigentlich nur gut gemeint, dass ich zu meiner Ausbildung komme, dass ich einen besseren Gehalt verdiene als wie ein Hilfsarbeiter. Und ja, irgendwie komm ich mir vor, als hätte ich eine falsche Entscheidung getroffen (KL022, 95).“

Öfter fällt seitens der Klientinnen die Aussage, dass sie sich im untersuchten Projekt wie in einer Familie fühlen.

„Ja, wirklich. Es ist schon so, dass man sagt, das ist ähnlich wie, dass man sich fühlt wie in einer Familie, mit den ganzen Kolleginnen, wie in einer Familie. Die einen sind die Mütter, die Omas oder die Jüngste. Man neckt sich, sagen wir so (KL021, 47, 1-4).“

„Ich glaube, das erste war einfach das Arbeiten, dass die paar Leute, was wir sind, da wollte ein jeder arbeiten. Man hat untereinander geschaut. Man hat immer, ja was soll ich sagen? Es hat einfach, die Chemie hat einfach gepasst zwischen uns. Da hat man nicht z.B. um eine Hilfe bitten braucht, sondern wir haben das gesehen. Wir waren sofort an Ort und Stelle. Wir haben immer zusammengeholfen. Wir haben auch immer viel Spaß gehabt, muss man auch sagen. Und wir haben viel gelacht. Ja, das ist das, was das ausmacht (KL022, 109, 1-6).“ „Das nächste was ist, wann es mir jetzt persönlich irgendwie schlecht ginge, dass da die Frau L. dann da ist, dass man wen zum Reden hat. Das finde ich super und ja, die sind total entgegenkommend (KL022, 79, 4-5).“

Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit

Das Projekt bietet den Klientinnen eine Option, einen ersten Schritt aus der Arbeitslosigkeit heraus zu machen.

„Nein, ich finde es toll, was die machen da. Ich finde es toll, dass es einfach diese Möglichkeit auch gibt, einfach einmal ein Jahr lang raus aus diesem Arbeitslosen-Dingsi, einfach ein Jahr lang wirklich arbeiten. [Anm.: Zum Zeitpunkt der Interviews betrug die Teilnahmezeit im Projekt noch ein Jahr]. Das hat sich mit dem Stufenmodell verändert. Und ich weiß auch, man wird wirklich, ich mein, es ist auch Out-Placement dabei. Einem wird wirklich geholfen, dass du ein Praktikum findest, dass du dir was anschauen kannst, dass du überhaupt irgendwie hinzu kommst zu irgendeiner anderen Firma. Also, das finde ich ganz, ganz toll, was die machen (KL023, 42, 1-5).“

Erwerb fachlicher und sozialer Fähigkeiten

Die Klientinnen haben im untersuchten Projekt Gelegenheit, in einen neuen Bereich hinein zu schnuppern und dadurch den eigenen Blickwinkel zu erweitern.

„Ich würde es anderen Frauen wünschen, dass sie auch die Erfahrung haben, dass es auch eine andere Sicht gibt als nur die typischen Frauenberufe wie Friseurin oder Einzelhandel, dass sie auch sehen, dass es auch Gartenpflegerin gibt (KL021, 99, 1-3).“

[Anm.: Klientin hat einen Lehraabschluss in Gastronomie und möchte etwas Neues ausprobieren] „(...) wann ich jung bin, möchte ich Erfahrung sammeln von verschiedenen Gebieten. Ja, ich probiere jetzt einmal die Gartenpflege aus (KL022, 27, 3-4).“

Neben dem Wiedereinstieg in den Arbeitsprozess bietet die Teilnahme im Projekt den Klientinnen auch die Möglichkeit einer persönlichen „Standortbestimmung“ und einer Einschätzung ihrer Teamfähigkeit.

„Genau. Ich war eben schon lange daheim [Anm.: wegen Betreuung der Kinder]. Da habe ich eigentlich gar nicht mehr gewusst, arbeitsmäßig wie fit ich noch bin. Und das habe ich alles [Anm.: durch die Teilnahme am Projekt] wiedergesehen. Wie weit bin ich? Was kann ich mir schon wieder zumuten? Bzw. habe ich mich wieder auf die Arbeit gewöhnt (KL022, 15).“

„Das nächste ist den Kontakt zu anderen Leuten aufbauen halt. Und ob ich allein arbeiten kann oder doch eher mehr im Team und so. Da kommt man dann auch auf so Sachen drauf. Ja, man lernt auf jeden Fall noch viel dazu. Dann, was kann man sich selber noch zumuten, weil wenn es draußen 30° hat, das ist gar nicht so einfach (KL022, 25, 1-4).“

Durch die Arbeit in der Gruppe erweitern die Klientinnen auch ihre sozialen Kompetenzen.

„Dass es gute Kolleginnen gibt, du lernst neue Erfahrungen, du lernst miteinander zu kommunizieren, dass man gut kommunizieren kann, dass man nicht streitet, dass man nicht einander mobbt, dass du jeden so behandelst oder respektierst, wie er ist. Das ist das Wichtigste (KL021, 93).“

Der Freitag ist im untersuchten Projekt ein Gruppentag. Da werden ernste Themen besprochen und die Neuen haben die Möglichkeit, sich in der Gruppe vorzustellen und sich einzufinden.

Anregung zu bzw. Unterstützung bei Weiterbildungen, Vermittlungserfolge

Wie bereits weiter oben thematisiert, haben viele der Frauen keinen Führerschein. Der Erwerb eines solchen kann ihre Chancen am Arbeitsmarkt erhöhen.

„Ich finde einmal gut, dass es [Anm.: das Projekt] gibt, sonst hätte ich wahrscheinlich bis heute noch keinen Job. Man kriegt die Unterstützung. Es ist super, dass sie mir das Angebot gemacht haben, dass ich das wegen dem Führerschein, dass ich da einen Teil dazu bekomme, finde ich schon sehr super (KL022, 79, 1-3).“

Manchen Klientinnen gefällt die Arbeit im untersuchten Projekt so gut, dass sie sich entschließen eine Fort- und Ausbildung in gärtnerischen Bereich zu machen.

„Und dadurch, dass ich dann länger daheim war, bin ich dann [Anm.: zum Projekt] gekommen übers Arbeitsamt. Und ja, jetzt habe ich dann das kennenlernen dürfen und das hat mir eigentlich relativ gut gefallen, sehr gut sogar, dass ich gleich ein Jahr später drauf die Ausbildung jetzt gemacht habe (KL022, 5, 2-5).“

„Aber da habe ich halt dadurch, dass ich halt in der Natur draußen gearbeitet habe und halt in Privatgärten gefahren bin und Pflanzenpflege gemacht habe und Gartenpflege gemacht habe, habe ich mir gedacht, okay, jetzt tue ich mich einfach umschulen (...) okay, jetzt mache ich da eine Ausbildung als Landschaftsgärtnerin. Ich habe dann eine Intensivausbildung gemacht von 1½ - 2 Jahren, also fast zwei Jahre hat es gedauert (KL023, 10, 2-4 bzw. 6-7).“ Die Klientin hat nach der Ausbildung noch einmal als Vorarbeiterin im untersuchten Projekt gearbeitet und hat jetzt eine fixe Stelle in einer Gärtnerei in der Ortschaft gefunden (KL023, 12, 22, 24).“

Die Unterstützung im Rahmen des Projektes ist dann besonders erfolgreich, wenn Klientinnen auch Eigeninitiative an den Tag legen.

„Ich habe ja wirklich, ich bin ja da glaube ich eher auch ein ziemliches Glückskind, weil ich habe das eigentlich, bei mir ist das alles, mir haben eigentlich alle irrsinnig gut unterstützt in meinem Vorhaben auch, da natürlich sowieso und auch vom AMS. Und ich bin, wie gesagt, Transitarbeiter, Ausbildung und jetzt wieder hier. Jetzt kriege ich einen Job. ... Aber ich bin auch so ein Mensch, der nicht irgendwie so, der daheimbleiben kann und einfach nichts tut. Ich bin immer dauernd in Bewegung. Sonst wäre ich unglücklich. Natürlich, wenn die Menschen das merken und das sehen, sind sie natürlich gerne auch bereit, mich dabei zu unterstützen. So sehe ich das (KL023, 40, 1-4; 6-9).“

Problemfelder für Klientinnen

Aus den Interviews mit den Klientinnen lassen sich auch einige Schwierigkeiten erahnen. In Summe überwiegen für die Klientinnen aber wohl bei weitem die positiven Aspekte.

Soziale Aspekte

Die familienähnlichen Strukturen im Projekt können manchmal auch Probleme mit sich bringen.

„Momentan bin ich die Jüngste von den Kolleginnen. Ich werde nur bemuttert und so. Aber das ist manchmal nicht so schön. Wird man nicht so wahrgenommen, wenn man die Jüngste ist. Es ist momentan schwierig, aber manchmal sagen sie auch, dass ich ein bisschen frech bin. Aber das gehört dazu, damit sie mich wahrnehmen, wenn man die jüngste ist, ja (KL021, 47, 3-6).“

Manchmal gibt es auch Konflikte zwischen den Mitarbeiterinnen.

„Also, es ist halt, es sind halt immer wieder so Frauen da, die was sich herausheben. Und ich finde das ist nicht ganz richtig, was nicht da hereinpasst (KL022 81, 5-6).“

Fachliche Aspekte

Für manche Klientinnen ist die Art der Arbeit ganz neu und sie haben nie im Gartenbereich gearbeitet. In diesen Fällen brauchen sie Zeit, um sich in die Arbeit einzufinden.

„Beim Garten. Ich habe das früher noch nie gemacht. Und ja, ich brauche halt eine Zeitlang bis ich das alles lerne. Das braucht Zeit bis ich sagen kann, ja ich mache das als Hauptjob und so (KL021, 53, 1-2).“

Finanzielle Aspekte

Wie bereits beschrieben, kann die Teilnahme im untersuchten Projekt für die Klientinnen zu einer finanziellen Schlechterstellung führen. Wenn sie danach nicht in ein Beschäftigungsverhältnis wechseln, kann das Arbeitslosengeld geringer ausfallen da es auf Basis des Einkommens im Projekt berechnet wird. Die Klientinnen müssen auch für einen Teil der Fahrtkosten selber aufkommen.

„Also, da braucht es sehr viel Motivation, dass ich sage, jetzt kriege ich so viel Arbeitslosengeld. Das kriege ich. Und wenn ich da jetzt zu Euch arbeiten gehe, verdiene ich oft nicht einmal das, was ich Arbeitslosen kriege womöglich und muss aber schauen, dass ich herkomme. Ich habe die ganzen Betreuungspflichten, wie immer, zu regeln und das halt. Also da denke ich mir, da gehört oft schon sehr viel Motivation dazu. Und

wann ich dann wieder arbeitslos sein sollte, dann wird das dann womöglich als Bemessungsgrundlage hergenommen (EBO21, 248).“

Positive Aspekte aus Sicht der Betreiberinnen

Wenn an dieser Stelle von den Betreiberinnen gesprochen wird, sind damit die konkreten Einrichtungsbetreiberinnen gemeint, die das Projekt ausführen und betreuen und nicht die Sicht der beauftragenden Stelle (das Arbeitsmarktservice). Im Folgenden werden beispielhaft einige positive und einige problembehaftete Aspekte des Projektes beschrieben.

Erfolge der bzw. mit den Klientinnen

Die beobachteten Erfolgserlebnisse betreffen verschiedene Ebenen wie beispielsweise die persönliche Stabilisierung der Klientinnen, die erfolgreiche Absolvierung von Weiterbildungen oder die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.

„Und dadurch, dass ich dann länger daheim war [Anm.: wegen Betreuung der Kinder], bin ich dann [Anm.: zum Projekt] gekommen. Und ja, jetzt habe ich dann das kennenlernen dürfen und das hat mir eigentlich relativ gut gefallen, sehr gut sogar, dass ich gleich ein Jahr später drauf die Ausbildung [Anm.: zur Landschaftsgärtnerin im Ökokreis in Rappottenstein] gemacht habe (KL022, 5, 2-5).“

„Und dadurch war ich lange arbeitslos halt [Anm.: vorheriger Arbeitgeber ist in Konkurs gegangen]. Und dann bin ich eben, wie gesagt, aufs Land gezogen und bin eben da als Transitarbeiter damals vor drei Jahren [Anm.: im Projekt] eingestiegen. Also vom Arbeitsamt in St. Pölten vermittelt worden und habe ein Jahr als Transitarbeiterin gearbeitet und habe aber dann, habe mich dafür interessiert eben für Gartenbau, für Gärtnerei usw. Das hat mir total getaugt (KL023, 8, 3-7).“

Die Klientin macht dann die Intensivausbildung zur Landschaftsgärtnerin und kommt dann noch einmal als Vorarbeiterin ins Projekt zurück.

„Ja, und dann bin ich eben wieder da her, weil die haben eben eine Vorarbeiterin gesucht und ich habe gesagt, okay, ich brauche eh eine Praxis und muss mich eh umschauen usw. Und ich mache einmal den Vorarbeiterjob. Naja, das mache ich jetzt seit vier Monaten. Und jetzt habe ich aber schon wieder eine Stelle gefunden in einer Gärtnerei bei mir in der Ortschaft, wo ich wohne und ja, jetzt ab 30. (Juni) fange ich an. Das ist mein erster Arbeitstag (KL023, 12, 2-6).“

Es kommt auch vor, dass Klientinnen anfangs „nicht ganz freiwillig“ bzw. widerwillig in das Projekt kommen. Nach einiger Zeit gefällt es den meisten aber sehr gut.

Der Kräutergarten

Im Zuge der Arbeit im Projekt hat sich herausgestellt, dass der Kräutergarten einen wertvollen „Therapie-Effekt“ mit sich bringt, eine Expertin bezeichnet ihn als das „Herzstück“ des Projektes (EBO21, 9).

Die Arbeit in der Natur hat eine sehr heilsame Wirkung. Insbesondere Frauen, die Gewalterfahrungen hinter sich haben, schätzen den Schutz, den ihnen der Garten bietet. Betreffend die Gesundheitsfördernde Wirkung von Gärten sei an dieser Stelle auch auf die gleichlautende Studie von Cervinka et al. (2016) verwiesen.

Gute Vernetzung mit anderen Organisationen

Seitens des Projektes ist es gelungen, ein gutes Netzwerk mit anderen Organisationen aufzubauen. Dieses ermöglicht beispielsweise die intensive Zusammenarbeit und Kooperation mit anderen sozialökonomischen Betrieben, die unter anderem auch für die wechselseitige Vermittlung von Klientinnen genützt wird.

Sehr erfolgreich ist auch die Zusammenarbeit mit den Weltläden, wodurch sich Kontakte zu anderen Frauenprojekten in vielen Partnerländern auf der ganzen Welt ergeben. Dieser Austausch mit Frauen aus anderen Projekten und Kulturkreisen stellt eine große Bereicherung und Bestärkung für die Klientinnen dar.

[Anm.: Zusammenarbeit mit den Weltläden] „Nein, da gibt es nicht nur Vermarktung, sondern die Weltläden, die machen immer wieder, ich glaube, zweimal im Jahr machen die so Projekte, also machen die so Aktionen, dass Projekte entweder ähnlich gelagerte oder wo sie speziell auf was aufmerksam machen wollen, einladen, und die machen so österreichweit, mehr oder weniger und schauen sich verschiedene Sachen an und die kommen mindestens einmal im Jahr zu uns, wo sie dann, wir stellen unsere Projekte vor, also Unseres vor und die stellen dann das vor. Das ist, denke ich mir, aus unserer Sicht, wieder sehr gut für uns, für die Frauen, um einen bisschen anderen Blickwinkel zu kriegen, damit wir, damals, Tansania war da. Da ist um die ganze Geschichte, um die Beschneidung von den Frauen und so gegangen. Und überhaupt, die haben auch ein Frauenprojekt dort. Und im Grunde genommen sind wir dann draufgekommen, die haben ähnliche Probleme, nur halt viel schwerere (EB021, 214).“

[Anm.: Besuch aus Nicaragua] „Die waren auch da. Und das alleine, denke ich mir, das ist schon sehr spannend auch für die Frauen. Die sie meistens dort mit der Landwirtschaft beschäftigt, was wir auch gehabt haben, mit dem Kaffee-Anbau, mit den Bananen und mit dem allen. Das war sehr spannend. Und überhaupt einmal mit der ganzen Kultur, weil da bereiten wir sie auch vor. Da machen wir so intern, so Workshops auch, dass zumindest einmal unsere Frauen wissen, aus welchem Land kommen die, was sind so die Eigenheiten und was sind die Schwerpunkte. Und das ist für uns alle sehr interessant (EB021, 216).“

Einführung des Stufenmodells

Das Stufenmodell für Integration, an dessen Entwicklung die Betreiberinnen des untersuchten Projektes maßgeblich beteiligt waren, hat sich aus einigen Vorläuferprojekten entwickelt. Zum Zeitpunkt der Interviews findet gerade die Umstellung auf das neue Modell statt. Nach Einschätzung einer der Betreiberinnen stellt das Stufenmodell eine große Chance dar, aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen auch Frauen in das Projekt integrieren, die bisher nicht die Möglichkeit hatten, daran teilzunehmen (aus persönlichen Gründen wie z.B. zu geringe Belastbarkeit für einen Transitarbeitsplatz; aber auch aus

wirtschaftlichen Überlegungen seitens des untersuchten Projektes wie z.B. der Notwendigkeit der Erfüllung der Vermittlungsquote).

Problemfelder aus Sicht der Betreiberinnen

Auch aus Sicht der Betreiberinnen gab und gibt es in der Umsetzung des Projektes unterschiedliche Problemfelder, im Folgenden werden einige davon beispielhaft dargestellt.

Suche nach dem passenden Betriebsstandort

Trotz intensiver Suche konnte sowohl am Beginn des Projektes in den 1990er-Jahren als auch im Zuge der Erweiterung vor ein paar Jahren kein landwirtschaftlicher Betrieb gefunden werden, der die Kriterien „gute öffentliche Erreichbarkeit“ und „biologische Bewirtschaftung“ vereinte. Als Kompromisslösung wurde am ersten Standort in N. der Transport der Klientinnen seitens des Projektes selber organisiert (u.a. Shuttlebus). Nachdem im Zuge der Umstellung auf das Stufenmodell auch kein passender größerer landwirtschaftlicher Betrieb gefunden wurde, wurde („mit allen Für und Wider“) ein zweiter Standort in St. Pölten geschaffen (EB021, 33).

Vermittlungsdruck/quote

Seitens des Auftraggebers AMS gibt es für die Betreiberinnen eine Quote für die Vermittlung der Klientinnen in den ersten Arbeitsmarkt. Mit der Einführung des Stufenmodells haben sich einige Änderungen (bzw. Erleichterungen) ergeben. In den Stufen 1 und 2 gibt es keine Quote, in der 3. Stufe (Arbeitstraining) gibt es eine Quote von 25 %, in der 4. Stufe (Transitarbeitsplatz) ist eine Vermittlungsquote von 40 % zu erfüllen. Seitens einer interviewten Expertin des AMS wird dazu angemerkt, dass die Quote meist geschafft wird. Wenn sie einmal nicht geschafft wird, wird „der Laden auch nicht zugesperrt“ weil den Auftraggebern bewusst ist, dass seitens der Beschäftigungsprojekte keine Wunder bewirkt werden können, wenn es viele Arbeitslose und keine Stellen gibt. Bei Klientinnen mit Migrationshintergrund wird die Vermittlung manchmal dadurch erschwert, dass sie ein Kopftuch tragen, wobei dieser Aspekt aber unabhängig vom konkreten Projekt ein Problem ist. Insgesamt gibt es am Arbeitsmarkt in dieser Hinsicht nach wie vor wenig Toleranz.

Arbeitsorganisation

Für die Betreiberinnen stellen die Arbeitsorganisation und zeitgerechte Abwicklung der Aufträge immer wieder eine Herausforderung dar. Die Einsatzfähigkeit der Klientinnen des Projektes ist nicht mit denen von Mitarbeiterinnen in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes vergleichbar. Es gibt viele Krankenstände (rund 20 %), oft werden Pflegeurlaube aufgrund von schwierigen Familienkonstellationen benötigt, es gibt externe Praktika etc. Eine der Betreiberinnen schätzt, dass neben den vorher genannten Punkten etwa ein Drittel der Zeit für „Sozialarbeit“ benötigt wird und im Endeffekt dann ca. ein Drittel der Arbeitszeit der Klientinnen für konkrete Arbeiten bleibt. Das ist einerseits nicht viel um die notwendige Eigenerwirtschaftung zu erzielen, andererseits werden dadurch auch die anfallenden Arbeiten oft schwer planbar. Beispielsweise ist es nicht immer einfach, genug Personal zur Verfügung zu haben, wenn in der Grünflächenpflege ein Auftrag kommt oder es kann sein, dass zu wenig eingeschulte Mitarbeiterinnen zur Verfügung stehen.

Frauenbeschäftigung

Seitens der Interviewten wird auch die Beobachtung geschildert, dass ein „Frauenbeschäftigungsprojekt“ oft nicht wirklich anerkannt bzw. ernst genommen wird.

„Ich habe ein Erlebnis gehabt auf der W. Messe. Da war die Ab-Hof-Messe. Da sind wir vor Jahren einmal, ich habe gesagt, ich bin von der Gegend, von W. da habe gesagt, probieren wir es und verkaufen dort unsere Produkte. Dort haben wir ein Logo gehabt, dort ist ganz groß draufgestanden: „Frauenbeschäftigungsprojekt“. Und wir sind so am Ausgang dagestanden, und ich habe die Leute beobachtet, die gekommen sind. Die lesen das: Hm, hm. Und einfach der Gesichtsausdruck so. Frauenbeschäftigung, das ist alleine schon für mich so: „Naja, beschäftigt wir sie halt ein bisschen so.“ Das war damals für mich, ich habe gesagt: „Das muss weg.“ Das war so arg. Der Gesichtsausdruck war so arg. Und da denke ich mir, so schätzen sie dich dann oft ein (EBO21, 127).“

Die Interviewte hält auch fest, dass der Ausdruck Männerbeschäftigung wenig geläufig ist bzw. man ihn kaum hört.

Vorurteile gegenüber bzw. Ängste vor Randgruppen

In einigen Interviews wird thematisiert, dass in Landgemeinden und dort insbesondere in der eingesessenen Landbevölkerung oftmals Ängste vor MigrantInnen, Randgruppen etc. existieren.

„Ich denke mir, gerade in der Landwirtschaft sind extrem viele Ängste da. Alleine wenn ich z.B. einen Bauernhof vermiete oder wenn ich für Frauen ein Frauenhaus dorthin mache. Ich glaube, dass da extrem viele Ängste da sind und dann womöglich noch Migrantinnen dazu (EB021, 186).“

„Aber, also moslemische Frauen oder so oder moslemische Familie, z.B. in irgendeinem aufgelassenem Bauernhof, würden wahrscheinlich nicht wirklich die Akzeptanz finden (SH022, 281).“

Planungsschwierigkeiten

Nachdem der „Auftraggeber“ des untersuchten Projektes das Arbeitsmarktservice ist, ist seitens der Betreiberinnen immer wieder zu hinterfragen, wie der Arbeitsauftrag lautet und wie dieser am besten erfüllt werden kann. Ein wichtiger Punkt dabei ist, dass die Verträge mit dem AMS immer Einjahresverträge sind, das heißt, dass eine längerfristige Planung schwierig ist.

„Nein, wir schreiben jedes Jahr ein Konzept, weil voriges Jahr das Konzept war ein Wahnsinn, bis wir das alles gehabt haben. Da gibt es Konzeptverhandlungen, da gibt es Streichungen, was halt nicht geht oder so und dann kriegen wir unseren Vertrag. Und das ist jedes Jahr. Es gibt schon Frühjahrsgespräche. Oder jetzt haben wir einen Halbjahresbericht, den wir dann abgeben und wo wir sagen, okay, also jetzt wissen wir, dass wir nächstes Jahr das wieder so einreichen werden. Da gibt es dann keine, jetzt sind die Erfahrungswerte, was dann eingearbeitet werden wird, was wir verändern oder nicht verändern, dann wird es kein so ein großartiges Konzept mehr. Aber die Verträge gibt es erst immer am Ende des Jahres (EBO21, 142).“

3.2.4 Übersetzungsprozess nach Callon – Frauenbeschäftigungsprojekt

Auch für das Frauenbeschäftigungsprojekt wird nun der Zusammenhang zwischen dem lokal vorhandenen Sozialkapital und der untersuchten Einrichtung der Sozialen Landwirtschaft mithilfe der vier Phasen nach Callon graphisch dargestellt.

In der ersten Folie der **Problematisierung** ist erkennbar, dass die Initiative für das untersuchte Projekt vom damaligen Sozialminister (Promotor) ausgeht. Vor dem Hintergrund von hoher Frauenarbeitslosigkeit und vielen offenen Stellen im gärtnerischen Bereich, erteilt das AMS den Auftrag an die Betreiberinnen ein sozialökonomisches Projekt mit Schwerpunkt im Bereich Garten- und Landschaftspflege aufzubauen. Ziel des Projektes ist unter anderem den Klientinnen eine Phase der Orientierung und Stabilisierung zu ermöglichen, ihnen soziale Betreuung zu bieten und ihnen beim Wiedereinstieg in den Ersten Arbeitsmarkt zu helfen. Hinter alledem steht ein Betreuungs- und Qualifizierungsparadigma.

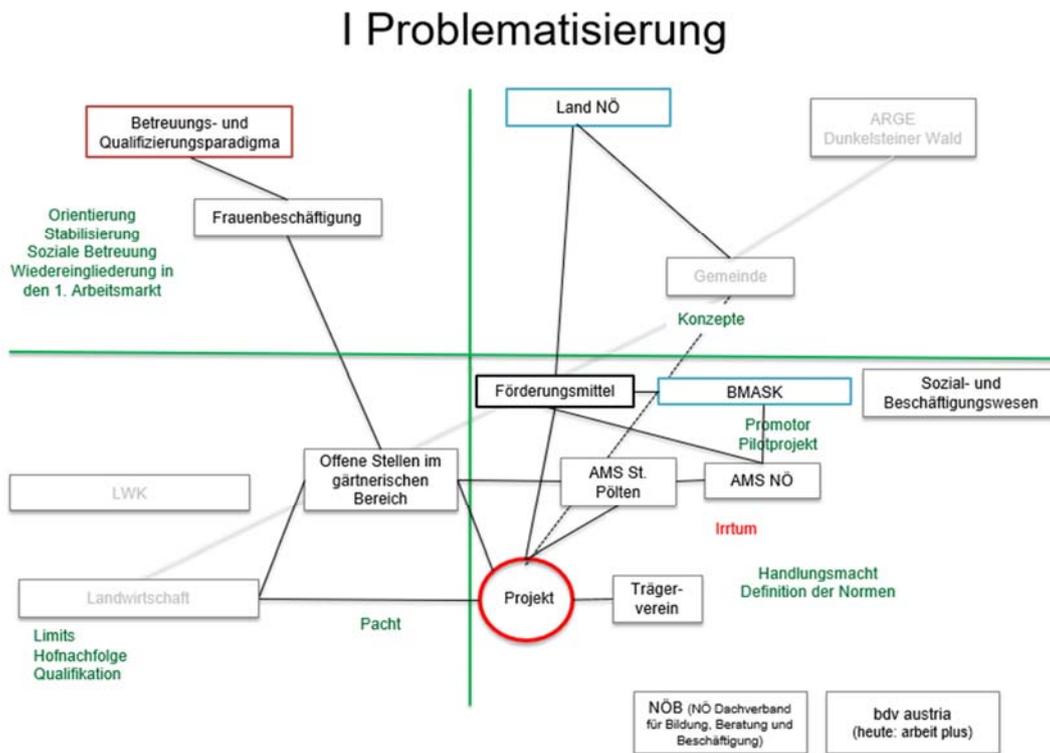
Die Suche nach einem geeigneten Betriebsstandort gestaltet sich als schwierig, da ein (landwirtschaftlicher) Betrieb, mit der Möglichkeit einer biologischen Bewirtschaftung und guter öffentlicher Erreichbarkeit gesucht wird. Der letztlich gefundene Betriebsstandort ermöglicht die biologische Bewirtschaftung, die öffentliche Erreichbarkeit ist jedoch nicht im notwendigen Maß gegeben, weshalb seitens des Projektes eigene Lösungen geschaffen werden (u.a. Shuttledienst).

Die Finanzierung des Projektes erfolgt aus Fördermitteln des AMS und des Landes Niederösterreich. Zur Gemeinde gibt es nur wenig Kontakt, wobei der Umbau des Betriebsgebäudes seitens der Gemeinde aber unterstützt wird (€ 5.000). Anzumerken ist hier noch, dass politische Überlegungen bei der Standortwahl eine Rolle gespielt haben, aber aufgrund eines Irrtums bei der Postleitzahl der politische Faktor keine Wirksamkeit erlangen konnte.

Die Kleinregion ARGE Dunkelsteinerwald nimmt ihre Tätigkeit ebenfalls 1996 auf. Zwischen dem Projekt und der Kleinregion gibt es aber keine Berührungspunkte.

Den bdv austria (Bundesdachverband für Soziale Unternehmen, heute „arbeit plus“) und den nöb (Niederösterreichischer Dachverband für Bildung, Beratung, Beschäftigung) gibt es beim Start des untersuchten Projektes zwar bereits, sie spielen in den Anfangszeiten aber ebenfalls keine wesentliche Rolle für das Projekt (zumindest gibt es in den Interviews keine Hinweise dazu).

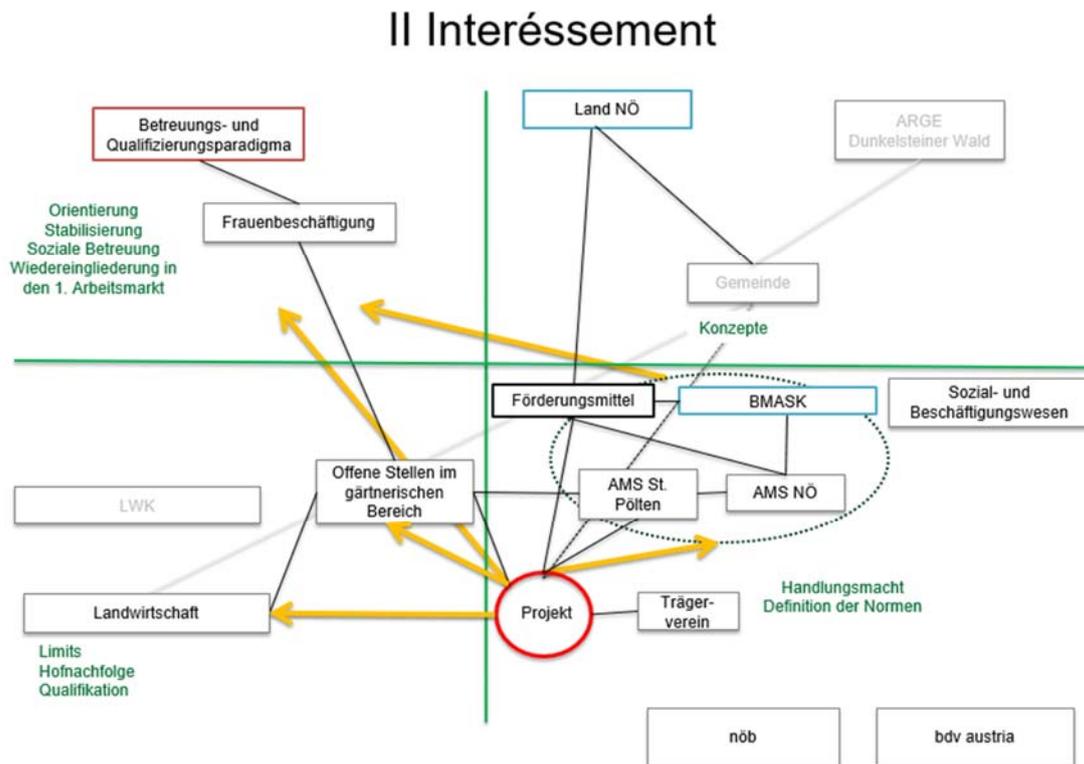
Abbildung 7: Phase der Problematisierung am Beispiel des Frauenbeschäftigungsprojekts



Quelle: Eigene Darstellung

In der Phase des *Interéssement* werden die Wirkungen des Projektes auf andere Bereiche sichtbar. Die gelben Pfeile symbolisieren eine Rückwirkung auf das Betreuungs- und Qualifizierungsparadigma, auf den Bereich des „Sozial- und Beschäftigungswesens“ (BMASK, AMS, Land NÖ) und – über den landwirtschaftlichen Betriebsstandort – auch auf den Bereich der Landwirtschaft. Die Entscheidungen, die im Bereich des Sozial- und Beschäftigungswesens getroffen werden, haben wiederum Aus- und Rückwirkungen auf das Betreuungs- und Qualifizierungsparadigma.

Abbildung 8: Phase des Interéssement am Beispiels des Frauenbeschäftigungsprojekts



Quelle: Eigene Darstellung

In der Phase des *Enrôlement* beginnen die verschiedenen Dynamiken zu wirken. Im konkreten Fall bezieht sich diese Phase auf den gesamten beobachteten Projektzeitraum von rund 20 Jahren. Einerseits kommen neue Akteure dazu, die es am Anfang noch nicht gegeben hat, andererseits ändern sich verschiedene Rahmenbedingungen.

Im Jahr 1998 wird der territoriale Beschäftigungspakt (TEP) in Niederösterreich ins Leben gerufen, dabei handelt es sich um ein Instrument, um die Arbeitsmarktlage in den Regionen zu verbessern. Dieses Instrument wirkt sich einerseits auf das Betreuungs- und Qualifizierungsparadigma aus, andererseits hat es auch eine Wirkung auf das untersuchte Projekt (letzteres wird vom TEP unterstützt).

Seit dem Jahr 2007 ist die Kleinregion ARGE Dunkelsteiner Wald ein Teil der LEADER-Region Wachau-Dunkelsteinerwald. Zwischen der LEADER-Region und dem untersuchten Projekt entstehen keine dauerhaften Verbindungen. Auch die Beziehungen des untersuchten Projektes zur Gemeinde bleiben gering ausgeprägt (Einkauf von Weihnachtspresents, Postwurfsendungen etc.)

Den Betreiberinnen ist es im Laufe der Jahre gelungen, intensive Kontakte zu anderen Organisationen aufzubauen, die teilweise ähnliche inhaltliche Schwerpunkte verfolgen. Darunter fallen beispielsweise die Weltläden, die Initiative Natur im Garten etc. Über *nöb* und *arbeit plus* (vormals: *bdv austria*) hat sich auch eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen sozialökonomischen Betrieben etabliert.

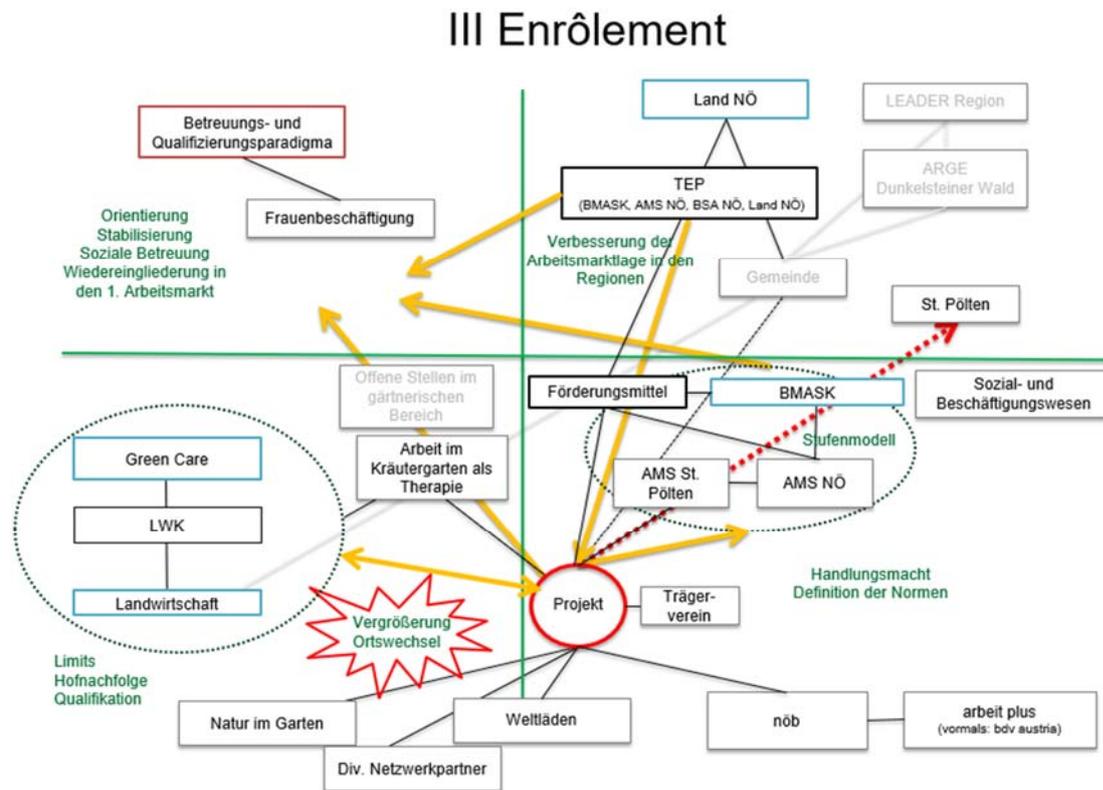
Das Vorhandensein von vielen offenen Stellen im gärtnerischen Bereich wird im Projektverlauf zumindest in den Interviews nicht mehr gesondert thematisiert. Jedoch kristallisiert sich immer mehr die wichtige therapeutische Rolle des Kräutergartens in der Arbeit mit den Klientinnen heraus.

Im Bereich der Landwirtschaft hat sich ab 2011 die Initiative Green Care (Landwirtschaftskammer Österreich) formiert, deren Ziel die systematische Förderung von Green Care-Angeboten auf aktiven land- und/oder forstwirtschaftlichen Betrieben in Österreich ist. Dadurch rückt der Bereich der Sozialen Landwirtschaft ins Rampenlicht und es entsteht eine stärkere „geistige“ Verbindung zwischen dem Landwirtschaftsbereich und dem untersuchten Projekt, welches als eine Soziale Landwirtschaft einzuordnen ist.

Im Projekt selber geschieht die wichtigste Veränderung durch die Umstellung auf das Stufenmodell der Integration. Dieses verändert in der täglichen Arbeit vieles (Arbeitsablauf, die Dauer der Anwesenheit der Klientinnen etc.) und es werden auch zusätzliche Räumlichkeiten benötigt. Auf der Suche nach einem neuen, größeren landwirtschaftlichen Betrieb kommt es auch vermehrt zu Kontakten mit der Landwirtschaft (Green Care Österreich). Da sich kein geeigneter neuer Betrieb finden lässt, wird der erste Betriebsstandort in der Gemeinde N. belassen und ein zweiter Betriebsstandort in St. Pölten begründet.

Die in der letzten Abbildung dargestellte Phase der *Mobilisierung* zeigt das Stadium, in dem sich das untersuchte Projekt stabilisiert hat. Das Betreuungs- und Qualifizierungsparadigma hat sich während der gesamten Projektlaufzeit nicht gewandelt und besteht unverändert fort. Konkret bedeutet das, dass das Projekt weiterhin darauf abzielt, den Klientinnen eine Phase der Orientierung und Stabilisierung zu bieten, sie sozialarbeiterisch- und pädagogisch zu betreuen und sie beim Wiedereinstieg in den Ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Abbildung 9: Phase des Enrôlement am Beispiel des Frauenbeschäftigungsprojekts

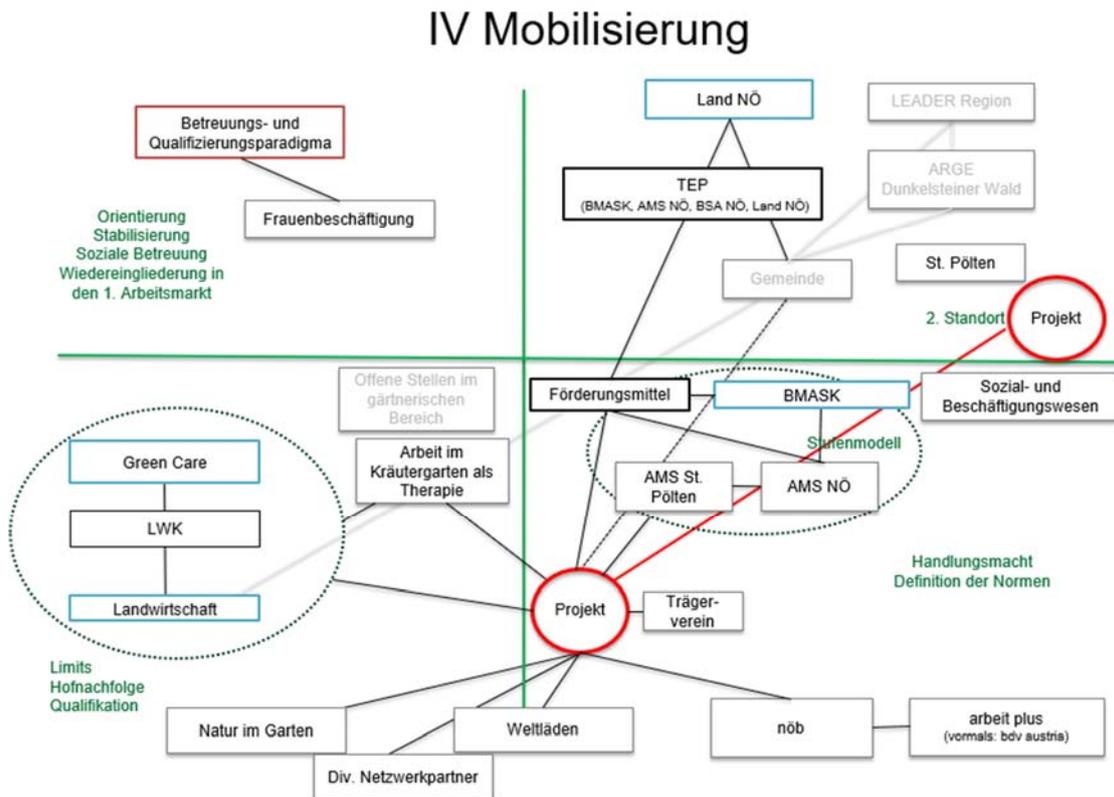


Quelle: Eigene Darstellung

Auftraggeber des Projektes ist immer noch der Bereich des Sozial- und Beschäftigungswesens (BMASK, AMS, Land NÖ) und auch die Unterstützung durch den territorialen Beschäftigungspakt dauert weiter an. Mangels der Verfügbarkeit eines geeigneten größeren landwirtschaftlichen Betriebes gibt es neben dem ersten Projektstandort in der Gemeinde N. jetzt einen zweiten fixen Projektstandort in St. Pölten.

Die Arbeit in der Natur und speziell im Kräutergarten hat sich als eines der Kernelemente des Projektes in der Betreuung der Klientinnen herauskristallisiert. Auch der Bereich Green Care der Landwirtschaftskammer ist aufgeblüht. Mittlerweile gibt es auch nähere Kontakte zwischen den Projektbetreiberinnen und dem Green Care-Verantwortlichen für Niederösterreich. Auch die gute Vernetzung des Projektes mit anderen Organisationen ist nach wie vor vorhanden bzw. wird weiter ausgebaut.

Abbildung 10: Phase der Mobilisierung am Beispiel des Frauenbeschäftigungsprojekts



Quelle: Eigene Darstellung

3.2.5 Chancen und Perspektiven des Projektes

Die Erfahrungen, die im Zuge des mittlerweile 20jährigen Bestehens des Projektes gesammelt wurden, zeigen sehr deutlich, wie positiv und bestärkend sich das Arbeiten in der Natur und die Art der Tätigkeit – insbesondere im Kräutergarten – auf die Klientinnen auswirkt. Eine Verbindung von sozialökonomischen Betreuungs- und Qualifizierungsprojekten mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist daher eine gute Option für die Zukunft. Dies auch im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen am Arbeitsmarkt: Die angespannte Situation mit einer prognostizierten weiteren Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit wird den Bedarf in dieser Richtung noch erhöhen. Auch gibt es immer mehr Menschen, die eine normale Arbeitsbelastung aufgrund physischer oder psychischer Probleme nicht schaffen, wobei es meist kontraproduktiv ist, wenn die Betroffenen ganz aus dem Arbeitsprozess ausscheiden. Gerade im Bereich von

Gartenbau und Land- und Forstwirtschaft gibt es vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten, die entsprechend der Belastbarkeit durchgeführt werden können (siehe dazu u.a. die Ausführungen zum Stufenmodell der Integration).

Seitens der Landwirtschaft bildet der Verein Green Care Österreich gemeinsam mit den Landwirtschaftskammern ein Kompetenznetzwerk für die Entwicklung und Umsetzung von Green-Care-Dienstleistungen auf bäuerlichen Familienbetrieben. Unter dem Sammelbegriff „Green Care“ werden Aktivitäten und Interaktionen zwischen Mensch, Tier und Natur verstanden, die gesundheitsfördernde, pädagogische oder soziale Ziele für unterschiedliche Zielgruppen verfolgen. Green Care-Aktivitäten können an verschiedenen Orten umgesetzt werden und umfassen vielfältige Aktivitäten von der Gartentherapie im Pflegeheim bis zur tiergestützten Intervention am Bauernhof (Green Care, 2016). Als ein Arbeitsschwerpunkt wird der „Arbeitsort Bauernhof“ definiert. Menschen, deren Arbeitsmarktintegration aus unterschiedlichen Gründen schwierig ist, können auf einem Bauernhof unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten von Tagesstrukturierung bis zur integrativen Berufsausbildung finden (ebda 2016).

Es wird von mehreren InterviewpartnerInnen im Rahmen dieser Studie darauf hingewiesen, dass eine engere Vernetzung zwischen den Bereichen Arbeit, Soziales, Gesundheit, Bildung und Land- und Forstwirtschaft sinnvoll und erstrebenswert wäre. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt weisen Expertinnen aus dem Migrationsbereich darauf hin, dass insbesondere viele Menschen, Frauen und Männer, die aus der Türkei oder den ehemaligen Balkanstaaten nach Österreich kommen, Vorkenntnisse im Bereich von Landwirtschaft und Gartenarbeit haben und diese gerne einbringen würden. Auch seitens des AMS wird zusätzlicher Bedarf nach ähnlichen Einrichtungen bzw. mehr Projektplätzen im untersuchten Projekt bestätigt. Den Engpass stellt allerdings die Finanzierung dar.

Die Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit von sozialökonomischen Betrieben stellen ebenfalls einen wichtigen Aspekt dar. Die Interviewpartnerinnen plädierten dafür, die Wirtschaftlichkeit sozialökonomischer Projekte in einem größeren Maßstab zu sehen: zwar verursachen diese Projekte Kosten, diese entstehen aber auch wenn die beschäftigten Personen arbeitslos wären. Wenn es gelingt auch nur einige der Klienten und Klientinnen solcher Projekte wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, so leisten diese dann wieder Beiträge in die Sozialversicherung.

Es gibt einige aktuelle Studien, die sich damit beschäftigen und die Wirtschaftlichkeit sozialökonomischer Betriebe einer Bewertung unterziehen und diese bestätigen. Beispielsweise führt die WIFO-Studie von Eppel et al. (2014) eine Evaluierung von Sozialen Unternehmen im Kontext neuer Herausforderungen durch. Darin wird eine Weiterentwicklung dieses Unterstützungsinstrumentes, auch für die in den nächsten Jahren wachsende Zielgruppe der älteren Arbeitskräfte mit gesundheitlichen Einschränkungen, als zielführend beschrieben. Lankmayer et al. (2015) kommen in einer vom AMS Oberösterreich beauftragten Studie zum Social Return on Investment (SROI) am Beispiel der BASAR GmbH (2015) zum Ergebnis, dass es sich dabei um eine lohnende Investition für die Fördergeber handelt. Zum gleichen Ergebnis kommt eine umfassende Studie des NPO&SE Kompetenzzentrum der WU Wien (Rauscher et al. 2016), in der der gesellschaftliche Mehrwert der 27 sozialintegrativen Unternehmen in Niederösterreich ebenfalls mittels einer SROI-Analyse untersucht wurde. Für das Jahr 2014 wurde ein

SROI-Wert von 2,1 errechnet, das bedeutet, dass jeder investierte Euro Wirkungen im monetarisierten Gegenwart von 2,1 Euro geschaffen hat.

Um Chancen und Perspektiven von sozialökonomischen Projekten für die KlientInnen (in- und außerhalb der Landwirtschaft) anschaulicher zu machen, soll zum Abschluss noch ein Zitat aus einem Interview stehen. Dieses beschreibt sehr berührend, welche Wirkungen die Teilnahme an solchen Projekten auf die TeilnehmerInnen entfalten können. Eine der Projektbetreiberinnen formuliert darin, als Wunsch für die Zukunft des untersuchten Projektes, mehr Frauen aufnehmen zu können, die man bisher ablehnen musste, weil sie Anforderungskriterien nicht erfüllten.

„Und ich denke mir, das sind oft wirklich die, die was wollen, die was herauskommen wollen aus dieser Arbeitslosigkeit oder immer wieder abgelehnt werden: „nein, du nicht, du nicht, immer wieder.“ Das macht so depressiv und so lethargisch, irgendwo. Und ich denke mir, allein wenn man sieht, wie viele aufblühen nur durch eine sinnvolle Beschäftigung. Beschäftigung oder Arbeit, was sie haben. Und wenn man so ein Betätigungsfeld ausweiten könnte, dass wirklich alle, ganz gleich welche körperlichen Einschränkungen, dass sie haben, dass sie auch Arbeit haben. Und das sollte auch irgendwo finanziert werden, dass sie sich halt auch lohnt. Das sollte schon sein. Und nicht jetzt begrenzt auf was weiß ich welche Zeit, sondern ich glaube die Voraussetzung ist schon, dass sie Begleitung brauchen und dass es immer wieder Motivationsarbeit oder Unterstützung gibt, das schon. Und dass irgendwann vielleicht einmal der Erste Arbeitsmarkt gelingt. Und wenn er nicht gelingt, ist es auch okay, dann schaffen, also arbeiten sie eben das, was für sie schaffbar ist. Und ich glaube, das wäre so was ich mit gut vorstellen kann. Wie gesagt, das wäre eine Vision oder eine Vision ist es ja gar keine. Es ist ein Wunsch (EB021, 252, 7-15).“

3.3 Rehabilitation Drogen- und Suchtkranker Menschen am Bauernhof

3.3.1 Der Regionale Rahmen

Die Gemeinde und ihre Ressourcen

Die Projektgemeinde T. liegt im Bezirk Neunkirchen, im südlichen Niederösterreich auf 541 Metern Seehöhe. Das Gemeindegebiet ist 28,97 km² groß, ist also eine recht große Gemeinde. Gleichzeitig ist das Gemeindegebiet nicht kompakt, sondern stark fragmentiert. An EinwohnerInnen zählt sie 1.229 Personen (2013). Die Bevölkerungsdichte liegt bei 42,4 EinwohnerInnen je km². Zu- und Wegzüge halten sich bei einer leicht positiven Geburtenbilanz in etwa die Waage, bei insgesamt leicht rückläufiger, in jüngster Zeit auch stabiler Bevölkerungsentwicklung. Der Trend zum Älterwerden der Gesellschaft zeichnet sich auch in der Projektgemeinde ab. Die sonstige demographische Zusammensetzung weicht nicht auffällig vom Österreichschnitt ab.

In der subjektiven Wahrnehmung der Befragten ist der Zuwachs an älteren Personen der wesentlichste Faktor der Bevölkerungsveränderung. Hingegen wird Abwanderung aus der Region nicht als Problem wahrgenommen. Von einer Befragten wird sogar ein Babyboom im Ort verzeichnet.

Bei rund 1.250 Hauptwohnsitzen in der Gemeinde gibt es ca. 250 Nebenwohnsitze. Dies sind einerseits ZweitwohnungsbesitzerInnen (aus Wien, Wiener Neustadt), andererseits auch OrtsbewohnerInnen, die abgewandert sind, aber einen Nebenwohnsitz in ihrer Heimatgemeinde behalten. Die Gemeinde bemüht sich durch die Aufschließung von (leistbaren) Baugründen auch aktiv darum die Bevölkerungszahl stabil zu halten. Der Gemeinderat wird von den beiden Parteien ÖVP und SPÖ dominiert. Den Bürgermeister stellt die ÖVP.

Das Bildungsniveau in der Projektgemeinde ist von Personen mit Pflichtschul- und Lehrabschlüssen geprägt. Die Akademikerquote liegt unter dem Österreichschnitt. Die Arbeitslosenrate ist niedrig. Bei den Erwerbstätigen dominieren Personen, die in der Herstellung von Waren, im Handel, in der Land- und Forstwirtschaft, im Gesundheits- und Sozialwesen und im Bauwesen beschäftigt sind. Im Gegensatz zu den Nachbargemeinden ist der Pendlersaldo positiv, d.h. die Gemeinde hat im Verhältnis zu den ansässigen Erwerbstätigen eine höhere Anzahl an Arbeitsplätzen.

Der Projektort weist ein relativ großes Gewerbegebiet auf (ein großer Spezialausstatter für Flugzeuge und Schiffe, ein Autohaus, die Tischlerei der Trägereinrichtung, einen Sanitär- und Heizungsinstallations-Techniker, das Postverteilerzentrum, das Raiffeisen-Lagerhaus, einen Produktionsbetrieb für Arzneimittel, Orthopädie), das auch überregional von Bedeutung ist. Durch das Gewerbegebiet der Projektgemeinde lukriert diese hohe Kommunalsteuern (gleichzeitig stehen dem jedoch Aufschließungskosten gegenüber, die von der Gemeinde finanziert werden). Eine Einnahmequelle, über die die benachbarten Gemeinden (als „Abgangsgemeinden“) nicht verfügen. Dies führt bei der Finanzierung von

gemeindeübergreifenden Aufgaben zu Konflikten zwischen den Gemeinden.

Eine besondere wirtschaftliche und kommunalpolitische Bedeutung für die Projektgemeinde nimmt wie bereits erwähnt die Firma L. ein. Diese ist auf Komponenten und Ausstattungen für Flugzeuge, Helikopter und Schiffe spezialisiert. Dieser Betrieb ist für die Projektgemeinde insofern bedeutsam, weil diese mit 600 Stellen der größte Arbeitgeber der Region ist. Diese hohe Anzahl an Arbeitsplätzen entfällt jedoch nur zu einem geringen Anteil auf Arbeitskräfte des Ortes bzw. der Region (ca. 25-28). Das Gros der Arbeiter sind Tagespendler aus Ungarn, die mit dem werkseigenen Bus gebracht werden. Der Betrieb ist für seine geringe Bezahlung (nach dem schlechteren KV-Gewerbe) bekannt. Im Zuge einer Betriebserweiterung wurde dem Betrieb der Grund seitens der Projektgemeinde zur Verfügung gestellt. Der Betrieb konnte auch EU-, und Landesförderungen lukrieren. Gleichzeitig sind für die Gemeinde hohe Kosten für Aufschließung und Hochwasserschutz angefallen.

Nach Aussage eines Stakeholders hat sich die Gemeinde im Bemühen diesen Großbetrieb am Standort zu halten überschuldet, obwohl sich dieser Umstand aus der Einnahmen- und Ausgabegebarung (der Statistik Austria) nur unvollständig ablesen lässt. Die Haupteinnahmen der Gemeinde stellen die Kommunalsteuer und die Ertragsanteile (aus dem Finanzausgleich) dar:

„Nicht nur die Region, die Gemeinde vor allem ist es [Anm.: überschuldet]. Ich bekrittle halt immer: wir haben, Ihr wisst wahrscheinlich eh, wie viele Schulden T. hat. T. hat irgendwo pro Kopf, haben wir irgendwo bei 5.000 Euro, knapp immer um die 5.000 Euro. Sind irgendwo 4,5 Millionen Euro.“

[Trotz der hohen Kommunalsteuern die hereinkommen?]

„Das Problem ist das, den Grund dort oben, den Gewerbegrund dort, den haben wir aufgeschlossen. Den haben wir, wir haben alles verkauft. Wir haben nichts mehr. Und das Geld ist aber nicht zurückgezahlt worden. Wo das, ich denke mir halt so, wenn ich heute einen Grund kaufe und ich verkaufe wieder was davon, dann zahle ich das Geld gleich wieder zurück, wenn ich das auf Schulden kaufe (SH032, 213).“

Tatsache ist, dass der besagte Betrieb in der Gemeinde einen wichtigen Machtfaktor darstellt, der auch über Kontakte zur Landespolitik verfügt. Im Bemühen diesen Großbetrieb vor Ort zu halten, ist die Gemeindepolitik maßgeblich von Entscheidungen der Unternehmenspolitik abhängig.

Die Gemeinde liegt im Einzugsbereich der Südautobahn (A2), der Wechselbundesstraße und der Aspangbahn (Wien-Graz). Eine Park&Ride Anlage (159 Pkw-Abstellplätze, 28 Stellplätze für Fahrräder) wurde vor wenigen Jahren errichtet und wird von den Tagespendlern in der Region auch stark frequentiert. Weiters gibt es Busverbindungen und den Schülertransport. Der Pkw-Motorisierungsgrad in der Gemeinde ist hoch, auch bedingt durch die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen und den Streusiedlungscharakter der Region. Insgesamt ist eine gute Anbindung an die großen Wirtschaftsräume im Süden Niederösterreichs (Wiener Neustadt, Neunkirchen) und den Zentralraum von Wien gegeben. Somit sind die Erreichbarkeitsverhältnisse sowohl im motorisierten Individualverkehr als auch im öffentlichen Personenverkehr vergleichsweise als gut zu bezeichnen.

Soziales Leben

Charakteristisch für T. bzw. das Gemeindegebiet ist, dass sie mit zwei anderen Gemeinden räumlich eng verflochten ist. Die Projektgemeinde selbst hat eigentlich keinen eigenen Ortskern, der liegt in der unmittelbar angrenzenden Nachbargemeinde. Und so kommt es, dass das Gemeindeamt im Ortszentrum auf dem Gebiet der Nachbargemeinde liegt (so wie auch das Volksschulgebäude, ein weiteres Beispiel ist die ÖBB-Haltestelle, die auf Gemeindegebiet liegt, aber nicht deren Namen trägt). Die enge räumliche Verflechtung bringt es auch mit sich, dass die Gemeinden bei der Wasser- und Abwasser Versorgung, dem Standesamt der Volks- und Hauptschule und dem Freibad zusammenarbeiten. Früher gab es (zwischen zwei der drei Gemeinden) auch eine Verwaltungsgemeinschaft, die sich aber nicht bewährt haben soll. Deshalb wird einer möglichen Gemeindezusammenlegung nur von einem Teil der Befragten Positives abgewonnen (u.a. vom Ortspfarrer, umfasst doch der Pfarrbezirk ein noch größeres Einzugsgebiet als die betroffenen Gemeinden).

Als mögliches Einsparungspotenzial werden die Reduzierung der Bürgermeisterposten, der Gemeinderäte und der Gemeindearbeiter gesehen. Auch die drei Feuerwehren könnten zusammengelegt werden. Angesprochen werden in den Interviews Rivalitätsgefühle zwischen den Gemeinden. Zum Teil hätte dies auch mit der unterschiedlichen sozioökonomischen Struktur der Gemeinden zu tun. So sind zwei der Gemeinden, wozu auch T. zählt, eher bäuerlich-traditionell geprägt (landwirtschaftliche Einzelhöfe, höherer Anteil von Eigenheimen), während die dritte Gemeinde als zentraler gelegener Durchzugsort zu charakterisieren ist.

Durch die enge räumliche Verschränkung der Projektgemeinde mit zwei Nachbargemeinden (E. und G.) und dem zentralen Ort A. werden auch im Bereich der Daseinsvorsorge die Nachbargemeinden oft mitversorgt. Dabei haben sich die großen Verbrauchermärkte in den letzten Jahren verstärkt an den Ortsrändern angesiedelt und sind nur mit dem Pkw zu erreichen. An Einrichtungen der Nahversorgung finden sich mehrere große Verbrauchermärkte in der Region (Lagerhaus, Spar) zwei kleine Greißler (Nah&Frisch), ein Wirtshaus (inkl. Postpartner), eine Pizzeria, zwei Bäckereien in E. und in G. Im neu errichteten Haus der Generationen gibt es neben dem betreuten Wohnen (für Senioren) auch für Kinder bis zum Kindergartenalter Betreuungsmöglichkeiten. Ein weiteres Pflege- und Altenheim ist in einer Nachbargemeinde.

Das Orts-, Gemeinschafts- und Vereinsleben der Projektgemeinde (bzw. der zwei Nachbargemeinden) wird als rege beschrieben. Erwähnt werden neben den Aktivitäten der Landjugend, die Rhythmische Tanzgruppe, die Freiwillige Feuerwehr, die Sportvereine Fußball und Tischtennis, der Musikschulverband, die Trachtenkapelle, Senior aktiv (Ausflüge, Veranstaltungen), sowie der örtliche Sparverein.

Das Gemeinschaftsleben ist jedoch auch durch die Zersplitterung der Gemeinden gekennzeichnet und ist so den Sozialkontakten nicht unbedingt förderlich:

„Was ein bisschen das Problem bei unserer Gemeinde ist, dass wir eben relativ weit zerstreut sind und sich teilweise die Leute dann nicht so kennen, teilweise, sage ich einmal, weil sie vielleicht nicht beim Verein sind.“

Weil die gehen alle in verschiedene Richtungen. Es war bei mir vielleicht am Anfang ein Problem. Ich wohne gleich in der Nähe, also übern Bach sozusagen, ich bin Gemeinde T. und durch meine Nähe zu E. habe ich ziemlich viele Leute aus E. gekannt und die Leute aus T. am Anfang nicht so.“

[Also da kennt man sich dann auch nicht in der Volksschule. Gibt es da auch mehrere Volksschulen?]

„Ja genau. Wir haben fünf Volksschulen und ja das, weil z.B. von mir der eine Nachbar ist vielleicht Luftlinie 2 km weg, aber der ist in die Schule in A. gegangen und ich da herunter und den habe ich erst bei der Musterung kennen gelernt. Also, obwohl er nicht sehr weit weg ist, aber ja (SH033, 10-12).“

Während die Partizipation am Gemeinschaftsleben im Rahmen der Vereine prinzipiell intakt ist, wird von einem befragten Stakeholder geäußert, dass die aktive Mitarbeit in den Gemeindegremien immer von denselben, etablierten Personen geleistet würde. Es gebe Schwierigkeiten, Neueinsteiger, vor allem der jüngeren Generation, für die politische Mitarbeit (z.B. im Gemeinderat) zu gewinnen.

Teil des intakten Gemeinschaftslebens der Projektgemeinde ist die gelebte Nachbarschaftshilfe, die bereitwillig geleistet wird:

„Bei uns ist es da so, wie Sie gerade sagen, wenn bei uns in der Gegend wer was macht, da kommt der Nachbar gleich und sagt: „Was ist, soll ich Dir helfen beim Hütte aufstellen?“ Ich pack die Hütte aus, schau hinein, ah, kommt der Nachbar schon: „Was ist, was machst den?“ „Eine Hütte möchte ich aufstellen.“ Da kommt der nächste, sagt er: „Gehen wir es an, packen wir an.“ Da hilft man zusammen halt. Und hintennach sitzt halt beieinander, tust ein bisschen was jausnen, ein bisschen was trinken. Also, es ist wirklich. Und es geht auch bei den Sportvereinen und Feuerwehren, egal wo man hinschaut, die sind eigentlich schon relativ, wird viel zusammengeholfen. Aber ich glaube, das ist eher im ländlichen Raum halt so (SH032, 34-35).“

Auch die Bereitschaft zur Integration von (inländischen) Personen, die sich in der Region niedergelassen haben wird thematisiert, wiederum im Zusammenhang mit dem Aushelfen in der Nachbarschaft:

[Also so Zuzügler, die herziehen. Und werden die dann aufgenommen oder?]

„Komplett. Die werden sofort, da, glaube ich, gibt es, wenn die Leute selber wollen, dass sie aufgenommen werden, sind sie sofort aufgenommen da. Das ist einfach ein, ich denke nur in T. drinnen, da fahre ich jeden Sonntag rein im Sparverein einzahlen ins Wirtshaus. Und wenn ich an das denke, da sind junge Leute kommen, die haben so ein Haus kauft, so ein altes. Und der ist ins Wirtshaus kommen und der ist genauso: „Grüß Dich“. Und da wird ein jeder mit Handschlag begrüßt und „Grüß Dich“. Und sagt er, ich habe das Haus kauft vom Bauer. „Okay, wenn Du was brauchst, weil ich arbeite in der Schottergrube, wenn Du einen Schotter brauchst, kriegst einen Schotter.“ Der andere sagt, „hörst, wenn Du einmal einen Traktor oder was brauchst, fahre ich Dir mit dem Traktor.“ Zusammenhelfen tun wir da halt. Es ist halt wirklich ländlich noch (SH032, 36-39).“

Das Gemeinschaftsleben des Ortes und der Region ist jedoch auch von einem Strukturkonservatismus geprägt. Nach Aussagen eines Befragten ist die Bevölkerung leicht gegen „Neuerungen“ (genannt werden

Biogasanlagen, Windräder, Hühnermast) zu mobilisieren, die Abwehrhaltung bei Anrainern, der Ortsbevölkerung sei groß und stehe wirtschaftlich innovativen Projekten im Wege. Dieser Strukturkonservatismus gehe mit einer Angst vor Veränderungen einher.

Der Strukturkonservatismus der Region äußert sich auch in einer mangelnden Wertschätzung des endogenen Potenzials, das einer Entfaltung entgegensteht. Eine sehr bezeichnende Textpassage soll dies illustrieren.

„Ja, ich meine, im Einzelfall kann das sicher funktionieren. Also, es könnte häufig funktionieren, aber ich denke jetzt wieder an unsere Gegend, wo ich wie gesagt schon ein bisschen diese Enge spüre. Ich habe da ein Beispiel. Es war einmal ein Freund von mir, ein Studienkolleg, in der Buckligen Welt auf Urlaub und dann hat er gesagt, er hat, ich weiß nicht wo er da über Nacht geblieben ist, in so einem Gasthaus und der hat ihn gefragt, der Wirt, was macht ihr da, bei uns gibt es ja nichts. So ein bisschen ein Denken ist in unserer Gegend, obwohl wenn ich jetzt und das habe ich selber auch gehabt. Erst durch das das ich nach Wien gegangen bin usw. schätze ich meine Heimat viel mehr, viel mehr. Also viele haben ein bisschen, ja also erkennen nicht, auch die Schönheit oder das Potenzial dieser Landschaft oder dieser Gegend. Und ich glaube aber, es braucht so, es braucht, glaube ich, wenn man wirklich weggeht, Ausbildung macht und dann wieder zurückkehrt auch eine gewisse Freude oder Inwertsetzung einer Heimat oder einer Gegend, dass man das wirklich macht. Und das ist, ich kann es jetzt nicht vergleichen mit anderen Gegenden, aber mir fällt das auf, dass es bei uns nicht stark entwickelt ist, dass man das hoch einschätzt irgendwie oder dass man stolz ist (EX034, 171-179).“

Die Abwehrhaltung gegenüber Nicht-Einheimischen, Ortsfremden äußert sich auch in einer anderen Thematik – dem Umgang mit Ausländern. Wird die Überalterung des Ortes bzw. der Region als Faktum beschrieben so erscheint Zuwanderung durch „Ausländer“, Asylwerber etc. nicht als wünschenswerte Option. Interessant ist eine zu beobachtende Diskrepanz in der Wahrnehmung. Einerseits tut sich nach Einschätzung des Befragten bei der Zuwanderung in der Projektgemeinde nichts - „*Migranten oder Ausländer kommen zu uns nicht*“ (SH033, 126-135). Andererseits treten aber Ausländer bei den Interviews in einigen Kontexten immer wieder in Erscheinung.

So gibt es unter den temporären KlientInnen der Trägereinrichtung auch einige Ausländer (z.B. „Schwarze“). Diese werden von der Bevölkerung durchaus *nicht* wohlwollend wahrgenommen. Geschildert wird eine Situation, bei dem die Anwesenheit eines Türken und eines Schwarzafrikaners (beides Klienten am Standort K.) für Irritationen beim örtlichen Lebensmittelhändler sorgen.

„Also, ich denke Ausgrenzung möchte ich jetzt nicht direkt sagen, dass es irgendwie eine Ausgrenzung gibt. Wir haben vor einigen Wochen jetzt einmal erlebt, wir sind irgendwie unten beim Greißler gewesen in der Ortschaft in E., wo eine Dame dann eher sehr erschrocken war dadurch, dass ich mit einem Türken eben, also man hat ihm angesehen, dass er nicht von hier ist und einem Afrikaner, einem Schwarzafrikaner, auf Außenarbeit war und wir haben uns noch eine Jause mitgenommen und etwas zum Trinken. Und ja, sie hat eben gemeint, ob die zu mir gehören und irgendwie wirkten diese ja furchteinflößend. Ich habe ihr dann die Angst genommen, habe ihr gesagt, die gehören zu mir und das war es dann aber auch (KL033, 122-125).“

Eine zweite Kategorie bilden Personen mit Migrationshintergrund, die teilweise schon längere Zeit in Österreich leben und arbeiten oder nur temporär in Erscheinung treten. Letztere, Tagespendler aus Ungarn der in der Projektgemeinde ansässigen Firma L., werden mit werkseigenen Bussen täglich nach T. gebracht. Aufgrund der Tatsache, dass der Lebensmittelpunkt nicht in der Region liegt, sind sie praktisch nicht ins Ortsgeschehen integriert. Nach Aussage eines befragten Stakeholders erfolgt Integration häufig über die Beschäftigung bzw. die Belegschaft in den Betrieben vor Ort („gleiche Pflichten und Rechte auch für Ausländer“). Grundsätzlich fällt die Integration von Bosniern, Serben oder Albanern leichter, da sie sich rein äußerlich kaum von Österreichern unterscheiden. Schwieriger gestaltet sich die Integration beispielsweise von Türken:

„Ja, die sind dann nach A. gezogen. Die sind eigentlich eh in der Region geblieben, aber nach A. Aber das Komische ist eigentlich, ich glaube, dass da eben wirklich auch, wie soll ich das sagen, der ländliche Raum ist eben bei uns so arg ausgeprägt, dass eben ein Ausländer, ein Migrant, der nicht aussieht wie ein Migrant, ich sage jetzt so wie die Bosnier oder wie die Serben oder Albaner oder was. Die schauen aus wie wir halt, gell? Aber der Türk halt, den kennst. Der ist schwarz, der ist dunkel. Von dem halten die Leute Abstand. Und da sind so viele, so Bosnier, die was da im Jugoslawienkrieg weggezogen sind und heraufkommen sind, Flüchtlinge, was da voll integriert sind, voll. In E. wohnen welche oben, die sind genauso, die Kinder genauso, komischerweise (SH032, 72-91).“

Der besagte Stakeholder schildert in diesem Zusammenhang jedoch auch ein Beispiel latenter Ausländerfeindlichkeit. So wollten Ausländer (Türken?) der ansässigen Papierfabrik ein desolates Haus abkaufen. Dazu kam es jedoch nicht, da auf Betreiben von einigen Personen, das Haus von der Gemeinde angekauft und abgerissen wurde um Platz für sozialen Wohnbau zu schaffen.

Die dritte Gruppe von Ausländern bilden Asylwerber zumeist aus Afghanistan, Syrien (früher auch Tschetschenien), die in einem ansässigen Gasthaus in G. untergebracht sind. Sie werden von der Flüchtlingsbetreuung der Caritas von Wr. Neustadt aus betreut, leiden jedoch unter beengten Platzverhältnissen und bewegen sich dadurch oft im Freien, was ihre Sichtbarkeit erhöht und Ängste bei der Bevölkerung weckt.

Diese jungen Männer (ca. 40 Personen) sind in der Wahrnehmung der Befragten nur auf einer Durchgangsstation in der Region, da sie nach Anerkennung des Asylstatus die Region verlassen (und nach Wien gehen). Ein Einbezug in das Ortsgeschehen erscheint daher aus Sicht der Befragten nicht möglich. Hinzu treten sprachliche und kulturelle Barrieren. Andererseits wurden jedoch von Seiten der Pfarr-Caritas auch Aktivitäten gesetzt. Es kam zu einem Treffen, einem gemeinsamen Essen und ein Film wurde gezeigt. Erwähnt wird auch, dass eine pensionierte Lehrerin den Flüchtlingen Deutschstunden gibt. Geschildert werden echte oder vermeintliche Alltagskonflikte mit diesem Personenkreis: Es gäbe „Gfraster unter den Asylwerbern“, sie seien mit den hiesigen Verkehrsregeln nicht vertraut und querten die Straße ohne auf den Autoverkehr zu achten (SH031, 127-134). Weiters wird die Anwesenheit von ihnen mit Verunreinigungen des Bahnhofsgebäudes in G. in Zusammenhang gebracht. Eine Fremdenfeindlichkeit äußert sich auch darin, dass sie nach Aussage einer Befragten im Gasthof, wo sie untergebracht sind, Lokalverbot haben.

Fazit dessen ist, dass der mangelnde Einbezug von Ausländern, deren Ausgrenzung auch mit der Sichtbarkeit von „Anderssein“ zu tun hat, dass sich die Bevölkerung schwer tut mit diesem Anderssein umzugehen. Und es könnte größere Bemühungen geben, die beruflichen Qualifikationen und menschlichen Qualitäten von Personen Nicht-österreichischer Herkunft für den Ort und das Sozialkapital besser zu aktivieren.

Stellung der Land- und Forstwirtschaft

Die Projektgemeinde ist vom Erscheinungsbild her immer noch land- und forstwirtschaftlich geprägt obgleich der Primärsektor im Ort stark rückläufig ist. Vor allem Nebenerwerbsbetriebe sind im Zeitraum zwischen 1999 und 2010 stark zurückgegangen. 2010 gab es 48 Haupteinwerbungs- und 34 Nebenerwerbsbetriebe, wobei mehr als drei Viertel der land- und forstwirtschaftlichen Fläche auf die Haupteinwerbungsbetriebe entfallen. Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug 38,9 ha bei den Haupteinwerbungs- und 14,2 ha bei den Nebenerwerbsbetrieben (2010). Die Projektgemeinde ist auch durch große Waldflächen geprägt. Der Anteil der forstwirtschaftlichen Fläche an der Gesamtfläche beträgt zwischen 40 % und 60 % und ist vorwiegend Kleinwaldbesitz. Die Vermarktung erfolgt teilweise über Waldgemeinschaften (Waldgemeinschaft Weißes Kreuz).

Diese Strukturdaten finden sich durch die Aussagen der Interviews im Wesentlichen bestätigt: Nach Aussage der Personen wirtschaften im Ort und der Region überwiegend Nebenerwerbsbetriebe u.a. deswegen, weil ein ausreichendes Einkommen im Vollerwerb nicht zu erzielen sei.

„Es gibt sehr wenige Landwirtschaften, die was wirklich noch, wo die Bauern daheim sind, die was keine Nebenerwerbbauern sind. Ich glaube, wenn wir in ganz T. zehn zusammenbringen, die was wirklich hauptberuflich Bauern sind, das ist viel dann. Das sind fast alles Nebenerwerbbauern. Das sind so kleine Wirtschaften halt, zum Leben ist es zu wenig und zum Sterben ist es zu viel (SH032, 155).“

In der Wahrnehmung der Befragten wird die Situation der Landwirtschaft als prekär beschrieben: Die regionale Ausrichtung ist auf klassische Urproduktion (Milchwirtschaft) ausgerichtet. Dabei wird die Milchwirtschaft von einem Befragten auch als alternativlos beschrieben. Dies dürfte durchaus dem Stimmungsbild der örtlichen Landwirte entsprechen. Konfrontiert sind die Landwirte mit stagnierenden bzw. tendenziell sinkenden Produkterlösen bei gleichzeitig steigenden Kosten (Betriebsmittel bzw. Futtermittel, progressiv steigenden SV-Beiträge etc.). Aus diesem Dilemma heraus kommt es auch laufend zu Betriebsaufgaben in der Region. Aufgrund der mangelnden Einträglichkeit der Landwirtschaft seien weitere Standbeine notwendig: Dazu zählen Zuverdienst-Möglichkeiten aus einer Maschinenringtätigkeit im Winterdienst, in der Grünfütterergewinnung für Biogaserzeugung und der Beschäftigung bei einem forstlichen Lohnunternehmen.

Wesentliche Standortnachteile der milchwirtschaftenden Betriebe der Region (gegenüber Gunstlagen) resultieren aus der mangelnden Größe (fehlende Flächenstärke) der Kleinstrukturiertheit und Exponiertheit des Geländes und der Bewirtschaftungsflächen (lange Anfahrtswege, kleinstrukturierte Flächen, benötigte „kleine“ Maschinen zur Bewirtschaftung). Die mangelnde Flächenproduktivität und die

vielen Steifflächen der „Buckligen Welt“ schränken das Rationalisierungspotenzial zusätzlich ein. Aus all diesen Faktoren resultierten Standortnachteile.

Insgesamt wird eine Abhängigkeit vom Förderregime attestiert. Erschwerend träten die nunmehr ausgelaufenen Milchquoten, der Wegfall der Mutterkuhprämie (bzw. deren Umlage auf die Betriebsprämie) hinzu. (Auch die) Betriebsverbesserungspläne (im Zuge der Beantragung von Investitionsförderungen unter Mithilfe der LW-Kammer erstellt) seien auf Förderungsoptimierung ausgerichtet. Fehlinvestitionen seien die Folge. Von einigen Befragten wird explizit eine Unzufriedenheit mit der Standesvertretung, den Landwirtschaftskammern artikuliert. Diese lehne eine Umstellung des Fördersystems auf die Arbeitskräfte am Betrieb ab, sei primär nach innen orientiert wenig innovativ z.B. im Zusammenhang mit der Genuss & Kulinarik Initiative „*Sooo gut schmeckt*“. Thematisiert wird auch die Konkurrenz zwischen Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer, die es erschwert Kooperationen im Bereich Gewerbe einzugehen.

Innerbetrieblich werden die Betriebsnachfolge sowie die Bewirtschaftung im Familienverband angesprochen: So sei die Nachfolge in einigen Betrieben nicht gesichert und es gebe eine Reihe von unverheirateten Bauern. Dies erfordere die Weitergabe an Verwandte. Der Nebenerwerb und die Doppelbelastung (Beruf, Familie, Betrieb) laste oft auf den Frauen und machten das Berufsbild „Landwirt“ wenig attraktiv. Angesprochen wird auch der Anstieg von zu betreuenden Personen im Familienverband am Hof. In der Hofnachfolge erfolge die Ausbildung potenzieller Hochnachfolger primär in außerlandwirtschaftlichen Berufen, begünstigt vom guten Angebot an weiterführenden, berufsbildenden Schulen in der Region (Wiener Neustadt, Neunkirchen). Thematisiert werden auch Generationenkonflikte im Zuge der Betriebsübergabe (jung versus alt, bewahrend kontra innovativ). Diese werden oft zu lange hinausgezögert und bräuchte Mediatoren.

In der Diversifizierung bzw. bei Erwerbsalternativen des Sektors werden einige Aktivitäten bzw. damit verbundene Hindernisse genannt. Direktvermarktung (z.B. Eier, Käse, Geselchtes, Würste) erfolgt in Form eines Bauernmarktes in E.

Urlaub am Bauernhof, die Privatzimmervermietung (früher „Sommerfrische“) ist eine häusliche Nebenbeschäftigung im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft. Sie hat nach Aussagen einiger Befragten stark an Bedeutung verloren.

Zur Landwirtschaft gehören gleichfalls die von der Gewerbeordnung ausgenommenen Nebengewerbe der Land- und Forstwirtschaft (z.B. das Betreiben eines Hofladens, Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen des Maschinenringes, Ausschank ab Hof etc.). Die Umstellung auf Tätigkeiten der sozialen Landwirtschaft (mit Ausnahme der „Schule am Bauernhof“) wird insofern restriktiv gehandhabt, als eine Abgrenzung gegenüber sonstigen gewerblichen Tätigkeiten vorliegen muss. Andernfalls treten die Bestimmungen der Gewerbeordnung in Kraft (z.B. Ausbildungserfordernisse, Betriebsanlagengenehmigung etc.). Beispielsweise sind spezialisierte Pferdeeinstellbetriebe de facto Gewerbebetriebe im Grünland, die aus der Landwirtschaft „herausgewachsen“ seien. Sie erzielten ihr Einkommen definitiv nicht mehr aus der Landwirtschaft.

Als weiteres Hindernis der Umstellung von land- und forstwirtschaftlichen Aktivitäten stellt sich in der Praxis die örtliche und überörtliche Raumordnung bzw. Flächenwidmung dar. Letztere Planungsinstrumente behindern massiv die Verwertung von landwirtschaftlichen Gebäuden (im Gegensatz zu den Flächen) eines auslaufenden Betriebes, weil Wirtschaftsgebäude im Grünland für Gewerbe Zwecke (z.B. Vermietung, wenn sie als Haupteinnahmequelle dient) nicht genutzt werden dürfen.

Diese mangelnde Flexibilität des Steuer- und Gewerbe rechts sowie die Pflichtmitgliedschaft bei der jeweiligen Kammer wird von einigen Befragten beklagt.

„Ja, oder ich war jetzt vor kurzem im Mostviertel unterwegs und da ist wieder ein ähnliches Thema, die Vierkanthöfe. Früher hat man natürlich das gebraucht Knechte, Mägde und große Familien und Lagerraum und Wirtschaftsraum. Und heute haben zum Teil diese Vierkanthöfe, die manchmal wirklich gebäudemäßig sehr schön sind, aber natürlich in der Erhaltung viel Geld benötigen. Eine Durchschnittsfamilie mit einem Durchschnittseinkommen, wo man sagt, vielleicht bewirtschaften sie ein bisschen eine Landwirtschaft noch nebenbei, aber haben Großteiles eh schon alles verpachtet, die Gebäude sind aber da. Und es wäre auch für das Landschaftsbild und für den Touristen und alles was daran hängt, ist es nützlich und sinnvoll, wenn die optisch in einem guten Zustand erhalten werden. Nur mit einem normalen Handwerker-durchschnitts-einkommen, wie auch immer, tue ich mir oft schwer das zu erhalten. Und da ist ja die gleiche Fragestellung, die sind ja auch oft im Grünland. Welche Nutzungen habe ich denn? Weil sobald ich vermieten tue, bin ich ja eigentlich, wenn dass die Haupteinnahmequelle ist, bin ich auch schon nicht mehr im pauschalierten bzw. landwirtschaftlichen Bereich. Und dort will man aber Möglichkeiten schaffen, Gebäude zu erhalten und dann habe ich, wie gesagt, in Stadtnähe die andere Situation, wo ich sage, dort ist mir oft ganz recht, wenn das nicht alles immer so einfach geht. (lacht) (EX031).“

„In der einen Region macht das einen Sinn und schützt sozusagen die Landschaft oder wie auch immer und in der anderen Region blockiert es eigentlich Entwicklungen, sinnvolle Entwicklungen (EX031, 131).“

Explizit nachgefragt wurden im Rahmen der Befragung auch die erwarteten Zukunftsperspektiven der Landwirtschaft. Als Hindernis der Öffnung der Landwirtschaft zu neuen Erwerbsfeldern wurden einerseits die strukturkonservierende Mentalität der Landwirte – *„die Bauern sind eine geschlossene Gesellschaft (EX035, 138-140)“* und andererseits die mangelnde Innovationsbereitschaft angeführt.

„Das andere Beispiel ist da oben die Firma M. Ziegenkäse (in L.), sind ursprünglich Milchbauern gewesen, irgendwann auch, das kann es nicht mehr sein, haben umgestellt auf Ziegen, haben heute, gewinnen jeden Ziegenkäse-preis, dieses „Kasermann“ der beste Ziegenkäse aus Österreich, liefern Unmengen an Käse. Also, da wäre sicher noch Potenzial da auch für andere Bauern, dass die so etwas machen. Einer hat mich einmal gefragt, hat er gesagt, kannst mir nicht einen Tipp geben, der Milchpreis ist herunter, ich soll etwas tun. Da sage ich, ja, Ziegenkäseproduktion wäre interessant, da hat er gesagt, das interessiert mich nicht. Da sage ich, warum nicht? Sagt er, „weil eine Goas ist kein Viech (EX032, 89-93).“

Die geäußerte Einschätzung der Befragten sieht einen dynamischen Strukturwandel, ein polarisiertes „Wachsen oder Weichen“ vorher: Einerseits intensiv wirtschaftende Betriebe (mit gepachteten Flächen

der auslaufenden Betriebe) und andererseits im Nebenerwerb geführte Betriebe (kombiniert mit außerlandwirtschaftlichen Einkommensquellen), Extensivierung bzw. Betriebsaufgaben. Extensivierungsstrategien werden als möglicher Zwischenschritt zur Betriebsaufgabe (z.B. von Milchvieh zur Kalbinnenmast) beschrieben.

Nach Ansicht der Befragten sind Zukunftsbetriebszweige die intensive Milchproduktion (auf geeigneten Flächen), Energielandwirtschaft (Biogas), Direktvermarktung und große, extensiv geführte Mutterkuhbetriebe.

„Wo wird die Region hingehen? Im Grunde genommen wird es so sein, dass einfach intensive Milchproduktion [Anm.: stattfindet], dort wo es passt, dort und da Biogas, ein paar Schweine haben wir auch ein bisschen, dann ein paar spezialisierte Direktvermarkter, zwischen drinnen vielleicht ein paar riesengroße Flächenverwerter, wenn man so will, auch mit Mutterkuh, das gibt es auch. Und das war es gewesen (EX033, 70-71).“

Regional problematisch werden die Weiterbewirtschaftung bzw. das Offenhalten der Grünlandflächen und die mangelnde Verwertbarkeit des Mähgutes gesehen. Offenes Grünland ist bis zu einem gewissen Grad an die raufutterverzehrende Viehhaltung gebunden. Ein weiteres Problem sei nach der Aufgabe der Landwirtschaft und der Verpachtung der Flächen auch das fehlende Gerät (z.B. geeignete Traktoren) zur Bewirtschaftung der Restflächen. Eine Option bliebe die Aufforstung.

[Gibt es da Diskussionen in der Gemeinde, wann das dann halt einmal nicht mehr bewirtschaftet wird, wie sich das entwickeln wird?]

„Momentane Diskussionen gibt es keine eigentlich, aber ich meine, ich sehe es selber bei uns daheim. Wir waren früher einmal eine ganz kleine Landwirtschaft. Und wir haben nur zwei Wiesen, also eine Wiese links, eine Wiese rechts vom Haus und jetzt hat der, der was das immer gemacht hat, hat vor 5 Jahren aufgehört, dann der was das bis voriges Jahr gemacht hat, hat aufgehört und jetzt haben wir Gott sei Dank einen anderen gefunden, der uns das wieder abmäht, weil wir wüssten nicht.“

[Hat man nicht mehr die Geräte?]

„Nein, selber haben wir nichts mehr, wir wissen nicht, wir können es gar nicht an irgendwelche Viecher verfüttern oder irgendetwas und jetzt haben wir Gott sei Dank wieder einen gefunden, der das nimmt.“

[Weil die Flächennutzung, die hängt natürlich schon oft an der Landwirtschaft.]

„Ja, weil sonst, wir können auch fast nichts Anderes machen mit den Flächen, weil ja, ich weiß nicht irgend-einen Wald setzen oder was, wäre auch eher schlecht.“

[Und das sind schon Wiesen in dem Ausmaß, dass man es jetzt mit einem Motormäher jetzt nicht mehr (Anm.: mähen kann).]

„Ja genau man braucht einen Traktor eigentlich, für das sind sie zu groß, ja. Und das ist dann natürlich, ja schon ein Problem, was man tut damit (SH033, 195-232).“

In den Interviews wurde auch das Potenzial der Landwirtschaft und im Besonderen der Sozialen Landwirtschaft in der Region erörtert. Als soziale Landwirtschaft werden in diesem Zusammenhang alle sozialen, pflegerischen und pädagogischen Maßnahmen definiert, die im Rahmen eines land- und/oder forstwirtschaftlichen bzw. gartenbaulichen Betriebs stattfinden und Menschen in ihre tägliche Arbeit mit dem Ziel integrieren, um deren Lebenssituation durch Therapie und Beschäftigung zu verbessern oder ihnen neue Lebensperspektiven aufzuzeigen.

Bemerkenswert ist, dass der Begriff der Sozialen Landwirtschaft (bzw. des Green Care) auch unter den Landwirten der Region entweder gar nicht bekannt ist oder bei den Befragten wenig konkrete Assoziationen auslöst. Zwei konkrete Nennungen während der Interviews betrafen Schule am Bauernhof und Waldkindergärten.

„Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe bis heute noch nicht gewusst, was Green Care heißt.“

[Aber der Begriff ist bekannt?]

„Der Begriff ist bekannt.“

[Warum ist er bekannt?]

„Na, von der Fachschule Warth [Anm.: Landwirtschaftliche Fachschule in Warth Bezirk Neunkirchen].“

[Natürlich]

„Von dort aus ist er bekannt und ich habe geglaubt, dass ist irgend so etwas Neumodernes wie diese Outdoor-Akademie, wo auch keiner weiß, was die tun, wo sie spazieren gehen durch die Gräben und jetzt machen sie halt Green Care, aber was es jetzt ist, war mir nicht bekannt. Ich hätte mich schon paarmal interessiert, habe es aber nicht herausgefunden für mich, was das bedeutet.“

[Das ist hoch interessant, wie der Begriff genau interpretiert wird.]

„Bei Sozialer Landwirtschaft habe ich bis jetzt immer im Kopf gehabt diese M. R. [Anm.: eine Biobäuerin] von K., die was halt da irgendwie auf sozial macht und da halt ein paar Leute dort hat, die was aber eben, ja ich habe mich auch nicht interessiert dafür, muss ich ehrlich sagen, oder zu wenig (EX033, 197-199).“

Thematisiert wird in einem der Interviews auch das wenig innovative Beharrungsvermögen der Bauernschaft, das sie nicht dafür prädestiniert mit ihrer Umwelt in Kontakt zu treten und die sie nach außen eher als geschlossene Gesellschaft erscheinen lässt.

„Also, wir sagen immer sehr Spaßhalber, wenn ma oft beieinander sind, die Bauern sind im Prinzip eine sehr geschlossene Gesellschaft, da kommst nicht hinzu, weil ein Bauer verkauft dir im Regelfall nichts, wenn du was brauchst, auch nicht ein paar Meter und wir haben immer hetzhalber zu unseren Bauern gesagt, „wie kannst du einem Bauern am meisten weh tun? Du schenkst ihm mehr als er tragen kann.“ Und so ist, irgendwie ist das trotzdem vom Bild her ist das nach wie vor noch da, dass ein Großteil der Bauern da, sage ich einmal,

sehr verschlossen ist und da nicht wirklich, sage ich, Änderung in der Struktur zulässt und wenn, dann glauben sie, wenn sie was verkaufen, müssen sie goldene Eier damit verdienen (EX035, 138).“

Ein konkretes Hindernis zur Umstellung auf Green Care Dienstleistungen ist dabei, dass Landwirtschaft primär als Produktion von Rohstoffen verstanden wird. Diese konventionelle Einstellung gegenüber Landwirtschaft dürfte in der Region stark verankert sein.

„Ich glaube, dass einfach die Bucklige Welt, die Bauern, die ich kenne oder dass das so die Urproduktion, es wird, wie wir zuerst gesagt haben, bei der Milch ganz stark in die Urproduktion, weil die Bäuerinnen, die bieten Jausen an in der Schule, das ist auch schon etwas Innovatives, aber es ist ein Urprodukt, aber keine Dienstleistung wie Schule am Bauernhof oder was auch immer. Ich glaube den Sprung, das ist scheinbar noch so eine hohe Hürde oder im Denken noch so verhaftet, dass eben der Bauer, die Bäuerin, die macht ein Produkt, das was zum Essen ist, also ein Urprodukt und nicht quasi eine Sozialleistung. Das ist, glaube ich, wenig noch verankert (EX034, 197).“

Eine weitere Hürde ist auch, dass Landwirtschaft primär als Wirtschaften am eigenen Hof verstanden wird. Dieses Denken behindert Diversifizierung (der Produktpalette), Kooperation (mit anderen Landwirten, Sektoren etc.) und selbst die Inanspruchnahme von sozialen Dienstleistungen Dritter.

„Schwierig, na ganz schwierig, glaube ich. Also solche Typen wie mein Vater ist, die so verwurzelt sind, die nur ihren Hof kennen, das ist eher der typischere Fall in der Buckligen Welt.“

[Die wollen dort oben bleiben und eher durch mobile Dienste betreut werden?]

„Genau.“

[Bzw. wenn schon, dann vielleicht auf einen anderen Bauernhof, aber immer noch Bauernhof?]

„Auf einen anderen Bauernhof auch nicht, nein, schon noch den eigenen, auf einen anderen Bauernhof, da ist es schwierig (EX034, 204-221).“

Angesprochen werden auch Generationenkonflikte im Zuge der Hofnachfolge innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe, die einer Neuausrichtung bzw. Diversifizierung im Wege stehen.

„In den Startlöchern stehen, innovativ sind und die Älteren bremsen. Das haben wir immer so gemacht, Milchbetrieb und du willst jetzt auf einmal eine Hühnerfarm machen? Sicher nicht. Da sind wir wieder dort, ein „Hendl ist kein Viech“. Also die Jungen sind schon innovativ, das merkt man (EX032, 181).“

Weitere Hemmschwellen zur Aufnahme von Green Care Aktivitäten, die eng mit dem bäuerlichen Selbstverständnis verbunden sind, ist der Mangel an Professionalisierung bzw. von spezifischen Qualifikationen der Betriebsführer (z.B. als Altenfachbetreuungsausbildung) um soziale Dienstleistungen anbieten zu können und nicht zuletzt ein Motivationsdefizit.

Die Interviewten sehen Green Care als eine Alternative für nur wenige Land- und Forstwirte (Nischenfunktion). Nicht zuletzt deswegen, weil die Betriebe u.a. Investitionen tätigen müssen, bestimmte bauliche Voraussetzungen erfüllen müssen (z.B. Barrierefreiheit) aber auch die Notwendigkeit Zusatzqualifikationen zu erwerben, wird gesehen.

Die LEADER Region und ihre Strategien

Die Projektgemeinde ist eine von 32 Mitgliedsgemeinden der LEADER-Region Bucklige Welt – Wechselland. Diese Gemeinden umfassen eine Gesamtfläche von 830 km² und rund 50.000 EinwohnerInnen. Die Region ist ländlich geprägt, städtische Zentren und dichte Ballungsräume gibt es nicht. Die Kleinstrukturiertheit der Region wird darin ersichtlich, dass es viele Kleingemeinden unter 1.000 EinwohnerInnen gibt und große Gemeinden über 5.000 EinwohnerInnen fehlen. Die zwischen Gloggnitz und Kirchschlag vorwiegende Hügellandschaft geht nach Westen und Süden in eine Mittelgebirgslandschaft über. Die Schwerpunktthemen der Region in der vergangenen Periode 2007-2013 lagen auf den Aktionsfeldern Tourismus, Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Energie/Ökologie/Umweltschutz und bei der Dorfentwicklung und der kommunalen Zusammenarbeit (LAG Bucklige Welt – Wechselland 2007).

Die Land- und Forstwirtschaft spielt in der Region trotz des weiter voranschreitenden Strukturwandels immer noch eine signifikante Rolle. Geprägt ist die Situation der Land- und Forstwirtschaft durch ihre Kleinstrukturiertheit. Beobachtbar ist die steigende Bedeutung der Energiewirtschaft wie zum Beispiel die Produktion und der Einsatz von Biomasse und Holz (Landwirt als „Energiewirt“). Gewerbliche Aktivitäten ergänzen das klassische Bild der Land- und Forstwirtschaft. (LAG Bucklige Welt – Wechselland 2007, 10).

In der Periode 2007-2013 erfolgten Bemühungen eine Markenbildung durchzuführen (z.B. „Ost-Most-Gemeinschaft Bucklige Welt“, „Sooo gut schmeckt die Bucklige Welt“, „Genusregion Bucklige Welt Apfelmot“).

Diese Initiativen versuchen innovative Ansätze entlang der Wertschöpfungskette in der Region zu unterstützen (LAG Bucklige Welt – Wechselland 2007, 13). Diese Aktivitäten werden vom LAG-Management retrospektiv als durchaus erfolgreich angesehen.

„Sooo gut schmeckt‘ ist eben wirklich so ein Vorzeigeprojekt österreichweit, traue ich mir zu sagen, wo man 30 Direktvermarkter, 30 Gastronomiebetriebe und 20 Fleischer, Bäcker, Konditor in einem Team haben. Und das sind Mitgliedsbetriebe und das gibt es seit zehn Jahren. Und da sehen wir einfach, diese 30 Direktvermarkter, das sind die Innovativen. Die bleiben nicht und warten nicht bis der Bauernhof zu Grunde geht, der Milchpreis runterfährt und sonstiges, sondern die haben einfach gesagt, okay, so geht es nicht mehr weiter, weil wenn man nicht reagiert und bald etwas passiert, dann geht es den Bach runter. Und das sind dann die Innovativen, das sind dann die Direktvermarkter. Die haben z.B., B. hat diese Eisgreißlerei gemacht. Der hat ursprünglich Joghurt gemacht und hat dann einfach gesehen, in der Sommerzeit, wenn er nicht an die Schulen liefert, ist es zu wenig. Da hat er gesagt, okay, was können wir da in der Zeit machen? Dann haben wir gesagt, okay, die Gastronomie ist eh da, die brauchen ein Eis, machen wir Bauernhofeis. Und was ist

jetzt? Der macht so viel Bauernhofeis, dass er gar kein Joghurt mehr produziert, sondern nur mehr ja Eisgreißler ist in Wien drinnen und in Graz und produziert und produziert und baut jetzt auch noch eine Erlebnis-Eisgreißlerei aus usw. (EX032, 87-88).“

Die Kooperation mit den Bürgermeistern der Region wird vom LEADER-Manager als gut beschrieben. Die Interviews in der Projektgemeinde ergaben jedoch, dass das LEADER-Potenzial, bzw. der Mehrwert durch initiierte Projekte, unterhalb der Ebene der Bürgermeister, unter den Gemeinderäten und in der Bevölkerung wenig beachtet und geschätzt wird. Vor allem der Kommunikationsfluss und das generelle Problembewusstsein scheinen verbesserungsfähig zu sein.

„Das haben wir beim letzten Workshop, den wir da gemacht haben mit den Gemeinden, haben alle bestätigt und dass wir da was tun müssen. Wir müssen viel mehr in die Gemeinderäte hineingehen, in Gemeinderats-sitzungen in der Region selbst usw. Wir haben es ihnen sehr wohl angeboten, aber es hat aber keiner, zwei Gemeinden haben es glaube ich in Anspruch genommen, dass wir im Gemeinderat und dort wo wir waren, dort war es auch so, dort hast einmal ein bisschen präsentiert und dann hast gesagt und jetzt Fragen. Und es kommen keine. Du weißt aber im Vorfeld, dass sie sehr wohl gesagt haben, LEADER bringt uns nichts, das, das, also genug interne Fragen was sie haben. Aber wenn Du vor Ort bist, dann trauen sich nicht einmal fragen. Dann sagen sie: ‚passt eh alles.‘ Ja, aber das ist eh typisch (EX032, 264).“

Die mangelnde Verankerung des LEADER-Gedankens speziell in der Projektgemeinde kommt auch darin zum Ausdruck, dass es weder Infoveranstaltungen zu Ergebnissen von Projekten gab, noch Berichte darüber in der Gemeindezeitung. Ein Grund für das mangelnde Interesse mag daran liegen, dass die Projektgemeinde durch das Gewerbegebiet finanziell abgesichert erscheint und keine Notwendigkeit im Lukrieren von Fördermitteln gesehen wird. Die Projektgemeinde ist auch die letzte Gemeinde gewesen, die sich bei der LEADER-Region eingebracht hat.

Die lokale Entwicklungsstrategie für die LEADER-Periode 2014-2020 (LAG-Management Bucklige Welt–Wechselland 2014) fokussiert auf drei Aktionsfelder: *Wertschöpfung, Weiterentwicklung der natürlichen Ressourcen und des Kulturerbes, sowie der Stärkung der für das Gemeinwohl wichtigen Strukturen und Funktionen*. Innerhalb des Aktionsfeldes Wertschöpfung bzw. der Strategie einer Stärkung der regionalen Land- und Forstwirtschaft, wird der Ausbau der Wertschöpfungskette Landwirtschaft-Wirtschaft-Tourismus, die Diversifizierung (Green Care, Erneuerbare Energien), sowie die Verstärkung von Kooperationen, sowohl innerhalb der Landwirtschaft als auch mit anderen Branchen, als Chance für die Region gesehen. Ziel ist es, Angebote sozialer Dienstleistungen auf den Betrieben auszubauen und sie dadurch ökonomisch absichern zu können. Explizit genannt wird an anderer Stelle die Weiterentwicklung des Green Care Ansatzes der Trägereinrichtung (LAG Management Bucklige Welt-Wechselland 2014, 10). In der lokalen Entwicklungsstrategie wird schließlich die Umsetzung mehrerer Pilotprojekte zum Aufbau von sozialen Dienstleistungen als Projektziel definiert (LAG Management Bucklige Welt-Wechselland 2014, 18ff).

3.3.2 Das Sozialkapital der Gemeinde

Ausstattung an Sozialkapital

Die Sozialkapitalerhebung fand mit großer Unterstützung aller politischer Fraktionen in der Projektgemeinde im Zeitraum zwischen Anfang Oktober und Anfang November 2013 statt. Die Gemeinde organisierte die persönliche Verteilung der Fragebögen an alle wahlberechtigten hauptgemeldeten Personen im Alter von 16 Jahren selber. Trotzdem blieb die Rücklaufquote mit 22,6% bei einer Grundgesamtheit von 1.022 Wahlberechtigten relativ niedrig. Ursächlich lässt sich das damit erklären, dass das Gemeindegebiet mit zwei weiteren Gemeinden geografisch eng verflochten ist. Die sozialen Netzwerke sind daher stärker als sonst gemeindeübergreifend. Einerseits sind viele lokale Organisationen und Vereine, aber auch die Pfarre, für mehr als eine Gemeinde zuständig. Andererseits haben Personen aus sehr entlegenen Gemeindeteilen kaum einen sozialen Bezug zu ihrer Gemeinde. Dies hat großen Einfluss auf die Identität der Bevölkerung. Für die Befragung hätten sich mit Sicherheit Personen aus der unmittelbaren Umgebung leichter mobilisieren lassen, als aus abgelegenen Weilern, die jedoch zu dem Gemeindegebiet zählen. Die Gemeindebevölkerung wurde in der Sommerausgabe 2014 der Gemeindenachrichten über die Ergebnisse der Sozialkapitalbefragung informiert. Wie in den beiden anderen Gemeinden kamen angedachte Workshops oder Aktivitäten zur Förderung sozialer Netze in der Gemeinde aus nicht weiter untersuchten Gründen auch hier nicht zustande.

Prüfung der Repräsentativität der Stichprobe:

Auch in dieser Projektgemeinde wurde die Stichprobe anhand der Daten der Gemeindeinformationen Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria (Stand 1.1.2013) verglichen. Berücksichtigt wurden nur jene Fragebögen, wo die Strukturdaten angeführt waren. Anders als bei den beiden anderen Projektregionen bildet die Stichprobe die Grundgesamtheit schlecht ab. Besonders groß sind die Abweichungen nach der höchsten abgeschlossenen beruflichen Ausbildung. Pflichtschulabsolventen bleiben stark unterrepräsentiert. Auch der Anteil an Pensionisten und Landwirten ist im Sample überproportional hoch. Aufgrund dieser Inkonsistenzen müssen die Ergebnisse der Sozialkapitalbefragung mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden.

Tabelle 5: Stichprobenvergleich mit der Grundgesamtheit in der Projektgemeinde des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranker Menschen

Alter	Stichprobe	Grundgesamtheit	Abweichung %
16 bis 29	38	227	-5,05
30 bis 44	48	250	-2,85
45 bis 60	67	271	3,54
älter als 60	73	290	4,36
Geschlecht (ab 16)			
Männer	116	529	-0,53
Frauen	114	509	0,53
Ausbildung			
Pflichtschule	42	284	-13,92
Lehre, Fachschule	98	422	-5,00
AHS, BHS	64	106	16,09
Universität, FHS	23	64	2,83
Beschäftigung			
Land- und Forstwirtschaft	35	83	7,29
Andere Wirtschaftsbereiche	109	560	-6,35
Haushalt	9	62	-2,04
Ausbildung älter 15	4	38	-1,91
Pension	70	269	4,65
Arbeitslos	2	26	-1,63

Quelle: eigene Darstellung

Korrelationsanalyse Sozialkapital

Gemessen an den absoluten Prozentsätzen in den Häufigkeitstabellen zeigt sich, dass die Bevölkerung dieser Projektgemeinde in allen Lebensbereichen sehr zufrieden ist. Diese stark traditionell geprägte ländliche Gemeinde dürfte noch mit sehr viel Sozialkapital ausgestattet sein. Dennoch lassen sich einige Problemfelder erkennen. Etwa ein Viertel der Befragten hat wenig Verbundenheit mit der Gemeinde. Obwohl mehr als die Hälfte politisch sehr interessiert ist, kann sich nur jeder Vierte vorstellen, in der Gemeindepolitik tätig zu werden.

Aus den Ergebnissen des Chi-Quadrat Tests lassen sich einige interessante Details ablesen. Anders als in den beiden anderen Projektgemeinden ist die Jugend noch sehr gut in den lokalen Vereinen integriert. Auch in Bezug auf die Bedeutung von Religion und Politik weicht die Jugend – und das ist ein Spezifikum – nicht signifikant von den älteren Gemeindebürgern ab. Die Jugendlichen sind noch sehr gut in der Dorfgemeinschaft integriert. Einzig bei der Bedeutung von Freizeit ergeben sich Unterschiede. Man könnte natürlich auch argumentieren, dass nur die in der Gemeinde verbliebenen Jugendlichen dieses Bild zeigen. Denn die Einwohnerzahl der Gemeinde ist seit den letzten Jahrzehnten rückläufig und hat sich erst in jüngster Zeit stabilisiert. Jugendliche können auch besser über ihre persönlichen Probleme reden als die Älteren. Bei den Vereinen zeigt sich, dass Frauen und Mädchen sehr wenig Zugang zu einer aktiven Rolle in der Politik aber auch zu Sportvereinen haben. Politisch aktive und in der Freiwilligenarbeit Engagierte machen sich signifikant größere Sorgen um ihre persönliche Sicherheit. Möglicherweise ist diese Sorge auch ein Ausdruck dafür, sich zu engagieren. Landwirte legen wie überall wenig Wert auf Freizeit. Besser Gebildete weichen nur in Hinblick auf ihre Einschätzung persönlicher Diskriminierungserfahrungen ab. Allgemein lässt sich sagen, dass diese Projektgemeinde äußerst strukturkonservativ und in sich sehr gut integriert ist. Dies sind möglicherweise gute Voraussetzungen für Toleranz und Akzeptanz gegenüber einem Sozialprojekt mit in der allgemeinen Einschätzung eher problematischen Klienten.

Tabelle 6: Ergebnisse der Korrelationsanalyse für die Projektgemeinde des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranker Menschen

Zufriedenheit	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Beruf	-0,057	-0,033	+++	0,095	0,086	0,012	0,051
Gesundheit	0,045	0,134	-0,262 **	0,117	0,010	-0,011	-0,021
persönliche Sicherheit	-0,032	0,037	-0,088	0,198 *	-0,064 **	0,096	-0,143 **
Haus, Wohnung	-0,034	-0,032	0,146	-0,065	0,040	-0,160	-0,145
Beziehung ArbeitskollegInnen	-0,047	0,161	+++	0,074	0,128	0,085	0,090
Sozialleben	-0,088	0,063	0,018	0,106	-0,030	0,014	-0,107
Familiensituation	-0,033	0,122	-0,092	0,098	0,145	-0,139	0,054
Leben ganz allgemein	-0,093	0,057	-0,101	0,122	0,118	-0,001	-0,035
Nachbarschaft	-0,135	0,087	-0,087	0,077	0,071	0,007	0,045
Luftqualität	-0,125 *	0,135	-0,123	0,097	-0,001	0,014	-0,136
Finanzielle Situation	-0,074	0,026	0,015	-0,090	-0,090	0,073	-0,025
Demokratie in der Gemeinde	-0,112	0,048	0,045	-0,045	-0,034	0,042	-0,080
Demokratie in Österreich	-0,131 *	0,045	0,031	-0,076	0,056	0,108	-0,015
Demokratie in der EU	-0,056	0,063	-0,052	0,061	-0,025	0,041	-0,104

Fallstudien

Zufriedenheit	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Zugang öffentliche Verkehrsmittel	0,017	0,067	-0,016	0,117	0,095	0,034	0,041 *
Qualität öffentliche Verkehrsmittel	-0,072	-0,005	0,086	0,146	0,069	0,149	0,026
Zugang Bildungssystem	-0,093 ~	0,041	-0,049	0,129	0,040	0,016	0,041
Qualität Bildungssystem	-0,174 *	-0,007	0,124	0,068	0,094	0,154	-0,030
Zugang Gesundheitssystem	0,031	0,016	0,047	0,141	0,053	0,174	-0,010
Qualität Gesundheitssystem	-0,042	0,005	0,032	0,038	-0,086 *	0,241 **	-0,081 ~
Zugang Sozialwohnungen	-0,094	0,007	0,075	-0,016	0,029	0,062	0,091 *
Qualität Sozialwohnungen	-0,130	0,010	0,058	-0,015	-0,038	0,219	0,090 *
Zugang Weiterbildungsangebote	-0,012	-0,057	-0,054	-0,024	0,009 **	0,239 *	0,068
Qualität Weiterbildungsangebote	-0,016 *	-0,101	0,031	-0,019	0,081 **	0,299 **	0,124
Zugang Kinderbetreuungseinrichtung	-0,068	-0,043	0,215 *	-0,029	0,080	0,103	0,155
Qualität Kinderbetreuungseinrichtung	-0,070	-0,085	0,205 *	0,030	0,004	0,130	0,076

Bedeutung	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Vertrauen und Sozialleben	0,149	0,123	-0,027	0,037	-0,027	-0,095	0,019
Familie	-0,107	0,009	0,061	0,062	0,057	-0,037	-0,096
Freunde	-0,107	0,187 *	-0,211 **	0,141	-0,008	-0,133	-0,083
Freizeit	-0,059	0,278 ***	-0,148	0,095	-0,062	-0,394 ***	0,015
Politik	0,090	0,018	-0,022	0,008	0,210 *	0,074	0,299 ***
Religion	-0,153	-0,192 *	0,287 ***	-0,065	0,128	0,235 *	0,045
Beruf	-0,047	0,030	+++	0,098	0,064	0,080	0,134
Freiwilligenarbeit	0,025	-0,105	0,159	-0,064	0,120	0,083	0,134

Soziale Kontakte	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Treffen mit Freunden	0,090 *	0,271 ***	-0,133	0,063	0,060	-0,183	0,018
Treffen mit ArbeitskollegInnen	-0,003	0,174	+++	0,021	0,184 ~	0,092	0,117
Treffen mit Nachbarn	0,006	-0,099	0,063	-0,136	0,080	0,125	0,028
anderen Leuten helfen	0,154 **	0,133	-0,358 ***	0,147	0,159	-0,237 *	0,067

Politik	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Diskussion über Politik	0,088	-0,073	-0,027	0,164	0,204	0,093	0,322 ***
Verbundenheit mit Partei	-0,001	-0,222 **	0,223 **	-0,016	0,166 *	0,257 **	0,280 ***
aktive Rolle	0,225 **	0,020	-0,196 *	0,177	0,289 ***	0,170	+++

Diskriminierung	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Arbeitsplatz, Arbeitssuche	-0,052 ~	0,217 **	-0,561 ***	0,306 ***	-0,059	-0,270 **	0,158 **
Behörden	-0,083	0,198 *	-0,461 ***	0,306 ***	-0,069	-0,274 **	0,076
Wohnungssuche	-0,015	0,268 ***	-0,501 ***	0,214 **	-0,107	-0,285 **	0,067
Reisen, Einkaufen, Ausgehen	-0,072	0,200 **	-0,456 ***	0,211 **	-0,069	-0,233 **	0,034
Schule, Hochschule	-0,013	0,268 ***	-0,521 ***	0,306 ***	-0,107	-0,301 **	0,093 *

Unterstützung erhalten	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Haushalt, Garten, Einkaufen usw.	0,043	0,087	0,046	-0,039	0,084	-0,291 ***	-0,052
Betreuung Haushaltsmitglied	0,015	-0,058	0,045	0,011	0,150 *	-0,033	-0,029
Waschen, Anziehen, Essen usw.	0,022	0,138 *	-0,019	0,045	0,055	-0,173 *	-0,050
Ausfüllen Förderungsantrag	0,036	0,219 **	-0,118	-0,002	0,039	-0,210 *	-0,015
über pers. Probleme reden	-0,064	0,208 **	-0,157 **	0,116	0,131 *	-0,196 *	0,014
Geld ausborgen können	0,096	0,310 ***	-0,243 ***	0,105	-0,065	-0,283 **	0,052
wertvolle Gegenstände	0,113	0,221 **	-0,252 ***	0,164 *	0,178 **	-0,221 **	0,052
Hilfe bei Bedrohung, Belästigung	-0,034	0,251 ***	-0,201 **	0,115	0,100	-0,259 **	0,022
in keiner dieser Situationen	-0,016	-0,137 *	0,082	-0,094	-0,138 *	0,160 ~	-0,067

Unterstützung gewähren	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Haushalt, Garten, Einkaufen usw.	0,052	0,134 *	-0,168 *	0,129 ~	0,163 *	-0,369 ***	0,165 *
Betreuung Haushaltsmitglied	-0,102	-0,091	-0,013	0,078	0,177 **	0,028	-0,003
Waschen, Anziehen, Essen usw.	-0,064	0,241 ***	-0,121	0,140 *	0,117	-0,266 **	0,018
Ausfüllen Förderungsantrag	0,038	0,082	-0,328 ***	0,184 **	0,197 **	-0,186 *	0,079
über pers. Probleme reden	-0,029	0,231 **	-0,285 ***	0,173 **	0,164 *	-0,206 *	-0,007
Geld verborgen können	0,109	0,295 ***	-0,248 ***	0,036	-0,064	-0,299 ***	0,013
wertvolle Gegenstände	0,200 **	0,221 **	-0,287 ***	0,195 **	0,188 **	-0,140	0,172 *
Hilfe bei Bedrohung, Belästigung	0,132 *	0,254 ***	-0,248 ***	0,098	0,167 *	-0,259 **	0,060
in keiner dieser Situationen	-0,087	-0,103	0,292 ***	-0,161 *	-0,158 *	0,251 **	-0,135 *

Fallstudien

Mitgliedschaft	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Sportverein	0,265 ***	0,037	-0,099	0,000	0,126 ~	-0,190 *	0,058
Musik-, Kultur-, Kunst-, Bildungsverein	0,198 **	0,120	-0,018	0,091	0,258 ***	-0,074	0,176 **
Kirche, Religionsgemeinschaft	0,016	0,003	0,070	0,118	0,223 **	-0,007	-0,020
Gewerkschaft	0,174 **	-0,131 *	-0,005	-0,029	0,293 ***	-0,167 *	0,097
karitative oder soziale Vereinigung	-0,100	-0,039	0,054	0,104	0,407 ***	-0,027	0,143 *
berufliche Interessensvertretung	0,009	0,149 *	-0,081	0,060	0,442 ***	0,210 *	0,151 *
Umwelt-, Tierschutzorganisation	0,034	0,017	-0,049	0,062	0,082	-0,091	0,289 ***
politische Partei	0,122	-0,110	-0,101	0,071	0,333 ***	0,168 *	0,492 ***
Seniorenvereinigung	0,029	-0,195 **	0,556 ***	-0,111	0,067	0,200 *	-0,137 *
Entwicklungshilfe, Menschenrechte	-0,049	-0,012	-0,125 ~	0,095	0,082	0,022	0,118
Konsumentenschutz	+++	+++	+++	+++	+++	+++	+++
Sonstige (Frauen, regionale Initiativen)	-0,105	-0,072	0,006	0,137 *	0,280 ***	0,142	0,088
Patienten- und Behindertenschutz	-0,031	0,093	-0,031	0,067	0,135 *	-0,067	0,057
Schutz Rechte älterer Menschen	0,065	0,029	0,129 ~	0,032	0,058	-0,047	0,242 ***
keine der angeführten Organisationen	-0,141 *	-0,045	0,005	-0,149 *	-0,192 **	-0,039	-0,105

Geld spenden	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Sportverein	0,238 ***	-0,062	-0,021	0,074	0,118	-0,054	0,075
Musik-, Kultur-, Kunst-, Bildungsverein	0,019	-0,135 *	0,045	-0,013	0,183 **	0,120	0,139 *
Kirche, Religionsgemeinschaft	-0,113	-0,134 *	0,235 ***	0,013	0,169 **	0,162 ~	0,071
Gewerkschaft	0,115	-0,097	0,100	-0,065	0,225 **	-0,107	0,146 *
karitative oder soziale Vereinigung	-0,071	-0,209 **	0,106	0,109	0,250 ***	0,028	0,062
berufliche Interessensvertretung	0,100	-0,102	0,118	0,117	0,242 ***	0,158 ~	0,018
Umwelt-, Tierschutzorganisation	0,029	-0,106	0,110	0,051	0,107	-0,149	0,118
politische Partei	0,154 *	-0,047	0,100	-0,024	0,287 ***	-0,037	0,286 ***
Seniorenvereinigung	0,025	-0,078	0,362 ***	-0,065	0,058	-0,019	-0,001
Entwicklungshilfe, Menschenrechte	-0,118	-0,106	-0,066	0,267 ***	0,141 *	0,041	0,078
Konsumentenschutz	0,114	-0,052	0,008	-0,012	0,201 **	-0,067	0,117
Sonstige (Frauen, regionale Initiativen)	-0,002	-0,022	0,030	0,193 **	0,157 *	-0,019	0,118
Patienten- und Behindertenschutz	0,011	-0,008	-0,017	-0,017	0,185 **	-0,034	0,101
Schutz Rechte älterer Menschen	-0,056	-0,001	0,129 ~	-0,017	0,200 **	0,071	0,037
keine der angeführten Organisationen	0,116	0,289 ***	-0,160 *	-0,094	-0,081	-0,115	-0,104

Freiwilligenarbeit	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
Sportverein	0,143 *	0,082	-0,194 **	0,075	0,200 **	-0,186 *	0,054
Musik-, Kultur-, Kunst-, Bildungsverein	0,113	0,095	-0,038	0,132 *	0,174 **	-0,065	0,011
Kirche, Religionsgemeinschaft	-0,098	-0,097	-0,024	0,122	0,522 ***	0,115	0,170 *
Gewerkschaft	-0,031	-0,068	-0,098	-0,057	0,418 ***	-0,096	0,271 ***
karitative oder soziale Vereinigung	-0,111	-0,017	-0,049	0,062	0,426 ***	-0,041	0,202 **
berufliche Interessensvertretung	0,015	-0,066	-0,021	0,082	0,518 ***	0,164 ~	0,228 **
Umwelt-, Tierschutzorganisation	-0,067	0,148 *	-0,043	-0,052	0,185 **	+++	-0,038
politische Partei	0,059	-0,094	-0,136 *	0,043	0,329 ***	0,094	0,451 ***
Seniorenvereinigung	-0,003	-0,089	0,300 ***	0,003	0,203 **	-0,047	-0,075
Entwicklungshilfe, Menschenrechte	-0,068	0,051	-0,015	0,170 *	0,163 *	0,071	0,003
Konsumentenschutz	0,093	-0,042	0,040	0,023	0,115	-0,047	0,058
Sonstige (Frauen, regionale Initiativen)	-0,158 *	0,008	-0,027	0,178 **	0,472 ***	0,216 *	0,099
Patienten- und Behindertenschutz	-0,039	0,155 *	0,008	0,076	0,201 **	-0,067	0,026
Schutz Rechte älterer Menschen	-0,001	0,029	0,129 ~	0,032	0,268 ***	-0,047	0,083
keine der angeführten Organisationen	-0,061	-0,091	0,184 **	-0,195 **	-0,349 ***	-0,083	-0,226 **

Zivilengagement	Geschlecht m/w	Alter ≤ 29/≥30	Pension ja/nein	Bildung hoch/niedrig	Freiwillig aktiv/inakt.	Berufstätig in LW ja/nein	politisch engagiert ja/nein
an politischen Wahlen teilgenommen	-0,017	0,111	-0,188	0,105s	0,090	0,067	0,116
Unterschriftenliste, Volksbegehren	0,034	0,002	-0,017	0,238 ***	0,310 ***	-0,177 *	0,145 *
bestimmte Produkte boykottiert	0,045	0,085	-0,088	0,086	0,161 *	-0,036	0,260 ***
absichtl. bestimmte Produkte gekauft	-0,004	0,083	-0,177 **	0,182 **	0,199 **	0,058	0,204 **
Politiker, Mandatar aufgesucht	0,134 *	-0,032	0,006	0,031	0,227 **	-0,041	0,293 ***
Demonstration teilgenommen	0,037	-0,052	-0,076	-0,091	0,201 **	0,031	0,117
Bürgerinitiative, soziale Organisation	-0,024	-0,031	-0,084	0,026	0,211 **	0,004	0,206 **
Streiks teilgenommen	0,039	-0,042	-0,076	-0,012	0,201 **	0,031	0,026
Pickerl, Abzeichen getragen	0,115	-0,106	0,069	0,097	0,287 ***	0,098	0,146 *
in politischer Partei mitgearbeitet	0,059	-0,094	-0,103	0,011	0,377 ***	0,057	0,451 ***
illegale Protestaktion	+++	+++	+++	+++	+++	+++	+++
nichts dergleichen	-0,002	-0,106	0,248 ***	-0,136 *	-0,087	+++	-0,109

3.3.3 Projekt „Therapie statt Strafe“

Therapie aufgrund einer richterlichen Weisung („Therapie statt Strafe“)

Unter „Therapie statt Strafe“ werden Alternativen zum herkömmlichen Strafvollzug bei geringfügigen Vergehen oder Straffälligkeiten (in der Regel sind dies Besitz von Suchtmitteln allein und/oder Handel) im Zuge der Suchterkrankung verstanden.

Damit trägt das Recht dem Grundsatz "Therapie statt Strafe" bei Suchtkranken Rechnung, da die reine Bestrafung bei Suchtkranken oft keine Einsicht und/oder Änderung ihres Suchtverhaltens hervorruft.

Sozial- und gesundheitspolitische Maßnahmen können hingegen potenziell eine Besserung oder sogar Heilung der von psychoaktiven Substanzen Abhängigen herbeiführen.

Das *Suchtmittelgesetz* (§39 SMG, BGBl. Nr. 112/1997) sieht folgende Alternativen für drogenkonsumierende RechtsbrecherInnen vor:

- *Vorläufiger Rücktritt von der Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft oder vorläufige Einstellung des Verfahrens durch das Gericht für eine Probezeit von einem Jahr bis zu zwei Jahren:* Es wird kein Gerichtsverfahren eingeleitet oder ein bereits laufendes Gerichtsverfahren eingestellt, wenn sich die betroffene Person bereit erklärt, sich einer gesundheitsbezogenen Maßnahme zu unterziehen.
- *Aufschub des Strafvollzuges:* Die verhängte Haftstrafe muss nicht sofort angetreten werden oder die verhängte Geldstrafe muss nicht sofort beglichen werden, wenn der Verurteilte an Suchtmittel gewöhnt ist, eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe, die einen bestimmten Rahmen nicht überschreitet, verhängt wurde und sich der Verurteilte bereit erklärt, sich einer notwendigen gesundheitsbezogenen Maßnahme zu unterziehen. Wenn die "gesundheitsbezogene Maßnahme" erfolgreich absolviert wurde, so hat das Gericht die unbedingte Geld- oder Freiheitsstrafe in eine bedingt mit einer Probezeit umzuwandeln (Bundeskanzleramt 2015, Rechtsinformationssystem des BKA 2015).

Die zu beschreibende therapeutische Einrichtung stellt das Brückenglied zwischen dem Rechtsinstrument „Therapie statt Strafe“ und den KlientInnen dar. In der Praxis nimmt die Vorbetreuung der zu beschreibenden Trägereinrichtung Kontakt mit den KlientInnen über die Ärzte, das Spital oder über Justizeinrichtungen (Gefängnisse) auf und sucht auf Wunsch der KlientInnen um einen Therapieplatz an. Über die Vorbetreuungsbüros in den Landeshauptstätten können Suchtkranke auch von sich aus ein Therapie-Ansuchen abgeben.

Die Finanzierung des Therapieaufenthaltes bzw. der Sozialhilfeeinrichtungen des Trägervereins erfolgt im Wesentlichen zu 66 % aus Mitteln der Sozialhilfe der Bundesländer und zu 29 % aus Bundesmitteln (des Justizressorts), zum Teil auch aus Eigenmitteln (Grüner Kreis 2013, 57). Kritisiert wird von den Befragten in diesem Zusammenhang, dass die Kostensätze der Bundesländer sehr unterschiedlich sind und deren Höhe intransparent gehandhabt werden.

Dem Konzept der Entkriminalisierung von Drogendelikten wird nach einer Studie der Medizinischen Universität Wien durchaus Erfolg konstatiert. Das System sei (auch) günstiger für den Staat, da langjährige Gefängnisaufenthalte teurer kämen als Therapie. Trotz alledem gebe es jedoch Verbesserungspotenzial bei der Maßnahme. Dies liegt daran, dass Suchtkranke neben der Opiatabhängigkeit an schweren psychiatrischen Grunderkrankungen leiden, die nicht entsprechend erkannt und behandelt werden können. Dies sind z.B. Depressionen und Angststörungen. Werden diese psychiatrischen Grunderkrankungen nicht behandelt, kann auch die Suchterkrankung nicht stabilisiert werden. Das führe dazu, dass Suchtkranke nicht aus dem Kreis der Drogenkriminalität ausbrechen können, sondern rückfällig werden und dann in Folge wegen schwerer Delikte (Eigentums- oder Gewaltdelikte in Kombination mit Drogenbesitz, Drogenhandel) zu Gefängnisstrafen verurteilt werden (Sage journals 2014).

Neben den unzweifelhaften Erfolgen des Ansatzes „Therapie statt Strafe“ darf jedoch die Anreizwirkung von „Therapie statt Strafe“ nicht überschätzt werden, da für eine Reihe von KlientInnen die Therapie als geringeres Übel (gegenüber einer Haft) erscheint. Dementsprechend erfolgt (anfangs) auch keine Veränderung der Einstellungen zum Suchtverhalten, die jedoch Voraussetzung zur Überwindung der Suchterkrankung wäre.

„Also Therapie statt Strafe, die müssen 6 Monate stationär machen und 18 Monate freiwillig. Also die müssen nur 6 Monate stationär hierbleiben. Natürlich, wenn die wollen und merken, okay und 6 Monate sind sehr kurz, sie brauchen mehr Zeit, dann können sie auch verlängern stationär. Es gibt beide Arten von Klienten. Die meisten kommen zuerst einmal her natürlich mit der Idee also ich mache jetzt meine 6 Monate stationär und dann bin ich wieder in Freiheit anstatt 2 oder 3 Jahre in Haft zu sitzen und dann erst wieder in Freiheit zu sein, obwohl viele nicht wissen, erstens was das heißt „Therapie“ und zweitens, dass Therapie oft die schwierigere Alternative eigentlich ist, weil man sich mit sich selber auseinandersetzen muss und an sich arbeitet und das ist eigentlich schwieriger als einfach in Haft zu sitzen und warten bis die Zeit vergeht. Und es gibt halt schon viele Klienten da, die wirklich quasi die 6 Monate absitzen und wenig verändern wollen und eigentlich eh schon wieder mit dem Gedanken spielen, nachher weiter zu konsumieren, das gibt es, und es gibt genauso Klienten, die dann im Laufe der ersten Monate darauf kommen – okay -, ich habe was begriffen und die sich dann auch dafür entscheiden, die stationäre Therapie zu verlängern und wirklich an sich arbeiten und wirklich etwas verändern wollen. Also es gibt beides (EB032, 50-51).“

In Konflikt gerät der Ansatz „Therapie statt Strafe“ in den letzten Jahren weiters mit einem zunehmend rechtslastigen gesellschaftspolitischen Umfeld, das der Erfolgsaussicht von Rehabilitation bei Drogendelikten im Allgemeinen skeptischer gegenübersteht als in der Vergangenheit. Dazu kommen noch Finanzierungsschwierigkeiten seitens der öffentlichen Hand. Diese Einschätzung teilt auch eine der EinrichtungsbetreiberInnen.

[Also, da gibt es solche Überlegungen, die Akzeptanz natürlich und das generelle gesellschaftliche Bild von Sucht und überhaupt von Randgruppen, d.h. Randgruppensoziologie. Die Intoleranz steigt offenbar wirklich und wie wir wissen, wird das leider politisch hochgeschaukelt und damit wird Kleingeld gemacht. Offenbar geht die Entwicklung wieder Jahrzehnte zurück und von den ganzen Erfahrungen von kritischer Psychiatrie angefangen bis offener Gesellschaft ist keine Rede mehr.]

„Das dreht immer herum und im Moment haben wir eher eine schlechte Entwicklung, ja“.

[Das macht diese sozialen Projekte einfach schwieriger, dass sie entstehen können.]

„Und das Geld geht aus, also der Sozialstaat ist ja nicht mehr.“

[Ich sehe das auch, dass die Mittel geringer werden.]

„Also ich glaube, in der Form ist das nicht aufrechtzuerhalten (EB031, 140-171).“

Promotor des Handlungsfeldes Rehabilitation Drogen- und Suchtkranker Menschen am Bauernhof

Die zu beschreibende Einrichtung ist der Promotor des Handlungsfeldes in der Untersuchungs-
gemeinde. Die Trägereinrichtung ist als gemeinnütziger Verein konstituiert und bietet Rehabilitation und
Integration suchtkranker Menschen an. Sie ist die führende Einrichtung in Österreich bei Abhängigkeits-
problemen. Dabei führt sie stationäre Kurz- und Langzeittherapien im Rahmen des Konzeptes der The-
rapeutischen Gemeinschaft durch. Gegründet wurde der Verein 1983 nach einem Konzept von Prim.
Dr. Günther P. Die erste stationäre Sozialhilfeeinrichtung T. (ehem. Gutshof) wurde 1985 in der Buck-
ligen Welt eröffnet. In der Folge expandierte die Trägereinrichtung schrittweise. Unterstützung erfuhr
diese dabei vom „*Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien*“ unter der
Projektleitung des Mitbegründers und jetzigen Geschäftsführers Alfred R. 1986 schließlich erfolgte die
gesetzliche Verankerung als §22a Suchtgiftgesetz (SGG)-Einrichtung. Das SGG wurde 1998 durch das
Suchtmittelgesetz (SMG) abgelöst.

Zurzeit hat die Trägereinrichtung 170 MitarbeiterInnen. Auf neun Standorten in Niederösterreich
(Bucklige Welt) und der Steiermark (J.) wurden 240 PatientInnen aus ganz Österreich mit einem
Durchschnittsalter von rund 27 Jahren stationär betreut. In der Buckligen Welt bestehen neun thera-
peutische Wohngemeinschaften, davon sieben mit Arbeitsmöglichkeiten im Green Care Bereich (Land-
und Forstwirtschaft, Viehzucht und Tierhaltung, Gärtnerei).

Angeboten werden stationäre Kurzzeittherapien (bis zu sechs Monate) und stationäre Langzeittherapien
(zwischen 10 und 18 Monaten) mit Möglichkeit auf Verlängerung. Nach dem Ende der stationären The-
rapie erfolgt der Übertritt in die ambulante Nachbetreuung. Zudem bietet der Verein auch die Mög-
lichkeit als Transitarbeitskraft angestellt zu werden. Diese Arbeitsplätze werden vom Arbeitsmarktser-
vice (AMS) gefördert. Bei gedeihlicher Weiterentwicklung der KlientInnen ist danach auch eine Über-
nahme in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis bei der Trägereinrichtung möglich.

Behandelt werden KlientInnen:

- mit substanzgebundenem Suchtverhalten (z.B. Drogen, Alkohol, Medikamente) oder mit nicht
substanzgebundenem Suchtverhalten (z.B. Spiel- und Internetsucht);
- entweder auf freiwilliger Basis (als Rehabilitationsmaßnahme der KV der Sozialversicherung);
- oder mit einer richterlichen Weisung (§ 35 und §39 SMG, § 50 StGB, § 173 StPO);

Entwicklung des Standortes K. in der Buckligen Welt

Die Sozialhilfeeinrichtungen der Trägereinrichtung wurden beginnend Mitte der 1980er Jahre an mehreren Standorten der Buckligen Welt angesiedelt und expandierten in der Folge schrittweise. Im Laufe der Jahre wurden mehrere Standbeine (Tischlerei, Catering, Hotel in M.) entwickelt. Ein vermuteter Zusammenhang mit einer spezifischen Standortgunst im Zusammenhang mit dem regionalen Sozialkapital blieb in den Interviews aber äußerst vage.

[Warum ist das so, dass das gerade da so entstanden ist? Hat die Gegend einen besonderen Vorteil?]

„Das ist so gewachsen halt (EB033, 191-192).“

Geleitet war die Standortwahl aber sicher von dem Gedanken einen naturnahen, ruhigen Standort abseits der urbanen Zentren auszuwählen. Wobei nicht unerwähnt bleiben soll, dass in allen Landeshauptstädten Büros des Trägervereins eingerichtet wurden, die eine erste Kontaktvermittlung mit den KlientInnen herstellen und deren ambulante Vor- und Nachbetreuung übernehmen.

„Ja, sicher. Also, der Ursprungsgedanke ist ja ‚weg von den Ballungszentren‘, wo eben ein Großteil der Drogensüchtigen z.B. herkommt, auf das Land, das ist ein Neubeginn, eine gesunde Luft und kalte Wiese und so und da kann man einmal einen Abstand gewinnen und andere Sachen einmal probieren auch.“

[Und lässt sich das wirklich feststellen, dass die Leute positiv darauf ansprechen auf das Setting da, auf die Natur, auf die Landschaft?]

„Ich denke schon.“

[Es ist für die etwas völlig Neues?]

„Ja, es ist am Anfang ein Kulturschock für so einen typischen Städter halt, der das erste Mal da heraus kommt auf den Hof. z.B., dann ist das schon ein bisschen ein Kulturschock (EB033, 108-113).“

Perspektiven aus Sicht der Klientinnen

Für die KlientInnen bedeutet die Abgeschlossenheit der Einrichtungen also durchaus eine Umstellung von Verhaltensgewohnheiten, vorrangig die Beschäftigung mit der eigenen Person, die therapeutisch durchaus gewollt ist.

[Also von dem her hat die Therapie in der Natur mit Landwirtschaft für gewisse Leute einen ziemlichen Vorteil. D.h. sind da die therapeutischen Erfolge größer oder ist das eher nicht der Fall im Vergleich zu anderen Einrichtungen?]

„Ob sie größer sind, weiß ich nicht, aber ich denke sie haben da jetzt die Zeit wieder zu sich zu kommen, auch den Ort wieder zu sich zu kommen, weg von den ganzen Reizen, die jetzt in der Stadt sind, also jetzt

von den Menschen, von den Angeboten, von den Konsummöglichkeiten, also generell Kaufen, Einkaufen ist ja auch eine Art von Konsum. Das gibt es da nicht, also da kommen sie wieder einmal wirklich zu sich selbst und das ist schon ein großer Vorteil, finde ich.“ (...)

[Ich weiß nicht, ob da viele davon schon am Land gelebt haben, ist das irgendwie ein Schock, wenn die da raufkommen oder wie reagieren die darauf, merkt man, dass da ein Bruch ist oder ist das schwierig?]

„Zum Teil ist es sicher einmal ungewohnt, gerade für die, die aus der Stadt kommen, in so einer Umgebung zu sein, andere empfinden es auch als erleichternd, eben gerade nicht diese Angebote zu haben oder Verführungen auch, ja weil wenn da jetzt irgendwo in unmittelbarer Nähe ein Supermarkt wäre, der Alkohol verkauft, wäre das wahrscheinlich verführerischer, da in der Nacht einmal sich wegzuschleichen. Aber da ist eh rundherum nichts, da gibt es nichts, was mich in Versuchung führt. Also da kann ich wirklich einmal mich mit mir selber auseinandersetzen (EB032, 42-49).“

Der Standort K. wurde vom Verein 1988 angekauft und für Zwecke des Trägervereins adaptiert, nachdem er vom landwirtschaftlichen Vorbesitzer heruntergewirtschaftet und schließlich verkauft werden musste. Bis dahin war dieser mit 150 Hektar einer der größten Betriebe in der Buckligen Welt. An Eigengrund verblieben acht Hektar, größtenteils Grünland und Feldfutterbau beim Hofgebäude und den Stallungen. Am Standort K. sind heute 20 männliche Transitmitarbeiter (über das AMS) beschäftigt (Stand 2015). Tageweise arbeiten auch KlientInnen von anderen Standorten des Trägervereins hier oder/und erhalten eine Berufsausbildung. In einem neu errichteten Gebäudekomplex können 20 nicht-substituierte (=entwöhnte) KlientInnen untergebracht werden. Im Standort K. sind weitere Aufenthalts-, Therapie-, Schulungs- und Diensträume eingerichtet. Weiters ist K. Standort der Zentralküche des Catering-Teams. Daneben bietet der Standort K. Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft – Viehzucht (Mutterkuhhaltung Aubrac-Hochlandrinder, 60 Gascon Schweine und 80 Hühner) sowie Sportanlagen. Der Standort K. liegt oberhalb des Ortszentrums der Projektgemeinde auf einer Anhöhe und ist über einen Güterweg erreichbar (Projekthomepage).

Arbeitstherapie mit landwirtschaftlichen Nutztieren

Tiergestützte Intervention mit landwirtschaftlichen Nutztieren (TGI) in einem landwirtschaftlichen Betrieb bezeichnet den gezielten Einsatz von Nutztieren für pädagogische, therapeutische oder soziale Zwecke am Bauernhof (Schöll et al. 2016). Die TGI im engeren Sinn ist eine Beziehungstherapie, ähnlich einer psychotherapeutischen Behandlungsmethode. Tiere haben die Eigenschaft, dass sie neutral gegenüber allen – also auch Klienten mit Suchtverhalten reagieren. Sie reflektieren ständig ihre Umgebung und spiegeln den tatsächlichen Zustand ihres Gegenübers wider. Aus dem Umgang mit Tieren kann ein besonderes Akzeptanzserlebnis gezogen werden, weil es das Selbstbewusstsein der KlientInnen stärkt (derstandard.at 2012, medizin-transparent.at 2014). Die TGI benutzt dazu auch speziell geschulte Ausbilder und Therapeuten. Im zertifizierten Lehrgang für Tiergestützte Intervention des *Österreichischen Kuratoriums für Landtechnik & Landentwicklung (ÖKL)* werden diese spezifischen Fertigkeiten vermittelt und professionalisiert (vgl. LFI, 2016).

In Abgrenzung dazu wird beim Trägerverein *keine* tiergestützte Therapie oder Gartentherapie in dieser Form angeboten. Am Standort K., aber auch an anderen Einrichtungen der Trägereinrichtung werden landwirtschaftliche Nutztiere (Schweine, Rinder, Geflügel, ein Pony und zwei Lamas) gehalten und die dazugehörigen Weideflächen bewirtschaftet. Dabei erfüllen die Tiere und das Arbeiten in der Natur eine wesentliche Funktion im Rahmen der Therapie, weil sie sich auch günstig auf die Persönlichkeitsentwicklung der PatientInnen auswirken. Dieser Behandlungsansatz wurde bereits bei der Gründung des Vereins als eine Säule des bio-psycho-sozialen Behandlungsmodells entwickelt.

„Also ich glaube, ich fange ganz am Anfang an. Den Verein begründet hat ja der Primar P. und ihm war wichtig, das ist jetzt sicher, das ist einige Jahrzehnte her und ihm war wichtig, dass Tiere mit dabei sind und dass es ein Bauernhof ist und das erste Haus war auch ein Bauernhof und da ist es vor allem gegangen darum, unsere Leute sind ja alle mit strukturellen Frühstörungen und haben viele Bindungserfahrungen mit vielen Brüchen drinnen, also viele defizitäre Bindungserfahrungen. Und da ist es manchmal leichter, sich mit einem Tier einzulassen oder sich um ein Tier zu kümmern oder mit einem Tier ein Stück Beziehung einzugehen, bevor man es mit einem Menschen tut. Und insofern ist das ganz was Wichtiges in den Häusern Tiere zu haben und die Landwirtschaft etwas Spannendes. Das glaube ich ist das Erste, der Bezug und das Vertrauen kriegen und das Verantwortung kriegen für Tiere oder Pflanzen. Am Standort K. oben war ein Klient, der ist glaube ich zehn Jahre im Gefängnis gesessen und ist ein Einzelgänger geworden und hat den Garten oben gemacht voriges Jahr und hat den wunderbar gemacht, ganz schön und viel. Mit der Gruppe ist es nicht gut gegangen, mit den Menschen nicht aber der Garten war wunderbar und das glaube ich, ist einmal das Erste daran, also diese Beziehung und diese Verantwortlichkeit und dann auch, dass man etwas produziert und dass man etwas zusammenbringt und was schafft. Also, dass die Kühe Junge kriegen und dass man dabei ist und dass man im Wald schlägert und man kann eine Menge lernen und man kann die, es ist ein Teil der Arbeitstherapie auch, d.h. das ist dann das zweite Thema, wie weit ist man leistungsfähig, wie viel kriegt man zusammen und es ist ein Übungsfeld, wo man unter Umständen draufkommt, das täte ich gerne lernen. Also ich habe einen Klienten jetzt da im Haus, der war Jahre lang Kellner und ist draufgekommen, hat ein Praktikum gemacht oben am T-Hof im Forst und hat gesagt, das will er. Und hat jetzt eine Anstellung irgendwo in Niederösterreich beim Maschinenring und wird anfangen im Forst. Also es ist auch eine Möglichkeit, sich auszuprobieren und zu schauen, will man das, für manche.“

[Also es gibt, gerade weil erwähnt worden ist die Betreuung mit Tieren, es gibt vom Österreichischen Kuratorium für Landtechnik & Landentwicklung einen zertifizierten Lehrgang für Tiergeschützte Intervention. Habt ihr da Kontakt mit dem ÖKL, weil die machen eine Ausbildung für Therapietiere oder sind das eher nur Nutztiere?]

„Also, unsere Tiere sind Nutztiere, aber vor vielen Jahren war das noch anders. Also da sind sie ja gegangen mit den Lamas Strecken und alles Mögliche. Ich glaube, da hat es Kontakte gegeben. Jetzt ist es Landwirtschaft und jetzt ist es ein professioneller Betrieb, aber immer noch mit dem Hintergrund, aber es gibt keine therapietrainierten Tiere oder Pferde oder so irgendetwas (EBO31, 5-7).“

Aufgabe der KlientInnen ist es u.a. Fütterung, Stallarbeiten, Weidegang, Feldarbeiten aber auch Arbeiten im Forstbereich am landwirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung zu übernehmen. Die ArbeitsanleiterInnen des Trägervereins übernehmen dabei Einschulung, Betreuung und Anleitung der KlientInnen.

Die positiven Effekte der Betätigung in der Land- und Forstwirtschaft wurden in den Interviews mehrfach thematisiert. Die KlientInnen lernen den Umgang mit den Tieren, übernehmen für diese Verantwortung und bauen Beziehungen zu diesen auf.

„Ich finde die Landwirtschaft hier bei uns in der Einrichtung sehr, sehr wichtig. Viele Klienten finden dadurch diesen Bezug zu Tieren, den was sie davor nicht gehabt haben. Sie lernen Verantwortung zu übernehmen und das machen sie teilweise sehr gut. Also ich habe das jetzt des Öfteren schon erlebt, wenn Klienten zu uns gekommen sind, davor nie so einen Bezug zu Tieren gehabt haben, aber für sich dann selbst entdeckt haben, wow, das ist etwas was ich mir in weiterer Folge in meinem Leben vorstellen könnte zu machen, einfach die Betreuung der Tiere auch. Zudem ist es auch wichtig, weil es doch ein großer Verantwortungsbereich ist, die Tiere müssen versorgt werden, die Tiere müssen ausgemistet werden, das ist ganz, ganz wichtig. Da entsteht einfach eine Bindung auch, insofern ist es wichtig (KL033, 41-42).“

Berichtet wird aber auch über PatientInnen mit ambivalenter Motivation.

„Das gibt es. Es ist immer so phasenweise, wissen Sie, mit den Patienten. Es gibt Zeiten, da funktioniert es irrsinnig gut, da sind sie selbständig. Also, so wie jetzt. Jetzt haben wir einen Patienten, der ist einfach ein Wahnsinn. Der steht um ein Uhr in der Nacht auf und hat uns bei den Schweinen unten das Wasser abgepumpt, weil der Stall übergegangen ist. Also, momentan rennt das irrsinnig gut. Und zeitweise gibt es wieder eine Gruppe von Patienten, wo Du nur hinterherrennen kannst, wo es irrsinnig schwierig ist. Und es gibt auch immer wieder Patienten, die eigentlich überhaupt nicht wollen, die überhaupt nicht motiviert sind (KL031, 51-52).“

Ganz allgemein hervorgehoben wird der Faktor des Naturerlebens, der sich günstig auf das physische und psychische Wohlbefinden der KlientInnen auswirkt.

„Also, ich denke schon, dass es einen Unterschied macht, wenn man da am Land ist mitten im Grünen, mit den Tieren. Also jetzt aus der Sicht der Patienten denke ich, ist es schon besser, weil es auch ein Stück eben Naturverbundenheit ist. Gerade für unsere Suchtkranken ist es wichtig, weil sie sollen einen Bezug zur Natur kriegen, einen Bezug zu den Tieren kriegen und die Erfahrung ist auch, dass es den Patienten guttut dieser Kontakt mit Tieren. Z.B. jemand der jetzt sehr aggressiv ist, findet z.B. im Kontakt mit Tieren Beruhigung und wenn jemand, der sich generell schwer tut im Umgang mit Menschen, findet z.B. mit den Tieren zuerst einen leichteren Kontakt.“

[Man weiß das z.B. bei Autisten, dass das so ist, dass die mit Tieren oft mehr Bezug aufbauen können. Ist das mit Menschen, die ein Suchtproblem haben ähnlich oder ist das ein generelles Problem von Menschen?]

„Grundsätzlich denke ich mir.“

[Dass man da auch stabiler wird als Persönlichkeit, wenn man mit Tieren zu tun hat. Ist das die Regelmäßigkeit, dass man die Tiere pflegen und beaufsichtigen muss, die Tagesstruktur, dass gewisse Aufgaben gemacht werden müssen, die Verantwortung oder ist es das einfach das Tier, das reagiert?]

„Beides glaube ich.“

[Und das lässt sich wirklich feststellen, dass die Leute darüber erzählen?]

„Genau und positiv berichten, dass es ihnen hilft und guttut (EB032, 9-15).“

(Re)Integration Drogen- und suchtkranker Menschen in den Arbeitsmarkt (AMS-Beschäftigungsprojekt)

Zentraler Nebeneffekt des Aufenthaltes in der Trägereinrichtung und der begleitenden Therapie ist die Reintegration der KlientInnen in die Erwerbstätigkeit und den Arbeitsmarkt. Dies ist umso dringlicher, da eine Folge der Erkrankung im Verlust der Arbeitsfähigkeit und der materiellen Existenzfähigkeit besteht.

Eine wichtige Initiative zur angestrebten Integration in den ersten Arbeitsmarkt ist das gemeinnützige Beschäftigungsprojekt des Vereins in Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice (AMS 2016b). In diesem Rahmen wird KlientInnen, die das stationäre Langzeittherapieprogramm erfolgreich abgeschlossen haben, die Möglichkeit geboten, einen vom AMS Niederösterreich geförderten Arbeitsplatz auf Zeit (12 Monate mit Möglichkeit der Verlängerung auf 18 Monate) zu erhalten (sogenannte Transitarbeitsplätze).

„Es ist hier möglich nach den 18 Monaten Therapie ein Transitjahr zu machen. Dieses Transitjahr ist das erste Mal auf 12 Monate befristet, danach kann man es erweitern auf 18 Monate und dann übernimmt der Chef einen fix oder auch nicht. Also ich, es war bei mir genauso. Ich habe dann die Fixanstellung bekommen, ich habe dann ein Studium auf der FH St. Pölten begonnen im Bereich Suchtberatung und Prävention, ich habe dann 4 Semester studiert.“

[Also, weil das habe ich nicht gewusst, dass es eine Möglichkeit gibt und mich beeindruckt das eigentlich sehr, weil jetzt auch da Arbeitsplätze geschaffen werden und man wirklich eventuell eine Perspektive entwickeln kann nach der Therapie.]

„Genau und ich finde es auch wichtig, dass man die Möglichkeit hat auch noch hier zu bleiben nach der Therapie, weil es doch auch irgendwo noch ein geschützter Rahmen ist (KL033, 114-119).“

Zusätzlich werden Berufsorientierungsmaßnahmen und Bewerbungsstrategien sowie Umschulungen angeboten. Die TransitmitarbeiterInnen sind in den verschiedensten Arbeitsbereichen (Landwirtschaft, Bau und Renovierung, Tischlerei, Fuhrpark, Seminarhotel, Kreativwerkstätten, Schlosserei, Büro, Küche, Catering, Lager etc.) eingesetzt und werden von qualifiziertem Fachpersonal eingeschult und an-

gewiesen. Therapiebegleitend ist es für die KlientInnen auch möglich Lehrlings- und FacharbeiterInnen-ausbildungen nachzuholen. Bei entsprechender Weiterentwicklung und Berufsausbildung der KlientInnen ist nach Beendigung der TransitmitarbeiterInnenphase auch eine Übernahme in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis beim Trägerverein möglich. Von zwei befragten MitarbeiterInnen wurde diese Möglichkeit auch genutzt.

[Also Sie haben quasi nach Ihrer Therapie die Möglichkeit gehabt, dass Sie eine Arbeitsstelle im Verein (erhalten).]

„Genau, da habe ich dann eine Transitarbeitsstelle bekommen. Also, das ist ein vom AMS geförderter Arbeitsplatz. Das Ganze hat eineinhalb Jahre gedauert und innerhalb von dieser Zeit habe ich mich dann eben, habe ich bei der WIFI eben diese Ausbildung gemacht und im Zuge dessen habe ich dann eben diese Fixanstellung bekommen, dass mich der Verein dann fix übernommen hat. Und ja und seitdem bin ich da (KLO32, 11-12).“

Suchterkrankung, Arbeitstherapie, Therapeutische Gemeinschaft

Wie bereits ausgeführt ist die Trägereinrichtung eine therapeutische Einrichtung zur Rehabilitation und Integration Suchtkranker. Dabei steht der Gedanke der Selbsthilfe im Rahmen der Therapeutischen Gemeinschaft im Mittelpunkt der Behandlung. Wesentlich sind auch die vorgegebene Tagesstruktur und die unterschiedlichen Therapiephasen.

In den Einrichtungen des Vereins wurde das 4-Säulen-Behandlungsmodell entwickelt, das folgende Eckpunkte aufweist:

- Medizinische Betreuung/Behandlung/Rehabilitation
- Psychotherapie, Klinische Gesundheitspsychologie
- Soziale Arbeit, Arbeitstraining, Beschäftigungstherapie
- Aktive Freizeit, Sport, Kunst, Kreativität

Diese vier Teilbereiche sind miteinander verschränkt und sollen sich wechselseitig positiv verstärken. Dabei ist der suchtmmedizinische Bereich (Entzug bzw. Drogensersatztherapie) als auch die allgemeinmedizinische Betreuung ein zentraler Ansatzpunkt. Psychotherapeutische Hilfestellung (einzeln und in der Gruppe) soll die Reflexionsfähigkeit der KlientInnen positiv beeinflussen. Mittels Arbeits- und Beschäftigungstherapie aber auch sozialer Arbeit wird der Bereich der Arbeitswelt, aber auch der Bereich Wohnen und Lebensführung abgedeckt. Gemeinsame Freizeitaktivitäten sollen die physische Kondition der KlientInnen verbessern und den Gemeinschaftsgeist stärken und runden das Geschehen ab.

Die folgende Interviewsequenz illustriert die typische Biographie eines Klienten am Standort K. des Trägervereins.

„Also ich bin 2004 zur Trägereinrichtung gekommen. Ich war vor meiner Zeit beim Verein acht Jahre schwerst heroinabhängig, bin dann 2004 eben zum Verein gekommen, habe dort eineinhalb Jahre Therapie gemacht und habe dann die Möglichkeit gehabt, dass ich dann dableibe. Also, ich komme auch ursprünglich aus Wien und habe dann eben klar erkannt, wenn ich nach eineinhalb Jahren Therapie zurück nach Wien gehe, in die alte Wohnung und das alles, dass das nicht viel Sinn hat, dass ich dann da in den Sumpf gleich wieder hineinstrudle. Ich habe einen Paragraphen [Anm.: § 39 Suchtmittelgesetz] gehabt, ich habe ‚Therapie statt Strafe‘ gehabt. Ich hätte sechs Monate ins Gefängnis müssen und ja dann entschlossen, dass ich dann dableibe, habe die Möglichkeit bekommen von der Hausleitung damals, von der Villa [Anm.: in K.], von der Frau Dr. S. Und habe dann in Wien Gemeindewohnung, Freundin, Familie, alles zurückgelassen und habe dann da draußen eigentlich komplett neu angefangen. Und ich war nach meiner Therapie drei Jahre Arbeitsleiter in der Einrichtung Villa in K., habe in der Zeit beim WIFI eine Ausbildung gemacht zum Cateringexperten und bin seit 2008 jetzt eigentlich nur mehr im Cateringbereich tätig als Assistent vom Herrn T. (KLO32, 10).“

Dabei sind die Motive sich einer Therapie in einer der Einrichtungen zu unterziehen sehr unterschiedlich. Dies kann aus eigenem Antrieb bzw. familiären Gründen sein, aufgrund des steigenden Leidensdrucks oder eben aus strafrechtlichen Gründen, einer richterlichen Weisung. Nach Aussage der Verantwortlichen gelingt es im günstigen Fall eines stationären Aufenthaltes Fremdmotivation zu Eigenmotivation zu machen. Bemerkenswert ist, dass sich die Frage nach ausreichender oder ambivalenter Motivation wie ein roter Faden durch die Biographie der KlientInnen zieht und viel zum Erfolg oder Misserfolg der Therapie beiträgt.

Es ist charakteristisch für die Suchterkrankung, dass die Betroffenen die Schwere der Erkrankung lange Zeit nicht wahrhaben wollen. Oftmals ist ein Abwehrmechanismus bzw. ein Nicht-Wahrhaben-Wollen der Tragweite der Erkrankung zu beobachten. Umgekehrt reagiert die engere und weitere Umgebung mit Unverständnis und Hilflosigkeit – „Warum kann der Betroffene nicht einfach aufhören?“ – Der mangelnde Informationsstand der nicht betroffenen Bevölkerung und das destruktive Verhalten der Erkrankten führen in der Folge zur Ausgrenzung der erkrankten Personen. Teil des Krankheitsbildes ist es, dass das Suchtmittel bei den Betroffenen zum absoluten Lebensmittelpunkt geworden ist. Der Verlust der Arbeitsfähigkeit und ein destruktives Sozialverhalten ist eine der Folgeerscheinungen. Ein Weg aus der Suchterkrankung heraus, der durch die Therapie wesentlich unterstützt werden soll, ist es (Eigen-)Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen.

Innerhalb des Vereins wurde in den letzten Jahren auch ein bedeutsamer Strategiewechsel vollzogen, der großen Einfluss auf Klientel und Standorte hatte. Lag früher der Schwerpunkt auf abstinenz orientierten Einrichtungen behandelt die Trägereinrichtung nunmehr vermehrt ein Klientel, das substituiert ist, den primären Wunsch hat stabil eingestellt zu werden, und bei welchem Entwöhnung bzw. Abstinenz nicht am Beginn der Therapie angestrebt wird. (Eine Substitutionstherapie Opioidabhängiger ist eine Drogensatztherapie von Personen, die an einer Abhängigkeit von Opioiden – meist Heroin – leiden. Die Behandlung erfolgt mit gesetzes- und richtlinienkonform verordneten Medikamenten. Der zumeist verwendete Ersatzstoff ist Methadon). Dazu wurden im Sonderkrankenhaus M. die Möglichkeit geschaffen, sowohl Teil- als auch Vollentzüge durchführen zu können.

Der Charakter der stationären Einrichtungen erfordert auch, dass eine Zugangskontrolle von Personen und Gegenständen stattfindet, um Gefährdungen der Suchtkranken hintanzuhalten.

„Also, es hat sein Gutes, weil natürlich Leute, die von außen kommen, können auch eine Gefahr sein gerade für Suchtkranke. Dadurch müssen ja auch alle Besuche angemeldet sein und ist alles sehr strukturiert und sind nur zum Wochenende möglich und es müssen alle mitgebrachten Dinge durchgeschaut werden, weil halt einfach die Gefahr ist, dass da jemand Alkohol mitbringt, Suchtmittel mitbringt oder oft ungewollt Kuchen mitbringt, wo Rum drinnen ist oder Alkohol drinnen ist oder Schokolade mitbringt, wo Alkohol drinnen ist und das für unsere Patienten halt eine Gefahr ist und wir natürlich dafür verantwortlich sind, sie zu schützen und deswegen sage ich, kann es auch eine Gefahr sein, wenn da Leute hereinspazieren (EB032, 39-41).“

In den ersten sechs Wochen des Aufenthaltes ist auch die Benutzung von Mobiltelefonen untersagt. Weiters sind regelmäßige Harnabgaben und Kontrollen mit dem Alkomat vorgesehen.

Rückfälle und Therapieabbrüche der PatientInnen sind Teil der Realität in den Einrichtungen des Vereins. Die Tatsache, dass niemand zur Therapie angehalten werden kann (Prinzip der Freiwilligkeit der Therapie) führt zu unterschiedlich ausgeprägter Fluktuation unter den KlientInnen. Nicht zu übersehen ist, dass eine Therapie mit ihrem Prozess der Auseinandersetzung mit sich selbst im Vergleich zu einer Haftstrafe oft als die durchaus herausfordernde Alternative erscheint.

Dabei wird von den Befragten der Suchtdruck und mangelnde Motivation als Hauptursachen für einen Abbruch gesehen.

„Ja, jedenfalls diese Phase bis zur Aufnahme hat bei mir nicht sechs Wochen dauert, sondern dreieinhalb Monate (lacht), weil ich dann über verschiedenste Wege probiert habe eben dem ganzen Therapieding zu entgehen. Ich war die ganze Zeit eigentlich nur angepasst, wollte mich da nicht integrieren, wollte da auch jetzt nicht irgendwie mitmachen oder sonst irgendwas. Ich habe dann auch probiert Drogen ins Haus zu schmuggeln über eine Bekannte, die noch draußen war. Und das Ganze ist halt dann irgendwie aus dem Ruder gelaufen und ich wäre damals auch fast rausgeschmissen worden (KL032, 172).“

Mögliche Sanktionen bei Verstößen gegen die „Hausordnung“ werden von einem Einrichtungsbetreiber wie folgt beschrieben.

„Da wird unterschieden bei der Rückfälligkeit, was das für Rückfall das ist. Wenn z.B. einer auf einem Ausgang, es gibt Ausgänge, dass man dann irgendwohin fährt über einen Tag oder zwei Tage, wenn während dieses Ausganges ein Rückfall passiert, ist das, jetzt will ich nicht sagen schon okay, aber damit ist zu rechnen, das passiert halt immer wieder. Dann wird das nicht sanktioniert in dem Sinn, dass der jetzt schwer bestraft wird oder so, es wird halt bearbeitet, es wird reflektiert, es kann sein, dass der nächste Ausgang in einer Woche nicht genehmigt wird von der therapeutischen Führung, weil es einfach heißt, das ist zu gefährlich für dich, „jetzt bist gerade rückfällig worden, jetzt tust einmal da drei Wochen noch warten bis du wieder auf Ausgang gehst“, das wird besprochen. Ein anderer Rückfall, wenn jetzt einer auf Ausgang ist und sich, ich weiß nicht, Heroin mit ins Haus nimmt und mit anderen das konsumiert, das wird wahrscheinlich den Ausschluss zur

Folge haben, weil es halt nicht nur die Selbstgefährdung ist, sondern auch andere gefährdet hat. Man unterscheidet da individuell, wie das geahndet wird (EB033, 201-204).“

Eine der Grundsäulen des Behandlungsmodells ist die therapeutische Gemeinschaft – Wohnen, Arbeiten, Therapie und Freizeitgestaltung erfolgen gemeinschaftlich. Von den Verantwortlichen wird die höhere Intensität, Dynamik, aber auch das Konfliktpotenzial der Therapiegemeinschaft gegenüber Einzeltherapien hervorgehoben.

Die Therapiegemeinschaft bringt es aber auch mit sich, dass die Gruppe ein Stück weit nach Außen, gegenüber der Umwelt abgeschottet ist. Zu beobachten ist, dass es am Beginn des stationären Aufenthaltes den KlientInnen große Schwierigkeiten bereitet sich in die therapeutische Struktur einzufinden, sich in eine geregelte Tagesstruktur einzufinden und Konflikte sozial angemessen zu regeln. Neu angekommene KlientInnen werden deshalb von Älteren betreut (Tutoren) um sich besser in die Gruppe integrieren zu können.

Die Einteilung der Tagesstruktur in den Einrichtungen des Vereins folgt nach einem festgelegten Plan von Montag bis Freitag von 8 bis 17 Uhr. Darin sind (Rauch-)Pausen und die Mittagspause inkludiert. Am Morgen erfolgt die Arbeitseinteilung bzw. Arbeitsbesprechung und die Medikamentenausgabe. Danach beginnt die Arbeitstherapie. Im Anschluss daran folgt der Hausputz, an Samstagen auch Zimmerputz. Am Mittwoch folgt der Sportnachmittag. Wohngruppen-Besprechungen werden einmal wöchentlich durchgeführt, Reflexionsgruppen alle drei Monate.

Das Therapiemodell der Trägereinrichtung sieht unterschiedliche Therapiephasen vor. In der Kurzzeittherapie steht die Eingliederungsphase am Beginn, gefolgt von der Motivations- und Umsetzungsphase. Zuletzt steht die Außenorientierungsphase. Die einzelnen Therapiephasen stehen für die stufenweisen Entwicklungsschritte der KlientInnen. Sie sollen der Reflexion der eigenen Problematik dienen und sollen Rückmeldungen der anderen Mitglieder der Therapeutischen Gemeinschaft fördern.

Neben der Eingewöhnungsphase wird von den Befragten die Motivationsphase als wichtige Etappe beschrieben. Eine Zäsur im Verlauf der Therapie ist der Motivationstag, früher Motivationsmarsch, bei der gemeinsam mit dem Team über individuelle Fortschritte beraten wird.

„Motivationsmarsch, genau. Also dieser Motivationsmarsch, den es früher gegeben hat, gibt es ja heute nicht mehr. Seit der neuen Hausordnung, 2011 war die, hat man jetzt einen Motivationstag. Wir sagen schon den Klienten, sie sollen rausgehen, sollen Spazieren gehen, wandern, aber wir geben die Ziele nicht mehr vor, wo sie jetzt hinmarschieren müssen an diesem Tag und am Motivationstag findet dann 15:10 Uhr die Reflexionsgruppe statt. Und dann wird in der Gruppe besprochen, also der Klient, der was diesen Tag hat, sagt dann, wie waren die letzten drei Monate für ihn, was hat sich verändert (KL033, 98).“

Die Arbeits- und Beschäftigungstherapie ist zentraler Bestandteil während des stationären Aufenthaltes in einer der Einrichtungen des Vereins. Neben den notwendigen Verdienstmöglichkeiten erfüllt Arbeit auch wichtige Funktionen für das Selbstwertgefühl, wie eine Strukturierung der Zeit, soziale Auseinan-

dersetzung und Kontakte im Rahmen eines Gemeinschaftserlebnisses, Identitätsbildung und Sinnstiftung. Zu beachten ist auch der enge Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und der Rückfallquote im Rehabilitationsverlauf Suchtkranker. Dieser Zusammenhang bedeutet nicht nur, dass Betroffene leichter arbeitslos werden, sondern auch dass Arbeitslosigkeit rückfallfördernd wirkt. Deswegen ist die berufliche Orientierung und Integration ein wesentliches Ziel des Therapieprogramms auf den Sozialhilfeeinrichtungen des Vereins. Die jahrelange Absenz einer geregelten Erwerbsarbeit bewirkt, dass das Arbeiten wieder erlernt werden muss. Dabei treten anfangs häufig Probleme wie niedrige Motivation und Ausdauer, geringes Pflichtbewusstsein, schlechtes Organisationsvermögen, mangelhafte Konfliktfähigkeit auf. Im Rahmen der Arbeitstherapie können diese Probleme bearbeitet und überwunden werden. Im Rahmen der Arbeitstherapie gibt es auch die Möglichkeit fehlende Qualifikationen und Bildungsabschlüsse zu erwerben.

Aus den Interviews geht hervor, dass die Frage der Motivation ein Schlüsselmoment der Therapie ist. Dass diese im Verlauf des Aufenthaltes (wieder) gelernt werden muss.

[Eigentlich gar nicht so sehr die Medikation oder?]

„Nein, ist es auch nicht. Medikation ist begleitend, sofern sie notwendig ist, sagen wir, sage ich einmal. Natürlich ist es hier vorrangig auch, dass man einmal sieht und dazu dient diese Arbeitstherapie, dass man mal eben acht Stunden auch aushält, dass man einer Arbeit einmal nachgeht für acht Stunden. Es ist ja draußen nichts Anderes in der realen Welt dann. Wobei das sicher auch real ist, aber in einer Arbeitswelt ist es genauso, dass man 8 Stunden am Tag arbeiten muss. Viele Klienten haben das aber leider nicht gelernt oder waren nicht viel in ihrem Leben arbeiten. Und so dient diese Arbeitstherapie dazu, dass man sich selbst auch ein bisschen motiviert. Und dadurch, dass wir sehr nahe an den Klienten sind, erkennen wir ja auch, wo wollen sie sich jetzt drücken von der Arbeit, wo wollen sie dann nicht so wirklich und dann reden wir mit ihnen natürlich. Dann wird das angesprochen und (wir) schauen, was da los ist (KL033, 88).“

Es kommt aber auch vor, dass psychiatrische Grunderkrankungen (z.B. Depression, Psychosen) der KlientInnen deren Arbeitsfähigkeit objektiv einschränken.

Berichtet wird, dass es einerseits willkommene Tätigkeiten gibt, wie zum Beispiel im Rahmen von Aufträgen des Catering-Services „einmal vom Hof runterzukommen“ (KL032, 34). Andererseits muss seitens der ArbeitsanleiterInnen auch Motivationsarbeit geleistet werden um die Erfüllung von weniger attraktiven Tätigkeiten einzufordern.

„Ja, wie bei allen Arbeitsbereichen, es wird keiner gezwungen, das zu tun. Es gibt schon die Tagesstruktur, dass man nicht eben den ganzen Tag im Bett liegen darf oder soll, aber es wird jetzt keiner verdonnert und gesagt ‚du musst jetzt 18 Monate Stall ausmisten.‘ Das würde keinen Sinn machen, der sollte ja die Arbeit machen, die ihm Freude macht und die ihn interessiert. Und da wird dann Rücksicht darauf genommen.“

[Und wie ist das, wenn es den nicht freut? Dann macht es wer anderer oder müsst es ihr dann selber machen, wenn es jetzt niemanden gibt?]

„Wenn es wen nicht freut, also es gibt bei der Arbeit nicht immer nur Arbeiten, die lustig sind und Spaß machen. Es gibt schon Arbeiten, wie z.B. auf ein Catering fahren, wo viel los ist, das machen alle relativ gerne. In der Abwasch dann, wenn ich von meinem Bereich spreche, in der Abwasch das ganze Geschirr nachher abzuwaschen ist dann halt nicht so attraktiv. Das gehört aber genauso gemacht. Ich kann nicht sagen, du kannst nur beim Catering kellnern, weil das ist lustig und da kommt man unter die Leute und den Abwasch macht dann keiner. Das geht nicht. Also, das muss man (ansprechen) (EB033, 123-127).“

In welchem Bereich die KlientInnen tätig werden wollen, hängt primär von deren Interessen ab. Die PatientInnen werden teilweise auch für Betätigungen an anderen Standorten eingesetzt: in der Landwirtschaft, Gartenarbeit, Gastro-Catering, Wäscherei, Instandhaltung etc. Wer sich dafür eignet, wird von den Therapeuten ausgewählt und hängt stark von individuellen Neigungen ab. Die fachliche Einschulung erfolgt durch die Tutoren bzw. ArbeitsanleiterInnen (z.B. Stallarbeiten). Im Allgemeinen fordert die Arbeitstherapie die KlientInnen. Die Tätigkeiten sind teilweise auch mit körperlicher Anstrengung verbunden (z.B. Stall ausmisten, Rasen mähen). Insgesamt bereitet die Arbeitstherapie darauf vor realen Anforderungen der Arbeitswelt bestehen zu müssen. Die Arbeitstherapie ist unbezahlt, es gibt aber Taschengeld. Kost & Logis sowie der Aufenthalt werden von der Trägereinrichtung bzw. den Kostenträgern finanziert.

Im Rahmen der Arbeitstherapie besteht für die zumeist recht jungen KlientInnen die Möglichkeit der Fort- und Weiterbildung. Qualifikationen können erworben und Bildungsabschlüsse nachgeholt werden, beispielsweise als Hotel- und Gastgewerbefachkraft in Kooperation mit der *Tourismusschule Semmering* und dem *International College for Tourism and Management (ITM) Bad Vöslau*.

Teil der medizinischen Betreuung ist die ärztliche Versorgung der KlientInnen. Einmal pro Woche gibt es am Standort K. eine ärztliche Visite (Allgemeinmediziner, Psychiater). Dabei werden u.a. notwendige Medikamente verschrieben. Dies geschieht auch in Absprache mit dem therapeutischen Team, den SozialarbeiterInnen und ArbeitsanleiterInnen.

Die Trägereinrichtung verfügt intern über geregelte Strukturen bzw. ein abgestimmtes Vorgehen in der Therapie. Der notwendige Informationsfluss über die KlientInnen wird mittels Dienstübergaben, Dienstberichten (Dokumentation) und einer regelmäßigen Hausbesprechung sichergestellt. Weiters sind Bereitschaftsdienste z.B. während der Nachtstunden zu leisten. Seitens der TrainerInnen und ArbeitsanleiterInnen besteht auch ein notwendiger Bedarf an Abgrenzung gegenüber den KlientInnen und deren „Geschichte“. Im Zuge der Hausbesprechung besteht die Möglichkeit Supervision anzustellen. Zusätzlich wird noch Teamsupervision (hausübergreifend oder/und einzeln) für das Team angeboten.

Raumwahrnehmung und Verankerung der Einrichtung im Ort

Wie nehmen die Einrichtungsbetreiber bzw. KlientInnen, den Ort, das Umfeld wahr? Inwieweit ist die Einrichtung im Sozialgefüge des Ortes verankert? Wie bereits thematisiert betreibt die Trägereinrichtung in der Buckligen Welt mehrere Standorte. Während sich der Standort V. (als Sozialhilfeeinrichtung) im Ortszentrum von K. befindet, liegt der Standort K. in abgeschiedener Lage. Das Anwesen ist

über einen Güterweg, der in mehreren Serpentina auf die Anhöhe führt, erreichbar und befindet sich ca. 3,7 km vom Gemeindeamt entfernt. Die Wahl des Standortes dürfte in der Vergangenheit durchaus bewusst in Abstand zum geschlossenen Siedlungsgebiet gewählt worden sein. Es wird berichtet, dass sich die Bevölkerung in den 25 Jahren des Bestehens an die Einrichtung gewöhnt habe. In dieser Zeit sei es auch zu keinen gravierenden Zwischenfällen gekommen. Seitens einer Klientin wird auch betont, dass sie keine Ablehnung verspüren.

[Und gibt es da auch Vorurteile oder Leute, die da Ängste haben oder Bedenken haben? Ressentiments?]

„Wird es sicher geben, also die Einrichtung in K., die gibt es seit 25 Jahren glaube ich, plus, minus und es funktioniert gut und in M. genauso. Nur natürlich sind oder werden gewesen sein am Anfang welche Ängste der Bevölkerung und so. Das ist jetzt nach 25 Jahren nicht mehr das große Thema, weil wenn 25 Jahre nichts passiert, sind die Leute das gewohnt, aber trotzdem muss man halt schauen, dass man Musik nicht zu laut spielt, ich als Privater genauso, wenn ich einen Nachbarn habe. Da heroben ist es wurscht, da können sie aufdrehen volle Wäsche am Wochenende, das hört da niemand (EB033, 160-162).“

Der einzige Grundanrainer des Standortes K. ist der Bürgermeister, der an die Einrichtung auch Hack-schnitzel liefert. Das Verhältnis zueinander wird als gut beschrieben.

„Der Bürgermeister, mit dem haben wir ein sehr gutes Verhältnis. So Nachbarn da, also auf dem Standort, das ist kein großes Thema. Nachbarschaftliche Konflikte mit Lärmbelästigung oder mit ‚da gehen Suchtkranke herumspazieren‘ oder so, dass hast du da heroben (...) gar nicht (EB033, 155).“

Aufgrund seines Charakters als Therapieeinrichtung, als geschlossene Therapiegemeinschaft, wird der Kontakt zur örtlichen Bevölkerung aber weder gesucht noch in irgendeiner Form institutionalisiert.

[D.h. also direkter Kontakt zu der Bevölkerung ist eigentlich nicht so groß in Wahrheit?]

Der ist eigentlich nicht groß, nein, weil es auch nicht notwendig ist. Die therapeutische Gemeinschaft hat eh genug zum Tun. Unter der Woche Arbeiten, in der Freizeit dann, dass sie in Therapiegruppen, also Psychogruppe mit dem Therapeuten oder gemeinsam Schwammerln suchen gehen oder was auch immer (EB033, 278-279).“

Ein Erfordernis der therapeutischen Gemeinschaft ist es auch, dass das Gemeinschaftsleben stark nach innen orientiert ist. So werden zum Beispiel auch die Freizeitaktivitäten vom Trägerverein organisiert mit der Konsequenz, dass die KlientInnen nicht im örtlichen Vereinsleben aktiv werden.

[Und wie schaut es umgekehrt aus mit der Integration? Dass sich die teilweise auch in die Gemeinschaft integrieren oder dass die in den Vereinen mitmachen. Gibt es das auch oder bleiben die eher wieder unter sich?]

„Ja, bei uns eigentlich in den örtlichen Vereinen könnte ich keinen sagen in T., dass einer dabei wäre, der was uns kommt (SH31, 93-94).“

Möglichen Kontakten mit der Bevölkerung sind auch insofern Schranken gesetzt, weil die KlientInnen weder über einen Führerschein verfügen, noch individuell motorisiert sind. Bedingt durch die Randlage des Standortes K. innerhalb der Gemeinde (am Ende eines Güterweges) sowie der räumlichen Verteilung der verschiedenen Einrichtungen sind sie bei „Ausgängen“ auf Mitfahrgelegenheiten angewiesen. Dieser Umstand reduziert auch potenzielle Gelegenheiten „vom Berg runter zu kommen“. Gerade am Beginn des Aufenthalts (bzw. der Therapie) am Standort K. erfolgt dort die räumliche und zeitliche Isolation. „Ausgänge“ werden restriktiv gehandhabt (vgl. Gefahr des Bezugs von Suchtmitteln). Ein weiterer Punkt ist auch der Alkoholkonsum, dem von der örtlichen Bevölkerung (z.B. bei Dorffesten) reichlich zugesprochen wird. Die abstinenten KlientInnen wollen sich dieser Versuchung nicht aussetzen und meiden diese Gelegenheiten. Alle diese Faktoren schränken Kontaktmöglichkeiten mit dem Umfeld von vorne herein ein.

Umgekehrt führen „Ausgänge“ (in weiterer Folge der Therapie) die KlientInnen nicht in die Gemeinde oder in die Region (Bucklige Welt), sondern nach Wiener Neustadt, Wien oder in andere Bundesländer. Vielfach entsprechen diese Ziele auch ihren Herkunftsorten.

Besuche am Standort K. (z.B. von Angehörigen der Klienten) müssen angekündigt werden. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit vor Ort wird vom Trägerverein auch nicht verfolgt.

„Es sind ja die Patienten, es ist ja nicht irgendwie so ein Museum oder Zoo, wo man Patienten schauen geht. Das geht auch nicht (EB033, 290-293).“

Aus allen diesen Gründen entstehen keine ausgeprägten Berührungspunkte bzw. Kontaktmöglichkeiten zur örtlichen Bevölkerung. Andererseits wird auch über Konflikte mit Einheimischen nichts berichtet.

„Ja, ich könnte mich nicht erinnern, dass da irgendwann einmal einen Konflikt mit Einheimischen und sonst irgendetwas gegeben hätte (KL032, 122-123).“

In diesem Zusammenhang wird in einem der Interviews über das Verhalten von KlientInnen beim Besuch des Freibades in E. berichtet.

„Ja, also da gibt es gar nichts und unsere Patienten und wir führen uns auch gut auf. Also, das ist, ja, das gehört auch dazu (lacht). Also, die Patienten, wenn sie ins Bad [Anm.: Schwimmbad in E.] gehen oder was, die sind da sehr brav und machen da nicht einen auf Wilden Mann unten in E.“

[Wie ist das eigentlich? Wie oft kommen die Leute hinunter? Gehen die oft ins Bad runter nach E.?)

„Ja, wenn das Wetter passt, gehen sie schon öfters runter (EB033, 259-261).“

Einige Klienten enthalten sich der Meinung wie die Einrichtung in das Umfeld integriert ist. Man nimmt sich jedoch gegenseitig wahr, und grüßt sich. Sporadische Kontakte entstehen beispielsweise auch durch Spaziergänger, die die Tiere des Standortes K. sehen und/oder füttern wollen.

In den Interviews ergaben sich aber auch Hinweise auf konkrete Berührungspunkte: So erfolgt bei Bedarf die Schneeräumung der (steilen) Straße oder die Bergung von Fahrzeugen durch die Freiwillige Feuerwehr. Weiters wird Nachbarschaftshilfe geleistet: Der Verein hilft bei Gartenarbeiten oder dem Ausmalen aus. Umgekehrt helfen zwei Nachbarn/Landwirte beim Siloballen pressen und wickeln. Berichtet wird auch von Anfragen von Privatpersonen an den Standort K. zur Aushilfe bei Holzarbeiten. Private Aufträge erhält auch die trügereigene Tischlerei in O.

Kleinere Einkäufe werden von MitarbeiterInnen des Vereins vor Ort erledigt, genauso wie die Postwege. Besuche des Gemeindeamtes erfolgen beispielsweise im Zuge der Anmeldung neu ankommender KlientInnen in das örtliche Melderegister. Kontakte gibt es auch beim Bezug von Produkten, die von Bauern und Kleinproduzenten in der Region bezogen werden (genannt: Schafkäse, Bauernhofeis). Der Verein ist auch Kooperationspartner bei der Genussregion Bucklige Welt. Eine Darstellung (Stakeholder) widerspricht aber einer intensiven Zusammenarbeit im Rahmen der Genussregion. Ein Hofladen wurde seitens des Trägervereins angedacht, aber wieder verworfen, da er sich nicht rentieren würde. In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass der Standort K. als landwirtschaftlicher Betrieb nicht Mitglied der Ortsbauernschaft ist.

Neben den bereits erwähnten Besuchen von KlientInnen im Freibad von E. wird auch das Kaffeehaus in A. fallweise frequentiert.

Etwas anders stellt sich die Situation hingegen an den Standorten K. (Einrichtung V.) und M. (Seminarhotel B.) dar. Beide Standorte liegen in der unmittelbaren Nähe zum Ortszentrum. Berichtet wird im Fall der Einrichtung V. in K. von Nachbarschaftskonflikten (die örtliche Polizei wurde von einem Anrainer wegen lauter Musik gerufen). Ein differenziertes Bild gibt die Aussage einer der EinrichtungsbetreiberInnen: *„Gut gesinnte Einzelpersonen wüssten über den Charakter der Einrichtung Bescheid und seien wohlgesonnen (EB031, 64-65).“* Seinerzeit hätte ein Kontakt mit dem örtlichen Pfarrer die Institutionalisierungsphase der Einrichtung erleichtert. Bis heute bleibt jedoch das Bestreben seitens der Leitung „keine Belastung für den Ort sein zu wollen“. Zweimal jährlich gibt es den Tag der Offenen Tür, bei der Produkte des Vereins (Keramik) angeboten werden. Diese Möglichkeit der Kontaktaufnahme bleibt jedoch ohne großes Echo seitens der Ortsbevölkerung.

„Wir sind schon so lange da, dass es vielleicht nicht mehr so spannend ist (EB031, 84-85).“

Außenwahrnehmung

Wie nehmen umgekehrt Stakeholder, ExpertInnen, Landwirte die Einrichtung bzw. die Zusammenarbeit mit dieser wahr? Der Bekanntheitsgrad der Trägereinrichtung bzw. des Teilstandortes K. ist in der Region bzw. unter den Befragten (Stakeholdern, ExpertInnen, Landwirten) sehr groß. Dabei wird die bewusste Wahl des Standortes K. außerhalb des Zentrums der Gemeinde T. und die Randlage bzw. deren (nicht-fußläufige) Erreichbarkeit auch von der Umwelt wahrgenommen. Der Standort K. wird dabei als „ganz normaler Bauernhof“ (SH034, 154-165) angesehen. Bekannt ist der ehemalige, verunglückte Landwirtschaftsmeister des Vereins. Kolportiert wird eine positive Einstellung der nächstgelegenen Bauern (Gemeinde A.).

Allen Befragten ist der Verein und der Standort K. bekannt – „die haben mit Drogen, Therapie von Drogenabhängigen zu tun da oben“, wengleich genaueres Wissen über die Einrichtung, KlientInnen, Behandlungsmethoden etc. fehlen. Bemerkenswert ist auch, dass in der Wahrnehmung der Befragten die verschiedenen Standorte der Trägereinrichtung in der buckligen Welt wenig differenziert beurteilt werden und Zuschreibungen von einem Standort auf den anderen übertragen werden. Insofern sind Aussagen über den Standort K. teilweise auch zu relativieren. Die anfängliche Skepsis gegenüber dem Verein Anfang der 1980er Jahre, so gab es seinerzeit Befürchtungen über Ansteckungsgefahren durch HIV-infizierte KlientInnen, ist breiter Akzeptanz gewichen. Der Therapiecharakter der Einrichtung, die Tatsache, dass die KlientInnen substituiert sind und damit der Wegfall der mit Suchterkrankungen verbundenen Beschaffungskriminalität sowie der stationäre Charakter innerhalb der ersten Therapiephase erhöhen die Akzeptanz weiters.

„Ja, ich glaube am Anfang ist es immer so, dass das so ein bisschen eine ablehnende Haltung ist und dann eigentlich, ablehnend, aber natürlich ist das was Fremdes und da weiß man auch nicht, was auf dich zukommt und dann, wenn du dann siehst, dass das eigentlich eh passt, dann ist das eh eine normale Sache (PE032, 129).“

„Ich denke mir einmal, was sicherlich sehr positiv ist bei diesen Suchtkranken, dass die Personen die da vor Ort sind, muss man sagen glaube ich, sind fast zu 100 % welche, die wirklich vorhaben den Entzug zu schaffen. Also, wo wirklich, sage ich einmal, diese positive Einstellung da ist, dass in den Griff zu bekommen. Dort glaube ich gibt es im Regelfall keine irgendwelche Beschaffungskriminalität oder wie auch immer, sondern das ist an und für sich, glaube ich, ziemlich geklärt mit den Strukturen. Das passt glaube ich ganz gut, dass sie in der ersten Phase des Entzuges nicht wirklich, sage ich, Freigang haben, sondern dass das irgendwie gestaffelt ist. Erst wenn sie gefestigt sind, dass das funktioniert (EX035, 59-60).“

Der Verein ist eine „etablierte soziale Institution wie die Caritas oder das Hilfswerk Niederösterreich“, die auch in der Region tätig sind. Insofern ist es auch kein Thema (mehr) über das in der Bevölkerung gesprochen wird. Während der Verein als Institution grundsätzlich bekannt ist, ist das Wissen über die unterschiedlichen Standorte und Teilbereiche unterschiedlich ausgeprägt. Aufgrund ihrer Lage in den jeweiligen Ortszentren werden die Villa in K. sowie das Hotel B. in M. stärker wahrgenommen als die abgelegenen Standorte wie zum Beispiel der Standort K.

Nach Teilbereichen differenziert werden noch das Catering und die Tischlerei von den Befragten genannt. Im Allgemeinen billigt man dem Trägerverein eine positive Bedeutung für die lokale Wirtschaft, die lokalen Gewerbebetriebe zu. Diese Zuschreibung erfolgt auch deswegen, weil von den Betreibern in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen getätigt wurden.

Während der Bekanntheitsgrad sehr hoch ist, wird deren tatsächliche Wahrnehmung, konkrete Kontakte mit Betreibern und KlientInnen und letztlich das Ausmaß der Integration der Einrichtung in das Ortsgeschehen von den Befragten als wenig ausgeprägt eingeschätzt.

Bemerkenswert ist beispielsweise auch, dass KlientInnen und MitarbeiterInnen der Trägereinrichtung auch nicht am örtlichen Vereinsleben teilnehmen. In dieselbe Richtung geht auch die Tatsache, dass der Landwirtschaftsbetrieb des Vereins nicht Mitglied der Ortsbauernschaft ist. Eine gewisse Beachtung finden Spaziergänger (Klienten), „*die im Wald eine Runde drehen*“ (SH031, 75-84). Weiters wird auch der Ausländeranteil an den KlientInnen wahrgenommen. Darüber hinaus jedoch findet die Einrichtung im Ort kaum Beachtung.

„Also, ich glaube, dass das nicht wirklich viel mit der Bevölkerung zu tun hat. Anders ist es für die Leute, die oben wohnen. Aber wo der Verein ist, ist zwar Gemeinde T., aber es grenzt auch schon an A. (...) Die sind einfach nicht so präsent, die sind viel weiter weg und die was oben sind, die machen eh ihre Arbeit und die sind tolerant und vor allem der Bürgermeister da oben, der wird nichts dagegen haben und das ist nicht wirklich ein unmittelbarer Nachbar.“

[Aber die kommen teilweise auch herunter ins Freibad oder so, habe ich gehört.]

„Ich glaube nicht. Aber ich weiß nicht, ob die Leute das so realisieren, wer das ist. Da kommt halt eine Gruppe, aber die kann man nicht so zuordnen. Man sieht das öfter (SH034, 68-97).“

„Ja, kann ich bestätigen, weil ich glaube nicht, dass meine Mutter, ich könnte fragen, aber ich glaube nicht, dass meine Eltern wen kennen. Das sind sicher Parallelgesellschaften ja. Wie gesagt die Wahrnehmung von der Einrichtung, die ist nicht da (EX034, 140-151).“

Auch ein engerer Personenkreis aus dem Umfeld der Gemeindevertretung beurteilt das Ausmaß der Integration ähnlich (gering).

[Und wissen Sie von der Gemeindevertretung? Sind Sie da öfter in Kontakt mit der Einrichtung?]

„Nein, überhaupt nicht. Also, da sind wir eigentlich überhaupt nicht integriert. Ich weiß nicht, vielleicht das die politischen Mitbewerber, dass die mehr Kontakt haben? Aber ich glaube auch nicht. Ich glaube eher nicht (SH032, 6-25).“

Eine gewisse Ausnahme bilden Kontakte zu Anrainern des Standortes K. wie zum Beispiel dem landwirtschaftlichen Betrieb des Bürgermeisters. Dieser beliefert diesen mit Hackschnitzeln. Fallweise kommt es zu Aushilfsarbeiten bei Feldarbeiten am Standort K.

„Ich arbeite auch oft einen Tag drüben bei ihnen, wenn sie was brauchen gach, oder was weiß ich, wenn irgendetwas zum Anbauen ist oder zum Ackern einmal oder was. Ja, was sie halt selber nicht machen. Das ist klar, das funktioniert eh. Da gibt es eh nichts (SH031, 75-84).“

Dass die Wahrnehmung nach Vereins-Standorten in der Region unterschiedlich ist, beweist eine Aussage einer Einrichtungsbetreiberin. Sie schildert den Fall eines langjährigen Klienten in der Villa in K. (ein Standort mitten in der Gemeinde), dessen Abwesenheit von der örtlichen Bevölkerung sehr wohl registriert und kommentiert wurde. Und der daraufhin ermutigt werden konnte, seine krankheitsbedingte Zurückgezogenheit aufzugeben.

„Ich habe da im Haus diese stationäre Dauerbetreuung für psychiatrisches Klientel. Das heißt die wohnen dann da, wir mieten die Wohnungen an im Ort und die sind ja dann im Ort integriert irgendwann. D.h. ich habe mindestens zwei oder drei Leute, die 10 Jahre da sind. Und ich kann mich erinnern, bei dem ersten Klienten, den ich integriert habe in den Ort, erstens einmal habe ich mit dem Pfarrer geredet und mit allen, dass wir eine Wohnung bekommen und der Klient hat dann, das weiß ich noch, nach sieben Jahren eine schwere Krise gehabt, mit einer Menge Angst und hat es nicht mehr geschafft in die Wohnung hinunter und es ist schon an der Kippe gestanden, kann er noch einmal selbständig sein. Und im Ort haben dann die Leute gefragt, wo ist er denn? Und ich habe dann gesagt, habe gesagt, schau du gehst ab, du gehörst dazu. Und das hat ihm sehr geholfen, dass er dazu gehört. Er hat eine Sprachbehinderung und er gehört wirklich dazu (EB031, 79).“

Letzterer Fall dürfte aber eine Ausnahme darstellen. Die wenigen Kontaktmöglichkeiten mit KlientInnen und MitarbeiterInnen des Vereins mit dem Ortsgeschehen in T. führen dazu, dass es umgekehrt aber auch keine Wahrnehmung von etwaigen Nachbarschaftsstreitigkeiten gibt. Über Schwierigkeiten oder Konflikte mit der Einrichtung ist nichts bekannt. Die Einrichtung „stört niemanden“ (SH031, 85-86), bietet keinen Anlass für Probleme, Vorfälle oder schlechte Erlebnisse werden nicht berichtet.

Wie bereits erwähnt genießt das Catering sowie die Tischlerei O. (sozioökonomischer Betrieb des Vereins) eine hohe Bekanntheit. Bei letzterer ist der Verkauf als auch die periodische Werbung (Flugblatt) bekannt. Das Catering, als einer der Schwerpunkte des Standortes K. wird in seiner Bedeutung unterschätzt, wenngleich die in den vergangenen Jahren getätigten Investitionen sehr wohl registriert wurden. Das Catering hat eine Kooperation mit der Regionalinitiative „Sooo gut schmeckt“, die aber nach Einschätzung eines Befragten nicht sehr ausgeprägt ist. Die mangelnde lokale Wahrnehmung mag aber (auch) daran liegen, dass die Aufträge primär in den Großraum Wien gehen.

„Ich glaube schon, dass das ein bisschen, das gehört eigentlich, glaube ich überhaupt, dass ein bisschen die Leute überhaupt auch wissen, dass sie wissen, da gibt es ein Catering. Es gibt ja viele Veranstaltungen bei uns, wo Du sagst, Du tust Geburtstag feiern oder was und da gäbe es Sportverein, ein Sporthaus in T., was Du mieten kannst. Da könnte man sagen, okay.“

[D.h. die könnten da eigentlich dann zuliefern?]

„Genau, die könnten dort auch so ein bisschen ein Geschäft machen (SH032, 6-25).“

Bezeichnend ist die Tatsache, dass sich einige ehemalige KlientInnen des Vereins (sowie deren Familien) in der Gegend niedergelassen haben, was den Befragten ebenfalls nicht bekannt war.

[Es gibt ja auch in T. welche, die sich da angesiedelt haben. Machen die in der Gemeinde mit oder sind die eher für sich?]

„Ich wüsste nicht, wo die genau wohnen (SH034, 68-97).“

Abschließend kann Resümee gezogen werden, dass es keine auffälligen Divergenzen zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung der Einrichtungen des Vereins im Besonderen des Standortes K. in T. gibt. Einerseits sind nach einer Aussage der EinrichtungsbetreiberInnen „nur wenige aber gut gesinnte Einzelpersonen“ über die Einrichtung informiert. Andererseits legt dies den Schluss nahe, dass die breite Bevölkerung dem Projekt eher ambivalent gegenübersteht. Daraus könnte geschlossen werden, dass bei der Standortwahl von Einrichtungen dieser Art die Kontaktaufnahme mit regionalen „Meinungsführern“ essentiell ist. Gleichzeitig ist den Verantwortlichen der Trägereinrichtung aber immer auch bewusst geblieben, dass man keine Belastung für den Ort sein wolle, da das Stimmungsbild der Bevölkerung nach Zwischenfällen rasch kippen könnte.

Beide Seiten bestätigen die abgeschlossene Lage der Einrichtung, die wenig bis gar nicht in das Sozialgefüge der Projektgemeinde verankert ist. Insofern liegt die Annahme nahe, dass ein Einfluss bzw. Wechselwirkungen zwischen der Einrichtung und dem regionalen Sozialkapital nur rudimentär vorhanden sind.

3.3.4 Übersetzungsprozess nach Callon – Rehabilitation Drogen- und Suchtkranker Menschen

Auch für das Suchtrehabilitationsprojekt soll der Zusammenhang zwischen dem lokal vorhandenen Sozialkapital und der untersuchten Einrichtung mithilfe der vier Phasen nach Callon graphisch dargestellt werden.

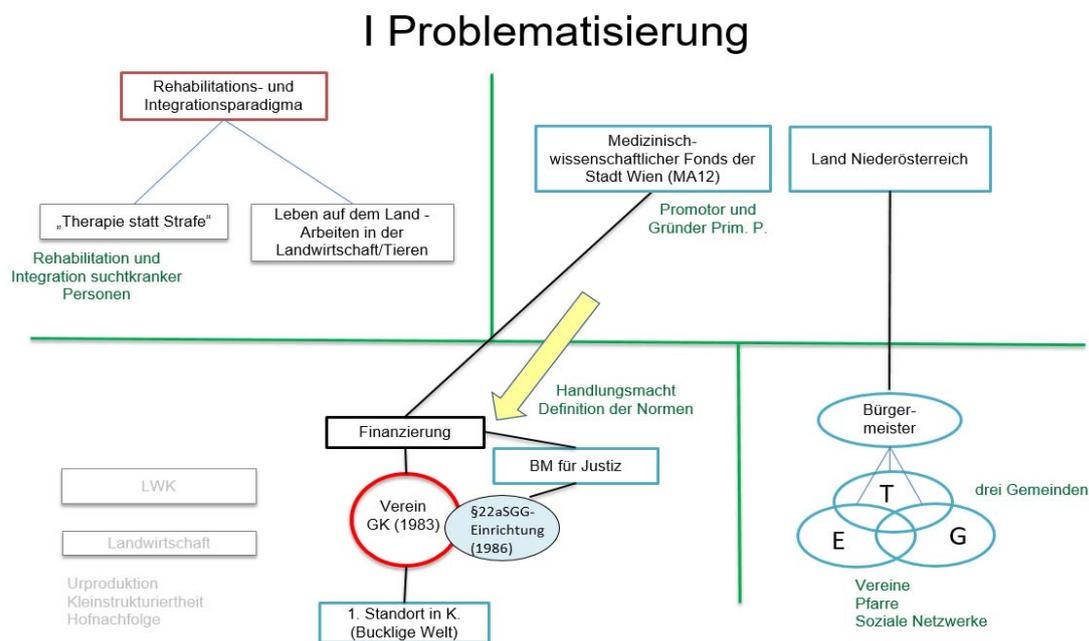
In der ersten Phase des Projektes der **Problemtisierung** manifestiert sich das Rehabilitations- und Integrationsparadigma ausgehend vom medizinisch-wissenschaftlichen Fonds der Stadt Wien, in der Person von Primarius P. Dieser war Mediziner und Psychotherapeut und setzte sich für die Entkriminalisierung und die Rehabilitation von alkohol-, medikamenten- und drogenabhängigen Menschen ein. Dieser Ansatz geht von der Erkenntnis aus, dass Abhängigkeitsprobleme von illegalen Drogen *ohne* Therapie häufig erneut Tatbegehung und die Straffälligkeit nach sich ziehen und ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellen dem das Rehabilitations- und Integrationsparadigma gegenübergestellt wird.

Die untersuchte Einrichtung wurde 1983 nach einem Konzept von Prim. Dr. P., als Verein gegründet. Dieser blieb ärztlicher Leiter der Einrichtung bis 1996. Er ist Promotor und Gründer der Einrichtung.

Teil der Rehabilitation („gesunde Luft und kalte Wiese“) war die bewusst gewählte Distanz zu den Ballungszentren, wo ein Großteil der Drogensüchtigen herkam. Man wählte einen ländlichen Ort in ruhiger

Lage inmitten der Buckligen Welt (Gemeinde T.). 1985 wurde die erste Sozialhilfeeinrichtung des Vereins (T-Hof) besiedelt. 1986 schließlich erfolgte die gesetzliche Verankerung als §22a Suchtgiftgesetz (SGG)-Einrichtung. Anfänglich wurde der Verein ausschließlich durch den medizinisch-wissenschaftlichen Fonds der Gemeinde Wien (damalige MA 12) finanziert. In der Folge auch aus Mitteln des Justizministeriums.

Abbildung 11: Phase der Problematisierung am Beispiel des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranke Menschen



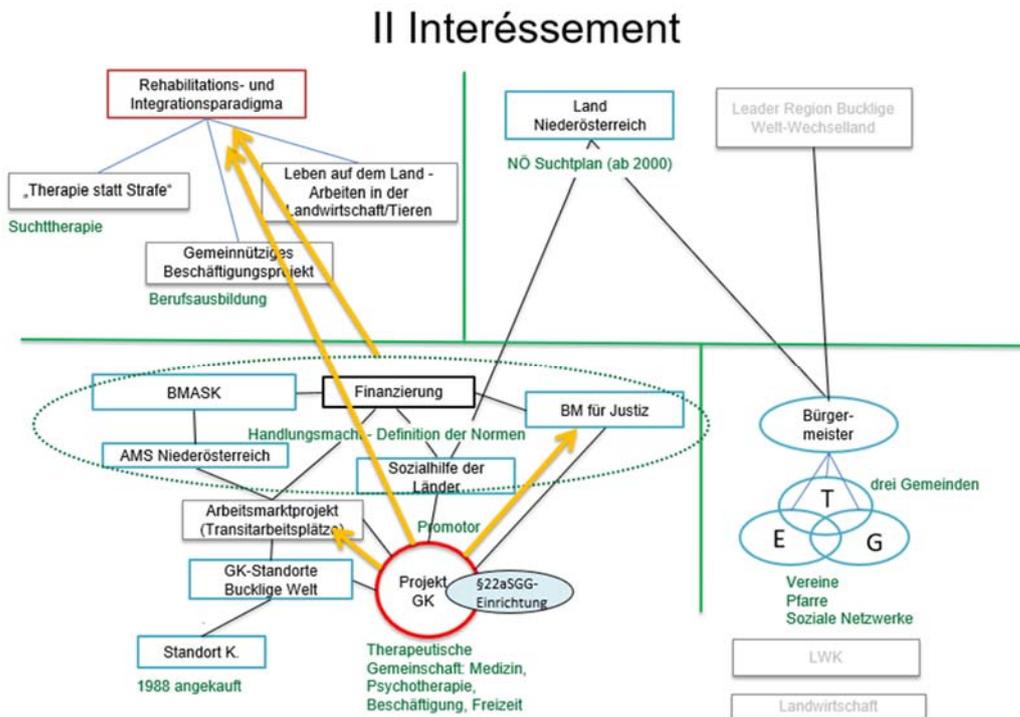
Quelle: Eigene Darstellung

In der Phase des *Intéressement* werden die Wirkungen des Projektes auf andere Bereiche sichtbar. Es ist auch die Phase der Institutionalisierung des Projektes. Die gelben Pfeile symbolisieren die Rückwirkungen auf das Rehabilitations- und Integrationsparadigma, auf den Bereich der Arbeitsmarktintegration (AMS, BMASK) und auf den Justizbereich. Als gemeinnütziger Verein finanziert sich die Einrichtung aus den Tagsätzen für die Therapie (der KlientInnen), die durch die Sozialhilfe der Länder und das Justizministeriums, im Rahmen des Suchtmittelgesetzes – Therapie statt Strafe (§39) gedeckt werden. Erst durch diese Mittel ist die Finanzierung des Projektes gesichert. Mittels der Finanzierung von geförderten Arbeitsplätzen (sogenannte Transitarbeitsplätze) in den verschiedenen Einrichtungen des Vereins im

Anschluss an die gesetzlich vorgesehene Therapie ist das Sozialministerium ein weiterer Akteur der Normenfestsetzung. Diese Normen und deren Umsetzung innerhalb der Einrichtung wirken wiederum auf das Rehabilitations- und Integrationsparadigma zurück.

Der Standort K. (ein landwirtschaftlicher Betrieb) wird in dieser Phase (1988) angekauft und für Zwecke des Trägervereins adaptiert. An diesem Standort befinden sich Aufenthalts-, Therapie-, Schulungs- und Diensträume. Daneben bietet der Standort K. Arbeitsmöglichkeiten in der (biologisch geführten) Landwirtschaft bzw. die Arbeitstherapie mit landwirtschaftlichen Nutztieren (Hochlandrinder, Aubrac-Rinder, Gascon-Schweine und die zugehörigen Futterflächen), sowie die Forstbewirtschaftung (u.a. Hack-schnitzel). Von großer Bedeutung in dieser Phase ist das Konzept der therapeutischen Gemeinschaft der Einrichtung. Der Gemeinschaftsgedanke ist sowohl medizinisch als auch gruppensdynamisch erwünscht, reduziert jedoch gleichzeitig Begegnungsräume mit der Umwelt und isoliert letztlich die Einrichtung vor Ort („Isolationsparadigma“). Der Einfluss des lokalen Sozialkapitals in der Gründungs- und Etablierungsphase des Projektes bleibt folglich marginal. Forciert wird diese Selbstfokussierung auch durch die Standortwahl von K. – dieser liegt auf dem Gemeindegebiet von T., aber in abgeschiedener Lage außerhalb des Ortszentrums.

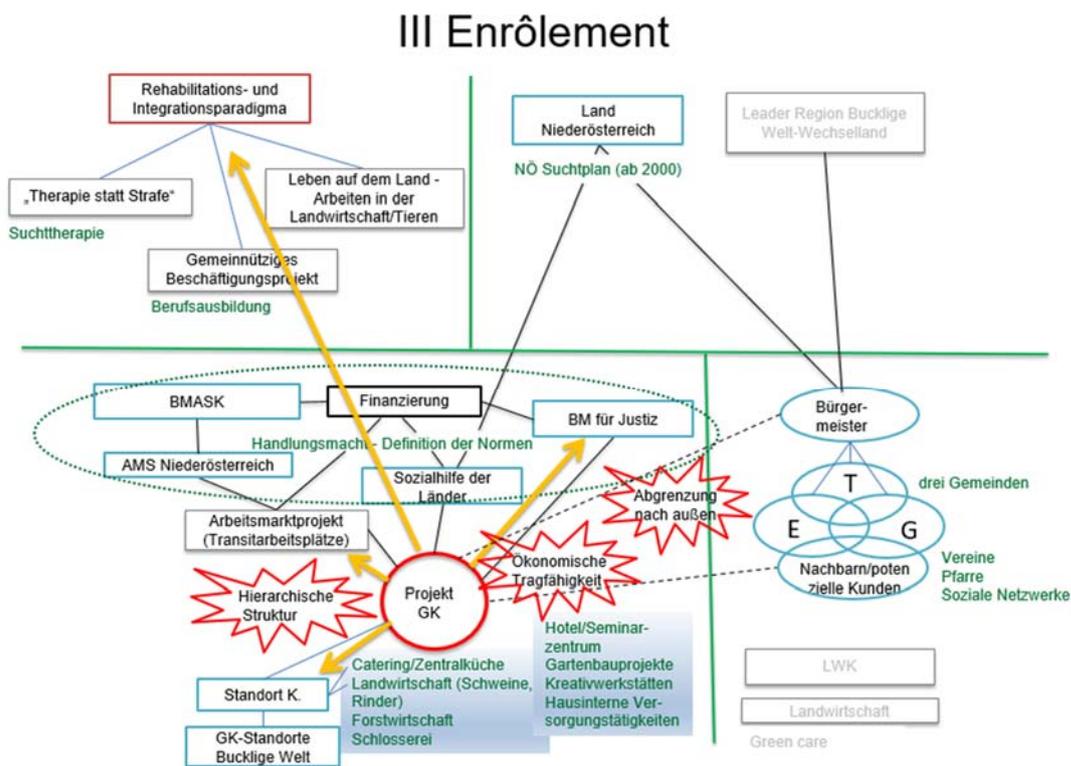
Abbildung 12: Phase des Interesses am Beispiel des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranke Menschen



Quelle: Eigene Darstellung

In der Phase des *Enrôlements* beginnen verschiedene Dynamiken zu wirken. Das Projekt bzw. die Einrichtung differenziert sich stärker aus und es treten *interne* Spannungsfelder auf. In dieser Phase tritt das Catering bzw. die neu eingerichtete Zentralküche (seit 2011) am Standort K. als wichtiges ökonomisches Standbein des Projektes (Struktur GesmbH) hervor. In diesen Teilbereich sind KlientInnen und Transitarbeitskräfte eingebunden. Bemerkenswert ist die Auftragsstruktur des Caterings: Diese gehen fast zur Gänze in den Großraum Wien. Damit ist eine weitere Außenorientierung, unabhängig vom lokalen Umfeld, verbunden. Als hierarchisch organisierte top-down-Einrichtung treten in dieser Phase Management-Entscheidungen in der Rassenauswahl der Nutztiere (Rinder, Schweine) auf, die Probleme in der Bewirtschaftung und der Vermarktung des Fleisches nach sich ziehen. Eine Vermarktung von Produkten der Landwirtschaft erfolgt unter dem Label „Bucklige Welt Genussregion“ im von der Einrichtung betriebenen Genussshop (ebenfalls) in Wien. Mit den Landwirten der Region und der Interessensvertretung der Landwirtschaftskammer besteht kein Kontakt, genauso wenig wie zu den Anrainer-Gemeinden, Vereinen, der Pfarre und den sozialen Netzwerken. Auch zur Leader Region Bucklige Welt-Wechseland besteht seitens der Einrichtung kein Kontakt.

Abbildung 13: Phase des Enrôlement am Beispiel des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranke Menschen



Quelle: Eigene Darstellung

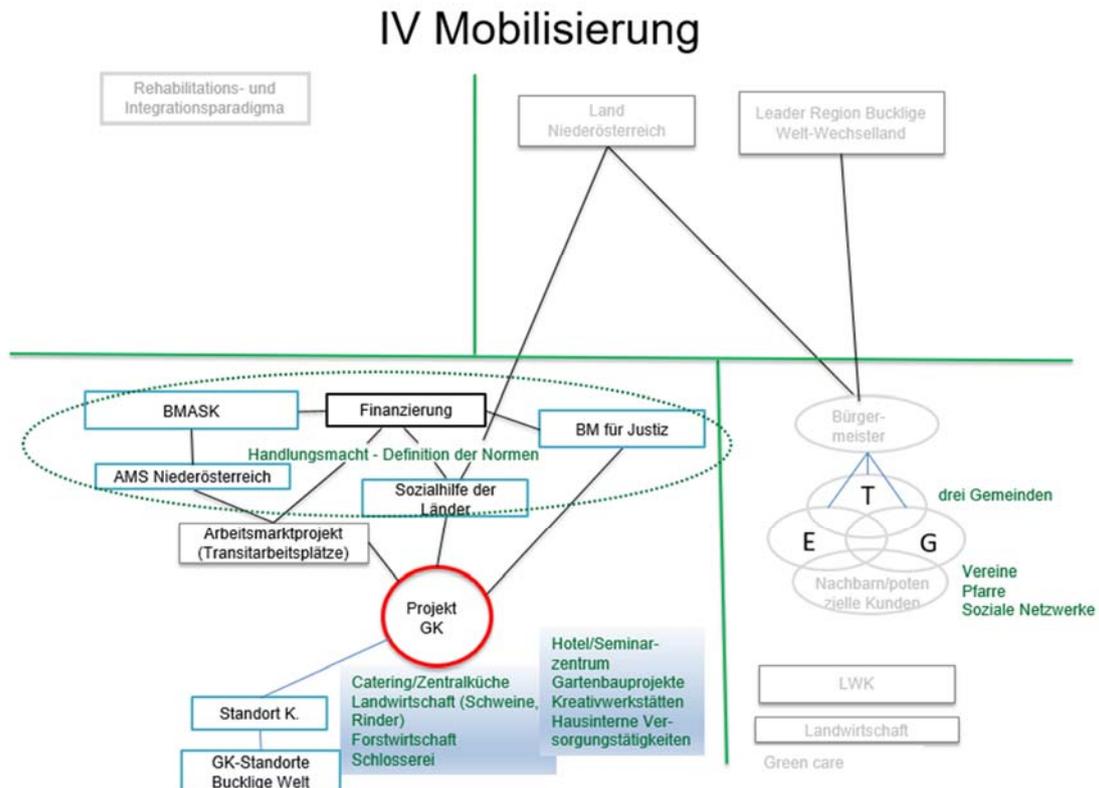
In der letzten Graphik wird der aktuelle Status der Einrichtung dargestellt, in der sich das Projekt zuletzt stabilisiert hat (*Mobilisation*). In dieser Phase hat sich nach Callon das Netzwerk durch die Einbindung der Akteure und Entitäten stabilisiert. Im konkreten Fall der untersuchten Einrichtung tritt das Rehabilitations- und Integrationsparadigma gegenüber seiner Anfangsintentionen zurück, auch deswegen, weil es von der Einrichtung institutionalisiert wurde.

Die Einrichtung hat sich zur Gänze etabliert, am Standort verfestigt und hat sich ausdifferenziert. Gleichzeitig ist sie auch ganz stark mit der Person des gegenwärtigen Geschäftsführers Direktor R. verbunden. Es gibt mehrere Standbeine der Einrichtung in der buckligen Welt, aber auch in der angrenzenden Steiermark sowie ambulante Beratungs- und Betreuungszentren in den Landeshauptstädten.

Gegenüber seiner Umwelt (den Anrainergemeinden, LEADER-Region etc.) ist die Einrichtung relativ autonom, isoliert, aber oder gerade deswegen, funktionstüchtig. In der Folge kann diese Selbstreferenz („Isolationsparadigma“) nicht zur Gänze aufrechterhalten werden. Temporär und situativ werden Kontakte zur Umwelt geknüpft – beispielsweise indem vom Landwirtschaftsbetrieb der Einrichtung Nachbarschaftshilfe eingefordert werden muss und bestimmte Tätigkeiten nicht am Hof selbst erledigt werden können (Ausleihe von Maschinen).

Die therapeutische Gemeinschaft mit ihrer Arbeitstherapie u.a. mit landwirtschaftlichen Nutztieren ist das Kernstück der Einrichtung. Gleichzeitig erfolgt die Re-Qualifizierung der KlientInnen in unterschiedlichen Ausbildungen und Berufen. In Abgrenzung zum Green Care erfolgt beim Trägerverein keine tiergestützte Therapie oder Gartentherapie.

Abbildung 14: Phase der Mobilisierung am Beispiel des Rehabilitationsprojekts für Drogen- und Suchtkranke Menschen



Quelle: Eigene Darstellung

3.3.5 Zukunftsperspektive der Einrichtung in der Projektgemeinde

Das Thema der Zukunftsperspektive des Vereins wurde im Rahmen der Interviews explizit nachgefragt. Dazu äußerten sich vor allem die EinrichtungsbetreiberInnen. Dabei standen die ausgeübten Behandlungsmodelle im stationären Bereich in den letzten Jahren vor steigenden Herausforderungen und mussten an neue Bedürfnisse angepasst werden. Zu beobachten ist weiters, dass unter den KlientInnen psychiatrische Grunderkrankungen (wie Depressionen, Angststörungen) zunehmen. Wird die psychiatrische Grunderkrankung nicht behandelt, kann auch die Suchterkrankung nicht stabilisiert werden. Ziel der Leitung des Vereins ist es den Status quo, die Langzeittherapie und deren Finanzierung aufrecht zu erhalten.

Allfällige Expansionspläne stehen auch vor dem Hintergrund, dass die Entfernung vom „neuen“ Standort J. in der Südoststeiermark (seit 2003) mit sich brachte, dass der notwendige Austausch von (therapeutischen) Konzepten und die Kommunikation nicht immer ausreichend gegeben sind.

[Ist das eher so, dass sich der Verein in der Buckligen Welt konzentriert? Und gibt es Überlegungen, das irgendwo in anderen Gebieten Österreichs auch aufzuziehen oder ist das überhaupt kein Thema, dass man sagt, wir müssen das an einem Ort haben?]

„Wir sind ja mit den Ambulanzen auch in Linz und in Klagenfurt und in Graz. Also es ist für uns schon schwierig mit J. in der Steiermark, weil das schon wichtig ist, dass es den Kontakt gibt auch mit den alten Mitarbeitern. Das ist schon so weit weg, dass wir wirklich gut kommunizieren müssen, dass wir neuen Mitarbeitern etwas beibringen. Also in J. passiert immer wieder, dass sich so neue Regeln oder irgendein Konzept hineinwurschtelt, was wir eigentlich nicht haben. Also ich glaube, das ist ganz gut, dass das auf die Bucklige Welt konzentriert ist und in Wien wäre es sicher gut, wenn man etwas machen könnten. Aber schauen wir einmal, was die Zukunft bringt (EBO31, 175).“

Ein neues Thema in der Therapie ist Suchtkrankheit im Alter und die Frage ob die betroffene Personengruppe in der Regel-Altersbetreuung versorgt werden kann oder ob neue Strukturen vor Ort geschaffen werden sollen (und finanzierbar sind). Nach Aussage einer Befragten hat der Verein im Lauf der Zeit verschiedene Standbeine entwickelt, aber der Betrieb dürfe nicht zu groß werden um gut funktionieren zu können.

„Ja, aber wir haben auch schon auch relativ viel. Wir haben das Catering, wir haben die Tischlerei, wir haben die Landwirtschaft, wir sind überall verankert. Also irgendwann ist ja auch eine Grenze erreicht, dass der Betrieb noch funktionieren kann und trotzdem, glaube ich, sind wir nach wie vor offen in alle Richtungen (EBO31, 187).“

Reintegrations-Projekte wie die Rehabilitation Drogen- und Suchtkranker Menschen am Bauernhof stehen vor Herausforderungen, die gerade im gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Umfeld liegen, die vom Verein auch nicht beeinflussbar sind: die Sozialstaatlichkeit gerät an ihre Grenzen, der Druck auf Randgruppen steigt tendenziell an. Ein weiterer nicht unwesentlicher Punkt ist, dass die Einrichtungen des Vereins aber auch ganz stark mit der Person des gegenwärtigen Geschäftsführers, Direktor R. verbunden sind.

„Na, Therapieeinrichtung das macht der Direktor R., der dauernd irgendwie die Einrichtung in neue Zeiten führt, also das ist eh ein ständiges Wachsen, Erweitern, neue Sachen machen, Angebot verändern usw. Das ist der Lauf der Zeit als Therapieeinrichtung. Der Verein vor 30 Jahren war sicher ganz anders, wie er jetzt ist. Und vom Betrieb her, ja wir wachsen eh dauernd (EBO33, 227).“

4. SYNTHESE: SOZIALKAPITAL UND PROJEKTENTWICKLUNG

Ausgehend von den Erkenntnissen der Studie über die Soziale Landwirtschaft in Österreich, Südtirol und Trentino (2013) zeigte sich, dass die Erfolgsfaktoren für die Projekte sehr unklar blieben. Daher ergab sich ein besonderes Interesse, diese Faktoren, die zum Miss- bzw. Gelingen Sozialer Landwirtschaftsprojekte beitragen, tiefgründiger zu analysieren. Beim Aufbau von Sozialprojekten generell stellt sich in der Praxis des Öfteren heraus, dass innere Zusammenhänge und Abläufe unverstanden bleiben und bei einem Scheitern von Konzepten deshalb möglicherweise die falschen Schlüsse gezogen werden. Manchmal fehlen Konzepte überhaupt, da Projekte eher zufällig aufgrund unterschiedlicher Faktoren und Akteure an bestimmten Orten entstehen. Die Standortentscheidung kann sich beispielweise aufgrund wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen ergeben, z.B. einer hohen Arbeitslosigkeit oder politischer Entscheidungen.

Wir gingen bei unseren Untersuchungen von der Überlegung aus, dass das lokal vorhandene Sozialkapital, verstanden im Sinne von *Bourdieu (1986)* und *Putnam (vgl. u.a. Putnam 1993 und 2000)* als Netzwerk gegenseitiger Unterstützung, eine nicht unerhebliche Bedeutung für den Erfolg von Projekten im Sozialbereich haben könnte. Dies gilt vor allem, wenn es um die Inklusion gesellschaftlich stigmatisierter Gruppen von Menschen geht (z.B. Drogen- und Suchtkranke, Langzeitarbeitslose, Haftentlassene etc.), die Widerstände und Ängste hervorrufen können. Aus der Literatur ist bekannt, dass Sozialkapital Offenheit und Toleranz fördert und auf diese Weise einer positiven Stimmung für eine gesellschaftliche Integration zuträglich ist. Insofern müsste man davon ausgehen, dass Sozialkapital in jedem Fall stimulierend wirke. Sozialkapital wäre somit neben den anderen von Bourdieu definierten Kapitalsorten, wie ökonomisches, kulturelles, intellektuelles und symbolisches Kapital, für regional- und sozialpolitische Maßnahmen eine entscheidende Ressource, die es bestmöglich zu erschließen gälte. Wir waren uns jedoch klar darüber, dass von Generalisierungen und vorschnellen Interpretationen Abstand genommen werden sollte.

Ausgehend von unseren Annahmen zur Bedeutung des Sozialkapitals ergab sich für uns die Notwendigkeit, quantitative Daten über das lokal vorhandene Sozialkapital in den Projektgemeinden zu generieren, um über das Ausmaß und die Struktur der sozialen Netzwerke Bescheid zu wissen. Für diese Analyse bot sich ein von der EU-Kommission konzipiertes, kalibriertes Instrument an (Eurobarometer Social Capital 2005). Mit dieser Erhebung konnten wir wichtige Erkenntnisse über das Sozialkapital in den konkreten Gemeinden gewinnen. Diese quantitativen Grundlagen lieferten weiters wichtige Informationen für die daran anschließenden qualitativen Analysen.

Einschränkend ist jedoch anzumerken, dass sich bei der lokalen Zuordnung von Sozialkapital Schwierigkeiten ergeben. Die Raumgrenzen haben sich in den letzten Jahrzehnten durch die gestiegene Mobilität geweitet, die Räume selbst sind diffuser geworden. Bei der Vereinszugehörigkeit hat z.B. der Wohnort keinen Exklusivitätsstatus mehr. Laut einer Untersuchung ist nur noch die Hälfte aller Vereinsmitglieder ausschließlich in der Gemeinde aktiv, jeder siebente ausschließlich in einem auswärtigen Verein (Vogel-

gesang et al. 2015). Feststellen lässt sich auch ein Bedeutungsverlust der großen Dorffeste und der verstärkten Hinwendung zu Kleinevents, die nur ganz spezielle Interessensgruppen im Dorf ansprechen. Die Aufspaltung, Fragmentarisierung und Individualisierung der Dorfgemeinschaft in Form einer ausgeprägten Publikumssegmentierung findet sich in gleicher Weise bei den dörflichen Vereinigungen. Auch hier existieren neben dem traditionellen Sport- und Musikverein, die sich wenigstens prinzipiell mit ihrem Angebot an alle DorfbewohnerInnen richten, neue Gruppierungen und Zusammenschlüsse deren Mitgliedschaft jedoch auf speziellen Interessen basiert. Auch in spätmodernen Gesellschaften geht Gemeinschaft nicht einfach verloren, vielmehr sind Gemeinschaften einem Formwandel unterworfen, der den Verschiebungen und Veränderungen im sozialen Raum Rechnung trägt. Es entsteht ein neuer Typus von Vergemeinschaftung (ebda 2015).

Möglicherweise wird die Rolle von Sozialkapital in unserem Zusammenhang generell überschätzt. Als Putnam um das Jahr 2000 seine Studien durchführte war die Telekommunikation noch nicht so bedeutend und soziale Medien noch nicht so relevant wie heute. Heute laufen die sozialen Beziehungen viel stärker virtuell und vor allem überregional, auch wenn diese letzten Endes die persönlichen Kontakte nicht ersetzen können. Die lokale Ebene erlitt einen Bedeutungsverlust. Die Möglichkeiten des Internets und der sozialen Medien können durchaus Defizite an lokalem Sozialkapital kompensieren. Virtuelle Vernetzungen sind als Ressourcen zu werten, die man gegebenenfalls in konkreten Situationen aktivieren kann.

Allerdings ist es grundlegend richtig, dass ein hohes Maß an Sozialkapital theoretisch eine wichtige Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung von Sozialprojekten darstellen könnte. Dies gilt jedenfalls für demokratische Strukturen. Aus der Literatur (Putnam 1993) geht hervor, dass bei mangelndem Sozialkapital unter klientelistischen Strukturen andere Maßnahmen wie z.B. Bestechung zielführender sind. Die grundsätzliche Wirkung von Sozialkapital muss man jedoch im konkreten Fall differenzierter betrachten. In der Praxis stellt sich heraus, dass Sozialkapital, definiert als engmaschiges Netz an persönlichen Beziehungen und Vehikel für gegenseitige Unterstützung, durchaus auch toxisch wirken kann, gerade dann, wenn Menschen, die neu in die Region kommen oder in ihrem Verhalten nicht mit dem vorherrschenden lokalen Normen- und Wertemuster harmonieren, oftmals ausgegrenzt werden.

Im Laufe des Projektes stellte sich heraus, dass der von uns vermutete eindeutige kausale Zusammenhang zwischen einer erfolgreichen Umsetzung eines Projektes und dem Ausmaß an vorhandenem lokalem Sozialkapital sich so nicht feststellen lassen konnte. Einerseits unterscheiden sich die Projekte, andererseits die Projektgemeinden. Die Anforderungen der einzelnen Projekte im Hinblick auf Sozialkapital im Sinne von Interaktion und Netzwerken sind sehr unterschiedlich. Es gibt Projekte bei denen eine starke Vernetzung mit den lokalen Strukturen nach außen ein Erfolgskriterium darstellt (z.B. Behindertenbetreuungsprojekte), andere Projekte wiederum leben gerade von einem geschützten Raum mit wenig Kontakt zur sozialen Umgebung. Auch der Raum an sich spielt als Hintergrundfolie eine unterschiedliche Rolle für die Projekte. Die Projektgemeinden unterschieden sich im Hinblick auf die Struktur des Sozialkapitals ebenfalls sehr stark. Man muss also diese unterschiedlichen Ebenen im Auge behalten.

Begibt man sich auf die Ebene der konkret untersuchten Projekte, so zeigt sich, dass es in manchen Fällen durchaus positiv ist, wenn sich die Kontakte zwischen einer sozialen Einrichtung und der lokalen Bevölkerung in Grenzen halten, so z.B. im Fallbeispiel Drogen- und Suchtkranker Menschen. Für das sozialpsychologische Betreuungssetting ist hier eine räumliche Distanz zur Nachbarschaft durchaus vorteilhaft und zielführend. Andererseits könnte andernorts ein höheres Sozialkapital bislang noch unerschlossene Potentiale eröffnen und Möglichkeiten für eine bessere Integration schaffen. Das ist dort der Fall, wo eine hohe Bereitschaft sowohl von Seiten der Einrichtung als auch der Dorfbevölkerung für ein Aufeinander-Zugehen vorhanden ist.

Das Grundkonzept von zwei der drei untersuchten Projekte hatte anfangs keinen bzw. kaum einen Raumbezug. Das Drogentherapieprojekt ging von der Prämisse aus, dass Abstand zur Hauptstadt Wien mit ihrer Suchtgiftszene wünschenswert sei. Hier steht die praktische Umsetzung eines Projektes im Vordergrund, ohne engen Bezug zur natürlichen und sozialen Umgebung. Beim Projekt für langzeitarbeitslose Frauen stand die Logik des AMS im Vordergrund, in der es in erster Linie um die Erfüllung eines Qualifizierungs- und Betreuungsauftrags ging und diese keinen bestimmten Standort favorisierte. Für das AMS steht das Problem der Arbeitslosigkeit in einer Region im Mittelpunkt. Der konkrete Standort in der Region ergab sich eher zufällig. Im Gegensatz dazu weist das Altenbetreuungsprojekt einen sehr starken unmittelbaren Raumbezug auf. Es steht unter dem Paradigma einer gemeindenahen Versorgung älterer, teilweise pflegebedürftiger Menschen. Die Bedeutung des physischen Raums ist somit für alle Fallbeispiele sehr verschieden. Jedenfalls ist keine dieser untersuchten Einrichtungen ganz ohne Raumbezug vorstellbar.

Ein weiterer Ansatzpunkt betrifft die unterschiedliche Struktur des Sozialkapitals in den untersuchten Projektgemeinden. Enge Netzwerke drücken hohes Sozialkapital aus. Hohes Sozialkapital steht in der Regel für Offenheit, Vertrauen und Toleranz. Diese sind wiederum fördernde Faktoren für Akzeptanz. Andererseits hat sich aber auch gezeigt, dass dieser lineare Zusammenhang nicht kausal interpretiert werden kann. Vielleicht sind lose Netzwerke und geringer Kontakt zur Nachbarschaft aber gerade auch ein Vorteil für einige Einrichtungen? Niedriges Sozialkapital bedeutet einerseits in Ruhe gelassen werden, andererseits aber auch ein negatives Klima in Hinblick auf Toleranz und geringe spontane Hilfsbereitschaft in Notsituationen. Dies wirkt sich besonders dort negativ aus, wo überregionale Institutionen als Hilfs- und Unterstützungsinstanzen fehlen oder nicht wirksam werden können. Selbst bei dem Paradigma einer erwünschten Abgrenzung stellt ein hohes Sozialkapital eine latente Ressource dar, die mobilisierbar wäre, wenn sie benötigt wird. Es zeigt sich folglich ein interessanter Balanceakt zwischen der Perspektive einer lokalen Eingebundenheit auf der einen Seite und einer Unabhängigkeit vom lokalen Kontext auf der anderen. Letzteres bedingt allerdings eine ausreichende externe, überregionale Unterstützung z.B. über einen Maschinenring oder über Förderinstrumente des Bundes und der Länder.

Wie wirkt sich nun die Struktur des Sozialkapitals in den untersuchten Projekten konkret aus bzw. welche Veränderungen waren während der Projektlaufzeit zu beobachten? Abgeschlossenheit war ein Grundpfeiler des Konzepts einer therapeutischen Gemeinschaft mit Sucht- und Drogenkranken, wo die sozialen Kontakte der in der Einrichtung betreuten KlientInnen zur Gemeinde beschränkt werden soll-

ten. Diese „Selbstreferenzialität“ des Projektes in T. konnte jedoch nicht aufrechterhalten werden, alleine schon aufgrund der Notwendigkeit des zeitweiligen Rückgriffs auf Nachbarschaftshilfe. Dies wäre ein Beispiel für die Mobilisierbarkeit von latentem Sozialkapital. Andererseits führt es auch zu Verunsicherung, wie man mit möglichen Kooperationen des eigenen Cateringservice mit lokalen bäuerlichen Initiativen umgehen soll. Man konnte also nicht in einer abgeschlossenen Blase bestehen, einzelne Kontakte zur Außenwelt ergaben sich mehr oder minder unweigerlich.

In N. gab es von Beginn an nur wenig Berührungspunkte zwischen den Akteuren. Grundsätzlich erhebt die Struktur des Projektes wenig Anspruch auf lokale Vernetzung, weil die Abgeschlossenheit für die Stabilisierung der Klientinnen als förderlich angesehen wird. Die Vernetzung läuft in erster Linie überregional mit ähnlich strukturierten Initiativen (z.B. Welthaus, Natur im Garten). Andererseits zeigt die Sozialkapitalanalyse eine große Aufgeschlossenheit seitens der Neuzugezogenen mit hohem kulturellem Kapital, woraus sich interessante Potenziale ergeben könnten. Die Untersuchungsgemeinde N. weist ein schwindendes Sozialkapital auf, die sozialen Netze dünnen immer weiter aus, die lokalen traditionellen Vereine erodieren, was eine Gefahr für die Zukunft in sich birgt. Das Projekt könnte als Projektionsfläche für die Stärkung des Sozialen Kapitals herhalten, die Gemeinde könnte sich ein neues Leitbild geben, etwa als „Sozialgemeinde“. Dadurch würden auch das symbolische Kapital und die sozialen Netze gestärkt.

In der Realität differenzierte sich bei beiden Projekten die Abgeschlossenheit gegenüber den Anrainergemeinden im Verlauf aus und es taten sich vermehrt Begegnungsräume und Kontaktmöglichkeiten auf. Es hat sich gezeigt, dass mit der Zeit auch dort sowohl der Raum als auch die sozialen Netzwerke zunehmende Relevanz gewannen.

Beim Projekt Betreutes Wohnen mit älteren Menschen in P. bestand zunächst wenig internes Konfliktpotenzial aufgrund mangelnden Sozialkapitals, die Problematik ergab sich in erster Linie aus einer Konkurrenzsituation im Pflegebereich. Man ging ursprünglich von einer Win-Win-Situation aus, alle Akteure standen anfangs hinter dem Projekt. Durch eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen kam es zu einer Neupositionierung einzelner Akteure, die das Projekt „madig“ machten. Der ursprüngliche Appell an die engen sozialen Netze in der Gemeinde wurde dadurch ins Gegenteil gekehrt. Das Sozialkapital wurde, so gesehen, dadurch bewusst geschwächt. Letzen Endes dürfte das Projekt in P. als gescheitert angesehen werden.

In dieser Studie wurde der Versuch unternommen drei prominente Theorieansätze miteinander zu verbinden, um das Feld zu erhellen. Die *Sozialkapitaltheorie*, die *Akteure-Netzwerk-Theorie (ANT)* und die *Grounded Theory* liefern jede für sich wertvolle Instrumente und Ansätze für ein besseres Verständnis über die relationalen Beziehungsgefüge von Assoziationen und Kollektiven. Während die Sozialkapitaltheorie ein grundlegendes Erklärungsmuster für den Zusammenhalt einer Gesellschaft liefert, erlaubt die ANT eine Neudefinition der Identitäten und Rollen einzelner Elemente im relationalen Beziehungsgefüge des Netzwerks. Nach reichlichen Überlegungen hat sich der ANT-Ansatz nach *Callon (2014)* als probatestes Mittel herauskristallisiert, die quantitativen Daten aus der Sozialkapitalbefragung mit den

qualitativen Erkenntnissen aus den narrativen Interviews in einen schlüssigen Zusammenhang zu bringen, um damit die Frage zu beantworten, welchen Einfluss das vorhandene lokale Sozialkapital für eine erfolgreiche Implementierung von Einrichtungen der Sozialen Landwirtschaft hat. Als Forschungsstrategie wurde die *Grounded Theory* (Glaser & Strauss 1999) gewählt, da sie eine nicht hypothesengeleitete systematische Auswertung qualitativer Daten erlaubt und zur Generierung substantieller Theorien führen soll.

Beim Übersetzungsprozess nach Callon (2014) zeigte sich, dass es in den einzelnen Fallbeispielen auch zu einem Paradigmenwechsel kam. Die ursprüngliche Intention der Schaffung einer höheren Lebensqualität für pflegebedürftige und ältere Gemeindegürgern verblaste in der Pilotgemeinde P. Letzten Endes ging es nur noch um Kostenfragen und Standortauslastung. In T. konnte, wie bereits angesprochen, der institutionell bedingte Anspruch auf Abgeschlossenheit nicht aufrechterhalten werden, externe landwirtschaftliche Expertise aus der unmittelbaren Nachbarschaft erwies sich als notwendig und im Bereich des Catering entspann sich eine Diskussion über eine mögliche Vernetzung mit regionalen Erzeugerinitiativen, womit der das Projekt umgebende soziale und physische Raum an Bedeutung gewann. In N. wurde hingegen der Situation einer relativen Raumanabhängigkeit noch am konsequentesten durchgehalten.

Auffallend ist auch die geringe Bedeutung und Einbindung von LEADER Initiativen bei der Umsetzung der untersuchten Projekte, obwohl dies deren grundlegende Aufgabe wäre, hier programmierend und begleitend mitzuwirken. Die LEADER Initiative der Europäischen Union verfolgt seit ihrer ersten Periode 1991-1994 einen Bottom-up Ansatz im Sinne einer basisorientierten, eigenständigen Regionalentwicklung. Endogene Ressourcen sollten abseits einer klassischen Agrarförderungspolitik erschlossen und das lokale Sozialkapital gestärkt werden. Lokale Aktionsgruppen (LAGs) hätten den Menschen in den ländlichen Regionen zu ermöglichen, ihre Sichtweisen in Projekte einzubringen und gleichzeitig die Netzwerke zu den administrativen Einheiten, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu stärken. Sozialkapital könnte daher für die Durchführung von LEADER Programmen eine zentrale Position einnehmen (Shucksmith 2000, Nardone et al. 2010). Es zeigt sich in unserer Untersuchung, dass diesem Anspruch, zumindest auf die drei Sozialen Landwirtschaftsprojekte bezogen, nicht genüge getan wurde. Das jeweilige LEADER Management spielte keine wesentliche Rolle in diesem Prozess. Bei den beiden Projekten zur Altenbetreuung und Drogentherapie stand LEADER als Akteur bei den Entwicklungen außen vor, während die Gemeinde N. mit dem Projekt für langzeitarbeitslose Frauen überhaupt wenig Sinn an einer Zusammenarbeit mit dem LAG Management in der Region sah. Generell haben Sozialprojekte bei LEADER Initiativen bislang keinen großen Stellenwert. Sie sind finanziell sehr gering dotiert. Alle befragten LEADER Manager waren zwar sehr bemüht, auch in Richtung einer Umsetzung sozialer Projekte. Sie zeigten sich aber über die Struktur des lokalen Sozialkapitals und dessen Wirkung jedoch völlig uninformiert. Systematische Sozialkapitalerhebung könnten dabei ein wichtiges Instrument zur Generierung der notwendigen Informationen über die sozialen Netzwerke, das Ausmaß an Toleranz und Bereitschaft für zivilgesellschaftliches Engagement darstellen.

Die Ergebnisse unserer Studie werden auch bestätigt durch den unlängst erschienen 2. Freiwilligenbericht des BMASK (2015). Dieser weist auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts für ein

intaktes und solidarisches Gemeinwesen hin. Als prägende Faktoren werden dabei die sozialen Beziehungen zu anderen Menschen, die emotionale Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und die Orientierung am Gemeinwohl angeführt. Der Staat habe dabei für den entsprechenden rechtlichen Rahmen und die Grundlagen für eine ausreichende materielle Basis Sorge zu tragen. Freiwilliges Engagement leiste auch einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Vermehrter Bürgerbeteiligung wird eine wichtige Rolle beigemessen, um die Selbstorganisation und Selbstverantwortung der Menschen zu stärken (ebda S. 135f). Durch freiwilliges Engagement sind Menschen eingebunden in Gemeinschaften und erhalten dort oft jenen sozialen Rückhalt, der für die Bewältigung des Alltags wichtig ist. Dazu gehört das Gefühl gebraucht zu werden ebenso wie die Möglichkeit, sich mit anderen über die eigenen Sorgen und Freuden auszutauschen. Besondere Bedeutung wird dem freiwilligen Engagement auch in Bezug auf die Integration gesellschaftlicher Randgruppen zugesprochen. Viele soziale Leistungen, die mit Hilfe von Freiwilligen erbracht werden, kommen jenen Bevölkerungsgruppen zugute, die aus verschiedenen Gründen benachteiligt und daher auf Unterstützung angewiesen sind. Freiwilliges Engagement bietet aber auch für diese Menschen mitunter eine Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen und zur Verbesserung ihrer eigenen Situation beizutragen (ebda S.146).

Die Abhängigkeiten zwischen Sozialkapital und dem Erfolg sozialer Einrichtungen lassen sich mit einfachen Modellen, wie etwa in Pfadanalysen (vgl. u.a. Holm 1979, Arthur 1994), nur unzureichend erklären. Pfadanalysen gehen von kausalen Beziehungen zwischen Variablen aus und vertreten die Prämisse, dass Ereignisse in bestimmten Konstellationen grundlegende Weichenstellungen auslösen und zur Herausbildung eines besonderen Entwicklungspfades führen. Für die Darstellung der komplexen Zusammenhänge zwischen den Akteuren, Aktanten und Ereignissen eignen sich subtilere Modelle besser. Es gibt kein eindeutiges Zentrum, keine linearen Wirkungsrichtungen, sowie unterschiedliche räumliche und zeitliche Ebenen. *Gilles Deleuze und Félix Guattari (1992, 37)* zeichnen das Bild eines Rhizoms. „*Ein Rhizom besteht aus einem Plateau. Ein Plateau ist immer Mitte, hat weder Anfang noch Ende. (...) Wir bezeichnen jede Mannigfaltigkeit als Plateau, welches mit anderen Mannigfaltigkeiten durch äußerst feine unterirdische Stränge verbunden werden kann, sodass ein Rhizom entstehen und sich ausbreiten kann.*“ Rhizome eignen sich hier als komplexe Geflechte besser als Pfadanalysen. Wir haben mit dieser Studie versucht, den Blick auf die komplexen Zusammenhänge zwischen Sozialkapital und regionalpolitischen Handlungsoptionen zu schärfen, mit dem Ziel für alle Beteiligten ein besseres Verständnis zu verschaffen, um damit zukünftige Entscheidungen zu erleichtern.

Die großen Erzählungen und Reformvorhaben haben natürlich eine unmittelbare und effektive Wirkung auf die Entwicklungsrichtung der Projekte, wie z.B. die gesetzlichen Änderungen bei der Altenpflege in Oberösterreich mit der Einführung des Betreuten Wohnens und den Ausbildungserfordernissen, bzw. das Stufenmodell bei der Arbeitsmarktintegration, aber auch die Option „Therapie statt Strafen“ im Bereich der Sucht- und Drogentherapie. Viel interessanter aber ist, dass scheinbar kleine und unbedeutende Anlässe oder Vorfälle, die mit dem Komplex der Akteure, Aktanten und Artefakte in Zusammenhang stehen, eine gleich große Wirkung entfalten können. Ein einfacher Irrtum, eine vertane Option, das Wegbrechen eines Akteurs, aber auch nur kleine zufällige Begebenheiten können dabei für den Erfolg von Projekten maßgeblich wirksam sein. Die gilt es im Auge zu behalten. Nur dadurch kann der

Raum der Black Box erhellt werden. Sozialkapital steht immer in einem Konnex mit den Akteuren und lokalen Netzwerken. Diese stehen meist außerhalb von Planungskonzepten und finden daher auch keine Berücksichtigung.

Eine Quintessenz der Studie lautet, dass nicht nur die großen Erzählungen (z.B. das Stufenmodell bei der Integration langzeitarbeitsloser Frauen) einen Einfluss auf den Verlauf von Projekten haben, sondern auch die „zufälligen“ (im Sinne von ungeplanten) Veränderungen. Verfügbares Sozialkapital ist bislang kaum relevant bei der Auswahl von Zeit und Ort für die Errichtung eines Sozialprojektes, da pragmatischere Gründe den Ausschlag geben (verfügbare Standorte, materielle und immaterielle Ressourcen, interessierte Personen, Akteure, Promotoren etc.). So wurde z.B. in der Umgebung von N. kein Landwirtschaftsbetrieb gefunden, der groß genug für das neue Projektkonzept wäre, woraufhin im nahegelegenen St. Pölten ein vom AMS initiiertes neuer Standort entstand. Das Wissen um solche Abläufe und Entwicklungen hilft dabei, die Blackbox auszuleuchten. Veränderungen finden nicht linear in einer Pfadabhängigkeit statt, sondern rhizomartig, geflechtartig.

Sinnvoll wäre am Anfang von Projekten, sei es nun im Bereich der Sozialen Landwirtschaft oder auch generell, die lokalen, regionalen und sozialen Rahmenbedingungen bestmöglich zu analysieren und auf Grundlage der Ergebnisse maßgeschneiderte Konzepte zu generieren. Nur so kann es gelingen, Friktionen, Leerläufe und Fehlschläge zu vermeiden. Außerdem würden sich durch entsprechende Sozialkapitalanalysen auch wertvolle Unterstützungs- und Entscheidungshilfen für die Regionalentwicklung eröffnen.

5. LITERATUR

Altenecker, Wolfgang; Frick, Georg (2015): Ausblick auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Österreich bis zum Jahr 2019. AMS FokusInfo73, AMS Österreich, Wien

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (2016): Homepage der Niederösterreichischen Landesregierung – Kleinregionale Zusammenarbeit. Verfügbar unter: <http://www.noel.gv.at/Land-Zukunft/Raumordnung/Kleinregionen.html> [Stand 04.07.2016]

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (2010): "Die Zukunft der Altenpflege in Oberösterreich". Zur Personalsituation, Bedarfsentwicklung und Finanzierung, Information zur Pressekonferenz mit LH-Stellvertreter Josef Ackerl am 7. Mai 2010, Landeskorrespondenz Medieninfo

arbeit plus (2016): Homepage von arbeit plus (vormals: Bundesdachverband für Soziale Unternehmen, bdv austria). Verfügbar unter: <http://arbeitplus.at/> [Stand 05.07.2016]

Arbeiterkammer Österreich (AK, 2014): Invaliditätspension Neu. AK Aktuell – das Infoservice der AK Nr. 04/2014. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte. Verfügbar unter: https://media.arbeiterkammer.at/wien/AKAktuell_Nr_4_2014.pdf [Stand 18.07.2016]

Arbeitsmarktservice (AMS, 2015): Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Spezialthema zum Arbeitsmarkt – November 2015. Wien: Arbeitsmarktservice Österreich. Verfügbar unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/001_spezialthema_1115.pdf [Stand 05.07.2016]

Arbeitsmarktservice (AMS, 2016a): Homepage des Arbeitsmarktservice Österreich – Fachbegriffe. Verfügbar unter: <http://www.ams.at/ueber-ams/medien/arbeitsmarktdaten/fachbegriffe> [Stand 05.07.2016]

Arbeitsmarktservice (AMS, 2016b): Homepage des Arbeitsmarktservice Österreich – Wichtiges für LeistungsbezieherInnen. Verfügbar unter: <http://www.ams.at/service-arbeitsuchende/finanzielles/leistungen/wichtiges-leistungsbezieherinnen> [Stand 22.08.2016]

Arbeitsmarktservice Niederösterreich (AMS NÖ, 2016): Projektdokumentation Sozialintegrative Unternehmen. Aktualisiert März 2016. Wien: Arbeitsmarktservice Niederösterreich. Verfügbar unter: http://www.ams.at/_docs/300_gbp_soeb.pdf [Stand 11.07.2016]

Arbeitsmarktservice Wien (AMS Wien, 2016): Geförderte Beschäftigungsprojekte <http://www.ams.at/wien/service-arbeitsuchende/arbeitsuche/geoerderte-beschaefigungsprojekte> [Stand 02.03.2016]

ARGE Dunkelsteinerwald (2016): Homepage der ARGE Dunkelsteinerwald. Verfügbar unter: <http://www.arge-dunkelsteinerwald.at/region.html> [Stand 18.05.2016]

- Arthur, Brian W. (1994): *Increasing Returns and Path Dependence in the Economy*, Ann Arbor, Michigan.
- Bennett, W. Lance (2008). *Changing citizenship in the digital age*. In W. L. Bennett (Ed.), *Civic life online: Learning how digital media can engage youth* (pp. 1–24). Cambridge, MA: The MIT Press.
- Bourdieu, Pierre (1986): *The Forms of Capital*. In: Richardson, John (Ed.): *Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education*. New York: Greenwood Press, pp. 241-258.
- Bourdieu, Pierre (1994): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bundeskanzleramt (BKA, 2014): *Homepage des Bundeskanzleramtes*. Verfügbar unter: <https://www.bka.gv.at/> [Stand 17.08.2016]
- Bundeskanzleramt (BAK, 2015): *Grundsatz „Therapie statt Strafe“* <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/152/Seite.1520620.html> [Stand 13.07.2016]
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASS, 2015): *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich, 2. Freiwilligenbericht*, Wien
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW, 2013): *Grüner Bericht 2013 – Bericht über die Situation der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2013. Soziale Landwirtschaft*, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Wien S. 130ff.
- Burnett, Kathryn Anne (1998): *Local Heroics: Reflecting on Incomers and Local Rural Development Discourses in Scotland*, *Sociologia Ruralis*, Volume 38, No. 2/1998, p. 204-224
- Callon, Michel (1986): *Some Elements of a Sociology of Translation: Domestication of the Scallops and the Fishermen of St Brieuc Bay*. In: John Law (Hg.), *Power, Action and Belief: A New Sociology of Knowledge?* London: Routledge, pp 196-233.
- Cervinka, Renate, Haubenhofer, Dorit et al. (2016): *Gesundheitsfördernde Wirkung von Gärten*. Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Wien. Verfügbar unter: <http://www.green-care.at/wp-content/uploads/2016/05/Publikation-Gesundheitsf%C3%B6rdernde-Wirkung-G%C3%A4rten.pdf> [Stand 05.09.2016]
- Coleman James S. (1988): *Social Capital in Creation of Human Capital*. *American Journal of Sociology*, 94: pp. 95-120.

- De Bruin, Simone R. (2009). Sowing in the autumn season. Exploring benefits of green care farms for dementia patients. PhD Thesis at Wageningen University, Wageningen.
- De Bruin, Simone R.; Oosting, Simon J.; Tobi, Hilde; Enders-Slegers, Marie-José P.; Van der Zijpp, Akke J.; Schols, Jos M.G.A. (2012). Comparing day care at green care farms and at regular day care facilities with regard to their effects on functional performance of community-dwelling older people with dementia. *Dementia: the International Journal of Social Research and Practice*, 11(4), 503-519.
- De Bruin, Simone R.; Oosting, Simon J.; Enders-Slegers, Marie-José P.; Van der Zijpp, Akke J.; Schols, Jos M.G.A. (2010). The concept of green care farms for demented elderly: an integrative framework. *Dementia: the International Journal of Social Research and Practice*, 9(1), 79-128.
- De Bruin, Simone R.; Oosting, Simon J.; Tobi, Hilde; Blauw, Ypie H., Schols, Jos M.G.A.; De Groot, Lisette C.P.G.M. (2010). Day care at green care farms: a novel way to stimulate dietary intake of community-dwelling older people with dementia? *The Journal of Nutrition, Health & Aging*, 14 (5), 352-357.
- De Bruin, Simone R.; Oosting, Simon J.; Kuin, Yolande; Hoefnagels, Erica C.M.; Blauw, Ypie H.; De Groot, Lisette C.P.G.M.; Schols, Jos M.G.A. (2009). Green care farms promote activity among elderly people with dementia. *Journal of Housing for the Elderly*, 23(4), 368-389.
- Delleuze, Gilles; Guattari, Félix (1992): Tausend Plateaus, Merve Verlag Berlin.
- Derrida, Jacques (2013): *Grammatologie*, Suhrkamp, 12. Auflage, Frankfurt am Main.
- derstandard.at (2012): „Tiere sind eine Qualitätskontrolle“. <http://derstandard.at/1342947581257/Tiergestuetzte-Therapie-Erfolge-dokumentieren-Wolfgang-A-Schuhmayer> [Zugriff am 29.01.2016]
- Eppel, Rainer; Horvath, Thomas; Lackner, Manuel; Mahringer, Helmut (WIFO); Hausegger, Trude; Hager, Isabella; Reidl, Christine; Reiter, Andrea; Scheiflinger, Sara; Friedl-Schafferhans, Michaela (prospect Unternehmensberatung) (2014): Evaluierung von Sozialen Unternehmen im Kontext neuer Herausforderungen. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung und prospect Unternehmensberatung. Wien: WIFO, Prospect. Verfügbar unter: http://www.wifo.ac.at/publikationen?detail-view=yes&publikation_id=50690 [Stand 18.07.2016]
- European Commission (2005): Special Eurobarometer Social Capital 223/Wave 62.2 TNS Opinion & Social, Directorate General Press and Communication, Brussels.

Literatur

- Fischer, Michael (2016): Wie weit nach unten reicht „bottom-up“? Beobachtungen zur Beteiligung an LEADER in Österreich anhand eines Mixed-Methods-Ansatzes. In: Protokoll der 81. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung am 18.3.2016, Sektion ländliche Sozialforschung der ÖGS, Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.
- Glaser, Barney G.; Strauss, Anselm L. (1999): *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*, Aldine de Gruyter, New York
- Green Care (2016): Homepage von Green Care Österreich. Verfügbar unter: <https://www.green-care-oe.at/> [Stand 04.10.2016]
- Grootaert, Christiaan; van Bastelaer, Thierry (2001): *Understanding and Measuring Social Capital: A Synthesis of Findings and Recommendations from the Social Capital Initiative*. Center for Institutional Reform and Informal Sector, University of Maryland.
- Harpham, Trudy; Grant, Emma; Thomas, Elizabeth (2002): *Measuring Social Capital within Health Surveys: Key Issues*. *Health Policy Plan* (2002) 17 (1): 106-111, University Press, Oxford.
- Hodgkinson, Tom (2008). *With friends like these...*. In: *The Guardian*, January 14, 2008.
- Holm, Kurt (1979): *Die Befragung 6*, UTB Taschenbuch, Franke Verlag, Marburg.
- Kuratorium für Landtechnik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. (KTBL) (1994): *Kurz- und Langzeitaufnahme von älteren Menschen in landwirtschaftlichen Wohngebäuden*, Arbeitspapier 203, Darmstadt
- LAG-Management LEADER-Region Bucklige Welt-Wechselnd (2007): *Lokale Entwicklungsstrategie 2007-2013* http://www.buckligewelt-wechselnd.at/LEADER_Regio/Archiv_2007-2013/LEADER_07-13 [Stand 13.04.2015]
- LAG-Management LEADER-Region Bucklige Welt-Wechselnd (2014): *Lokale Entwicklungsstrategie Bucklige Welt-Wechselnd 2014-2020* <http://www.buckligewelt-wechselnd.at/system/web/GetDocument.ashx?fileid=984022> [Stand 13.04.2015]
- Ländliches Fortbildungsinstitut (LFI, 2016): *Tiergestützte Intervention am Bauernhof* <http://www.lfi.at/?+Tiergestuetzte+Paedagogik+Therapie+soziale+Arbeit+am+Bauernhof+&id=2500%2C1071338%2C%2C%2C1F1PSUyMCZjdD01JmJhY2s9MQ%3D%3D> [Stand: 29.01.2016]

- Lankmayer, Thomas; Niederberger, Karl; Rigler, Sandra (2015): Social Return on Investment (SROI) am Beispiel der BASAR GmbH. Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung an der Universität Linz im Auftrag des Arbeitsmarktservice Oberösterreich. AMS OÖ: Linz. Verfügbar unter http://www.ibe.co.at/fileadmin/AblageBox/NEWS/2015-04-24_SROI_Basar_Endbericht_pdf-Fassung.pdf [Stand: 18.07.2016]
- Latour, Bruno (2014): Eine Soziologie für eine neue Gesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt am Main
- LEADER (2016): Homepage der LEADER Region Wachau-Dunkelsteinerwald. Verfügbar unter: <http://www.wachau-dunkelsteinerwald.at/home.html> [Stand: 18.05.2016]
- Loibl, Elisabeth (1997): Der Weg entsteht im Gehen. Bäuerliche Initiativen im ländlichen Raum, Forschungsbericht Nr. 39 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien
- medizin-transparent.at (2014): Tiergestützte Therapie – was kann sie? <http://www.medicin-transparent.at/therapietiere> [Zugriff am 29.01.2016]
- Merton, Robert K. (1995): Soziologische Theorie und soziale Struktur, Walter De Gruyter, Berlin
- Mukherjee, Neela (2002): Measuring Social Capital: Forest Protection Committees in West Bengal. *Economic and Political Weekly*, vol. 37 no. 29 (Jul. 20-26, 2002), 2994-2997.
- Nardone, Gianluca; Sisto, Roberta; Lopolito, Antonio (2010): Social Capital in the LEADER Initiative: a methodological approach, In: *Journal of Rural Studies* 26 (2010) 63-72.
- Narayan, Michael F. (2001): A Dimensional Approach to Measuring Social Capital: Development and Validation of a Social Capital Inventory. *Current Sociology*, March 2001 vol. 49 no. 2 59-102.
- Natur im Garten (NiG, 2016): Homepage der Initiative „Natur im Garten“. Verfügbar unter: <http://www.naturimgarten.at/schaugaerten/noe-mitte/fair-wurzelt> [Stand: 30.08.2016]
- Niederösterreichischer Dachverband für Bildung (nöb, 2016): Homepage des nöb – Niederösterreichischer Dachverband für Bildung, Beratung, Beschäftigung. Verfügbar unter: <http://www.noeb.at/> [Stand 05.07.2016]
- Niederösterreichischer Beschäftigungspakt (Noetep, 2016): Homepage des Niederösterreichischen Beschäftigungspaktes. Verfügbar unter: <http://www.noetep.at/> [Stand 17.08.2016]
- Nowak, Stéphanie J.M.; Molema, Claudia C.M.; Baan, Caroline A.; Vaandrager, Lenneke; Hop, Peter; De Bruin, Simone R. (2015). Decentralisation of long-term care in the Netherlands: the case of day care at green care farms for people with dementia. *Ageing and Society*, 35 (4), 704-724.
- OECD Organisation for Economic Co-operation and Development (2001): *The Well-being of Nations: The Role of Human and Social Capital*, OECD Publishing, Paris.

- Onyx, Jenny; Bullen, Paul (2000): Measuring Social Capital in Five Communities. *Journal of Applied Behavioral Science*, March 2000, vol. 36 no. 1 23-42.
- Putnam, Robert D. (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton University Press, Princeton New Jersey.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. Simon & Schuster, New York–London–Toronto–Sydney.
- Rauscher, Olivia; Schober, Christian; Burger, Verena (2016): Studie zum gesellschaftlichen Mehrwert der 27 sozialintegrativen Unternehmen in Niederösterreich mittels einer SROI-Analyse. WU Vienna University of Economics and Business, NPO & SE Kompetenzzentrum. Verfügbar unter: <http://epub.wu.ac.at/4855/> [Stand 17.08.2016]
- Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramts - BKA (2015): Suchtmittelgesetz <http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40124590/NOR40124590.pdf> [Stand 13.07.2015]
- Renner, Renate (2010): *How do networks matter? Implementation of the innovative practice of care farming in Austria and The Netherlands*. Dissertation an der Universität für Bodenkultur, Doctoral School Sustainable Development, Wien.
- Sage journals (2014): Health-related and legal interventions: A comparison of allegedly delinquent and convicted opioid addicts in Austria <http://dsp.sagepub.com/content/1/2050324514528449.full.pdf+html> [Stand 25.01.2016]
- Sanglhuber, Elisabeth (2012): *Freiräume im Alter-Werden am Land. Das Projekt "Betreutes Wohnen am Bauernhof" als Perspektive für die Region Strudengau in Oberösterreich*, Diplomarbeit am Institut für Landschaftsplanung an der Universität für Bodenkultur, Wien
- Schober, Gabriele (2001): *Betreutes Wohnen am Bauernhof für Senioren. Ein Pilotprojekt aus dem Bezirk Perg*, BBK Perg, Mai 2001
- Scholl, Silke; Zipper, Kornelia; Bäckenberg, Johanna; Gupta, Christiane (2016): *Tiergestützte Intervention mit landwirtschaftlichen Nutztieren. Grundlagen, Methoden und Beispiele aus der Praxis. Bauernhoftiere als Balsam für Herz und Seele*, Österreichisches Kuratorium für Landtechnik & Landentwicklung (ÖKL), Wien
- Schöpfer, Gerald; Stessel, Gerlinde (2000): *Der verwirrte alte Mensch – Altern: Lust oder Last?* Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Karl-Franzens-Universität, RESOWI-Zentrum, Graz

- Schütze, Fritz (1983): Biographieforschung und narratives Interview. In: Neue Praxis 13 (1983), 3, pp. 283-293.
- Serres, Michel (1998): Die fünf Sinne. Eine Philosophie der Gemenge und Gemische, Suhrkamp Frankfurt/M.
- Serres, Michel (2014): Der Parasit, 5. Auflage, Suhrkamp Frankfurt/M.
- Shucksmith, Mark (2000): Endogenous development, social capital and social inclusion: perspectives from LEADER in the U.K. In: Sociologia Ruralis 40 (2), 208-218.
- Siegler, Veronique (2014): Measuring Social Capital. Office for National Statistics, London.
- Spittau, Brigitte (2013): Green-Care-Tageszentren für ältere pflegebedürftige Menschen. Masterarbeit an der FH-Campus Wien.
- Statistik Austria (2010): Standard-Dokumentation, Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Agrarstrukturerhebung Vollerhebung 2010. Homepage der Statistik Austria. Verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/Wirtschaft/Land-undForstwirtschaft/index.html [Stand: 30.06.2016]
- Statistik Austria (2016): Ein Blick auf die Gemeinde. Homepage der Statistik Austria. Verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/services/ein_blick_auf_die_gemeinde/index.html [Stand 10.05.2016]
- Stöbich, Anneliese (2008): Tagespflege - ein Angebot für ältere Menschen und betreuende Angehörige. Erfahrungen und Sichtweisen am Beispiel des Tageszentrums Walding. Diplomarbeit Fachhochschulstudienlehrgang Sozialmanagement, Linz.
- Stone, Wendy (2001): Measuring Social Capital: Towards a Theoretical Framework for Researching Social Capital in Family and Community Life. Australian Institute of Family Studies, Melbourne.
- Strauss, Anselm L.; Corbin, Juliet (1998): Basics of Qualitative Research: Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory (2nd ed.), London: Sage Pub. Ltd.
- Tarde, Gabriel (2009): Die Gesetze der Nachahmung, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Vogelgesang, Waldemar; Kopp, Johannes; Jacob, Rüdiger; Hahn, Alois: Urbane Dörfern? SWS 3/2015 S. 279-305.
- Völkle, Anna (2013): Diversifizierung in der Landwirtschaft: Ökonomische Analyse neuer Geschäftsfelder am Beispiel Betreuung älterer Menschen auf dem Bauernhof. Masterarbeit an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Deutschland.

Literatur

Weber, Max (2010): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Der Wunderkammer Verlag, Frankfurt am Main.

Wiesinger, Georg (2007): The importance of social capital in rural development, networking and decision-making in rural areas - L'importance du capital social pour la dynamique de développement, la collaboration et la prise de décision dans les espaces ruraux. *Revue de Géographie Alpine Grenoble*

Wiesinger, Georg; Quendler, Erika; Hoffmann, Christian; Di Martino, Alessandro; Egartner, Sigrid; Weber, Nina; Hambrusch, Josef (2013): *Soziale Landwirtschaft. Situation und Potenziale einer Form der Diversifizierung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in Österreich, Südtirol und Trentino*, Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Forschungsbericht Nr. 66, Wien, 226pp.

World Bank (2006): *Where is the Wealth of Nations? Measuring Capital for the 21st Century*, World Bank Publications, Washington D.C.

Zapotoczky, Klaus (2015): Menschenbilder prägen Pflegestile, In: *Soziologie Heute* Juni 2015, S. 42-44, Linz

Danksagung

Besonderer Dank ergeht an unsere Kolleginnen Theresia Oedl-Wieser, Ingrid Machold (beide Bundesanstalt für Bergbauernfragen) sowie Nina Weber (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), welche uns bei der Durchführung der narrativen Interviews in den drei Projektgemeinden tatkräftig unterstützten und somit zum Zustandekommen dieser Studie maßgeblich beitrugen, sowie an Michaela Hager (Bundesanstalt für Bergbauernfragen) für ihr gewissenhaftes Korrekturlesen.

Weiter Dank gebührt Thomas Lampalzer (Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Wien, Burgenland und Niederösterreich) für seine wertvollen Anregungen, vor allem im Bereich der Akteur-Netzwerk-Theorie.

Georg Wiesinger, Sigrid Egartner, Oliver Tamme

Gute Konzepte am richtigen Ort?

Soziale Landwirtschaft und Sozialkapital in ländlichen Regionen

Bislang gibt es nur wenig Wissen darüber, wie Sozialprojekte im lokalen und regionalen Kontext eingebettet sind. In der Regel findet bei deren Konzeption und Planung die soziale Umgebung nur wenig Beachtung. Gerade bei Einrichtungen mit gesellschaftlich marginalisierten Menschen könnte es unter gewissen Umständen in der Nachbarschaft zu Widerständen kommen, andererseits aber auch das Ausmaß an Empathie und Toleranz in der lokalen Bevölkerung wachsen. Beides ist letztlich entscheidend für den Erfolg oder das Misslingen eines Projekts.

Wodurch lassen sich die unterschiedlichen Reaktionen einzelner Akteure erklären und wie wirken sich diese auf die Praxis der Einrichtungen aus? Anhand des Beispiels der Sozialen Landwirtschaft werden drei Fallstudien zur Altenbetreuung, Betreuung von Drogen- und Suchtkranken und langzeitarbeitslosen Frauen präsentiert. Der Bericht beleuchtet die komplexen Abläufe und Zusammenhänge im Handlungsfeld, rekurrierend auf der Sozialkapitaltheorie (Bourdieu 1986, Putnam 1993, 2000) und der Akteur-Netzwerk-Theorie (Callon 1986, Latour 2014). Als Forschungsstrategie wurde Grounded Theory (Glaser & Strauss 1999) gewählt, womit auch ein Anspruch zur Schaffung einer substantiellen Theorie im Sinne des Forschungsansatzes erhoben werden kann. Erst durch den klaren Einblick über alle Wirkungsmuster werden die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Planung und Umsetzung von Modellen im Bereich der Sozialen Landwirtschaft geschaffen. Eine konkrete Umsetzung muss dann letztlich aber mit den gegebenen Akteuren von Fall zu Fall ausverhandelt werden.

ISBN: 978-3-85311-116-1

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber
Bundesanstalt für Bergbauernfragen

A-1030 Wien, Marxergasse 2
<http://www.berggebiete.at>

Druck: BMLVS - Heeresdruckzentrum

